



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Zur Entwicklung der Adivasi in Jharkhand im Kontext von  
Veränderungen in der Governance

Verfasserin

Magdalena Scholz

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil)

Wien, August 2012

Studienkennzahl: A 307

Studienrichtung lt. Studienblatt: Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuer: a.o. Univ.-Prof. Mag. DDr. Werner Zips

*Ich danke meinem Betreuer a.o. Univ.-Prof. Mag. DDr. Werner Zips, der mich zum Thema meiner Diplomarbeit inspiriert hat, für wertvolle Ratschläge und klärende Hinweise, die den Werdegang dieser Arbeit begleitet haben, sowie Univ.-Prof. Dr. Karma Oraon für den wissenschaftlichen Austausch.*

*Meinen Eltern Agnes und Bernhard danke ich insbesondere für das geduldige Korrekturlesen der Arbeit und ihr Vertrauen; meinen Brüdern Sebastian und Florian für ihre Hilfsbereitschaft und dafür, dass ich immer auf sie zählen kann; meinem Großvater Karl Kaltenböck für seine Sorge und die finanzielle Unterstützung zu meiner Feldforschung. Besonderer Dank gilt meinem Onkel Klaus Kaltenböck für die Mut machenden Gespräche; meinem Cousin Stephan Berger für seine Geduld, wenn ich ihn in technischen Fragen belästige und natürlich meiner Cousine Elisabeth Yasikoff, die immer für mich da ist. Des Weiteren danke ich meinen Freunden, insbesondere Juliane Buchroithner, Belina Diem und Marcus Saravia für ihre kritische Anteilnahme.*

*Besonderer Dank gilt auch allen, die mich während meiner Feldforschungen mit offenen Armen in Ranchi und Umgebung aufgenommen und mir stets geholfen haben, insbesondere meinem guten Freund Amber Minz dafür, dass er mir assistiert, mich so vielen Menschen vorgestellt hat und stets bemüht war, mir das Leben in Jharkhand von allen Seiten zu zeigen. Ich danke Familie Minz für die Gastfreundschaft; Anja Wilbrandt und Christopher Dell danke ich für den Austausch und die vielen anregenden Gespräche. Besonderer Dank geht auch an Johny Kujur, Dilip Agrawal und Ravi Toppo dafür, dass sie mir in einer fremden Gegend so gute Freunde waren und Alex und Iden Nitschke dafür, dass mir ihre Türe immer offen stand. Ich möchte mich auch bei den MitarbeiterInnen des YMCA Ranchi bedanken, für Einblicke in ihre Arbeit in verschiedenen Vierteln in der Stadt, insbesondere Emanuel Sanga für die Unterstützung bei meinen ersten Kontaktaufnahmen und bei den MitarbeiterInnen des B.I.R.S.A., insbesondere den AktivistInnen des JJBA für verschiedenste Hilfestellungen. Gladson Dungdung danke ich, dass er mich stets über aktuelle Entwicklungen in Ranchi am Laufenden hält.*

*Besonderer Dank geht auch an meine beiden ÜbersetzerInnen Pradeep Bilung und Pushpa Toppo ohne deren Unterstützung mir für meine Arbeit wesentliche Informationen nicht zugänglich gewesen wären. Pushpa Toppo, von der ich vieles gelernt habe, danke ich insbesondere, da sie mich wie eine Tochter aufgenommen hat.*

*Herzlicher Dank gilt auch all meinen InterviewpartnerInnen für die Zeit, die sie mir geschenkt und das Wissen, das sie mit mir geteilt haben.*

**Danke!**

EINLEITUNG.....	7
1 INDIGENITÄT IN INDIEN.....	12
1.1 Selbstidentifikation.....	13
1.2 Scheduled Tribes .....	20
1.3 Selbstbezeichnung und Fremdbezeichnung .....	24
1.4 Historische Begründung von Indigenität in Indien.....	25
1.5 Recht auf Selbstbestimmung.....	29
2 GESCHICHTE POLITISCHER BEWEGUNGEN JHARKHANDS .....	34
2.1 Geschichte des Jharkhand Movement .....	36
2.1.1 Tribal Rebellions.....	38
2.1.2 Parteipolitik und Regierung in Jharkhand .....	40
2.1.3 Eine Analyse des Jharkhand Movement.....	46
2.2 Naxalismus .....	54
2.2.1 Sichtweisen über den Naxalismus.....	55
2.2.2 Operation Green Hunt.....	57
2.3 Forest Movements.....	63
3 ENTWICKLUNGSPROBLEME DER ADIVASI .....	66
3.1 Adivasi und ihre Wälder .....	67
3.1.1 <i>Major Forest Produce</i> und <i>Minor Forest Produce</i> .....	68
3.1.2 Waldrechte .....	70

3.2	Adivasi-Land.....	72
3.2.1	Landvertreibung zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft .....	73
3.2.2	Landvertreibung nach der Unabhängigkeit Indiens .....	75
3.2.3	Konzeptionen von Entwicklung in Indien.....	77
3.2.4	Landakquisition – ein Gesetz aus der Kolonialzeit.....	80
3.3	Komplexität und Heterogenität der Entwicklungsprobleme von Adivasi .....	83
3.3.1	Ökonomie und Behausung .....	84
3.3.2	Bildung.....	86
3.3.3	Armut und Verschuldung .....	87
3.3.4	Alkoholismus .....	88
3.3.5	Information .....	89
3.3.6	Gesundheit.....	89
3.3.7	Veränderungen durch Urbanisierung und Industrialisierung .....	90
4	VERWALTUNG UND ENTWICKLUNG IN SCHEDULED AREAS AUS RECHTSPLURALISTISCHER PERSPEKTIVE .....	93
4.1	Scheduled Areas und Tribal Areas.....	93
4.2	Staatliche Entwicklungsplanung .....	95
4.3	Panchayats in Jharkhand .....	100
4.3.1	Entstehung der gesetzlichen Panchayats .....	102
4.3.2	Aufbau der Panchayati Raj Institutionen.....	104
4.3.3	Funktionen und Aufgaben der Panchayats.....	108
4.3.4	Panchayats in Scheduled Areas .....	112

4.4	Traditionelle politische Systeme der Adivasi .....	113
4.4.1	Munda und Oraon .....	115
4.4.2	Traditionelle politische Systeme der Munda und Oraon.....	117
4.4.3	Totemistische Clans der Munda und Oraon .....	122
4.4.4	Funktionen und Aufgaben traditioneller Autoritäten der Oraon und Munda	125
5	MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN DER STAATLICHEN PANCHAYATS AUF DIE ENTWICKLUNG DER ADIVASI IM ZUSAMMENHANG MIT TRADITIONELLEN AUTORITÄTEN .....	129
5.1	Überschneidungen und Unterschiede in der Struktur der Systeme.....	131
5.2	Traditionelle politische Systeme der Adivasi vor einem Wendepunkt? .....	135
5.2.1	Berücksichtigung von Gewohnheitsrechten in Panchayats .....	139
5.2.2	Korruption in Strukturen der Entwicklungsplanung .....	141
5.2.3	Die veränderte Situation für die Arbeit traditioneller Autoritäten.....	143
	CONCLUSIO.....	146
	Abkürzungsverzeichnis .....	148
	Literaturverzeichnis .....	150
	Internetquellen .....	154
	Rechtsquellen .....	157
	Interviews .....	158
	Abbildungsverzeichnis.....	159

Zusammenfassung.....	160
Abstract.....	162
Lebenslauf.....	164

## EINLEITUNG

*Panchayats* werden in der indischen Verfassung als *Institutions of Self-Government*<sup>1</sup> definiert, denen von der Regierung Funktionen und Verantwortungsbereiche übertragen werden.<sup>2</sup> Sie dienen der Verwaltung und sollen demokratische Partizipation aller lokal Betroffenen bei Entscheidungen, vor allem in Zusammenhang mit Planung, Implementierung und Evaluierung von Entwicklungsprogrammen, ermöglichen. In Jharkhand, Indiens jüngstem Bundesstaat, fanden 2010 erstmals Panchayat-Wahlen statt. In dieser Arbeit soll die Geschichte der Governance in Gebieten der *Adivasi* (erste Bewohner bzw. Indigene Indiens) in Jharkhand bis hin zur Einführung der *Panchayati Raj Institutionen*, als möglichem Instrument selbstbestimmter Entwicklungsplanung, im Zusammenhang mit Autonomiebestrebungen der Indigenen aus ethnohistorischer Perspektive dargestellt werden. Dabei wird, in Anlehnung an Zips und Weilemann, versucht, auch Zusammenhänge zwischen Governance und Rechtspluralismus nicht außer Acht zu lassen. Governance und Rechtspluralismus dienen als analytische Konzepte, um soziale Phänomene von Pluralismus in den sich überschneidenden Feldern von Politik und Recht zu beschreiben, wobei auch nicht-staatliche Akteure einbezogen werden.<sup>3</sup>

In diesem Kontext spielen Konzepte von Indigenität in Indien eine Rolle sowie die Geschichte der politischen Bewegungen in Jharkhand, administrative Änderungen in Bezug auf *Adivasi* und ihr Land, staatliche Prozesse der Entwicklung und nicht zuletzt traditionelle Autoritäten der Indigenen in der Region. Ich fokussiere mich dabei in meiner Arbeit auf die Munda und die Oraon, die im Bundesstaat Jharkhand, speziell im Chotanagpur Plateau, in welchem meine Feldforschungen zu dieser Arbeit stattgefunden haben, zu den zahlenmäßig größten indigenen Völkern zählen.

Im ersten Kapitel versuche ich, Konzepte von Indigenität mit Fokus auf Indien darzustellen. Dabei stellt sich heraus, dass international, etwa in Anlehnung an Zips-Mairitsch<sup>4</sup>, vor allem Rechte auf Selbstbestimmung und Erhalt der Kultur für indigene Völker von besonderer Relevanz sind, während in Indien mit der Kategorie *Scheduled Tribe* und der Ratifizierung

---

<sup>1</sup> Constitution of India: 243d

<sup>2</sup> Ebda: 243G

<sup>3</sup> Siehe: Zips und Weilemann (2011)

<sup>4</sup> Siehe: Zips-Mairitsch (2009)

der ILO Konvention 107 (Concerning the Protection and Integration of Indigenous and Other Tribal and Semi-Tribal Populations in Independent Countries), aber Nicht-Ratifizierung von ILO Konvention 169 (Convention on Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries) der Vereinten Nationen eher integrative denn emanzipatorische Ansätze verfolgt werden.

Die Geschichte der Region Jharkhand (dt. Waldland) im Nordosten Indiens, auf die ich im zweiten Kapitel eingehe, zeigt, dass Adivasi hier immer wieder Autonomiebestrebungen verfolgt haben. Im 18. und 19. Jahrhundert gab es während der britischen Kolonisation einige sogenannte *Tribal Movements, Rebellions* oder *Revolts*. Mit der Unabhängigkeit Indiens bildeten sich schließlich parteipolitische Bewegungen zur Gründung eines separaten Bundesstaates Jharkhand, der dann am 15. November 2000 durch die Teilung Bihars entstanden ist.

Im dritten Kapitel versuche ich, auf verschiedene Probleme der Entwicklung der Adivasi einzugehen, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen. In diesem Zusammenhang wird auf die Bedeutung von Wald und Land für die Indigenen eingegangen, da die Verhinderung des Zugangs zu ihrem Wald und Land für Adivasi weitreichende Konsequenzen hat. Dabei hoffe ich, mit meinen Darstellungen keine essenzialistischen Bilder einer statischen Kultur zu reproduzieren, was keinesfalls in meinem Interesse liegt. Der ursprünglich hohe Anteil der Adivasi an der Bevölkerung im sogenannten „Adivasistaat“ hat sich mittlerweile unter anderem aufgrund der Industrialisierung, die mit Rohstoffausbeutung und Landvertreibungen einhergeht, drastisch vermindert. Adivasi wurden etwa von Nordbihar - sogenannten internen Mächten des Kolonialismus -, sowie durch Unternehmungen internationaler Konzerne ausgebeutet und unterdrückt, wurden und werden immer wieder ihrer Rechte beraubt, und gehören zu den Ärmsten im Land.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit administrativen Maßnahmen der indischen Regierung, um die Entwicklung der indigenen Völker im Land zu fördern. Die indische Regierung hat indigene Völker in Scheduled Tribes kategorisiert, und einige Gesetze, Regelungen und Schutzmechanismen für diese Gruppen verabschiedet. Um ihre Entwicklung voranzutreiben, gab es von der Planning Commission immer wieder verschiedene Ansätze. Und mit dem 5. Fünfjahresplan wurde dann der *Tribal Sub Plan*

eingeführt. Nach der Unabhängigkeit Indiens wurden sogenannte *Village Panchayats* als „Units of Self-Government“ in die Verfassung aufgenommen. Diese waren betreffend ihrer Strukturen, Funktionen und Macht quer über das Land äußerst verschieden. Um der Bevölkerung mehr Selbstbestimmung in der Entwicklungsplanung zu geben, wurden 1992 durch den 73rd Amendment Act einheitliche Bestimmungen für Panchayati Raj Institutionen festgelegt. Da diese aber nicht für *Scheduled Areas* – d.h. hauptsächlich von Adivasi bewohnte Gebiete – galten, wurden sie 1996 per Gesetz auch auf Scheduled Areas erweitert.

Im Bundesstaat Jharkhand jedoch gab es heftige Kontroversen bezüglich der Einführung dieser staatlichen Panchayats. Erst 2010, nach über 30 Jahren, fanden hier daher erstmals wieder Panchayat-Wahlen statt, und zum ersten Mal auch in Scheduled Areas. Adivasi haben vielerorts ihre eigenen „Regierungen“ bzw. traditionellen politischen Systeme inklusive Legislative, Exekutive und Judikative, die sich selbst um die Entwicklung der Dörfer kümmern, und im Übrigen in der Literatur häufig auch als „traditionelle Panchayats“ bezeichnet werden. Es stellt sich nun die Frage, inwiefern die staatlichen Panchayati Raj Institutionen den Adivasi als Instrument der Entwicklung dienen. Im Anschluss an die Darstellung der staatlichen Administration wird daher versucht, indigene politische Systeme der Munda und Oraon anhand der Literaturrecherche in Ranchi und erweitert, basierend auf meinen Feldforschungen, vor allem narrativer Interviews mit traditionellen Autoritäten, darzustellen – ohne dabei Oralität als wichtiges Element indigener Rechtsordnung missachten zu wollen.

Im letzten Kapitel soll erörtert werden, in welchen Bereichen der Governance es zu Überschneidungen der Panchayati Raj Institutionen mit indigenen politischen Systemen kommen kann, und wie sich rechtspluralistische Konstellationen auf die Governance in Scheduled Areas auswirken. Aufgrund der Kontroversen und der späten Einführung von Panchayati Raj Institutionen in Jharkhand drängt sich auch die Frage auf, inwiefern die viel gerühmten Panchayati Raj Institutionen in der Lage sind, selbstbestimmte Entwicklung zu fördern, und inwiefern mit der Homogenisierung der Panchayats zur Vereinfachung der Administration Rechte auf Selbstbestimmung und auf den Erhalt von Kultur berücksichtigt werden (können).

Um mögliche Auswirkungen der kürzlich gewählten Panchayats auf die Entwicklung der Adivasi Jharkhands zu untersuchen, habe ich zwei Feldforschungen unternommen – von 18.03.2011 bis 04.06.2011 und von 22.12.2011 bis 27.01.2012 –, wobei ich mich hauptsächlich im Bezirk Ranchi aufgehalten habe. Von der Stadt Ranchi aus habe ich über das YMCA Ranchi etwa Kontakt zu den Brüdern A.U. Hans und Reverend T.M.C. Hans aufgebaut, denen von der lokalen Bevölkerung ein reiches Wissen an der Geschichte der indigenen Völker in Ranchi zugesprochen wird. Bei einer Konferenz des *National Forum of Forest People and Forest Workers* (NFFPFW) in Ranchi habe ich dann auch Kontakte zu sogenannten *Forest Movements* aufgebaut. Dabei habe ich über das JJBA (*Jharkhand Jangal Bachao Andolan* bzw. Jharkhand-schütze-den-Wald-Bewegung) meine ÜbersetzerInnen Pushpa Toppo und Pradeep Bilung kennengelernt, sowie meinen unersetzbaren Assistenten, Chauffeur, Berater und Freund Amber Minz.

Weitere InformantInnen und InterviewpartnerInnen habe ich nach dem Snowballprinzip über Empfehlungen und Kontakte von Freunden von Freunden gewonnen. Leider konnte ich keine VertreterInnen eines staatlichen Panchayat für ein Interview gewinnen, da ich einerseits zu wenig Zugang hatte und diese andererseits kaum zu einem Gespräch bereit schienen und bspw. meinten, dass sie noch zu kurz im Amt seien. Mir war es jedoch möglich, zwei Autoritätspersonen traditioneller politischer Systeme der Adivasi zu sprechen: Mukta Horo und Simon Minj.

Von meinen Interviews habe ich insgesamt 10 narrative Interviews<sup>5</sup> und ein Gruppeninterview<sup>6</sup> in die Arbeit aufgenommen. Diese wurden größtenteils auf Englisch und zum Teil mit Übersetzung von Hindi auf Englisch bzw. von Sadri auf Englisch geführt. Von der Planning Commission, zuständig im Bereich des Tribal Sub Plan, habe ich den Menschenrechtsaktivisten Gladson Dumdung interviewt, aus dem Forest Movement Sanjay Bosu Mullick und Xavier Kujur, und ich habe Interviews mit P.C. Oraon, ehemaligem Direktor des Tribal Research Institute in Ranchi sowie mit Karma Oraon, Institutsvorstand des Department of Anthropology an der Ranchi University geführt. Daneben habe ich ein

---

<sup>5</sup> Siehe: Sieder (2001)

<sup>6</sup> Siehe: Schlehe (2003): 71-93

Gruppeninterview aus einer Siedlung in einem Reserved Forest in die Arbeit aufgenommen.

Manche Interviews werden nur zum Teil in der Arbeit im Fließtext eingebaut. Im letzten Kapitel folgt dann eine vergleichende Analyse ausgewählter Interviews in Bezug auf mögliche Auswirkungen der Panchayati Raj Institutionen auf traditionelle indigene politische Systeme, Entwicklung und Rechte der Adivasi.

# **1 INDIGENITÄT IN INDIEN**

Da der Begriff *Indigenität* – wie sich noch zeigen wird – im Kontext Indiens umstritten ist, wird zur Benennung der *indigenen Völker* in Indien häufig die Selbstbezeichnung *Adivasi* verwendet, die auch in der wissenschaftlichen Literatur gebräuchlich ist. Gruppen innerhalb der Adivasi, die sich auf die Abstammung bestimmter Ahnen beziehen, werden oft *Tribes* genannt– was in Jharkhand, aber nicht in ganz Indien, ebenfalls als Selbstbezeichnung Verwendung findet. Dieser Begriff ist jedoch umstritten, da er auf die Kolonialzeit zurückgeht und mit einer evolutionistischen und rassistischen Kategorienbildung verbunden wird. *Tribal Peoples* oder *Tribes* wird gelegentlich auch synonym mit dem Begriff Adivasi verstanden. Davon zu unterscheiden ist allerdings der Begriff *Scheduled Tribes*. Darunter sind ausschließlich jene „Tribes“ bzw. indigenen Völker zu verstehen, die laut Verfassung in der *Scheduled Tribes List* erfasst sind, womit auch gewisse Privilegien einhergehen. Im Folgenden gehe ich auf die Verwendung der einzelnen Termini und auf die Relevanz der begrifflichen Konzeptionen für die Rechte der indigenen Völker Indiens ein.

Der Begriff *indigen* setzt sich aus den lateinischen Worten *indu* (dt. innen) und *genus* (dt. geboren) zusammen und bezieht sich damit auf die im Land Verwurzelten.<sup>7</sup> Der lateinische Ausdruck *indigenae* wurde verwendet, um zwischen Personen zu unterscheiden, die an einem bestimmten Ort geboren sind, und denen, die von anderswo kamen (*advenae*).<sup>8</sup> Im Allgemeinen versteht man heute unter Indigenen jene Menschen, die als Erste ein Gebiet besiedelt haben. Ihre Kultur und Identität und die damit verbundenen unverzichtbaren Ansprüche auf ihr Land sind oftmals bedroht, woraus sich ein besonderes Schutzbedürfnis für Indigene ableiten lässt. Wer allerdings praktisch als indigen gilt oder nicht, ist in einigen Fällen eine Streitfrage. Doch eine genaue allgemeingültige Definition des Begriffs ist aufgrund unterschiedlichster historischer Kontexte kaum vorstellbar und von mancher Seite auch unerwünscht, wie unter anderem die Ergebnisse des 2006 abgehaltenen Workshops „Concept of Indigenous Peoples“ des *Asia Indigenous Peoples Pact (AIPP)* der *International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA)* und der *Tebtebba Foundation*

---

<sup>7</sup> Vgl.: Kuppe In: Zips-Mairitsch (2009): 11

<sup>8</sup> Vgl.: Deas (2008): 32

(Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research) zeigen. Diese empfehlen eine flexible Handhabung des Begriffes und heben vor allem Selbstidentifikation als Bestimmungskriterium hervor.<sup>9</sup>

## 1.1 Selbstidentifikation

Auch wenn, wie Zips-Mairitsch feststellt, indigene Rechte Einlass in eine Vielzahl sowohl von *Hard Law*- als auch *Soft Law*-Instrumenten fanden, so herrscht bis dato jedoch Uneinigkeit hinsichtlich des Begriffes *indigene Völker*. Angesichts der Vielzahl indigener Völker, deren Angehörige weltweit auf etwa 370 Millionen Menschen geschätzt werden, erscheint das Ausbleiben einer universal akzeptierten Definition allerdings kaum verwunderlich.<sup>10</sup> Der Verzicht einer strikten Festlegung klarer Definitionsmerkmale in der internationalen Rechtsentwicklung verhindert zum einen die Gefahr essenzialistischer Deutungen und zum anderen den Druck zur Stabilisierung einer bestimmten Lebensweise, die mit so einem Rechtsverständnis verbunden wären. „Denn die abstrakt generalisierte Festschreibung von Charakteristika indigener Völker könnte nur allzu leicht zur Pflicht von indigenen Völkern führen, als statische, kulturell bestimmte Gruppierungen ‚unverändert‘ weiter leben zu müssen, um ihre einmal erlangten Rechte als indigene Gruppe nicht zu gefährden und letztlich zu verlieren. Damit hätte sich die bisher so überaus problematische Verpflichtung zur Entwicklung und Anpassung an die universalen Vorstellungen ‚der‘ Moderne in eine wohl ebenso zweifelhafte Pflicht zum Stillstand gewandelt.“<sup>11</sup>

In den Vereinten Nationen gibt es keine offizielle Definition von *Indigenous Peoples*. Die *Working Group on Indigenous Populations* (WGIP), die vom *UN Economic and Social Council* (ECOSOC) ins Leben gerufen wurde, setzte sich mit der Definitionsproblematik auseinander. Das Dilemma besteht darin, dass strikte definatorische Standards zum Ausschluss mancher indigener Gruppen führen, denen somit auch der notwendige Schutz durch internationale Gesetze verwehrt bleibt. Ohne die Etablierung einer allgemeingültigen Definition von *Indigenous Peoples* bliebe es jedoch den einzelnen Staaten überlassen, in welchen Fällen internationale Rechtsinstrumente zur Anwendung kommen. Die WGIP kam

---

<sup>9</sup> Vgl.: Erni (2008): Part I: 27-100

<sup>10</sup> Vgl.: Zips-Mairitsch (2009): 32f.

<sup>11</sup> Ebda: 38

aber zu dem Schluss, dass eine Definition weder realistisch noch nützlich wäre. Chairperson-Rapporteur Erica-Irene A. Deas argumentiert, „that the concept of ‚indigenous‘ is not capable of a precise, inclusive definition which can be applied in the same manner to all regions of the world.<sup>12</sup>“ Sie vertritt einen flexiblen Zugang und fordert Selbstidentifikation als Bestandteil des Rechts auf Selbstbestimmung.<sup>13</sup> Auch in der am 13. September 2007 angenommenen *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* (UNDRIP) werden die Rechtssubjekte nicht definiert. Die Erklärung über die Rechte der indigenen Völker erkennt jedoch das kollektive und individuelle Recht auf Zugehörigkeit zu einer indigenen Gemeinschaft an, und kommt daher der Forderung auf Anerkennung von Selbstidentifikation entgegen.<sup>14</sup>

Selbstidentifikation wird in globalen Foren, laut Corntassel, als wesentliches Kriterium von Indigenous Peoples seit der Resolution (1977) des *World Council of Indigenous Peoples* (WCIP) immer mehr akzeptiert.<sup>15</sup> Nicht nur etwa in Studien (Cobo 1986, Deas 1996, Stavenhagen 2002) und Konventionen (ILO Konvention 169), sondern auch z.B. in den internen Richtlinien der Weltbank findet sich das Merkmal der Selbstidentifikation indigener Völker.<sup>16</sup> Die Gegenhaltung einiger Staatsregierungen beanstandet, dass eine Definition von Staaten entweder formuliert oder anerkannt werden muss, um internationale Rechtslegung ordnungsgemäß implementieren zu können. So sehen beispielsweise manche Länder Asiens wie Bangladesh, Indien, Indonesien und Pakistan in der mangelnden Definition von Indigenous Peoples ein großes Hindernis, was die Implementierung der UNDRIP betrifft.<sup>17</sup>

UN Special Rapporteur José Martínez Cobo erstellte erstmals in der Chronologie der expliziten Rechtsentwicklung zum Schutz indigener Völker für seine „Studie der Diskriminierungsproblematik gegen indigene Gemeinschaften“ (1972) eine Arbeitsdefinition. Seine Kernaussagen dienen bis heute als Orientierung und Verständnishilfe und führten, Zips-Mairitsch zufolge, vor allem in Hinblick auf das

---

<sup>12</sup> Deas (2008): 31

<sup>13</sup> Vgl.: ebda: 29-48

<sup>14</sup> Vgl.: Zips-Mairitsch (2009): 35

<sup>15</sup> Vgl.: Corntassel (2008): 51ff.

<sup>16</sup> Vgl.: Zips-Mairitsch (2009): 39

<sup>17</sup> Vgl.: Erni (2008): 14

Wesensmerkmal der Selbstdefinition zu einer Anerkennung im rechtswissenschaftlichen Diskurs.<sup>18</sup>

Die indische Regierung hat 1958 die ILO (International Labour Organisation) Konvention 107 (1957) ratifiziert, in welcher der Begriff *indigen* erstmals von einer Organisation der UNO Verwendung findet. Damals gab es seitens der Regierung auch keine Einwände gegen die Verwendung dieses Begriffs. Der Umgang mit den als indigen bezeichneten Menschen hat sich allerdings mit der ILO Konvention 169 von 1989 verändert, in der anstelle von Tribal/ Indigenous *Populations* nunmehr die Rede von Tribal/ Indigenous *Peoples* ist. In ILO Konvention 107 geht es vor allem um die Integration der indigenen Völker in ein größeres soziales und politisches System. ILO Konvention 169 hingegen beinhaltet Aspekte von Empowerment und Recht, welche in ILO Konvention 107 noch nicht inkludiert sind. Beide Konventionen beziehen sich aber in ihren Definitionen auf Indigenous Peoples/ Populations als jene Tribal Peoples/ Populations, welche von den Menschen abstammen, die das Land oder eine bestimmte Region vor der Zeit der Eroberung oder Kolonisation bewohnten.<sup>19</sup>

Da Indigenität in früheren Begriffsbestimmungen mit dem Konzept der „blue-water-colonization“ (d.h. Übersee-Kolonisation) in Verbindung gebracht wurde, wollten einige Regierungen in Afrika und Asien den Begriff der „staatlichen Minderheiten“ heranziehen, um die sozialen Beziehungsverhältnisse zu beschreiben. Dies erscheint aber nur auf den ersten Blick auch auf indigene Völker zutreffend und ausreichend. Denn damit würden a posteriori anerkannte indigene Rechte, die die souveräne Allmacht des Staates begrenzen, gefährdet. Im Unterschied zu Minderheitenrechten, die als Individualrechte formuliert sind, stellen indigene Rechte außerdem ein klares Beispiel für Kollektivrechte dar.<sup>20</sup> Eide und Deas unterscheiden die Begriffe entsprechend gemeinsamer Schutzbedürfnisse idealtypisch folgendermaßen: „Bearing the conceptual problem in mind, I should like to suggest that the ideal type of an ‚indigenous people‘ is a group that is aboriginal (autochthonous) to the territory where it resides today and chooses to perpetuate a distinct cultural identity and distinct collective social and political organization within the

---

<sup>18</sup> Vgl.: Zips-Mairitsch (2009): 33ff.

<sup>19</sup> Vgl.: Xaxa (2008): 223-239

<sup>20</sup> Vgl.: Zips-Mairitsch (2009): 41

territory. The ideal type of a ‚minority‘ is a group that has experienced exclusion or discrimination by the state or its citizens because of its ethnic, national, racial, religious or linguistic characteristics or ancestry.<sup>21</sup>“

Im Völkerbund wurden Indigenous Populations charakterisiert als „peoples not yet able to stand by themselves under the strenuous conditions of the modern world“ im Gegensatz zu weiter entwickelten Gesellschaften. Der Völkerbund benutzte den Begriff Indigenous aber auch, um zwischen Kolonialmächten und den Menschen zu unterscheiden, die unter der Herrschaft einer Kolonialmacht standen. Artikel 73 der Charta der Vereinten Nationen bezieht sich dann – anstatt den Begriff Indigenous zu verwenden, der in der Satzung des Völkerbundes auftaucht – auf „territories whose peoples have not yet attained a full measure of self-government.“<sup>22</sup>

Die ILO, älteste Sonderorganisation der Vereinten Nationen, verabschiedete 1957 die Konvention 107 (Concerning the Protection and Integration of Indigenous and Other Tribal and Semi-Tribal Populations in Independent Countries). Dabei wird Tribal und Indigenous Peoples soziale, kulturelle, ökonomische und rechtliche *Distinctiveness* zugestanden.<sup>23</sup> Diese Unverwechselbarkeit oder Unterscheidungskraft wird nach ILO 107 allerdings vom Staat auferlegt, was Special Rapporteur Erica-Irene Deas kritisiert. „The Special Rapporteur referred also to the importance to the group of retaining a relationship with ancestral lands or territories, as well as importance of ensuring that the distinctiveness of the group is voluntary, rather than imposed upon by the State. These two points were addressed when the ILO revised Convention NO. 107.<sup>24</sup>“ Zips-Mairitsch unterstreicht die mögliche Tragweite der Mängel in ILO Konvention 107. „Frühere Defizite der inhaltlichen Bestimmungen, die im Resultat auf Assimilation hinauslaufen würden, wenn nicht im Einzelfall sogar die Möglichkeit eines Ethnozids nicht völlig auszuschließen vermögen, erkannte auch das Expertentreffen zur Überprüfung der ILO 107.<sup>25</sup>“ In der ILO Konvention 107 ist noch davon die Rede, dass die Integration indigener Populationen aufgrund ihres rückschrittlichen Entwicklungsstandes gefördert werden müsse. Land- und

---

<sup>21</sup> Eide und Deas (2000): para. 48 Zit. nach: Zips-Mairitsch (2009): 41

<sup>22</sup> Vgl.: Deas (2008): 32ff.

<sup>23</sup> Vgl.: ebda: 35

<sup>24</sup> Ebda: 36

<sup>25</sup> Zips-Mairitsch (2009): 43

Ressourcenrechte werden darin als Sozialrechte gewertet. Mit ILO 169 werden Landrechte schließlich zu einer entscheidenden Voraussetzung der Identitätssicherung. Indigene Völker werden als dauerhafte sozio-politische Einheiten verstanden, deren Entwicklung nach eigener Vorstellung der indigenen Völker ermöglicht werden soll.<sup>26</sup>

Warum Indien ILO Konvention 169 nicht ratifiziert hat, ist über die Begründung einer fehlenden Definition von Indigenous Peoples schwer nachzuvollziehen. Denn diese – bzw. eine Definition für Indigenous Populations – ist auch in der in Indien geltenden ILO Konvention 107 nicht gegeben. Für Staatsregierungen ist aber nicht nur die Frage relevant, wer indigen ist, entscheidend ist vor allem auch die Frage, wie mit Indigenen umgegangen werden soll. Es gibt in Indien einige Rechtsinstrumente, die sich vor allem auf sogenannte Scheduled Tribes beziehen, welche die Rechte indigener Völker sichern sollen. Der Begriff indigen wird allerdings von der indischen Regierung aus definitorischen Gründen abgelehnt.

Indien ist nicht der einzige Staat, der ILO 169 nicht ratifiziert hat. Mehrheitlich betreffen die Ratifikationen Lateinamerika. Dennoch kann diese Konvention nach Zips-Mairitsch als symbolisch gewichtiger Parameter für das Handeln von Staaten und indigenen Organisationen verstanden werden. „Sie fungiert als rechtliche Basis für weiter gehende Entwürfe, wie etwa die Ausarbeitung der UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, der Agenda 21, Chapter 26 (26: 2) oder die Überarbeitung der internen Organisationsrichtlinien der Weltbank (OP 4.10).<sup>27</sup>“

Sanjay Bosu Mullik<sup>28</sup> meint, dass die Existenz indigener Völker in Indien von Hindu-Chauvinisten in Frage gestellt wird, da alle Inder indigen seien, wenn man die Definition nur in Zusammenhang mit der Kolonialherrschaft sieht.<sup>29</sup> Wie Zips-Mairitsch feststellt, bezieht sich das Konzept der „blue/salt-water Kolonialisierung“ ausschließlich auf die Unterwerfung und physische Enteignung durch Siedler aus Übersee. Damit schließt es

---

<sup>26</sup> Vgl.: ebda: 43f.

<sup>27</sup> Ebda: 45

<sup>28</sup> Sanjay Bosu Mullik ist ehemaliger Direktor des *Department of Tribal Studies and Regional Culture* am *Xavier Institute for Social Service* in Ranchi, Aktivist im *Jharkhand Movement* (Unabhängigkeitsbewegung zur Teilung Bihars und zur Gründung des separaten Bundesstaates Jharkhand) und Gründungsmitglied der Bürgerbewegung *Jharkhand Jangal Bachao Andolan* (dt.: Jharkhand-schütze-den-Wald-Bewegung).

<sup>29</sup> Sanjay Bosu Mullik, am 01.04.2011

folglich eine Definitionsanwendung auf Afrika und Asien aus.<sup>30</sup> Daher wehren sich auch etwa in Afrika einige Regierungen gegen die mit dem Begriff verbundenen Entwicklungen im internationalen Recht, mit gleicher Argumentationslinie.<sup>31</sup>

Die Selbstdefinition der Indigenen beziehe sich, so Bosu Mullick, auf ein Gebiet und seine Geschichte. Sie meine allgemein Menschen, die auf einem Gebiet gelebt haben „*before others entered*.“<sup>32</sup> Und Kolonialismus in Indien habe schon mit Ankunft der Arya<sup>33</sup> begonnen. Zur weiteren Bestimmung geht er auf die Beziehung der Indigenen zur Natur ein, die auch die ökonomische und soziale Struktur indigener Gesellschaften prägt, „*maintaining the traditional practice with the nature; symbiosis between human and nature*“ und er ergänzt: „*Economic differentiation has not been in those societies.*“ Doch es ist schwierig, diese Kriterien zur Bestimmung von Indigenität festzuhalten, da es auch bei indigenen Völkern verschiedene Lebensstile gibt, und Kulturen nichts Statisches sind. So gibt es etwa diejenigen, die als Jäger und Sammler, Wanderfeldbauern oder sesshafte Bauern ihren Lebensunterhalt bestreiten und andere, die in unterschiedlichen Graden in die segmentierte Gesellschaft eingetreten sind. Manche arbeiten in der Industrie, oder haben „*white and blue collar jobs*“<sup>34</sup>. Wie Bosu Mullick feststellt, gibt es unterschiedliche Grade der Integration und damit auch einige, die ihre Traditionen verloren haben.<sup>35</sup>

---

<sup>30</sup> Vgl.: Zips-Mairitsch (2009): 34

<sup>31</sup> Vgl.: ebda: 91 ff.

<sup>32</sup> Sanjay Bosu Mullick, am 01.04.2011

<sup>33</sup> Die Einwanderung der Arya in Indien wird unterschiedlich datiert. Forschung über die Arya wurde auch durch rassistisch nationalistische Ideologien überschattet. Die Einwanderung der Arya gilt heute zwar durch heilige Schriften wie den Veden als gesichert, doch Einzelheiten der Wanderung und ihre Chronologie sind unter anderem durch diverse Zeugnisse vorvedischer Arya unter HistorikerInnen und SprachwissenschaftlerInnen umstritten. (vgl.: Kulke & Rothermund, 2010: 44 ff.) . Heine-Geldern (1937) datiert die Einwanderung der Arya aufgrund diverser Funde, die weder Harappa noch Mohenjodaro im Indusgebiet zuzuordnen sind zwischen 1150 und 1000 v.Chr.. Kulke und Rothermund verweisen auf Schwierigkeiten einer genauen Datierung und geben auch mögliche frühere Datierungen an. Fuchs (1977) schreibt, dass immer noch nicht bekannt ist, wann genau die Arya in Indien eingewandert sind.  
„Das zweite Jahrtausend v.Chr. wurde – nach dem Untergang der Induskultur – Zeuge eines weiteren bedeutenden Ereignisses der frühindischen Geschichte, als Gruppen zentralasiatischer Nomaden, die sich in ihren Schriften Arya nannten, über den Hindukush nach Nordwestindien einwanderten. (Kulke & Rothermund, 2010: 44)“

<sup>34</sup> „White Collar Jobs“ meint Jobs für ausgebildete Arbeitskräfte, etwa in Administration und Verwaltung, während der Begriff „Blue Collar Job“ dem gegenüber auf körperliche Arbeit verweist. Vgl. z.B.:  
[http://en.wikipedia.org/wiki/White-collar\\_worker](http://en.wikipedia.org/wiki/White-collar_worker) (08.08.2012)

<sup>35</sup> Sanjay Bosu Mullick, am 01.04.2011

Neben diesen Schwierigkeiten in der Begriffsbestimmung ist aber auch allgemein ausdrücklich vor homogenen und statischen Darstellungen indigener Kulturen und gelebter Traditionen zu warnen, wie dies Zips-Mairitsch beispielsweise vor Augen führt, die sich intensiv mit den Rechten indigener Völker befasst.<sup>36</sup> Evolutionstheorien waren Ende des 19. Jahrhunderts in der Anthropologie gängige Lehre. In dieser Betrachtungsweise von einfacheren zu komplexeren Kulturen wurden auch zeitgenössische Völker an die unterste Stufe der Entwicklung gereiht. Auch spätere Diffusionstheorien beinhalten solche evolutionistischen Elemente. So dominierte von den 1890ern bis in die 1930er Jahre die Definition sogenannter Kulturkreise die deutsche und österreichische Anthropologie<sup>37</sup> – eine Lehre, die heute als überholt betrachtet werden kann.

Zips-Mairitsch argumentiert in der Begriffsbestimmung von Indigenität über die rechtlichen Ansprüche indigener Völker: „Rechtliche Ansprüche von Indigenen sind aus den Rechtsverletzungen innerhalb historischer (partikularer, aber in vielen sich überschneidender) Beziehungsverhältnisse sowie den Schutzbedürfnissen innerhalb von geschichtlich akkumulierten politischen Ökonomien ableitbar [...] und nicht aus ‚essenziellen Authentizitäten‘ nach evolutionistischen Zirkelschlüssen.“<sup>38</sup> Indigene Rechte seien daher legitime Ansprüche auf die Beseitigung dieser Form von Diskriminierung und keine Sonderrechte.<sup>39</sup> Zips-Mairitsch schlägt daher eine de-essenzialistische Begriffsbestimmung von Indigenität vor, „die nicht auf essenzielle biologisch genetische oder kulturelle Wesensmerkmale abstellt, sondern Indigenität als Beziehungsverhältnis zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen bzw. zwischen Staatsgebilden und lokalen Gemeinschaften in Bezug auf ein jeweils genauer zu bestimmendes Land (‚Territorium‘) interpretiert [...].“<sup>40</sup>

---

<sup>36</sup> Siehe: Zips-Mairitsch (2009)

<sup>37</sup> Vgl.: Barnard (2000):27ff.

<sup>38</sup> Zips-Mairitsch (2009): 176

<sup>39</sup> Vgl.:ebda: 97

<sup>40</sup> Ebda: 93f.

## 1.2 Scheduled Tribes

Bosu Mullick meint, dass die Bezeichnung indigen für Indien relativ umstritten ist, was auch mit der Verwendung des Begriffs *Tribe* im indischen Kontext zusammenhängt.<sup>41</sup> In Indien gibt es laut Verfassung die sogenannten *Scheduled Tribes*, die oft als die Indigenen Indiens verstanden werden. Die Kategorie Scheduled Tribe deckt aber nicht alle Gruppen ab, die sich selbst als Indigene verstehen.<sup>42</sup> Zur Beschreibung von Scheduled Tribes werden rassistisch konnotierte Kriterien wie „geographical isolation, distinctive culture, primitive traits, shy of contact with community at large, relative isolation“ oder „economic backwardness“ verwendet.<sup>43</sup> Auch der Begriff Tribe wird in der indischen Verfassung allerdings nicht definiert. Und laut Fuchs würde so eine Definition wiederum etliche ausschließen, die als Scheduled Tribes gelistet sind. Er beschreibt Scheduled Tribe als einen regionsspezifischen administrativen Begriff, der vielmehr den Grad sozioökonomischer Entwicklung reflektiert, als einen eigenständigen ethnischen Status.<sup>44</sup> Ich halte es daher für notwendig, an dieser Stelle kurz zu beschreiben, wie es zur Einführung des Begriffs Scheduled Tribe in die Verfassung kam, und wie er heute verwendet wird.

Die Bezeichnung Tribe wurde ursprünglich nur verwendet, um Gruppen gleicher Abstammung zu beschreiben. Auch wenn der Terminus heute durchaus auch als Selbstbezeichnung unter den indigenen Völkern Jharkhands<sup>45</sup> Gebrauch findet, möchte ich darauf hinweisen, dass es mit seiner administrativen Einführung zu einer zwanghaft erscheinenden und oftmals willkürlichen Einteilung von Gruppen gekommen ist. 1807 hat die East India Company beschlossen, dass ethnografische Untersuchungen in Indien

---

<sup>41</sup> Sanjay Bosu Mullick, am 01.04.2011

<sup>42</sup> Auch Fuchs (1977), der die Liste grundsätzlich anerkennt, gesteht gewisse Mängel ein, wenn er schreibt: „The list can certainly be accepted as substantially accurate, though it leaves out a few tribes here and there, and includes other social groups whose tribal origin could be disputed. The list also contains tribes that do not need the assistance and protection of the Government though the tribes have been ‚scheduled‘ just for this reason.(23)“ Aufgrund der juristischen Konnotation des Begriffs Scheduled Tribes entscheidet er sich für die Verwendung eines anderen. „We shall here use the term ‚Aboriginal Tribes‘, placing the emphasis on the word ‚tribe‘ and less on the assumption that they are the ‚original‘ inhabitants of India.(25)“

<sup>43</sup> Erni (2008): 368

<sup>44</sup> Vgl.: Fuchs (1977): 23f.

<sup>45</sup> Ich beziehe mich hier auf Jharkhand, da ich den Umgang mit dem Begriff hier im Zuge der Feldforschung selbst beobachten konnte, aber auch erfahren habe, dass er in anderen Gegenden als Selbstbezeichnung teilweise völlig abgelehnt wird.

durchgeführt werden sollten, die der zukünftigen Administration dienlich wären. Dazu wurde der Kolonialarzt Francis Buchanan beauftragt, der auch für zoologische und botanische Sammlungen bekannt ist. Er beschrieb mit dem Terminus Tribe auch Gruppen und Subgruppen innerhalb des Kastensystems. Später sollten damit lediglich jene Gruppen beschrieben werden, die außerhalb des Kastensystems stehen, was zugleich mit evolutionistischem Gedankengut einherging. „[...] in the use of Dalton (1872) of expressions like ‚wild tribes‘, ‚pastoral tribes‘, ‚agricultural tribes‘ or ‚mixed and imperfect tribes‘ along with such terms as ‚aborigines‘, ‚primitives‘, there is a markedly noticeable evolutionary categorization.<sup>46</sup>“ Kategorien wie *Kaste* und *Rasse* wurden zur Datensammlung für den Zensus verworfen. Doch die Kategorie Tribe wurde, laut Sengupta, herangezogen, um Korrelationen zwischen diesen beiden Kategorien herzustellen. Auch sollte dem Umstand entsprochen werden, dass nicht alle in Indien lebenden Gemeinschaften durch die großen Religionen und das Kastensystem erfasst werden konnten.<sup>47</sup> Tribes wurden im Zuge solcher Überlegungen diejenigen, die außerhalb des Kastensystems und am Ende der Evolutionsleiter standen. Auch anthropometrische Forschungen wurden im Zuge der evolutionistischen Kategorienbildung durchgeführt. Sengupta zufolge entstand durch diese Kategorisierungen und vorherrschenden Theorien des Evolutionismus ein interner Rassismus in Indien, in dem die Anerkennung der großen Religionen oder des Kastensystems in der propagierten Evolutionskette mit absolutem Fortschritt gleichgesetzt wurden.<sup>48</sup>

Manche indigenen Völker fallen von Zensus zu Zensus einmal in die Kategorie Scheduled Tribe hinein und einmal heraus, was Sengupta auf offensichtlich falsche Kriterien zurückführt. „As one may expect in case of categorisation with patently false criteria, individual communities were included and omitted from one Census to another.<sup>49</sup>“ Die von den Briten 1936 entstandene Liste von *Backward Tribes* ist, Sengupta zufolge, nach langem

---

<sup>46</sup> Sengupta (2003): 334; siehe auch Fuchs (1977): „And the Government, being all along on the side of the cultivating classes who pay revenue, began to treat the foodgatherers as unwanted vagrants and thieves. The British administration branded them as ‘Criminal Tribes and Castes’ and placed them under police supervision.(44f.)“

<sup>47</sup> Singh (2002) meint hierzu: „In accordance with the policy to discourage community distinction based on caste, the Census of India 1951 departed from traditional recording of race or caste except in the matter of the SC/ST.(3)“

<sup>48</sup> Vgl.: Sengupta (2003): 335

<sup>49</sup> Ebda: 336

Hin und Her letztendlich in einer Eilaktion erstellt worden. Anstatt die Kriterien von damals jedoch zu verwerfen, wurde die Liste von 1936 ohne wesentliche Veränderungen vom unabhängigen Indien in die Verfassung als *Scheduled Tribes List* aufgenommen.<sup>50</sup>

Auch Bosu Mullick erscheint die administrative Einteilung fragwürdig. „*This list of Scheduled Tribes has no logical background. Those who are left, how can you call them casts?*“<sup>51</sup> Mit diesem Kommentar spricht er weitere Listen laut Verfassung an. Neben den Scheduled Tribes gibt es in der indischen Verfassung noch die *Scheduled Castes* und *Other Backward Castes* in die Teile der indigenen Bevölkerung fallen könnten. Bosu Mullick erzählt mir beispielsweise von den Bhuria, die in Orissa als Scheduled Tribe anerkannt sind, auf der anderen Seite der Grenze in Jharkhand aber als Scheduled Castes gelten.<sup>52</sup>

In Jharkhand gibt es (laut Census 2001) 30 Scheduled Tribes.<sup>53</sup> 2003 kommen durch den *Scheduled Castes and Scheduled Tribes Orders (Amendment) Act (2002)* noch die *Kawar* und *Kol Tribes* in die Scheduled Tribes Liste dazu.<sup>54</sup>

	<b>Tribes</b>	<b>Population</b>
1	Asur	10347
2	Baiga	2508
3	Banjara	374
4	Bataodi	1114
5	Bedia	83771
6	Binjhia	12428
7	Birhor	7514
8	Birjia	5365
9	Chero	75540
10	Chick Baraik	44427
11	Gond	52614
12	Gorait	3957
13	Ho	744850
14	Karmali	56865
15	Kharia	164022
16	Kharwar	192024

	<b>Tribes</b>	<b>Population</b>
17	Khond	196
18	Kisan	31568
19	Kora	23192
20	Korwa	27177
21	Lohar	185008
22	Mahli	121174
23	Mal Paharia	115093
24	Munda	1049767
25	Oraon	1390459
26	Parhaiya	20786
27	Santhal	2410509
28	Sauria Paharia	31050
29	Savar	6004
30	Bhumij	181329
31	Unclassified	36040

<sup>50</sup> Vgl.: ebda: 336

<sup>51</sup> Sanjay Bosu Mullick, am 01.04.2011

<sup>52</sup> Ebda

<sup>53</sup> Vgl.: [http://censusindia.gov.in/Tables\\_Published/SCST/ST%20Lists.pdf](http://censusindia.gov.in/Tables_Published/SCST/ST%20Lists.pdf) (08.08.2012)

<sup>54</sup> Banerjee (2009): 15

Durch die Komplexität der Migrationsbewegungen in Indien, auf die ich noch zu sprechen komme, können beispielsweise indigene Völker wie die Munda und Oraon in Jharkhand als Indigene Indiens beziehungsweise als Indigene in der Region Jharkhand gelten. Doch ihre Einstufung als Indigene in Regionen wie Assam oder Bengalen, in die sie erst etwa im Zuge des letzten Jahrhunderts gesiedelt sind, ist heftig umstritten.<sup>55</sup> Vor diesem Hintergrund werden indigene Völker in Indien in einzelnen Bundesstaaten als Scheduled Tribes gelistet, in anderen Bundesstaaten bekommen sie den Status als Scheduled Tribe und damit verbundene Rechte aber nicht zugesprochen. Der Munda T.M.C. Hans, dessen Verwandte teilweise in den Teeplantagen Assams aufgewachsen sind, berichtet über diesen seiner Ansicht nach äußerst ungerechtfertigten Zustand.

*„There have been depots in Ranchi, where my people or our people were taken away to these tea plantations as labourers. And some of them have lost their culture [...] So these tribal people had gone from here – Munda Tribes, Santhal Tribes, Ho Tribes and then Oraon Tribes – into Assam and Darjeeling. They are not recognised by the government as Tribes! Therefore sometimes they are called Tea Tribes!<sup>56</sup>“*

Auch Sanjay Bosu Mullick erzählt in einem Interview von den *Tea Tribes* und der unterschiedlichen Administration. Er sagt *„All tribes are indigenous.“* Auch er fasst den Begriff „Tribe“, wie sich unter anderem durch die erwähnten Tea Tribes zeigt, weiter als die Kategorie Scheduled Tribe.<sup>57</sup>

Laut Zensus 2001<sup>58</sup> leben in Indien 166.635.700 Angehörige von Scheduled Castes und 84.326.240 Angehörige von Scheduled Tribes, was einem prozentuellen Anteil von 16.2% Scheduled Castes-Angehörigen und 8.2% Scheduled Tribes-Angehörigen an der Gesamtbevölkerung entspricht.<sup>59</sup> Bezieht man sich alleine auf die Anzahl der Scheduled Tribes, machen diese den weltweit größten Anteil indigener Bevölkerung innerhalb eines Staatsgebietes aus.<sup>60</sup> Aufgrund der oben beschriebenen Art der Einteilung dürfte die indigene Bevölkerung Indiens insgesamt aber noch weitere Gruppen umfassen, die in

---

<sup>55</sup> Vgl.: Xaxa (2008): 235

<sup>56</sup> Rev. T.M.C. Hans, am: 28.03.2011

<sup>57</sup> Sanjay Bosu Mullick, am 01.04.2011

<sup>58</sup> Daten zu Scheduled Castes und Scheduled Tribes vom aktuellen Zensus (2011) sind derzeit noch nicht verfügbar.

<sup>59</sup> Vgl.: [http://censusindia.gov.in/Census\\_Data\\_2001/India\\_at\\_glance/scst.aspx](http://censusindia.gov.in/Census_Data_2001/India_at_glance/scst.aspx) (08.08.2012)

<sup>60</sup> Vgl.: Claus & Hartig (2005): 8

dieser Berechnung fehlen. Zur Anzahl der verschiedenen „Tribes“ in Indien gibt es unterschiedliche, stark variierende Angaben, angefangen bei knapp über 200 bis zu über 600, was natürlich auch auf verschiedene Kategorienbildungen zurückzuführen ist. Etwa 85% der Scheduled Tribes leben im sogenannten „Tribal Belt“, der die zentralindischen Bundesstaaten Orissa, Madhya Pradesh, Chattisgarh, Jharkhand, Maharashtra, Gujarat, Rajasthan, Andra Pradesh und West Bengalen umfasst.<sup>61</sup>

### **1.3 Selbstbezeichnung und Fremdbezeichnung**

Indigene in Jharkhand bezeichnen sich – wie schon erwähnt – oft selbst als Tribes, wobei auch von ihnen selbst oft auf die administrative Bedeutung des Begriffs aufmerksam gemacht wird. Eine zweite gängige Selbstbezeichnung ist Adivasi (dt. erste Menschen) und meint die ersten Bewohner in einem geografischen Gebiet.<sup>62</sup> Bezeichnungen für die Indigenen Indiens wie Adivasi, Adimjati, Vanvasi, Girijan, Paharia wurden laut Sengupta hauptsächlich durch christliche Missionare, Sozialarbeiter und politische Aktivisten verbreitet. Die ersten beiden dieser Begriffe beziehen sich auf das Konzept Tribe, während die anderen ökologische Bedeutungen haben. Gemeint sind allerdings auch damit häufig nur diejenigen, die durch die Verfassung in der Scheduled Tribes List erfasst sind. So findet der Begriff Adivasi auch in offiziellen Zusammenhängen und in wissenschaftlichen Forschungen als Equivalent zu Scheduled Tribes Verwendung. Adivasi als Selbstbezeichnung reflektiert jedoch ein breiteres Konzept in Bezug auf ihre Geschichte und Identität.<sup>63</sup> Christian Erni argumentiert, dass die aus dem Sanskrit stammende Bezeichnung Adivasi in Indien der populärere Begriff für Indigene geworden ist, da die Regierung Indigenität lediglich auf die Kategorie Scheduled Tribes bezieht.<sup>64</sup> Die Bezeichnung Adivasi geht im Bewusstsein der indigenen Völker über Gruppen mit verschiedenen Namen und Sprachen und dabei auch über die als Scheduled Tribes gelisteten Gruppen hinaus. „[...] they view them as people belonging to the same kind of community, irrespective of whether a group or segment of it is listed or not listed in the

---

<sup>61</sup> Vgl.: Xaxa (2008): 226; Claus & Hartig (2005): 8

<sup>62</sup> Vgl.: Verma (2002): 1

<sup>63</sup> Vgl.: Sengupta (2008): 337

<sup>64</sup> Vgl.: Erni (2008): 367

constitution.<sup>65</sup>“ Der Terminus Adivasi wird des Weiteren durch politische Bewegungen gestützt und beinhaltet in seinem Sinngehalt ein Gefühl von Stolz für Zugehörigkeit, im Gegensatz zu anderen Bezeichnungen, die mit Evolutionstheorien und Unterlegenheit in Verbindung gebracht werden.<sup>66</sup> Wenn in Jharkhand die Selbstbezeichnung Tribe für Gruppen innerhalb der Adivasi verwendet wird, so geht diese mit dem gleichen Stolz einher. Auch T.M.C. Hans ist dieser Stolz anzumerken, wenn er über seine Zugehörigkeit zum *Munda-Tribe* spricht.

„I belong to Munda-Tribe!<sup>67</sup> [...] These big scholars, you know, of the world, the western scholars and indian scholars have come to know about Munda-Tribe. hahaha Pre-Aryan! The Aryans came in India in 3500 b.C<sup>68</sup>. [...] Okay, before that I<sup>69</sup> was here.<sup>70</sup>“

#### **1.4 Historische Begründung von Indigenität in Indien**

Nachdem das Jahr 1993 als *International Year of the Indigenous Peoples* deklariert wurde, verfestigte sich die Identität als Indigene, die auch mit gewissen Rechten und Privilegien einhergeht. Die Ableitung, dass die als indigen identifizierten Personen bestimmte Rechte haben, führte, Xaxa zufolge<sup>71</sup>, erst zur Hinterfragung des Begriffs *indigen* in Indien, wie die Nicht-Ratifizierung der ILO Konvention 169 zeige. In Amerika, Australien und Neuseeland sei die Identifikation der indigenen Bevölkerung aufgrund der relativ jungen Kolonial- und Immigrationsgeschichte verhältnismäßig einfach. In Indien gab es aber Migrationswellen, die Jahrhunderte und Jahrtausende in die Geschichte zurückgehen. Auch Adivasi waren in diese Prozesse involviert. Daher wird auch argumentiert, dass Indigenität in Indien unterschiedlich definiert werden kann, je nachdem wie weit man in die Geschichte zurückgeht. Gemeinhin werden der Einzug der Arya und die Verbreitung ihrer Gesellschaftsform mit dem aufkommenden Kastensystem als der entscheidende historische Faktor gesehen, um die indigenen Völker Indiens zu bestimmen, die schon vor Ankunft der

---

<sup>65</sup> Xaxa (2008): 226

<sup>66</sup> Vgl.: Sengupta (2003): 337f.

<sup>67</sup> Für diese Aussage nimmt T.M.C. Hans eine aufrechte Position in seinem Sessel ein und betont „Munda“. Für mich implizierte dies einerseits seinen Stolz und außerdem den Satz: „Von den Munda hast du sicher schon gehört!“

<sup>68</sup> Zur Einschätzung dieser Zeitangabe vergleiche Fussnote 33

<sup>69</sup> Adivasi sprechen häufig aus der 1. Person plural. In diesem Fall scheint die Ich-Perspektive bewusst gewählt worden zu sein, um die Verbindung der eigenen Person zu den Ahnen zum Ausdruck zu bringen.

<sup>70</sup> Rev. T.M.C. Hans, am: 28.03.2011

<sup>71</sup> Siehe Xaxa (2008)

Arya im Land lebten. Die als Tribes bezeichneten Gruppen haben eine eigene Sozialstruktur. Manche wurden allerdings als *Unberührbare/ Dalits* in der hierarchischen Ordnung des Kastensystems an unterster Stelle eingeordnet. Diejenigen, die ihre Gesellschaftsform beibehalten konnten und teilweise in schwer zugängliche Gebiete auswichen, bilden die als Adivasi bezeichnete heterogene Gruppe, welche etliche indigene Völker umfasst.<sup>72</sup>

Nun wird der Begriff Indigenität mit den als Adivasi bekannten Gruppen assoziiert. Doch nicht alle Adivasi können als Indigene gelten, wenn für die Definition die Ankunft der Arya postuliert wird. Adivasi haben nicht nur schon vor Eindringen der Arya in Indien mit Nicht-Adivasi in engen Beziehungen zusammengelebt. Es gibt auch indigene Völker in Indien, die der arischen Sprachgruppe zugeordnet werden, sowie Adivasi, die erst nach den Arya nach Indien kamen. Daher sei es Xaxa zufolge auch problematisch, zu behaupten, dass alle Adivasi frühere Siedler als die Arya, und im Unterschied zu Nicht-Adivasi indigen wären. Wobei ich bezugnehmend auf Zips-Mairitsch noch einmal festhalten möchte, dass man sich in der Bestimmung von indigenen Völkern auf die Besiedlung eines genauer zu definierenden Territoriums und das Beziehungsverhältnis zwischen lokalen Gruppen und Staatsgebilden beziehen kann.<sup>73</sup> Und eine allgemeine Definition für indigene Völker, die sich auf gesamt Indien bezieht, erscheint in Anbetracht internationaler Rechtslegung hinfällig. Xaxa erläutert weiter, dass die Ausbreitung der indischen Gesellschaft in den meisten historischen Studien zur indischen Zivilisation als langwieriger und komplexer Assimilationsprozess beschrieben wird. Die Beziehungen, die es zwischen indigenen Völkern und Nicht-Adivasi gab, würden dabei weitgehend als friedliche Koexistenz ausgedrückt. Daher sei, laut Xaxa, dieser Prozess nicht im Sinne von Kolonisation, Eroberung und Unterwerfung zu verstehen. Die Klassenstrukturen des Kastensystems hätten sich über einen langen Zeitraum entwickelt. Und erst mit Ankunft der Briten könne ein Prozess der Kolonisation in Indien festgemacht werden.<sup>74</sup>

---

<sup>72</sup> Vgl.: ebda: 227ff.; Claus & Hartig (2005): 10f.

<sup>73</sup> Vgl.: Zips-Mairitsch (2009): 93f.

<sup>74</sup> Vgl.: Xaxa (2008): 228ff.

Nimmt man jedoch den Prozess der britischen Kolonisation, um Indigenität in Indien zu beschreiben, wird die Frage nach den ursprünglichen Bewohnern obsolet. Denn nach dieser Argumentation wäre die gesamte Bevölkerung Indiens indigen. Als Indien britische Kolonie war, hatten die Briten die politische Macht und beuteten die Bevölkerung und Ressourcen des Landes aus, um die Entwicklung Großbritanniens zu fördern. Doch es fand keine größere Welle der Immigration durch die Briten statt. Daher wird im Fall dieser Kolonialgeschichte davon gesprochen, dass es zwar Kolonialismus, aber keine Kolonisation gab. Was Adivasi betrifft, hat jedoch beides stattgefunden, und zwar sowohl durch die Briten als auch durch die indische Mehrheitsbevölkerung. Man spricht hier von externem (durch die Briten) und internem (durch die indische Mehrheitsbevölkerung) Kolonialismus. Durch beide Parteien verloren indigene Völker Kontrolle über ihr Land, den Wald und andere Ressourcen.<sup>75</sup> A.K. Roy, der das Konzept auf Indien anwendet, nennt drei Komponenten des internen Kolonialismus: (1) Das Kastensystem, welches zu sozialer Ungleichheit führt, (2) die ungleiche Entwicklung in verschiedenen Gegenden, die zu regionaler Ungleichheit führt und (3) den Kapitalismus, der zu ökonomischer Ungleichheit führt. „These three ingredients fused together created internal colonialism and among the numerous internal colonies spread over India, Jharkhand represents the biggest and the most precious internal colony just as India used to be in the British Empire.<sup>76</sup>“

Vertreibungen der Indigenen von ihrem Land gehen auch noch nach der Unabhängigkeit Indiens weiter.<sup>77</sup> Adivasi wurden entweder im Lauf der Geschichte in unterschiedlichem Grad der Mehrheitsgesellschaft einverleibt oder konnten sich und ihre Kultur, ihre Gesellschaftsform und Identität verteidigen. „The contact of tribes with non-tribes prior to the British rule was on the whole either characterised by retreat from their original habitat after the arrival of the alien power and population, or by slow, gradual and – compared to what happened in the New World – less violent forms of domination and assimilation.<sup>78</sup>“ Jenen, die ursprünglich Teil indigener Völker waren, schließlich aber in der Mehrheitsgesellschaft integriert sind, den Status als Indigene abzusprechen, ist umstritten.

---

<sup>75</sup> Vgl.: ebda: 231ff.

<sup>76</sup> Roy, A.K. (2003): 82

<sup>77</sup> Vgl.: Xaxa (2008): 232f.

<sup>78</sup> Ebda: 233

Mit diesem Argument wendet sich die Regierung gegen die Verwendung der Kategorie Indigenous Peoples.<sup>79</sup> Xaxa zufolge müsse man jenen, die in Indien als Tribes bezeichnet werden, dennoch den Status der Indigenität zusprechen, da sie sich ihre kulturelle *Distinctiveness* trotz der Erfahrungen mit einer sich ausbreitenden dominanten Gesellschaft bewahrt haben. „Needless to say that those who moved into the dominant social and cultural fold of the larger society have ceased to maintain their distinct identity, and hence cease to be indigenous peoples of the country. Once they become part of the dominant and exploiting society, they have no legitimate claim to make their case as indigenous peoples.<sup>80</sup>“ In seiner Argumentation verweist Xaxa auf die Definition von Special Rapporteur Martinez Cobo in dem UN-Dokument „Study of the Problems of Discrimination against Indigenous Populations“ von 1968. Darin wird *Cultural Distinctiveness* als wesentliches Argument für Indigenität angeführt. Diejenigen, die ihre Kultur trotz der Erfahrungen mit einer sich ausbreitenden dominanten Gesellschaft bewahrt haben, sollen daher als Indigene betrachtet werden.<sup>81</sup>

In Cobos Studie der Diskriminierungsproblematik gegen indigene Gemeinschaften findet sich folgende Arbeitsdefinition: „Indigenous communities, peoples and nations are those which, having a historical continuity with pre-invasion and pre-colonial societies that developed on their territories, consider themselves distinct from other sectors of the societies now prevailing in those territories, or part of them. They form at present non-dominant sectors of society and are determined to preserve, develop and transmit to future generations their ancestral territories, and their ethnic identity, as the basis of their continued existence as peoples, in accordance with their own cultural patterns, social institutions and legal systems (Cobo 1986: para. 379).<sup>82</sup>“

Cobos Definition fand Einzug in das UN Dokument ILO 169 von 1986/87. Während ILO Konvention 107 noch von assimilatorischen Grundlagen geprägt ist, zeigt sich in ILO 169 eine Entwicklung in Richtung der Bedeutung des Rechts auf Selbstbestimmung indigener Völker. Des Weiteren nimmt sie auch auf historische Kontinuitäten vor der

---

<sup>79</sup> Vgl.:ebda: 234

<sup>80</sup> Ebda: 234

<sup>81</sup> Vgl.:ebda: 234

<sup>82</sup> Zips-Mairitsch (2009): 34

Kolonialisierung Bezug. Das erstmals hervorgehobene Element der Selbstbestimmung ist aufgrund historischer und ethnischer Komplexität von entscheidender Bedeutung für VertreterInnen indigener Völker, was auch in der WGIP zum Ausdruck kam.<sup>83</sup>

## **1.5 Recht auf Selbstbestimmung**

Indigene Völker sind in vielen Nationalstaaten sowohl in ihren kulturellen Ausdrucksformen als auch in ihren unverzichtbaren Ansprüchen auf Land bedroht. Sowohl einige Regierungen als auch private Sektoren, die in die Ressourcenausbeutung involviert sind, sehen indigene Völker allerdings, nach Zips-Mairitsch, als Störfaktoren der staatlichen Entwicklung. Einerseits stehen sie nationalstaatlichen Interessen der Homogenisierung entgegen. Andererseits betrifft dies auch die staatliche Souveränität und Ressourcenkontrolle. Indigene Rechte werden daher oft im Namen von Entwicklung und Fortschritt, oder unter den Vorzeichen von Naturschutz oder öffentlichem Interesse beschnitten oder überhaupt negiert. Vergleichbare Formen historischer, sozialer und politischer Diskriminierung indigener Völker sind weltweit, und auch heute noch, zu finden. In diesem Zusammenhang müssen auch die oft schlechten Lebensbedingungen, in denen sich indigene Völker wiederfinden, gesehen werden. Denn in Relation zur Gesamtbevölkerung sind Indigene oft ärmer, weniger gebildet, besitzen eine schlechtere Gesundheitsversorgung, sterben jünger und verüben öfter Selbstmord.<sup>84</sup>

Evolutionistische Anthropologie, die den „wissenschaftlichen Rassismus“ förderte, wird mit dem Ende des 19. Jahrhunderts relativ spät datiert. Rassistische Vorstellungen von Überlegenheit und Unterlegenheit dienten aber Kolonialherrschern schon im ausgehenden 16. Jahrhundert als Legitimationsgrundlage zur Enteignung indigener Völker, die als Ungläubige und Heiden nicht mit Christen auf eine Stufe zu stellen wären. Aufgrund der Vorstellung menschlicher Entwicklungsstadien wurden Formen sozialer Ordnung und Landrechtskonzepte indigener Völker missachtet. Stattdessen befand man mit der *Terra Nullius* Doktrin indigenes Land als Niemandes Eigentum, das „rechtmäßig“ in Besitz genommen werden konnte, da es als „rechtlich unbewohnt“ galt.<sup>85</sup> Auch aus dem

---

<sup>83</sup> Vgl.: ebda: 33f.

<sup>84</sup> Vgl.:ebda: 28f.

<sup>85</sup> Vgl.: ebda: 30f.; Barnard (2000): 27-46

nationalstaatlichen Souveränitätsprinzip (Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten) lässt sich, Zips-Mairitsch zufolge, schließlich die behauptete „Rechtlosigkeit“ indigener Völker ableiten. Denn aus der sich selbst erhöhenden Sicht der europäischen Eroberer qualifizierten sich indigene politische Systeme nicht als Staaten und inkludierten kein Recht im eigentlichen Sinn. Damit wurden Indigenen letztlich auch Selbstbestimmungsrechte abgesprochen.<sup>86</sup> Festzuhalten ist, dass auch das internationale Recht ursprünglich den Interessen mächtiger Nationen und auch der Rechtfertigung der Enteignung indigener Völker diene, wie Zips-Mairitsch beschreibt. „Es musste erst einer gründlichen reflexiven Revision unterzogen werden, die mit der komplexen Entwicklung von universalem menschenrechtlichen Gedankengut ebenso zusammenhängt wie mit dem unter Druck vollzogenen Prozess der Entkolonialisierung, um seinen Anwendungsbereich auch auf den Schutz indigener Völker zu erstrecken. Dieser Prozess begann etwa Mitte des 20. Jahrhunderts und führt zunehmend zur Ausgestaltung indigener Rechte im Rahmen des Völkerrechts.“<sup>87</sup>

In den 1960ern haben Indigene in Australien, Kanada und den USA, gefolgt von Mittel- und Südamerika begonnen, sich unter Bezugnahme auf das Völkerrecht weltweit zu organisieren und zu vernetzen. Und heute existierende Rechtsbestimmungen betreffend indigene Völker seien nach Zips-Mairitsch vor allem auf das Betreiben dieser selbst zurückzuführen.<sup>88</sup>

Als Weg weisende Instrumente der internationalen Rechtslegung zum Schutz der kulturellen Vielfalt hebt Zips-Mairitsch die UNESCO *Convention on the Protection and Promotion of the Diversity of Cultural Expressions* (2005) und die *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* (2007) hervor. „Sie tragen dem Umstand Rechnung, dass rund 90 Prozent der globalen kulturellen Vielfalt von jenen (geschätzten) 370 Millionen Menschen – oder rund 5 Prozent der Weltbevölkerung – getragen werden, die Angehörige der überlebenden Gruppen der indigenen Völker sind.“<sup>89</sup>

---

<sup>86</sup> Vgl.: Zips-Mairitsch (2009): 31

<sup>87</sup> Ebda: 29f.

<sup>88</sup> Vgl.: ebda: 29

<sup>89</sup> Ebda: 27

Die am 13. September 2007 in der Generalversammlung mit großer Mehrheit angenommene *UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* gehe, was indigene Selbstbestimmung, aber auch Land- und Ressourcenrechte und politische Autonomierechte betrifft, wesentlich weiter als ILO Konvention 169. Denn Letztere baue eher auf Konsultation und Partizipation.<sup>90</sup> Trotz vorhandener Mängel wurde, Zips-Mairitsch zufolge, mit der UN Erklärung über die Rechte indigener Völker erstmals ein Instrument geschaffen, „das weit reichende indigene Rechte gewährt und für die zukünftige Entwicklung mit Sicherheit maßgebend sein wird.“<sup>91</sup>

Die 2001 einstimmig verabschiedete *Universal Declaration on Cultural Diversity* der UN-Sonderorganisation UNESCO stellt kulturelle Vielfalt als eine mit dem Respekt der menschlichen Würde verbundene ethische Pflicht dar. Dieses Dokument wurde in einen verbindlichen völkerrechtlichen Vertrag gegossen und ist im März 2007 als UNESCO *Convention on the Protection and Promotion of the Diversity of Cultural Expressions* in Kraft getreten. Zips-Mairitsch zufolge damit inhaltlich übereinstimmend erstellte die UNESCO einen Aktionsplan als interne Richtlinie. Demzufolge von besonderer Bedeutung für indigene Völker ist die Förderung ihrer Partizipation in allen sie direkt oder indirekt betreffenden Entscheidungen. Dazu gehören auch Fragen der angemessenen Nutzung ihrer Territorien, der kulturellen Integrität und kollektiver Rechte.<sup>92</sup> „Ein weiteres gewichtiges Aktionsziel hinterfragt die Umformulierung von Entwicklungsrichtlinien dahingehend, ob sie ähnlich wie die Umweltverträglichkeitsprüfung (als eine Art „Kulturverträglichkeitsprüfung“) indigene Kultur respektieren.“<sup>93</sup>

Mittlerweile können die Kernregeln, die in den verschiedenen indigene Völker betreffenden Dokumenten enthalten sind, Zips-Mairitsch zufolge, als Gewohnheitsrecht gewertet werden. Indizien dafür fänden sich in Gesetzgebung, Gerichtsurteilen und wissenschaftlichen Arbeiten.<sup>94</sup> „Staaten wiederum sind jenen gewohnheitsrechtlichen Normen zu einer verbindlichen Beziehung zu indigenen Völkern soweit unterworfen, als

---

<sup>90</sup> Vgl.: ebda: 48

<sup>91</sup> Ebda: 53

<sup>92</sup> Vgl.: ebda: 53f.

<sup>93</sup> Ebda:54

<sup>94</sup> Vgl.: ebda: 58

diese Teil des internationalen Rechts sind.<sup>95</sup>“ Zips-Mairitsch führt aus, dass es auf universaler Ebene eine Vielzahl von Rechtsnormen zum Schutz indigener Landrechte gibt, und verweist etwa auf Möglichkeiten der Individualbeschwerde im internationalen Menschenrechtsschutz bzw. auch der Möglichkeit von Kollektivklagen beim Anti-Diskriminierungsausschuss (CERD).<sup>96</sup>

Die Beziehung indigener Völker zu ihren Territorien müsse als entscheidender Faktor für kulturelle Identität betrachtet werden, was auch aus verschiedenen Rechtsquellen hervorgehe. „Die besondere Beziehung zu ihrem Land und Territorium und allen dort beheimateten Lebewesen gehört zu einem empirisch wahrnehmbaren Kernbereich indigener Gemeinschaften. Sie weist eine spirituelle, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Dimension auf, die Indigene praktisch unisono als Voraussetzungen zu ihrem kollektiven Überleben betrachten.“<sup>97</sup> Dieses ganzheitliche Verhältnis indigener Völker zu ihren Territorien wird etwa in ILO 169 und der UNDRIP normiert. Zips-Mairitsch hebt die Wichtigkeit dieser Bestimmungen hervor, unter dem Aspekt, dass sie westlichen Zugängen, die Grund und Boden unter dem Aspekt der Reifikation und Monetarisierung weitgehend auf einen Warenwert und ökonomischen Produktionsfaktor reduzieren, entgegenwirken.<sup>98</sup>

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker – das unter anderem in den UN Menschenrechtspakten von 1966 enthalten ist, in denen auch die Verfügungsfreiheit über die natürlichen Reichtümer eingeschlossen sind – gilt, Zips-Mairitsch zufolge, mittlerweile als Gewohnheitsrecht oder als allgemeiner Rechtsgrundsatz verbindlich. Die Ausdehnung des Selbstbestimmungsgedankens auf indigene Völker sei allerdings international umstritten, da es Befürchtungen gibt, dass ein vom staatlichen Kontext befreites Selbstbestimmungsrecht, rechtspolitisch eine potenzielle Bedrohung der Demokratie, Stabilität, des Friedens und der politischen und territorialen Einheit des Staates bedeuten könne. Wie Zips-Mairitsch darlegt, stellt Selbstbestimmung aber eine Grundvoraussetzung zum Erhalt indigener Völker hinsichtlich ihrer lange verwehrten Freiheitsrechte dar. Sie begründet die Erweiterung des Selbstbestimmungsgedankens völkerrechtsdogmatisch auf

---

<sup>95</sup> Ebda: 58

<sup>96</sup> Vgl.: ebda: 68ff.

<sup>97</sup> Ebda: 59

<sup>98</sup> Vgl.: ebda: 62

indigene Völker, denen die darin angelegten Freiheiten letztlich dazu dienen, ihre kulturellen Identitäten und Lebensweisen den nächsten Generationen weitergeben zu können. Und dafür sind etwa auch die Freiheit über ihre natürlichen Reichtümer zu verfügen und ungestörte Beziehungen zu ihren Territorien auszuüben, unabdingbar. Dieses erweiterte Selbstbestimmungsrecht wurde erstmals in der UN Deklaration über die Rechte indigener Völker verwirklicht. Artikel 3 lehnt sich dabei an die Menschenrechtspakte an und ersetzt „alle Völker“ mit „indigene Völker“. Artikel 5 betont mit dem Recht indigener Völker, ihre politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Charakteristika, sowie ihre Rechtssysteme zu pflegen und zu stärken, die Anerkennung des Rechtspluralismus.<sup>99</sup>

---

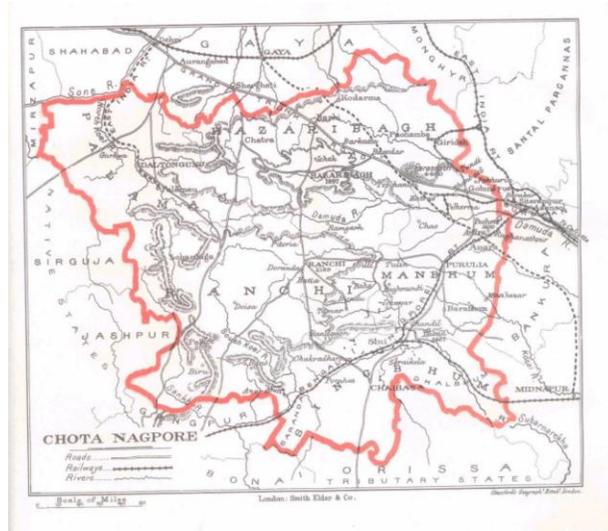
<sup>99</sup> Vgl.: ebda: 75ff.

## **2 GESCHICHTE POLITISCHER BEWEGUNGEN**

### **JHARKHANDS**



(Abb. 1: Lage von Jharkhand)<sup>100</sup>



(Abb. 2: Chotanagpur Plateau)<sup>101</sup>

Diese Arbeit bezieht sich im Speziellen auf den Bundesstaat Jharkhand und die Feldforschungen, die ich von Mitte April bis Anfang Juni 2011 und im Jänner 2012 in der Region Ranchi durchführte. *Jharkhand* bedeutet übersetzt soviel wie „Waldland“ und bezeichnet im engeren Sinn den am 15. November 2000 durch die Teilung Bihars gegründeten jüngsten Bundesstaat Indiens.<sup>102</sup> Im weiteren Sinn in seiner klassisch historischen Verwendung steht die Bezeichnung für das gesamte bewaldete Hochland, welches geographisch als Chotanagpur Plateau bekannt ist, und den nordöstlichen Teil der Hochländer der indischen Halbinsel bildet.<sup>103</sup> Diese Region, welche Teile von Bihar, West Bengalen, Orissa und Madhya Pradesh umfasst, sollte ursprünglich den Bundesstaat Jharkhand ausmachen, da sie sich in mehrerer Hinsicht von den sie umgebenden Bundesstaaten unterscheidet. „In its physical features, in its geological formation, in its botanical products and in its mineral wealth, in its ethnological peculiarities, in its social and political history, this area presents a striking contrast to the rest of Bihar, Orissa, West

<sup>100</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Jharkhand> (03.08.2012)

<sup>101</sup> <http://www.tribalzone.net/geography/geography.htm> (03.08.2012)

<sup>102</sup> Siehe: Munda & Bosu Mullick (2003)

<sup>103</sup> Vgl.: Areeparampil (2003): 249

Bengal and Madhya Pradesh, of which it forms a part.<sup>104</sup>“ Dieses Gebiet wurde schon durch die Arya mit dem Namen Jharkhand bezeichnet. Die erste bekannte schriftliche Erwähnung dieses Names findet sich auf der Inschrift einer Kupferplatte aus dem 13. Jahrhundert.<sup>105</sup> „It appears that the term Jharkhand was initially applied to the adjoining plateaus and hilly regions of Orissa, Bengal, Bihar and Madhya Pradesh, though later it became coeval with modern Chotanagpur and Santhal Pargana.<sup>106</sup>“

Wäre es zustande gekommen, dass der neue Bundesstaat auch bestimmte Gebiete aus West Bengalen, Orissa und Madhya Pradesh miteinschließt, würde die indigene Bevölkerung Jharkhands eine Mehrheit ausmachen. Nach den Zensus-Daten von 2001 machen Scheduled Tribes im heutigen Bundesstaat Jharkhand 26,3% der Bevölkerung aus.<sup>107</sup>

Gleichzeitig mit Jharkhand wurden noch zwei weitere Bundesstaaten gegründet: Uttarkhand (erst unter dem Namen Uttaranchal) am 9. November 2000 durch die Teilung Uttar Pradeshs – auch bekannt als Geburtsort des *Chipko Movement*<sup>108</sup> – und Chhattisgarh am 1. November 2000 durch die Teilung Madhya Pradeshs.<sup>109</sup> In Chhattisgarh liegen nun auch zwei Bezirke, die ursprünglich zu Jharkhand zählen sollten. Bosu Mullick zufolge gibt es für diese Art der Teilung zwei Gründe, beide offenbar mit dem Ziel, die indigene Bevölkerung, welche sich für ihr Land stark macht, zu schwächen. Erstens würde sie die indigene Bevölkerung der Region Jharkhand aufspalten, und zweitens wäre es damit in den kleineren Staaten ohne indigene Mehrheit einfacher für den Staat, die natürlichen Ressourcen auszubeuten.<sup>110</sup> Jharkhand umfasst heute 24 Bezirke auf einer Fläche von 79.724 km<sup>2</sup>. Nach den vorläufigen Zensus Daten (2011) beträgt die Einwohnerzahl insgesamt 32.966.238.<sup>111</sup>

---

<sup>104</sup> Ebda: 249

<sup>105</sup> Vgl.: ebda: 249

<sup>106</sup> Singh, K.S. (2004): 116

<sup>107</sup> Diesbezügliche Daten des aktuellen Zensus (2011) sind zum Zeitpunkt dieser Arbeit noch nicht bekannt.

<sup>108</sup> Der gewaltlose Widerstand des Chipko (hindi: umarmen) Movement begann in den 1970ern als Menschen Wälder vor der Abholzung schützten, indem sie Bäume umarmten. Vgl.: z.B.:

[http://en.wikipedia.org/wiki/Chipko\\_movement](http://en.wikipedia.org/wiki/Chipko_movement) (12.08.2012)

<sup>109</sup> Vgl.: Singh, K.S. (2004): 139f.

<sup>110</sup> Vgl.: Munda & Bosu Mullick (2003): xvi

<sup>111</sup> Vgl.: [http://www.censusindia.gov.in/2011-prov-results/data\\_files/jharkhand/leaflet.pdf](http://www.censusindia.gov.in/2011-prov-results/data_files/jharkhand/leaflet.pdf) (08.08.2012)

## 2.1 Geschichte des Jharkhand Movement

Die Geschichte der Adivasi in Jharkhand und die Geschichte des sogenannten *Jharkhand Movement* zur Gründung des separaten Bundesstaates Jharkhand greifen ineinander. Gleichzeitig wird in Analysen des Jharkhand Movement eine Trennung zwischen Adivasi und Nicht-Adivasi in Frage gestellt. Denn die Identität der „Jharkhandis“ gründet lokalen Wissenschaftlern zufolge auf einer gemeinsamen kulturellen Verflochtenheit in der Region, die kulturell jedoch stark von Adivasi geprägt ist. Betont wird auch häufig die gemeinsame Erfahrung der Ausbeutung durch äußere Eindringlinge. Gemeinsam wurde auch für ein autonomes Jharkhand gekämpft.<sup>112</sup> Munda und Keshari postulieren eine „Jharkhandi Culture“, deren Basis durch die *Tribal Cultures* der Region geprägt sei. Diese „Jharkhandi Culture“ markiert für sie das Kriterium für die Grenzen des angestrebten separaten Bundesstaates. „Geographically speaking, the position remains unchanged, i.e. the basic criteria for the boundary line is not where the population is predominantly tribal, but where the Jharkhandi culture persists.“<sup>113</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass das Postulat einer „Jharkhandi Culture“ nicht zuletzt politisch motiviert ist, und an die Lehre von festen Kulturkreisen in der Anthropologie erinnert, die – wie bereits erwähnt – aus guten Gründen überholt ist. Was den Ausführungen dieser lokalen Wissenschaftler jedoch entnommen werden kann, ist die Feststellung, dass im Jharkhand Movement Indigene und Nicht-Indigene gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für Autonomie kämpften, und dass diese Autonomiebestrebungen zweitens von einem Jharkhand ausgingen, das Teile West Bengalens, Orissas und Madhya Pradeshs miteinschließen sollte.

Einen Zeitpunkt zu bestimmen, an dem das Jharkhand Movement wurzelt, ist eine Streitfrage. Bosu Mullick beschreibt das Jharkhand Movement folgendermaßen: „It is a continuation of the history of the peoples’ stubborn resistance to the colonial onslaught of the Aryans, and the Brahmanical Hindu states, Muslim invaders and the Mughal empire, East India Company and the British imperialism and finally of the advanced nationalities and the ‚internal-colonialism‘ of the modern Indian state.“<sup>114</sup> Das Jharkhand Movement ist letztendlich eine Autonomiebewegung, die zur Gründung eines separaten Bundesstaates

---

<sup>112</sup> Siehe: Munda & Bosu Mullick (2003)

<sup>113</sup> Keshari & Munda (2003): 216f.

<sup>114</sup> Bosu Mullick (2003): 245

führte. Bosu Mullick bezeichnet es auch als neue Form in der Tradition der Protestbewegungen gegen die Vertreibung von dem Land, das von Ahnen bewohnbar gemacht wurde und über welches Nutzungsrechte erlangt wurden.<sup>115</sup>

Vor den ersten Hindu Rajas, die im Verlauf des 2. Jahrtausend v.Chr. aufkamen, lebten bereits indigene Völker, wie Munda und Oraon, in Chotanagpur.<sup>116</sup> Die Traditionsgeschichten der Chotanagpur Raj Familie sowie die der Munda und Oraon stimmen darin überein, dass Munda und Oraon der Inthronisation des ersten sogenannten *Nagbanshi Raja*, Phani Mukut Rai, Ziehsohn eines Munda Patriarchen, geschlossen zustimmten. Damit bekam der Nagbanshi Raja Oberhoheit über die bereits etablierten Dorfbzusammenschlüsse indigener Völker und ihrer traditionellen Autoritäten.<sup>117</sup> Mogulen haben die Region Jharkhand 1385 und später 1616 attackiert. Unter den Mogulen wurde der damalige Nagbanshi Raja erstmals tributpflichtig, und es wurden Steuern in den indigenen Dörfern eingeführt. Der Raja Dürjan Sal wurde von den Mogulen festgenommen, da sich die Indigenen gegen diese Steuern wehrten. In der Haft lernte er andere Hindu Rajas kennen, wodurch er nach seiner Entlassung auf die Idee kam, einige fremde Hindus in die Region zu bringen und *Jagirdars* als Steuereintreiber in den Dörfern einzuführen. Dies brachte in dieser Zeit einige Unruhen mit sich.<sup>118</sup> Nach dem Verfall des Mogulenreichs attackierten auch die Marathen, die im 18. Jahrhundert in Zentralindien ihre Macht ausbauen konnten, die Region.<sup>119</sup> „Their aim was collection of wealth, mainly from the local feudal chiefs.<sup>120</sup>“ Sowohl Mogulen als auch Marathen blieben nur kurze Zeit. Die Briten hingegen blieben länger. Nachdem sie vor allem mit den Franzosen um die Vormachtstellung in Indien kämpften, übernahm die englische Ostindiengesellschaft 1765 *Diwani* von Bengalen. Damit wurde ihr auch die zivile Verwaltung und Steuereinziehungsrechte in der Region Jharkhand – damals noch Teil von Bengalen –

---

<sup>115</sup> Vgl.: ebda: 245

<sup>116</sup> Der Name Nagpur leitet sich von der Nagbanshi Raj Familie ab. Die Bezeichnung Chota meint nicht etwa klein (hindi), sondern kommt ursprünglich von Chutia Nagpur. Chutia ist der Name eines Dorfes, benannt nach seinem Dorfoberhaupt. Vgl.: Roy, S.C. (2010a): 70ff.

<sup>117</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010b): 25; Roy, S.C. (2010a) :72ff.

<sup>118</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010b): 32f.; Singh, A.K. (2003): 291f.

<sup>119</sup> Vgl.: Kulke & Rothermund (2010): 284f.

<sup>120</sup> Singh, A.K. (2003): 292

übertragen.<sup>121</sup> Während marktwirtschaftliche Aktivitäten der Europäer im Großteil Asiens auf Handelswege beschränkt blieben, wie Wolf ausführt, schlug die britische Ostindiengesellschaft einen anderen Kurs ein, indem sie die politische und ökonomische Macht der Mogulen übernahm. Damit änderte sich ihre Rolle von einer Handelsgesellschaft zum politischen Souverän.<sup>122</sup> Ram Dayal Munda<sup>123</sup> und B.P. Keshari geben an: „[...] the spirit of the Jharkhand Movement goes as far back as 1769 when the British took possession of the Chotanagpur and Santhal Pargana areas of the Jharkhand region.<sup>124</sup>“ Der passive Widerstand dieser Zeit blieb ohne Erfolg. Die Menschen gingen fälschlicherweise davon aus, dass die Briten, wie die Mogulen und Marathen, das Land wieder verlassen würden. Doch ihre Präsenz formte die Geschichte der Region nachhaltig.<sup>125</sup> Durch die dezentralisierten Einheiten der Administration in Jharkhand konnten die Briten das Kolonialgebiet ohne größere Schwierigkeiten einnehmen. „The Jharkhandi chieftains surrendered one after another and agreed to pay revenue/ tax to the British administration.<sup>126</sup>“

### **2.1.1 Tribal Rebellions**

Durch den *Bengal Permanent Settlement Regulation Act* (1793) kam es in Jharkhand erstmals zu einer systematischen Besteuerung von Land. Traditionelle indigene Autoritäten wurden zu Steuereintreibern der Briten. In der Zeit von 1793 bis 1915 kam es daher zu einer Serie von ursprünglich ethnischen Aufständen, die bald einen regionalen Charakter bekamen, sogenannte *Tribal Rebellions*, an denen aber nicht nur Adivasi beteiligt waren.<sup>127</sup> Diese Widerstandsbewegungen richteten sich gegen Veränderungen im

---

<sup>121</sup> Vgl.: Kulke & Rothermund (2010): 284ff.

<sup>122</sup> Vgl.: Wolf (2010): 260

<sup>123</sup> Aufgrund seines gesundheitlichen Zustandes hatte ich leider nicht mehr die Gelegenheit, den politischen Aktivisten Dr. Ram Dayal Munda kennen zu lernen. Dr. Munda ist am 1. Oktober 2011 mit 73 Jahren im Krankenhaus an Krebs gestorben. Er war Mitglied des National Advisory Council, Rajya Sabha Mitglied, Chief President der India Confederation of Indigenous and Tribal Peoples und Vice Chancellor der Ranchi University.

<sup>124</sup> Keshari & Munda (2003): 217

<sup>125</sup> Vgl.: Singh, A.K. (2003): 292

<sup>126</sup> Keshari & Munda (2003): 217

<sup>127</sup> Vgl.: ebda: 217f.

Landsystem von kollektivem zu persönlichem Eigentum, gegen die Briten, ihre Handelsvertreter und Kreditgeber.<sup>128</sup>

Die wohl bekannteste Bewegung aus dieser Zeit ist das *Birsa Movement* (1895-1900) geführt von Birsa Munda. In memoriam Birsa Munda sind einige Plätze und Gebäude – vom Flughafen bis zum Schuhgeschäft – in Ranchi heute nach ihm benannt. Außerdem finden sich in der Gegend diverse Statuen seiner selbst. Die *Sepoy Mutiny*<sup>129</sup> (1857), geführt von Biswanath Saahi, wurde als erster Unabhängigkeitskampf in der Region beschrieben. Dieser richtete sich vor allem gegen christliche Missionierung.<sup>130</sup> Doch es gab auch schon zuvor Aufstände mit einer weniger ausgeprägten Massenmobilisation. Dazu zählen etwa die erste *Santhal Rebellion* (1793) unter Tilak Manjhi und die zweite *Santhal Rebellion* (1855) unter Siddhu und Kanhu, sowie der Aufstand der Munda in Tamar (1834) unter Rudu und Konta und die *Kol Rebellion* (1833) unter Singhrai und Binrai Manki. Zu den späteren bedeutenden Rebellionen zählt neben dem *Birsa Movement* (1895-1900) unter Birsa Munda noch das *Thana Bhagat Movement* (1914) unter Jatra Bhagat.<sup>131</sup>

Vor der Unabhängigkeit Indiens (1947) ging es, L.K. Sharma zufolge, in den Argumentationen für die Gründung eines separaten Jharkhand vor allem um drei Faktoren: 1) die administrative Geschlossenheit der Region, 2) Beendigung der Ausbeutung der indigenen Völker, der Mineralien und Waldressourcen durch Fremde und 3) ethnische Besonderheit der Adivasi. Auch wenn diese Faktoren nach der Teilung Bihars immer noch wesentlich erscheinen, so veränderte sich nach K.L. Sharma gleichzeitig der Charakter und die Komplexität des Jharkhand Movement nach der Unabhängigkeit Indiens, und zwar „[...] in terms of leadership, electoral politics, discourse on ethnicity, class and power, inter tribal ethnic political linkages, and the question of identity and sub-nationality.“<sup>132</sup>

Sogenannte *Tribal Movements* oder *Tribal Rebellions* des 19. Jahrhunderts wurden Sengupta zufolge erst im Nachhinein, als der Begriff Tribe publik wurde, als Tribal bezeichnet. Zeitgenössische Historiker berichten, dass in der Santhal Rebellion oder etwa

---

<sup>128</sup> Vgl.: Singh, A.K. (2003): 292

<sup>129</sup> Sepoy ist die Bezeichnung für indische Soldaten in der britischen Ostindien Kompanie.

<sup>130</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010a): 126ff.

<sup>131</sup> Vgl.: Singh, A.K. (2003): 292; Keshari & Munda (2003): 217f.

<sup>132</sup> Sharma, K.L. (2003): 232

im Birsa Movement auch andere Communities involviert waren.<sup>133</sup> Erst nachdem man ihnen zu verstehen gab, dass sie nie in die indische Gesellschaft integriert werden könnten, formierten sich, Sengupta zufolge, ethnische Tribal Organisationen.<sup>134</sup>

### **2.1.2 Parteipolitik und Regierung in Jharkhand**

Die politische Partei *Chotanagpur Unnati Samaj* (gegründet 1915) wurde erst 1938 unter der Führung von Jaipal Singh umbenannt in *Adivasi Mahasabha*, von einer regionalen zu einer ethnischen Bezeichnung. 1950 wurde der Name wieder aus Präferenz einer regionalen Bezeichnung verworfen.<sup>135</sup> „Only late, after the government-sponsored dichotomy spread widely, the leaders discovered that ‚adivasi‘ did not mean all Jharkhandis anymore. Thereafter they changed the name to Jharkhand Party.<sup>136</sup>“ Nach den Wahlen 1952 wurde die *Jharkhand Party* mit 32 Sitzen (von insgesamt 325) zur größten Oppositionspartei in Bihar.<sup>137</sup> Nachdem die State Reorganisation Commission (SRC) die Formierung eines separaten Bundesstaates nicht für empfehlenswert befand, verlor die Partei ihre politische Stärke. Hauptgrund für die Entscheidung der SRC war, dass das Gebiet keine sprachliche Einheit darstelle. Als die Partei schwächer wurde, verbündete sie sich 1963 mit der Kongresspartei. Jaipal Singh verlor seinen Ministerposten. Da bei der Entscheidung des Parteizusammenschlusses viele übergangen und ignoriert wurden, lehnten sich seine früheren Anhänger jetzt gegen ihn auf. Der Zusammenschluss wurde als nicht legal aufgefasst und frühere Parteimitglieder versuchten, die alte Partei wieder aufleben zu lassen. Doch die Partei war keine starke Einheit mehr, und es kam zu ethnischen Fragmentierungen. Dabei entstand 1973 unter anderem auch die *Jharkhand Mukti Morcha* (JMM) unter der Führung von Shibu Soren. Diese machte Munda und Keshari zufolge auch einen großen Schritt auf die nicht-indigene Bevölkerung zu und schaute auf Bedürfnisse im Zusammenhang mit Bergbau und Industriearbeit.<sup>138</sup>

---

<sup>133</sup> Siehe: Munda & Bosu Mullick (2003)

<sup>134</sup> Siehe: Sengupta (2003)

<sup>135</sup> Keshari & Munda (2003): 218

<sup>136</sup> Sengupta (2003): 339

<sup>137</sup> Keshari & Munda (2003): 218

<sup>138</sup> Vgl.: ebda: 218f.

Während der Regierung der Janata Partei, die zwischen 1977 und 1980 die Kongresspartei unter Indira Gandhi ablöste<sup>139</sup>, entwickelten alle Parteien eigene pro-Jharkhand Strategien. Als die Kongresspartei wieder an der Macht war, entwickelte sich eine spezielle Beziehung zwischen dieser zur JMM, einer Partei auf Regionalebene in Bihar. In dieser Zeit stellte sich, so Munda und Keshari, das Gefühl ein, dass alle politischen Anführer, sobald sie einmal gewählt würden, nur mehr zu ja-Sagern würden und sich von den großen Parteien untergraben ließen. Dennoch wurde die JMM 1985 mit 14 Sitzen zur größten Oppositionspartei in Bihar.<sup>140</sup>

Im Prozess der Selbstfindung und auf der Suche nach geeigneten Führungskräften für Jharkhand wurde 1986 die *All Jharkhand Students Union* (AJSU) und ein Jahr darauf das *Jharkhand Coordination Committee* (JCC) gegründet. Beide hatten das Ziel, die vielen Fraktionen des Jharkhand Movement zu koordinieren. Das JCC rief alle politischen und nicht politischen Organisationen, die sich für Verbesserungen in der Region Jharkhand einsetzten, zusammen. Mit großem Zuspruch wurden Personen aus mehr als 50 Organisationen Mitglieder des JCC, welches in den folgenden Jahren mit ihren Massenkundgebungen und Streiks die Aufmerksamkeit der Zentralregierung erreichte. Erste Gespräche fanden 1989 statt. Professoren der Ranchi University spielten eine vermittelnde Rolle zwischen JCC und JMM, um letztere in der zweiten Gesprächsrunde mit der Zentralregierung miteinzubeziehen. Im selben Jahr gründete das indische Innenministerium das *Committee on Jharkhand Matters* (COJM). Dieses erstellte einen Bericht, der empfiehlt, spezielle Führungsgremien einzurichten, anstatt Jharkhand den Status eines Bundesstaates zu geben. Dennoch sah das JCC einen richtungsweisenden Schritt in diesem Bericht.<sup>141</sup> „The most important fact is the Committee – formed by the Ministry of Home Affairs of the Central Government, and in which have participated authoritative scholars, all Jharkhandi organisations and Parliament Members of all political parties of the Jharkhand area – has accepted that the Jharkhand area has its own cultural

---

<sup>139</sup> Vgl. z.B.: Kulke & Rothermund (2010): 402ff.

<sup>140</sup> Vgl.: Keshari & Munda (2003): 219f.

<sup>141</sup> Vgl.: ebda: 219ff.

identity and that the responsibility of its preservation and development lies with the country as a whole.<sup>142</sup>“

Verschiedene Parteien unterstützten die Forderungen nach Autonomie. Doch erst der Wahlsieg der von der hindu-nationalistischen *Bharatiya Janata Party* (BJP)<sup>143</sup> geführten *National Democratic Alliance*<sup>144</sup> im Jahr 1999 ebnete endgültig den Weg zur Gründung Jharkhands durch die Teilung Bihars. Der Tag der Gründung fällt interessanterweise genau zusammen mit dem Geburtstag des großen Adivasi Helden Birsa Munda, nach dem das Birsa Movement des 19. Jahrhunderts benannt ist.<sup>145</sup> Noch bevor es zur Teilung kam, argumentieren Munda und Keshari, dass die Teilung Bihars zwar taktisch die erste Einheit eines separaten Jharkhand hervorbringen könne, der Prozess aber erst abgeschlossen sei, wenn auch die Teile Bengalens, Orissas und Madhya Pradeshs, die historisch zu Jharkhand gezählt werden, damit verbunden würden.<sup>146</sup>

A.K. Singh zufolge seien die Regelungen des *Bihar State Reorganisation Act*, durch das Jharkhand als separater Bundesstaat gebildet wurde, der weiteren Ausbeutung durch Nordbihar förderlich. Vergleichende Analysen zur Entwicklung anhand der 9 Parameter des COJM – agricultural production, irrigation, godown storage capacity, rural electrification, bank branches, literacy, health services, road length and population – zeigen, dass die südlichen Bezirke des ehemaligen Bihar, die heute Jharkhand ausmachen, in allen Bereichen niedrigere Werte erzielen. A.K. Singh weist auf die großen Fabriken, Bewässerungsprojekte, Staudämme und Minen hin – „Jawaharlal Neruh’s temples of modern India“ –, die viele Adivasi zu Opfern und Flüchtlingen der Entwicklung machten. Selbst eine Schätzung der Regierung ginge von 180 000 durch Kohleminen Vertriebene allein in den Jahren 1981-1985 aus.<sup>147</sup>

Indien ist eine parlamentarisch-demokratische Republik bundesstaatlicher Ordnung. Neben den 28 Bundesstaaten gibt es heute 7 Unionsterritorien in Indien, die direkt der

---

<sup>142</sup> Ebda: 224

<sup>143</sup> Eine rechtskonservative, hindunationalistische Partei, gegründet 1980

<sup>144</sup> Ein Parteienbündnis in Indien unter Führung der BJP, gegründet 1998. Dem gegenüber steht die United Progressive Alliance (UPA), ein Parteienbündnis unter der Führung des Indischen Nationalkongresses (INC).

<sup>145</sup> Vgl.: Bosu Mullick (2003): xvi

<sup>146</sup> Vgl.: Keshari & Munda (2003, Erstausgabe 1992): 227f.

<sup>147</sup> Vgl.: Singh, A.K. (2003)

Zentralregierung in Delhi unterstehen. An der Spitze der Regierung steht der/ die PräsidentIn (seit Juli 2012 Pranab Mukherjee, davor Pratiba Patil) mit überwiegend repräsentativen Aufgaben und der/ die PremierministerIn (seit 2004 Manmohan Singh), der/ die die Richtung vorgibt.<sup>148</sup> Kürzlich wurde Pranab Mukherjee zum Präsidenten (Kandidat der indischen Kongresspartei) gewählt, der den indigenen Gegenkandidaten Purno Agitok Sangma mit rund 70 zu 30 Prozent der Stimmen geschlagen hat. Sangma war Gründungsmitglied der *Nationalist Congress Party* (NCP), trat aber nach Widerstand gegen seine Präsidentschaftskandidatur aus der Partei aus. Von den 81 Mitgliedern der *Legislative Assembly* in Jharkhand bekam er lediglich 20, während Mukherjee 60 Stimmen erhielt.<sup>149</sup>

Das Parlament auf zentralstaatlicher Ebene besteht aus zwei Kammern, dem Oberhaus (*Rajya Sabha*), dessen Mitglieder von den Bundesstaaten abgesandt werden, und dem Unterhaus (*Lok Sabha*), dessen Abgeordnete in Wahlkreisen gewählt werden.<sup>150</sup> Die Parlamente der Bundesstaaten bestehen entweder aus zwei Kammern (Legislative Assembly und Legislative Council) oder, wie beispielsweise in Jharkhand, aus einer Kammer (Legislative Assembly).<sup>151</sup> Den Gouverneuren der Bundesstaaten (in Jharkhand seit April 2011 Syed Ahmed von der Kongresspartei) steht jeweils ein Ministerrat mit einem/r Chief MinisterIn an der Spitze (in Jharkhand derzeit Arjun Munda von der BJP) beratend zur Seite. So wie auf zentralstaatlicher Ebene die Position der/ des PräsidentIn gilt auch die Position des/r GouverneurIn auf bundesstaatlicher Ebene eher als repräsentativer Posten, während Prime Minister bzw. Chief Minister die politische Richtung vorgeben.<sup>152</sup>

---

<sup>148</sup> Vgl.: <http://www.indianembassy.org/dydemo/political.htm> (14.08.2012);  
<http://india.gov.in/> (14.08.2012)

<sup>149</sup> Vgl.: [http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-07-22/india/32787751\\_1\\_mukherjee-and-sangma-vote-value-india-s-13th-president](http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-07-22/india/32787751_1_mukherjee-and-sangma-vote-value-india-s-13th-president) (14.08.2012);  
<http://www.newstrackindia.com/newsdetails/2012/07/22/292-Pranab-Mukherjee-passes-the-presidential-test-with-69-votes-Sangma-manages-31-.html> (14.08.2012);  
<http://presidentofindia.nic.in/> (14.08.2012);  
[http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-06-20/india/32334868\\_1\\_contest-presidential-polls-pa-sangma-purno-sangma](http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-06-20/india/32334868_1_contest-presidential-polls-pa-sangma-purno-sangma) (14.08.2012)

<sup>150</sup> Siehe: <http://www.parliamentofindia.nic.in/> (14.08.2012)

<sup>151</sup> Siehe: <http://legislativebodiesinindia.nic.in/> (14.08.2012)

<sup>152</sup> <http://www.indianembassy.org/dydemo/political.htm> (14.08.2012)

Jharkhand hatte seit seiner Gründung immer indigene Chief Minister. Bisher hat noch keine Regierung eine volle Amtsperiode bestanden, und es gab seit 2000 bereits zwei Mal *President's Rule* in Jharkhand. Die Parteipolitik ist von taktischen Zusammenschlüssen und Abspaltungen geprägt, die eher einzelne Positionen zu sichern, als Interessen zu vertreten scheinen. Sowohl Shibu Soren (JMM) als auch der derzeitige Chief Minister Arjun Munda (BJP) waren bisher drei Mal im Amt.<sup>153</sup>

Die zuvor durch Nordbihar ausgebeutete Region Jharkhand kann nun unter anderem ihre Bodenschätze durch die eigene Regierung verwalten. Auch dabei finden allerdings nach wie vor Landenteignungen zum Aufbau des Wirtschaftswachstums statt.<sup>154</sup> Durch die Teilung Bihars bekam Jharkhand eine eigene Legislative Assembly und eigene Ministerien. Jharkhand hat über 40 Ministerien, die aber in ihren Kompetenzbereichen oft kaum voneinander abzugrenzen sind und teilweise überflüssig erscheinen. So gibt es etwa neben dem Welfare Department ein Ministerium für Social Welfare, Women and Child Development und ein Ministerium für Health, Medical Education and Family Welfare. Neben dem Ministerium für Planung und Entwicklung bestehen ein Panchayat Ministerium und ein Ministerium für ländliche Entwicklung.<sup>155</sup>

Zur Administration werden Gebiete in den Bundesstaaten durch den Gouverneur in *Municipal Areas* (urbane Gebiete) und *Panchayat Areas* (ländliche Gebiete) eingeteilt, die jeweils durch *Urban Local Bodies* UBL (Municipal Corporation, Municipality und Notified Area Committee) bzw. Panchayats als „Institutions of Self-Government“ verwaltet werden. In Scheduled Areas gibt es sowohl Municipalities als auch Panchayats<sup>156</sup> Meine Forschungen beziehen sich auf Panchayats in Jharkhand und lokale Governance in ländlichen Gebieten in Scheduled Areas beziehen.<sup>157</sup>

Seit der Gründung Jharkhands stellten hauptsächlich die BJP oder JMM<sup>158</sup> die Chief Minister des Landes. Derzeit ist Arjun Munda aus der BJP zum wiederholten Mal im Amt.

---

<sup>153</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/List\\_of\\_Chief\\_Ministers\\_of\\_Jharkhand](http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_Chief_Ministers_of_Jharkhand) (14.08.2012)

<sup>154</sup> Zu Landenteignungen siehe: Kapitel 3

<sup>155</sup> [http://jharkhand.gov.in/all\\_depts.html](http://jharkhand.gov.in/all_depts.html) (14.08.2012)

<sup>156</sup> Vgl.: The Constitution of India: Part IX, IXA u. X

<sup>157</sup> Scheduled Areas und Panchayats siehe: Kapitel 4

<sup>158</sup> Gegründet 1973 von ehemaligen Parteimitgliedern der Jharkhand Party, nachdem sich diese mit der BJP zusammenschloss.

Wissenschaftlern wie Bosu Mullick zufolge arbeitet diese Partei auf eine Unterteilung der christlichen und nicht-christlichen Indigenen hin. Außerdem stünde ökonomische Entwicklung im Vordergrund und man versuche, den Menschen glaubhaft zu machen, dass Privatisierung, Globalisierung und Sanskritisierung Frieden und nachhaltige Entwicklung in der Region schaffen würden.<sup>159</sup> Der politische Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung im Land wird seitens der Einheimischen oft kritisiert. So meint ein junger Mann aus Ranchi, den ich zu seiner Ausbildung als *Development Project Coordinator* befrage, in einem informellen Gespräch empört über die Politik im Land: „You are coming here for the social development, and Arjun Munda is going to Germany for industrial development.<sup>160</sup>“ Auch wenn ich diese Gegenüberstellung – die mir auch Aufschluss darüber gegeben hat, wie ich selbst gesehen werde – nicht so stehen lassen konnte, brachte das Gespräch in seinem Verlauf doch eine Einstellung zur Politik zum Vorschein, welche die Entwicklungsziele der Regierung in Frage stellt, da diese für einen Abbau der Armut im Land kontraproduktiv seien.

Die Suche nach geeigneten Führungspersonlichkeiten löst heute zuweilen auch Diskurse rund um Repräsentation aus. Vor allem in Fragen, die indigene Völker betreffen, lehnen sich manche Adivasi vehement dagegen, Nicht-Adivasi für sie sprechen zu lassen. So löste beispielsweise auch eine Nominierung der *Gandhi Foundation* für einen Friedenspreis 2011 Proteste aus, da dieser zwei Nicht-Adivasi (Binayak Sen und Bulu Imam) in Vertretung der Adivasi überreicht werden sollte. Weil Binayak Sen daraufhin den Preis nicht mehr annehmen wollte und aufgrund anhaltender Kritik, beschloss die *Gandhi Foundation*, statt einer Preisverleihung am 9. November 2011 ein Seminar abzuhalten und den *Peace Award* zu vertagen.<sup>161</sup> In einer E-Mail an die Nominierten mit der Bitte, den Award nicht anzunehmen, heißt es „Adivasis are being neglected even today though there are numbers of renowned leaders like Mr. Soma Guria, Mrs. Dayamani Barla, Mrs. C.K. Janu, Padamshree Tulsi Munda and so many others, who have won the fights against big corporate giants and

---

<sup>159</sup> Vgl.: Bosu Mullick (2003): xvi f.

<sup>160</sup> Zum Zeitpunkt des Gesprächs war der Chief Minister Arjun Munda in Deutschland, um Kontakte mit Unternehmen für wirtschaftliche Entwicklung aufzubauen.

<sup>161</sup> Ausgelöst wurde die Debatte vor allem durch Protestmails des Jharkhand Human Rights Movement (JHRM) und des Jharkhand Indigenous Peoples Forum. Sie verbreitete sich rasch im Cyberspace – über Verteilermails und beispielsweise auf Chhattisgarh-Net und Facebook - und wurde von den indischen Medien aufgegriffen.

also did lots of work for promotion and protection of the Adivasis tradition, culture and livelihoods.<sup>162</sup>“ Die Verfasser geben an, dass sie die Arbeit der Nominierten honorieren, betrachten es aber als äußerst entwürdigend, dass ihnen ein Award „on behalf of the Adivasis“ überreicht werden sollte.

### **2.1.3 Eine Analyse des Jharkhand Movement**

Im Gegensatz zu Bosu Mullick sieht Sengupta Tribal Rebellions als Bauernaufstände. „If Santhal and Munda had not been differentiated in a hundred years of sustained colonial effort the same rebellions would have been depicted as regional peasant revolts, in which some numerous communities predominated, as is the case of any peasant movement.<sup>163</sup>“ Auch wenn das Jharkhand Movement Parallelen zu Bauern- und Arbeiterklassenbewegungen aufzeigt, so kann es, Bosu Mullick zufolge, jedoch vom Charakter her von diesen unterschieden werden. Das Jharkhand Movement habe mit seinen starken Wurzeln in der Geschichte und durch seine Kontinuität eine eigene Identität, auch wenn vordergründige Probleme andere wurden. Wenngleich sich soziale Situationen immer wieder verändern, so könne man doch feststellen, dass ursprüngliche soziale Werte immer noch hochgehalten werden. Das Christentum beispielsweise habe einen Prozess regionspezifischer Reinterpretation durchlaufen, um mit dem traditionellen Lebensstil der Menschen in Einklang gebracht zu werden. Auch traditionelle politische Systeme konnten durch die Strukturen des modernen Staates nicht gänzlich verdrängt werden.<sup>164</sup> Betrachtet man Bauernaufstände bzw. -revolutionen nach James Scott, lassen sich gewisse Parallelen zu Tribal Rebellions/ Revolts allerdings nicht abstreiten. „The fact is that, for all their importance when they do occur, peasant rebellions, let alone peasant ‚revolutions‘, are few and far between. Not only are the circumstances that favor large-scale peasant uprisings comparatively rare, but when they do appear the revolts that develop are nearly always crushed unceremoniously. To be sure even a failed revolt can achieve something: a few concessions from the state or landlords, a brief respite from new and

---

<sup>162</sup> E-Mail vom 15.10.2011 des Jharkhand Human Rights Movement (JHRM) und des Jharkhand Indigenous Peoples Forum an die Gandhi Foundation, die Nominierten und interne Verteiler

<sup>163</sup> Sengupta (2003): 336

<sup>164</sup> Vgl.: Bosu Mullick (2003)

painful relations or productions and, not least, a memory of resistance and courage that may lie in wait for the future.<sup>165</sup>“

Bosu Mullick, der Mitglied des JCC und Präsidiumsmitglied der *Jharkhand Peoples' Party* war, gibt in einer historischen Analyse über das Jharkhand Movement, die ich hier kurz wiedergeben möchte, den Blick eines Insiders. Er bezieht sich darin auf bestimmte Formen der Reaktion seitens der Bevölkerung gegenüber den Kräften ökonomischer Enteignung und kultureller Unterwerfung. Diese sind Vergeltung und Rückzug auf der einen Seite und Konflikt und Kompromiss auf der anderen. Die Ergebnisse dieser Reaktionsmuster manifestieren sich geografisch in Form von Vertreibung und Umsiedlung und kulturell in Form von Ablehnung oder Anpassung.<sup>166</sup>

Vergeltung steht für eine „tit for tat“-Strategie. Es handelt sich um die kollektive Antwort einer Gruppe in Form physischer Opposition gegenüber den Mächten der Kolonisation, die ihre sozialpolitische Existenz gefährdet sieht. Schlägt diese Strategie fehl, kommt es zum Rückzug. Dies impliziert die Migration in eine andere Gegend, weg von den Mächten der Kolonisation und vorzugsweise zu unberührtem Land, welches sich für eine Niederlassung eignet. Nach Bosu Mullicks Analyse führt Vergeltung zu Vertreibung oder Rückzug und damit schließlich zu Umsiedlung. Wobei beim Rückzug die Niederlassung an einem Ort angestrebt wird, an dem das alte Sozialsystem wiederbelebt werden kann.

Der Konflikt tritt nun auf, wenn Rückzug keine Lösung mehr ist. „It is a response to a crisis of survival of a people marked by the spirit of desperation and preceded by extreme social stress and strain under the pressure of the alien forces.<sup>167</sup>“ In der Situation erzwungener Koexistenz mit dem System der Unterdrückung ruft der Konflikt einen Trend völliger Ablehnung des Systems und ein Rückbesinnen auf die Tradition hervor, mit dem Ansinnen, das indigene System in Einklang mit der veränderten Situation zu stärken.

Der Kompromiss ist nach Bosu Mullick die unterwürfige Antwort auf einen verlorenen Kampf. Als Konsequenz von Kompromiss kommt es zur Anpassung – damit ist hier die Einverleibung bestimmter Elemente des fremden Systems gemeint. Bosu Mullick stellt fest:

---

<sup>165</sup> Scott (1990): 29

<sup>166</sup> Vgl.:Bosu Mullick (2003): 246

<sup>167</sup> Ebda: 247

„The accommodative history of the indigenous peoples of Jharkhand reveals, that only those elements are accommodated which are compatible with the central value system of their societies.<sup>168</sup>“ Auch wenn es in Phasen des Kompromisses zur Aneignung inkompatibel erscheinender Elemente kommen kann, so bleiben diese eher oberflächlich und werden in den Phasen von Konflikt wieder abgelegt. Bosu Mullick spricht davon, dass ein indigenes Volk nur dann mit Anpassung reagiert, wenn es dauerhaft an Stärke verlieren würde, um sich in der nächsten Konflikt-Phase reorganisieren zu können. Nach Bosu Mullick sind Anpassung und Ablehnung die eigentlichen Motoren, die hinter Kontinuität und Wandel in der Bewegung der indigenen Völker Jharkhands stehen.<sup>169</sup>

Reagieren Indigene mit Kompromiss oder Rückzug, müssen sie in beiden Fällen Verluste erleiden.

Im Fall von Rückzug seien diese eher ökonomisch als sozial. Der Verlust von kultivierbarem Land und der Rückzug in immer unwirtlichere Gegenden führen letztendlich zu einer Abhängigkeit von den Wäldern. So habe auch das Fischen seinen früheren Stellenwert verloren. Adivasi wurden schließlich abhängiger vom Jagen und Sammeln. Ursprünglich wurde in den neuen Siedlungsräumen Reis kultiviert. Gezwungen zum Rückzug in die höchstgelegenen Gebiete des Plateaus haben sie dort Brandrodung und Wanderfeldbau begonnen. Diese Veränderungen führten, Bosu Mullick zufolge, zu einer Verschlechterung der ökonomischen Situation.<sup>170</sup> Sengupta betont, dass die Ursachen für die angewandten Techniken der Landwirtschaft in den Beschaffenheiten des Landes und nicht in der hypothetischen Isolation oder psychischen Blockaden gegen Weiterentwicklung liegen.<sup>171</sup> Veränderungen in der Ökonomie führten aber im Großen und Ganzen nicht zu Veränderungen im Sozialsystem. „Egalitarian social system with communal rights over the means of production, collective leadership and the principle of consensus in the decision making process, ethical living and the naturalistic religion and equitable status for men and women were some of the salient features of that system.<sup>172</sup>“ Sengupta schreibt, dass Wald und Weideland nur als Gemeinschaftsgut verwaltet werden können. Die hohe Relevanz der

---

<sup>168</sup> Ebda: 247

<sup>169</sup> Vgl.: ebda: 245ff.

<sup>170</sup> Vgl.: ebda: 248

<sup>171</sup> Vgl.: Sengupta (2003): 342

<sup>172</sup> Bosu Mullick (2003): 248

Gemeinschaftsgüter in der Ökonomie ließe notwendiger Weise starke kommunale Beziehungen entstehen.<sup>173</sup>

Im Fall von Kompromiss ist der Verlust sowohl ökonomisch als auch sozial. Durch die Verweigerung von Land- und Waldrechten kam es zu veränderten Beziehungen in der Produktion. Im Lauf der Geschichte entstanden verschiedene Formen der Abhängigkeit bis hin zur Schuldknechtschaft. Um Abgaben zu bezahlen, musste in der Subsistenzwirtschaft auf Überschussproduktion umgestellt werden. „Peasantisation of the people initiated since the medieval period and their transformation into swaet-labourers in the modern times can be seen as the continuation of the same process.<sup>174</sup>“ Kompromiss führte, Bosu Mullick zufolge, jedes Mal zu Verarmung und zur Ausbreitung des fremden Systems. Indigene verloren in den Phasen von Kompromiss an Macht, und wurden auch bei der Einführung einer Landessprache und dem Propagieren von Staatsreligionen nicht berücksichtigt.<sup>175</sup>

Die Geschichte des Jharkhand Movement weist einen Konflikt zwischen unterschiedlichen sozialen Systemen von Adivasi und anderen Gesellschaften auf. Im Laufe der Geschichte wurden indigene Völker mit der Herausbildung von Staatsgebieten dem Kastensystem einverleibt, oder zogen sich aus ihrer Heimat in abgelegene Gebiete zurück. Vertreibungen und Umsiedlungen schritten mit dem Prozess der Staatenbildung voran. Immer größere Gebiete wurden unter staatliche Autorität gebracht. Dabei reagierten indigene Völker immer wieder mit Vergeltung und Rückzug, lehnten Kompromisse vermehrt ab, und zogen sich schließlich immer weiter in die bewaldeten Regionen des Hochplateaus zurück. So konzentrierten sich, Bosu Mullick zufolge, immer mehr Adivasi, die sich der herrschenden Gesellschaft nicht unterordnen wollten, in der Region Jharkhand. Es kam zu einigen Migrationen der Indigenen innerhalb Jharkhands und gleichzeitig auch zur Ansiedlung von Bauern, die im Kastensystem integriert waren.<sup>176</sup> Nachdem aufgrund weiterer Immigration von außen kaum mehr eine Alternative als die Koexistenz mit der Staatsgesellschaft übrig blieb, veränderte sich die Reaktion der

---

<sup>173</sup> Vgl.: Sengupta (2003): 343

<sup>174</sup> Vgl.: Bosu Mullick (2003): 248

<sup>175</sup> Vgl.: ebda: 248f.

<sup>176</sup> Für Details siehe: ebda: 249ff.

Indigenen in den meisten Fällen, und es folgten wieder Konflikt und Kompromiss.<sup>177</sup> Einige Elemente der herrschenden Kulturen und ihres Organisationssystems wurden von Adivasi in unterschiedlichem Grad akzeptiert, je nachdem wie sehr sie ihnen ausgesetzt waren. Bosu Mullick spricht auch von *Linguistic Colonialism* der Staaten, durch welchen manche indigene Völker ihre Sprache fast gänzlich verloren haben. In Kunst und Literatur wurden einige nicht-indigene Elemente angenommen.<sup>178</sup>

Die Mogulen hatten Handels- und Militärrouten aufgebaut. Auf diese Weise wuchs ihr Einfluss in den erschlossenen Gebieten. Durch die Briten wurde die ganze Region für marktwirtschaftliche und schließlich für industrielle kapitalistische Ausbeutung geöffnet. „Commercialisation of the forest, mining activities and industrialisation brought the British to the most exposed areas of Jharkhand.<sup>179</sup>“ Im Zuge dessen kam es dann zu den Auseinandersetzungen und Rebellionen, die später als Tribal Rebellions oder Tribal Movements bekannt wurden. Der britische Kolonialismus, ausgelöst durch die Ostindiengesellschaft (1765), provozierte mehrere Tribal Rebellions als Form von Vergeltung. Nach Bosu Mullick waren diese in der Regel gefolgt von Rückzug.<sup>180</sup> Im 19. Jahrhundert entwickelte sich vermehrt ein Bewusstsein zu einer pan-ethnischen Solidarität. Aufgrund der anhaltenden Rebellionen schufen die Briten Regelungen, um die Unruhen zu besänftigen. Die *Wilkinson Rules* (1837) sollten beispielsweise weitere Vertreibungen im Gebiet Kolhan verhindern.

Kolhan ist ein Gebiet, das weitgehend von Ho und anderen indigenen Völkern bewohnt ist. 1833 wurde dieses Gebiet unter dem Namen Kolhan unter die Kontrolle der britischen Regierung gebracht. Nach dem sogenannten *Kol Rising* (1831) wurden die *Wilkinson Rules* in Kolhan eingeführt, benannt nach Thomas Wilkinson, *Governor General* der damaligen *South West Frontier Agency*.<sup>181</sup> Damit wurde ein eigenes Administrationssystem für dieses Gebiet geschaffen. Allgemeine Regelungen und Gesetze der damaligen Regierung von Bengalen verloren durch die *Wilkinson Rules* ihre Gültigkeit in Kolhan. Durch den *Code of*

---

<sup>177</sup> Vgl.: ebda: 253

<sup>178</sup> Vgl.: ebda: 253

<sup>179</sup> Ebda: 255

<sup>180</sup> Vgl.: ebda: 256

<sup>181</sup> Die South Western Frontier Agency wurde 1833 als Non-Regulation Province gegründet. Vgl.: Roy, S.C. (2010a): 118

*Criminal Procedure* 1861, in dem Kolhan als integraler Teil der Provinz Chotanagpur behandelt wird, wurde das Strafrecht allerdings später auf Kolhan ausgeweitet.<sup>182</sup> „The System of administration under Wilkinson’s Rule was paternalistic in mode and direct in nature. [...] The spirit was that the administrators using his common sense, ignoring technicalities of rules and regulation dispensed justice through the help of village elders.<sup>183</sup>“ Traditionelle indigene Autoritäten wurden wie Grundherren behandelt. Dies führte zu einer Irritation der Sozialstruktur. Komplementäre Funktionen von Priester und Dorfoberhaupt beispielsweise wurden gebrochen, und es kam zu Streitereien und Gerichtsfällen, die im fremden Rechtssystem ausgetragen wurden und mit Vertreibungen endeten.<sup>184</sup>

Bosu Mullick zufolge lösten solche Kompromisse tiefe ideologische Krisen aus. Das eigene Glaubenssystem schien den Adivasi nicht ausreichend ideologische Stärke zu bieten, um die Gesellschaft zusammenzuhalten. Hinduismus und Christentum seien als mächtiger wahrgenommen worden. Um ihre ökonomischen Rechte zu schützen, sei daher unter indigenen Völkern ein Trend entstanden, sich die „überlegenen“ Ideologien der fremden Mächte zunutze zu machen. In dieser Phase seien die Konvertierungen allerdings eher aspirituell gewesen. „The early converts accepted the new faith superficially only with a promise of restoration of their lost land made by the Christian Missionaries.<sup>185</sup>“ Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Kompromisse politischer. Dabei ging es weniger um momentane Klagen, sondern um die Einforderung von Grundrechten. Bosu Mullick zufolge war die Ideologie der Bewegungen aus dieser Zeit grundsätzlich keine andere als bei denen zuvor. Was sich verändert hatte, war eher die Taktik. Während sich die einen über Kompromisse mit dem Hinduismus gegen die Briten stellten, versuchten die anderen mithilfe der Briten interne Eindringlinge des Kastensystems loszuwerden. Christliche und hinduistische Missionare wirkten dabei als Mediatoren. Anführer von Tribal Movements dieser Zeit, wie Birsa Munda und Tana Bhagat verbanden verschiedene religiöse Werte mit dem traditionellen Glaubenssystem.

---

<sup>182</sup> Vgl.: Oraon, P.C. (2003)

<sup>183</sup> Ebda:1

<sup>184</sup> Vgl.: Bosu Mullick (2003): 257

<sup>185</sup> Ebda: 260

Neben den Tribal Movements kam es Ende des 19. Jahrhunderts auch zu Migrationen nach außen. Bosu Mullick bezeichnet dieses Phänomen nicht als Rückzug, da es bei diesen Migrationen nicht darum ging, das alte Sozialsystem zu erhalten. Adivasi, die sich in ökonomischen Notsituationen befanden, wurden vom Kolonialregime als Landarbeiter rekrutiert, und landeten so in großer Zahl unter anderem in den Teegärten Assams und Nord Bengalens. „The outcome of it was social degradation and enslavement.<sup>186</sup>“

Aufgrund der Enttäuschung durch wiederkehrende Rückschläge sollten schließlich keine Kompromisse mehr eingegangen werden. Dies kam mit Slogans von Birsa Munda zum Ausdruck, wie: „*Saheb saheb ek topi hai* (All white, the British and the missionaries, wear the same cap) and his followers shout, *hende ramra keche keche, pundi ramra keche keche* (chop the black, chop the white), identifying both the native and the foreign forces of colonization as well as the Christian missionaries as the enemies of society.<sup>187</sup>“ Mit Reinterpretationen des traditionellen Glaubenssystems und sozialen Reformen vereinten sich christianisierte und hinduisierte Adivasi. Daneben stellten sich auch andere unterdrückte Klassen auf die Seite der Indigenen, um gemeinsam gegen interne und externe Ausbeuter zu rebellieren.<sup>188</sup> Unmittelbare Verdienste der Bewegungen Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts waren der Erlass des *Chotanagpur Tenancy Act* (1908)<sup>189</sup> und administrative Änderungen auf dem Weg zum *Santhal Parganas Tenancy Act* (1949)<sup>190</sup>. Diese Gesetze sollen Überschreibungen von Adivasi-Land an Nicht-Indigene verhindern. Doch nur ein geringer Teil des Landes wurde dabei als Ahnenland der Adivasi erfasst.

Nach dem Ende des Birsa Movement wurden aus den früheren taktischen Konvertierungen, Bosu Mullick zufolge, vermehrt echte Glaubensänderungen. Viele Adivasi in Jharkhand fühlten sich vom Christentum angesprochen, da es eine biblische Ideologie der Gleichheit versprach – vor Gott sind alle Menschen gleich –, und damit einen Ausweg aus einem unterdrückenden Sozialsystem zu bieten schien. Parallel zu Massenkonzertierungen zum Christentum gab es bei anderen verstärkt die Einverleibung hinduistischer Normen. Politisch wurden nationalistische Bewegungen eher von denjenigen unterstützt, die pro-

---

<sup>186</sup> Ebda: 261

<sup>187</sup> Ebda: 261f.

<sup>188</sup> Vgl.: ebda: 261ff.

<sup>189</sup> Für Details siehe: Roy (2009)

<sup>190</sup> Für Details siehe: Prasad (2002)

Hindu waren, generell wurden sie aber eher abgelehnt, da der Konflikt als einer zwischen den Briten und den Mächten des internen Kolonialismus gesehen wurde. Mit Gründung der *Adivasi Mahasabha* (1938) sollten die verschiedenen Gruppen wieder zusammengebracht werden.<sup>191</sup>

Die gebildeten christlichen Adivasi spielten eine nicht unwesentliche Rolle im Jharkhand Movement. Organisationen, wie die *Unnati Samaj*, die gemeinsam mit der nicht-christlichen Organisation *Kisan Sabha* zur *Adivasi Mahasabha* und später zur *Jharkhand Party* wurden, wurden von ihnen gegründet. Die Jharkhand Party entstand 1950 nach der Teilung Britisch Indiens, als auch die Forderung eines unabhängigen Jharkhand aufkam. 1973 entstand dann die JMM, die in ihrer Gründungsphase stark von marxistischen Arbeiterklassenideologien beeinflusst war. Auch einzelne Personen aus der Bewegung der *Naxaliten* waren, Bosu Mullick zufolge, bald darin involviert. Das Jharkhand Movement wird von verschiedenen Standpunkten aus unterschiedlich betrachtet. Dabei spielen etwa menschenrechtliche Aspekte, Autonomiebestrebungen der Indigenen, Aspekte von Ethnizität und von Nationalismus bzw. Anti-Nationalismus eine Rolle.<sup>192</sup>

*Naxalismus* in Indien ist ein eigenes Phänomen. Die Ende der 1960er Jahre entstandene Rebellenbewegung, die von der Regierung als terroristisch eingestuft wird, wird fälschlicherweise oft mit allen Widerständen der Adivasi gegen Ausbeutung und Unterdrückung gleichgestellt. Auch wenn sich Naxalismus aus einer misslichen Lage verarmter Kleinbauern speist und in seiner Anhängerschaft einige Adivasi angezogen hat, steckt dahinter eine eigene Ideologie, die zuweilen auch Extremisten hervorgebracht hat. Tribal Movements und Naxalismus sind daher voneinander zu unterscheiden. Autonome und gewaltfreie Widerstände der Adivasi gegen Ressourcenausbeutung und Landvertreibung werden vom Staat, Unternehmern und teilweise durch die Medien immer wieder falsch dargestellt und als maoistische Bedrohung interpretiert. Mit dem Etikett „Naxalismus“ kann so jeder spontane Widerstand der Adivasi gegen Vertreibung als terroristisch niedergeschmettert werden.<sup>193</sup>

---

<sup>191</sup> Vgl.: Bosu Mullick (2003): 264ff.

<sup>192</sup> Vgl.: ebda: 244-271

<sup>193</sup> Vgl.: [http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa\\_act\\_1996.pdf](http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa_act_1996.pdf) (08.08.2012)

## 2.2 Naxalismus

Das österreichische Außenministerium gibt folgende Angaben zur Sicherheit in der Region an: „In den östlichen und südöstlichen Bundesstaaten, von Bihar, West Bengalen über Jharkhand, Orissa, Chhattisgarh, Maharashtra, Madhya Pradesh und Andra Pradesh bis zum nördlichen Tamil Nadu, besteht ein erhöhtes Risiko von Gewalttaten und Kriminalität durch gewalttätige Extremistengruppen (Naxaliten). Von nicht unbedingt notwendigen Reisen in diese Gebiete und besonders Reisen in die Gebiete der Ureinwohner wird daher abgeraten, da die Gefahr von Entführungen besteht. Die Kämpfe zwischen den Sicherheitskräften und den Naxaliten haben in den letzten Jahren wieder an Intensität zugenommen, und es kam zu einer Häufung spektakulärer Attentate der Maoisten gegen zivile Ziele wie Eisenbahnverbindungen und Busse, aber auch gegen Sicherheitskräfte der Regierung, bei denen alleine seit Jahresbeginn 2010 ca.100 Polizisten getötet worden sind.<sup>194</sup>“

Die Bezeichnung der maoistischen Rebellen als Naxaliten bezieht sich auf das Dorf Naxalbari im Bezirk Darjeeling an der Grenze zu Nepal, von dem die Bewegung ihren Ausgang nahm. Begründet wurde die Bewegung der Naxaliten von C. Mazumdar (1910-1972), einem aus der Landaristokratie Nordbengalens stammenden Mitglied der kommunistischen Partei Indiens, der zu einem radikalen Flügel gehörte. Orientiert am Maoismus entwickelte er eine Strategie der Machtübernahme. Diese richtet sich mit Anschlägen vor allem gezielt gegen Großgrundbesitzer und Polizisten. Es sollen durch Bauernaufstände befreite Gebiete entstehen – kleine aber über das ganze Land verstreute Gebiete. In abgelegenen Gegenden stützte sich Mazumdar auf die ausgebeuteten und besitzlosen Adivasi, um eine Revolution in Gang zu setzen. Die Bewegung der Naxaliten soll inzwischen in 20 bis 30% des indischen Staatsgebietes über die gesamte östliche Hälfte Indiens, die von Bihar an der Grenze zu Nepal bis in die südlichen Bundesstaaten Tamil Nadu und Kerala reicht, dem sogenannten „roten Korridor“, aktiv sein. Naxaliten breiten sich immer weiter aus und haben sich zu einer landesweiten revolutionären Bewegung entwickelt. Die indische Regierung hat die Bewegung als terroristisch eingestuft. Victor

---

<sup>194</sup> <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/reiseinformation/a-z-laender/indien-de.html>  
(11.04.2012)

zufolge wollen Naxaliten ihr Einflussgebiet ausweiten, um ihre Präsenz im „roten Korridor“ zu verstärken und wie sie es nennen, die CRZ (*Compact Revolutionary Zone*) zu befreien.<sup>195</sup>

Im Grunde sind Naxaliten eine autonome Bewegung. Es soll aber indirekte Unterstützung durch den pakistanischen Geheimdienst, Maoisten in Nepal und die tamilischen Befreiungstiger in Sri Lanka geben, z.B. durch Hilfe bei der Ausbildung. Waffen kommen angeblich aus Pakistan, China, Russland und den USA sowie aus lokalen Fabriken. Hauptsächlich stammen sie aber, laut Victor, von den indischen Streitkräften und wurden etwa durch Überfälle auf Polizeistationen und korrupte Verflechtungen erworben. Um ihre Aktionen finanzieren zu können, erheben Naxaliten von den Unternehmen in ihren Einflussgebieten eine Revolutionssteuer. Einige Unternehmer zahlen lieber die Steuer, als Überfälle zu riskieren.<sup>196</sup> Gladson Dungdung meint, dass nicht alle Naxaliten mit Waffen zu tun haben. Unter ihnen seien unterschiedliche Menschen. Es gibt eine Guerilla Armee und einen Think Tank. Viele Mitglieder der Naxaliten nehmen Einfluss auf die Politik. Selbst innerhalb der Polizei wären Maoisten zu finden. Daher hätten sie viele Fäden in der Hand und seien in der Lage, gegen den indischen Staat aufzutreten, der mit einer großen Armee ausgestattet ist und die meisten Gelder für Sicherheitsmaßnahmen ausgeben würde. Naxaliten seien überall – Lehrer, Ärzte, Krankenschwestern. „*They have huge, huge recrute.*“<sup>197</sup>

### **2.2.1 Sichtweisen über den Naxalismus**

Ansichten über die Naxaliten, ihre Motive, Vorgehensweisen und Ziele, sind von verschiedenen Standpunkten aus betrachtet, sehr unterschiedlich. Dies liegt meiner Ansicht nach unter anderem an unterschiedlichen Positionen zur erstrebenswerten Entwicklung des Landes. Die Regierung setzt voll auf industrielle wirtschaftliche Entwicklung und opfert, wie es Dharmadhikary ausdrückt, für den Fortschritt die eigene Landbevölkerung, die in der Industrie keinen Platz findet.<sup>198</sup> Von lokalen WissenschaftlerInnen werden unter anderem marxistische Theorien rezipiert, um die

---

<sup>195</sup> Vgl.: Victor (2011)

<sup>196</sup> Vgl.: ebda

<sup>197</sup> Gladson Dungdung, am: 19.01.2012

<sup>198</sup> Vgl.: Dharmadhikary (2008): 1-3

Situation zu beschreiben. Für die Einheimischen stellt die Revolution teilweise eine Antwort auf Unterdrückung und Verweigerung von Gerechtigkeit dar.<sup>199</sup> Einige Landbewohner haben aber Angst davor, von Naxaliten zum Mitmachen gezwungen zu werden. Aus diesem Grund ziehen auch viele aus ihren Dörfern in die Städte, oder schicken zumindest ihre Kinder dorthin, wie ich von Bewohnern aus Slums in Ranchi – wie Kadru Pool Toli – erfahre.

Naxaliten suchen in den Dörfern am Land und vor allem in den Wäldern Schutz und Zuflucht. Dadurch kommt es unter anderem auch zur Festnahme unschuldiger Dorfbewohner, die als „maoistische Terroristen“ eingestuft werden, wie unter anderem der Menschenrechtsaktivist Gladson Dungdung in zahlreichen Fallbeispielen aufzeigt. Manche Dorfbewohner geben jedoch an, mit der Anwesenheit von Naxaliten kein Problem zu haben, da sich diese auch für ihre Rechte einsetzen würden.<sup>200</sup> Inwiefern solche Aussagen mir gegenüber durch eine mögliche Anwesenheit von Naxaliten beeinflusst wurden, bleibt dabei allerdings fraglich.

Naxaliten werden einerseits als Bedrohung, andererseits als Verteidiger der Rechte der Landbevölkerung wahrgenommen. Doch es gebe besonders in der jüngeren Generation auch einige Anhänger, die durch die Aussicht auf Geld durch Erpressungen verführbar seien, wie mir in informellen Gesprächen erzählt wurde. Denn Naxaliten erheben unter anderem von verschiedenen Unternehmen – wie bereits erwähnt – eine Revolutionssteuer. Dabei werden, wie mir Gladson Dungdung schildert, vor allem illegale Unternehmen zur Kasse gebeten.<sup>201</sup> Die Regierung hat Schwierigkeiten hier einzugreifen, da sich die Polizei oft nicht in diese Gefahrenzonen wagt. Zyniker argumentieren, dass die *Operation Green Hunt* – eine Maßnahme der Regierung zur Bekämpfung des Terrorismus der Naxaliten – lieber Unschuldige aus dem Weg räumt, als illegale Unternehmen zu stoppen. Dungdung meint, die Regierung wolle das Land und die Ressourcen der Indigenen so oder so. Aber die Menschen protestieren natürlich. Es würde jedoch alles getan, um das

---

<sup>199</sup> Gladson Dungdung, am: 01.05.2011

<sup>200</sup> Gruppeninterview, am: 26.05.2011 in einer Oraon-Siedlung in einem Reserved Forest

<sup>201</sup> Gladson Dungdung, am: 01.05.2011

Wirtschaftswachstum voranzutreiben und Minen zu ermöglichen, egal ob dabei Naxaliten oder auch Unschuldige getötet werden.<sup>202</sup>

Naxaliten haben sich weit ausgebreitet und sind offensichtlich unterschiedlich. Aus der ursprünglich ideologisch maoistischen Bewegung kommen auch Extremisten, die nicht nur Revolutionssteuer von multinationalen Konzernen, illegalen Unternehmen und bei von der Regierung unterstützten Bauprojekten einheben, sondern auch von NGOs<sup>203</sup>, die ihre Arbeit auf Entwicklungsprojekte in abgelegenen Dörfern richten. Es gab – wie bereits erwähnt – Anschläge auf zivile Ziele, wie Busse und Eisenbahnverbindungen. Des Weiteren kann es immer wieder vorkommen, dass Naxaliten einen *bandh* ausrufen, was bedeutet, dass in einem bestimmten Ort alle Geschäfte geschlossen bleiben müssen, niemand auf die Straße geht und der Verkehr lahmgelegt ist. Beziehungsweise kann sich ein *bandh* zum Beispiel auch nur auf den Verkehr beziehen, was ich auf beiden Forschungsreisen in verschiedenen Varianten erlebt habe. *Bandhs* und ökonomische Blockaden werden allerdings nicht nur von Naxaliten, sondern von verschiedensten Akteuren initiiert, und spielten etwa auch in den Massenmobilisationen des Jharkhand Movement eine Rolle, um die Rohstoffausbeutung im Land zu stoppen.<sup>204</sup>

### **2.2.2 Operation Green Hunt**

Um die „rote Gefahr“ auszulöschen, startete das indische Innenministerium 2009 (in den zentralen und östlichen Bundesstaaten Maharashtra, Bihar, Jharkhand, Orissa, Chhattisgarh und Westbengalen) mit der *Operation Green Hunt* eine militärische Offensive gegen Naxaliten. An dieser Offensive sind lokale Polizeikräfte und paramilitärische Kämpfer beteiligt. Gedanke dahinter ist es, Gebiete militärisch zu besetzen, um dort wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

---

<sup>202</sup> Gladson Dungdung, am: 19.01.2012

<sup>203</sup> Ich war anwesend bei einem Telefonat, in dem der Chef einer NGO, die hier nicht namentlich genannt werden möchte, von einem Vertreter der Naxaliten um Geld erpresst wurde. Man hat mir in diesem Zusammenhang auch einen Erpresserbrief der Naxaliten gezeigt. Diese wollen in der Gegend ihr eigenes Entwicklungsprojekt starten und dafür von der betreffenden NGO Geld erhalten. Sie würden mit oder ohne Unterstützung der NGO bleiben. Wenn diese aber zahle, könne man nebeneinander arbeiten. Die geforderte Summe übersteigt nicht nur die Möglichkeiten der NGO. Der Chef derselben hat mir auch erklärt, gibt man ihnen einmal Geld, kommen sie immer wieder. Daher sieht sich besagte Organisation zum Rückzug aus dem Gebiet, in dem die Naxaliten Einzug halten, gezwungen.

<sup>204</sup> Vgl.: Singh, K.S. (2004): 205f.

Nach Gladson Dungdung startete die Operation Green Hunt, nachdem die indische Regierung 2008 ein britisches Unternehmen beauftragt hat, die indische Ökonomie zu studieren. Dieses Unternehmen berichtete der Regierung, dass ein Millionengeschäft durch Naxaliten verhindert worden sei. Daraus hätte sich die Schlussfolgerung ergeben, dass mehr Gelder generiert werden könnten, wenn den Naxaliten Einhalt geboten würde. So startete die indische Regierung die Operation Green Hunt, die bis 2013 das Land von den Naxaliten befreien soll. Auch zusätzliche paramilitärische Streitkräfte werden im Zuge dieser Operation rekrutiert, mit speziellem Fokus im sogenannten „roten Korridor“.<sup>205</sup> „Human rights abuses by the police, paramilitary forces and state-sponsored militia are perpetrated in the name of Operation Green Hunt, which wars against the very adivasi communities that the Constitution promises to protect.“<sup>206</sup> Tausende Menschen werden durch die Operation Green Hunt von ihrem Land vertrieben und es gibt zahlreiche Todesopfer. Victor zufolge verstärkt dies wiederum die Unzufriedenheit, aus der sich die maoistische Bewegung speist.<sup>207</sup> Die Bewegung der Naxaliten, die in rohstoffreichen Gebieten entstanden sei, um die Ausbeutung der lokalen Bevölkerung zu stoppen, spricht der Zentralregierung jede Legitimation ab.<sup>208</sup>

Der Menschenrechtsaktivist Gladson Dungdung, der im April 2010 den ersten *Human Rights Report* für Jharkhand herausgegeben hat, erzählt mir, dass er sich mit Themen befasst, über die es kaum einer wagt, Fragen zu stellen, da man sehr schnell selbst als Terrorist gebrandmarkt wird. Er geht in Gegenden, in die sich kaum einer wagt, da man nie weiß, ob nicht vielleicht eine Landmine hochgehen könnte. Wenn Gladson Dungdung über die Operation Green Hunt spricht, redet er über Menschenrechtsverletzungen.<sup>209</sup> Bei einem Treffen des *Independent Peoples Tribunal* (IPT) beschreibt er, was nicht nur seiner Ansicht nach die wahren Hintergründe der Operation Green Hunt sind. „Operation Green Hunt is not for clearing out the Maoists, but for establishing corporate houses in the ,mineral

---

<sup>205</sup> Gladson Dungdung, am: 19.01.2012

<sup>206</sup> Subramanian (2010): The adivasi voice. Infochange News & Features, <http://infochangeindia.org/governance/features/the-ativasi-voice.html> (08.08.2012)

<sup>207</sup> Vgl.: Victor (2011)

<sup>208</sup> Vgl.: Subramanian (2010): The adivasi voice. Infochange News & Features, <http://infochangeindia.org/governance/features/the-ativasi-voice.html> (08.08.2012); Victor (2011)

<sup>209</sup> Gladson Dungdung, am: 01.05.2011

corridor', which had been labeled 'red corridor' only after authorities realized that corporations were not signing MoUs<sup>210</sup> for certain areas because of protest movements. However, the adivasis were determined never to give up their land: 'we tell the steel corporations that we don't want to eat steel, we want to eat foodgrain.'<sup>211</sup> Indem Menschen willkürlich als Terroristen gebrandmarkt werden, werden oft ganze Adivasi-Dörfer attackiert. Ein Beispiel dafür stellt der *Saranda Forest* dar, ein Gebiet, mit dem sich Gladson Dungdung intensiv beschäftigt hat.

### **2.2.2.1 Exkurs: Aktuelle Beispiele aus dem Saranda Forest**

Saranda (bedeutet: Wald mit 700 Hügeln) befindet sich im Bezirk West Singhbhum in Jharkhand und ist als Asiens größter Salbaum Wald (*Shorea robusta*) bekannt. Laut Gladson Dungdung leben hier 10 000 Adivasi Familien, was einer Bevölkerung von 125 000 Einwohnern entspricht. Diese sind für ihren Lebensunterhalt abhängig von Landwirtschaft und Waldprodukten. Da es in Saranda große Eisenerzvorkommen gibt, führte dies immer wieder zu Konflikten zwischen der ansässigen Bevölkerung und unternehmerischen Interessen. Dies wiederum brachte Naxaliten in die Gegend. Polizei und paramilitärische Truppen haben hier eine Reihe gemeinsamer Unternehmungen gegen Naxaliten vorgenommen. Diese „Sicherheitsmaßnahmen“ führten zu schrecklichen Menschenrechtsverletzungen bei den ansässigen Adivasi. Dungdung gibt beispielsweise an<sup>212</sup>, dass am 1. August 2011 Sicherheitskräfte drei Frauen aus dem Dorf Karampada vergewaltigt haben. Am 3. August hätten die Sicherheitskräfte im Dorf Tiril Polshi ein Haus eingenommen, zu dem ein kleiner Shop gehört. Der Besitzer, Präsident des *Village Education Committee*, wäre beschuldigt worden, Rationen an die Maoisten zu verteilen. Am 24. August wären 15 Personen aus dem Dorf Hatnaburu ohne Beweisgrundlage als CPI-Maoisten angeklagt und verhaftet worden. Gladson Dungdung empört sich darüber, dass jedes Mal unschuldige Dorfbewohner schikaniert werden, wenn Sicherheitskräfte sogenannte Anti-Naxal-Operationen durchführen. Nicht zu Unrecht wirft er auch die

---

<sup>210</sup> MOU steht für Memorandum of Understanding, welches Unternehmen in Indien mit der Regierung abschließen, bevor sie Rohstoffe abbauen dürfen.

<sup>211</sup> Subramanian (2010): The adivasi voice. Infochange News & Features, <http://infochangeindia.org/governance/features/the-ativasi-voice.html> (08.08.2012)

<sup>212</sup> E-Mail vom 31.08.2011; vgl.: <http://www.countercurrents.org/dungdung300811.htm> (08.08.2012)

Frage auf: „The billion dollar question is, can the security forces rape women and kill the men in cold-blooded murder even if they are member of the CPI-Maoists?<sup>213</sup>“

Am 31. August 2011 bekomme ich eine E-Mail von Gladson Dungdung, in der er in einem Artikel das folgende Fallbeispiel schildert, auf das ich hier kurz eingehe. „This is one of the classic examples of killing, denial and manipulation by the police and security forces while carrying on the so-called anti-naxal joint operations.<sup>214</sup>“ Der 38 jährige Mangal Honhanga wurde durch zwei Kugeln der Sicherheitskräfte getötet, wie Gladson Dungdung in seinem Artikel schildert. In der Hoffnung Gerechtigkeit zu erfahren, kam seine Frau Mangri Honhanga (30 Jahre) mit ihrem 4-jährigen Sohn Dula Honhanga und anderen Familienmitgliedern nach 6-stündiger Reise von Saranda Forest im Bezirk West Singhbhum in Jharkhand nach Ranchi. Die Mutter leidet unter Anämie (Blutarmut) und ihr Sohn ist unterernährt, doch sie sehen keine andere Wahl, als diese Strapazen auf sich zu nehmen, um ihre Not dem Chief Minister, der Polizeispitze und den Medien zu schildern. Suniya Honhanga (27) und Ronde Honhanga (25) sind Augenzeugen der brutalen Ermordung ihres älteren Bruders.<sup>215</sup>

Am 28. Juni 2011 um 10 Uhr am Morgen, als die Brüder vom Pflügen zurückkamen und gerade vor ihrem Haus Mangos aßen, bemerkten sie die Ankunft von etwa 300 Sicherheitsbeamten in ihrem Dorf Baliba, „[...] situated at Chhotanagra police station in Saranda forest, which is indeed the heaven of the corporate sharks and also the abode of the Maoists.<sup>216</sup>“ Nachdem alle Dorfbewohner im Zuge der Operation zusammengerufen worden waren, wurden sie – Männer, Frauen und Kinder – an einem öffentlichen Platz in der Mitte des Dorfes gefesselt. Die Polizei jagte den Menschen Angst ein und drohte mit bitteren Konsequenzen, würden die Dorfbewohner den Maoisten weiter Unterschlupf gewähren. Nachdem die Dorfbewohner eine Nacht lang in der gefesselten Position verharren mussten, wurden 16 von ihnen, unter ihnen Mangal Honhanga und Ronde Honhanga, von den paramilitärischen Kräften in den Wald geführt. Nach der Schilderung von Ronde Honhanga wurden diese Dorfbewohner dazu angehalten, das Gepäck der

---

<sup>213</sup> <http://www.countercurrents.org/dungdung300811.htm> (08.08.2012)

<sup>214</sup> Ebda

<sup>215</sup> Vgl.: ebda

<sup>216</sup> Ebda

Paramilitärs den ganzen Tag zu tragen. Essen und Trinken wurde ihnen verwehrt. Die folgende Nacht mussten sie im Wald verbringen und um 3 Uhr früh brachen sie in Richtung Chhotanagra Police Station auf. Am Weg blieben Ronde Honhanga und ein weiterer Dorfbewohner kurz stehen, als Mangal Honhanga sich vom Weg entfernte, um seine Notdurft zu verrichten. Die Sicherheitskräfte nahmen an, dass er fliehen wollte, und begannen zu schießen. Ein Schuß ging in die Luft, zwei gingen auf Mangal Honhanga und endeten tödlich. Die Paramilitärs nahmen den Leichnam sofort auf und zeigten ihn den Dorfbewohnern erst, als sie bei der Polizeistation angekommen waren. Letztendlich wurden die übrigen Dorfbewohner wieder zurück ins Dorf geschickt und der Leichnam wurde ihnen schließlich übergeben.

Im Anschluss wurde eine Pressekonferenz in Chaibasa organisiert, in der über den großen Erfolg in der *Anti-Naxal Operation* berichtet wurde. In diesem Zusammenhang wurde eingestanden, dass der zu Tode gekommene Mangal Honhanga ein unschuldiger Dorfbewohner war. Doch in den Darstellungen der Polizei kam Mangal Honhanga in einem Kreuzfeuer zwischen den Sicherheitskräften und den Naxaliten ums Leben. Den Dorfbewohnern zufolge gab es jedoch nie einen Feuerwechsel. In ihrer Version handelt es sich hier um einen Fall brutaler Ermordung durch die Sicherheitskräfte. „Since, the villagers knew the truth therefore, the top cops asked the officer-in-charge of Chhotanagra police station to offer compensation package to the family members of the deceased. Rs. 3 lakh and a job were offered to the family members.<sup>217</sup>“ In der Sterbeurkunde gibt es angeblich keine Hinweise auf die Todesursache.

In einem ähnlichen Fall Ende August 2011, als die Sicherheitskräfte noch einmal im Dorf Baliba auftauchten, kam ein weiterer Mann, Soma Guria, ums Leben. Auch hier gab die Polizei an, dass dies in einem Kreuzfeuer zwischen Sicherheitskräften und Naxaliten geschah. Augenzeugen berichten, dass die Sicherheitskräfte ins Dorf kamen und dort unter anderem mit Stöcken auf 6 Männer einschlugen. Nachdem Soma Guria bewusstlos geprügelt wurde, wurde er am nächsten Tag in den Wald geschleppt, wo die Männer von den Sicherheitskräften hingeführt wurden. Augenzeugen zufolge erlag er dort schließlich seinen Verletzungen. Am 20. August wurde der Leichnam den Dorfbewohnern

---

<sup>217</sup> Ebda

übergeben.<sup>218</sup> „In fact, the security forces land to any village, rob the houses, catch the innocent villagers, torture them, exploit women and shoot the man, and finally, they hand over the dead bodies to the family members after couple of day and tell that their man was killed in the crossfire. Thus, the endless inhuman acts of the security forces continue in the Saranda forest. The villagers are tired of sharing their pains, sufferings and agony. But do they have any choice?<sup>219</sup>“ Dungdung geht davon aus, dass die Täter auch hier wieder, wie gewöhnlich, ungestraft davon kommen werden. Wenn man solche Aktionen der Sicherheitskräfte und letztendlich Landvertreibungen einmal in Frage stellt, offenbart sich ein Zusammenhang der Anti-Naxal Operations der Regierung mit einem Interesse an Bodenschätzen. „Obviously, the Indian state bothers about the ‚threat to the investment climate‘ rather than protecting its citizen’s rights and the constitution.<sup>220</sup>“

Nachdem das *Jharkhand Human Rights Movement* (JHRM) in diesen Fällen eingegriffen hatte, wurde es von der Polizei als Organisation der Maoisten gebrandmarkt, und es wurde behauptet, dass die Dorfbewohner beeinflusst von Naxaliten die Tatsachen verdrehen würden. Fälle wie diese erwecken den Eindruck, dass Personen, die sich gegen Gräueltaten der Polizei auflehnen und/ oder nicht gewillt sind, sich etwa von Land, Wald und Naturressourcen vertreiben zu lassen, kurzerhand als Terroristen abgestempelt werden. Die Bestsellerautorin Arundhati Roy verweist in ihrem Buch „Aus der Werkstatt der Demokratie“ unter Bezugnahme auf das Antiterrorismusgesetz in Indien auf dieses Phänomen, wenn sie schreibt: „Es ist ein flexibles allumfassendes Gesetz, das auf jedermann angewandt werden kann – von einem Mitglied von Al-Qaida, das mit einer Tasche voller Sprengstoff aufgegriffen wird, bis zu einem Adivasi, der unter einem Nimbaum Flöte spielt, auf Sie oder mich.<sup>221</sup>“

Gladson Dungdung hat die Erfahrung gemacht, dass die Operation Green Hunt die klare Intention in sich trägt, Angst, Unsicherheit und Lebenskrisen in den Dörfern zu erzeugen, sodass die Bewohner die Gegend verlassen würden. So könne die Regierung das Land der Adivasi an Unternehmer weitergeben und wolle in diesem Sinn „das Land säubern“. Die

---

<sup>218</sup> Vgl.: ebda

<sup>219</sup> Ebda

<sup>220</sup> Ebda

<sup>221</sup> Roy, A. (2010): 74

Regierung in Jharkhand habe an 19 Stahlfirmen Schürfrechte vergeben. Dazu gehören etwa Arcelor Mittal, Jindal, Tata, Auro-Steel und Torian im Saranda Forest. In Saranda seien derzeit 12 Bergbauunternehmen tätig, die bereits zusammen 15 Minen betreiben. Weitere 17 Unternehmen wären bereits zugelassen worden, hätten um „forest and mining clearance“ angesucht und sogenannte *Memorandums of Understanding* (MOU) mit der indischen Regierung abgeschlossen. Dungdung meint, dass auf diese Weise Saranda Forest völlig entwaldet werde. Er berichtet auch von Adivasi aus Tholkabad im Saranda Forest, die ihr Dorf aus Angst vor polizeilicher Gewalt bereits verlassen haben.<sup>222</sup>

Die erwähnten Beispiele sollen deutlich machen, dass Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte im Zuge der Anti-Terrorismus Operationen keine Seltenheit sind, und nicht zuletzt auch zur Säuberung wirtschaftlich interessanter Gebiete führen. Dennoch sollte Naxalismus in Indien nicht unterschätzt werden. Menschenrechtsverletzungen gehen sowohl von Naxaliten als auch von Sicherheitskräften der Polizei aus. Dorfbewohner in den betroffenen Gebieten – zumeist Adivasi – sitzen hier zwischen den Stühlen. Gewähren sie den Naxaliten keinen Schutz, werden sie von ihnen bedroht, lassen sie sich darauf ein, geraten sie ins Visier der Anti-Terrorismus Operationen. Während die beiden Parteien einander bekriegen und häufig unschuldige Dorfbewohner zu ihren Opfern machen, beuten Unternehmen, legal oder illegal, die natürlichen Ressourcen der betroffenen Gebiete weiter aus.

### **2.3 Forest Movements**

Ich möchte nun auch auf die wachsenden *Forest Movements* in Jharkhand aufmerksam machen. Forest Movements sind Gruppierungen, die aus der Unzufriedenheit entstanden sind, wie mit dem Wald in Indien und den in ihm lebenden Menschen umgegangen wird. Großer Unmut herrscht vor allem gegenüber Landenteignungen, die unter dem Deckmantel von Entwicklungsprojekten vorangetrieben werden. Forest Movements leisten hier Aufklärungsarbeit unter den WaldbewohnerInnen über die wichtigsten Gesetze und Rechte und die Vorgehensweisen von Unternehmen und Regierungsstellen.

---

<sup>222</sup> Gladson Dungdung, am: 19.01.2012

Scheduled Tribes werden gemeinsam mit *Other traditional Forest Dwellers* unter anderem im *Forest Rights Act* – auf den ich später noch eingehen werde – bedacht, der für Forest Movements besondere Bedeutung hat als Mittel, um Rechte einzufordern. *Jharkhand Jangal Bachao Andolan* (JJBA) bedeutet übersetzt „Jharkhand-schütze-den-Wald-Bewegung“. Auch das JJBA wurde bereits des Naxalismus beschuldigt, wie mir MitarbeiterInnen berichten. Ich lernte diese Bewegung auf einer Konferenz in Ranchi vom 28. bis 29. März 2011 kennen, die unter dem Banner „National Forum of Forest People and Forest Workers“ (NFFPFW) stand, initiiert vom *Rashtriya Van Jan Sharmjeevi Manch*. Mit der Bewegung JJBA stand ich nach der Konferenz in Verbindung und erfuhr große Hilfsbereitschaft und Unterstützung in meiner Feldforschung.

Der Kampf um die Rechte über die natürlichen Ressourcen des Landes inklusive Wald wurde aus Sicht dieser Bewegungen zu einem ideologisch motivierten politischen Kampf um diese Ressourcen. Auf der einen Seite steht der indische Staat mit globalen und nationalen Verbündeten und auf der anderen Seite Millionen von Menschen, die versuchen, ihr Land, ihre Lebensgrundlagen, Würde und Kultur zu verteidigen. „We knew that the demand and struggle for forest rights would in essence translate into taking on the might of the state and its corporate cronies.<sup>223</sup>“ Einige Probleme beim Anstreben der Ziele des NFFPFW ergeben sich durch Praktiken des Forest Department und der staatlichen Administration. Unter anderem wurden Mitglieder der Forest Movements auch angegriffen, belästigt und mit falschen Anschuldigungen vor Gericht gebracht, wie auf der NFFPFW-Konferenz (2011) berichtet wurde. Seit Inkrafttreten des *Forest Rights Act* (2006) sei es ein harter Kampf, die Implementierung des Gesetzes wirksam durchzusetzen. Das Ringen um Waldrechte wurde zu einem Kampf um eine saubere Etablierung der Selbstverwaltung und -kontrolle der Wälder. Vom NFFPFW wurde daher beispielsweise ein Guide Book zum *Forest Rights Act* in mehreren Sprachen herausgegeben (Englisch, Hindi, Bengali und den fünf Adivasi Sprachen: Santhali, Mundari, Oraon, Ho, und Khadia)

Anliegen der Forest Movements sind unter anderem Widerstand gegen die Privatisierung von Wald, gegen Industrieprojekte, die den Waldbestand gefährden, Widerstand gegen Monokulturen und Schutz der Biodiversität. Sie verurteilen die Militarisierung in

---

<sup>223</sup> Draft Convener's Report: 3rd National Conference, NFFPFW (2011)

ressourcenreichen Waldgegenden, den Trend, dass staatlich gesponsorte Privatarmeen in diesen Gegenden abgestellt werden, und fordern, dass solche Unternehmungen, wie *Salva Judum*, sofort gestoppt werden. Das NFFPFW will gemeinsam mit anderen Forest Movements gegen militärische Attacken und Gräueltaten gegen die Menschen im Land und gegen Maßnahmen im Namen der Operation Green Hunt und Anti-Terrorismus auf rechtlicher und demokratischer Basis vorgehen. Doch das NFFPFW geht davon aus, dass sich die Attacken gegen die Menschen und ihre Ressourcen weiter verschärfen werden.<sup>224</sup>

---

<sup>224</sup> Vgl.: ebda

### **3 ENTWICKLUNGSPROBLEME DER ADIVASI**

Lebensbedingungen der Adivasi stehen neben der bis in die Gegenwart reichende Geschichte an Diskriminierungen in starkem Zusammenhang mit ihrer Umgebung und den noch mehr oder weniger stark vorhandenen traditionellen sozialen, politischen, rechtlichen, ökonomischen und religiösen Systemen indigener Völker, die eng mit ihrem Land und Wald verknüpft sind, und damit verbundenen Aspekten der Governance.

Äußere Eingriffe durch die Administration, sowie Prozesse der Urbanisierung und Industrialisierung und damit verbundene Landvertreibungen führen zu einer Komplexität an Entwicklungsproblemen. Auch der Zugang zu Informationen, etwa über die Rechte indigener Völker oder nationale Gesetze wie dem Forest Rights Act, darf meines Erachtens nicht unterschätzt werden. Nicht zuletzt sind oftmals auch die Aufgaben und Möglichkeiten der staatlich auferlegten Dorfadministration in ländlichen Gebieten (*Panchayati Raj Institutionen*<sup>225</sup>) im Zusammenhang mit Entwicklung kaum bekannt. Oft verfehlen diese staatlichen Institutionen der lokalen Governance, nach meinen Forschungen, in Adivasi-Gebieten das Ziel, Entwicklung nach den Vorstellungen der Ansässigen zu ermöglichen. `

Bevor ich auf Konflikte zwischen staatlichen und traditionellen indigenen Institutionen, die jeweils Strukturen und Prozesse vorgeben, um Entwicklungen voranzutreiben, eingehe, versuche ich in diesem Kapitel verschiedene Entwicklungsprobleme der Adivasi auszuloten. Da ihr Wald und ihr Land für Adivasi in vielerlei Hinsicht von essenzieller Bedeutung sind, wird zunächst versucht darzustellen, welchen nicht zu unterschätzenden Einfluss Zugriffsverweigerungen darauf im Kontext von Entwicklungsfragen ausmachen. Im Anschluss werden weitere Fragen der Entwicklung, etwa im Zusammenhang mit Bildung und Gesundheit, behandelt, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

---

<sup>225</sup> Siehe Kapitel 4

### 3.1 Adivasi und ihre Wälder

Auf der Homepage der Bewegung *Jharkhand Jangal Bachao Andolan* (JJBA) findet sich ein wiederkehrendes Zitat ohne Urheberangabe, welches die Verbundenheit der Adivasi mit ihrer Umgebung einleuchtend beschreibt. „... every tree near our house had a name of its own and a special identity. This was the beginning of my love for natural things, for earth and sky, for roads and fields and woods, for trees and grass and flowers; a love which has been second only to my sense of enduring kinship with birds and animals, and all inarticulate creatures.<sup>226</sup>“

Das kulturelle Leben der Adivasi ist traditionell eng mit ihren Wäldern verknüpft. Daher werde ich, ohne essenzialistische Vorstellungen einer statischen Kultur produzieren zu wollen, nun auf die Bedeutung des Waldes für Adivasi eingehen.

Die Beziehung zwischen Adivasi und ihren Wälder wird oft als symbiotisch beschrieben, da Wälder den Adivasi immer eine Existenzbasis geboten, und umgekehrt Adivasi diese Wälder immer geschützt haben. Des Weiteren spielt der Wald eine bedeutende Rolle in der Gestaltgebung der traditionellen sozialen, politischen, rechtlichen, ökonomischen und religiösen Systeme von Adivasi. In den Wäldern residieren Ahnen und verschiedene Spirits. Beziehungen zu benachbarten Dörfern werden bei Sammelaktivitäten in den Wäldern gestärkt. Der Wald bietet das ganze Jahr über eine Vielfalt an Nahrungsmitteln wie Wurzeln, Sprossen, Blätter, Blumen, Früchte, Samen, Pilze, Honig und Blattgemüse. Er ist Lieferant für die materielle Kultur der Adivasi und bietet Materialien für den Hausbau und für diverse Haushaltsutensilien wie Besen, Matten, Körbe etc. sowie für landwirtschaftliche Werkzeuge. Zur medizinischen Versorgung werden Heilpflanzen aus den Wäldern gesammelt. Auch in der Rechtsordnung verschiedener indigener Völker spielt ihr Wald eine besondere Bedeutung. Zur Beurteilung von Verbrechen versammeln sich Adivasi unter anderem an einer bestimmten heiligen Stätte im Wald, die als *Sarna* bezeichnet wird. Es

---

<sup>226</sup> <http://forestmovement.com/> (08.08.2012)

wird davon ausgegangen, dass es hier durch die Anwesenheit der Dorfgeister keiner wagen würde, Unwahrheiten zu erzählen.<sup>227</sup>

### **3.1.1 Major Forest Produce und Minor Forest Produce**

Während der Herrschaft der Briten wurden die traditionellen Rechte der Adivasi über den Wald und seine Produkte eingeschränkt. „Forest policies were formulated, which snatched away all the traditional rights of tribals over the forest.<sup>228</sup>“ Wälder wurden unter britische Administration gebracht und zum Staatseigentum deklariert. Sie wurden für die Schifffahrt, zur Errichtung von Kolonialbauten und zur Möblierung abgeholzt. Walderzeugnisse wurden durch die Briten in zwei Kategorien geteilt: *Major Forest Produce* und *Minor Forest Produce*. Nutzholz, Bambus, Zierbäume und Bäume, die sich etwa für die Papierindustrie eignen, waren bei den Briten sehr begehrt, weshalb die britische Regierung damals ein Verbot für das Fällen dieser Bäume durch „Tribals“ aussprach. Wurzeln, Blätter, Honig u.äh. hatten für sie keinen Wert und kamen unter die Kategorie *Minor Forest Produce*. Das Sammeln von *Minor Forest Produce* wurde den Indigenen daher gestattet.<sup>229</sup>

Heute wird *Minor Forest Produce* nicht mehr nur zur Nahrungsversorgung gesammelt, sondern auch für den Verkauf auf Märkten. Einige indigene Gruppen sind wirtschaftlich abhängig vom Sammeln von *Minor Forest Produce*. Andere sammeln *Minor Forest Produce* nur zu Zwecken des Nebenerwerbs. Mittlerweile haben einige Produkte dieser Kategorie national und international kommerziellen Wert. Die traditionellen Rechte der Adivasi bezüglich des Sammelns und Verwendens von *Minor Forest Produce* wurden durch nationale Sanktionen, Einrichtung von Nationalparks und Entwaldung weiter eingeschränkt. Auf die ein oder andere Art sind aber, nach Upadhyay und Pandey, etwa 80-85% der Adivasi in das Sammeln von *Minor Forest Produce* involviert, was oft einen beträchtlichen Teil ihres Jahreseinkommens ausmacht.<sup>230</sup>

---

<sup>227</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 100 ff. Meist in Dorfmitte gelegen, gibt es oft unter ein paar alten Bäumen außerdem in der Regel einen Platz, der unter anderem politischen und rechtlichen Verhandlungen dient. Siehe z.B.: Roy, S.C. (2010a): 210

<sup>228</sup> Upadhyay & Pandey (2003): v

<sup>229</sup> Vgl.: ebda: 105f.

<sup>230</sup> Vgl.: ebda: 105ff.

Ursprünglich wurde Minor Forest Produce nur für den Eigenbedarf gesammelt. Auswärtige Händler tauschten Verschiedenes gegen diese Produkte und führten schließlich Geld ein. Meist kauften sie die Walderzeugnisse zu sehr geringen Preisen. Händler gaben auch Kredite. Konnten diese durch den Verkauf von Minor Forest Produce nicht beglichen werden, nahmen die Händler Adivasi-Land als Pfand. War nicht genügend Land vorhanden, arbeiteten Indigene in Schuldknechtschaft auf den Feldern der Kreditgeber, welche wiederum Kontrolle über die Wochenmärkte der Adivasi gewannen.<sup>231</sup>

Um indigene Völker vor der Ausbeutung von Händlern zu schützen, wurden nach der Unabhängigkeit Indiens im 5. Fünfjahresplan<sup>232</sup> sogenannte *Large Area Multipurpose Cooperative Societies* (LAMPS) eingeführt, über die von den Adivasi gesammeltes Minor Forest Produce zu fairen Preisen gekauft werden soll. Minor Forest Produce wird dazu in *nationalised* und *non-nationalised* Minor Forest Produce eingeteilt, wobei das Sammeln von *nationalised Minor Forest Produce* vom Forest Department über LAMPS oder andere Kooperationen organisiert wird. Dennoch dominieren, Upadhyay und Pandey zufolge, immer noch private Händler den Minor Forest Produce-Markt.<sup>233</sup>

Aufgrund von Verboten bezüglich gewisser Walderzeugnisse dürfen Adivasi beispielsweise keine Bäume zum Sammeln von Feuerholz fällen. Adivasi, die einem traditionellen Kunsthandwerk nachgehen wie Korbflechtern, ist das Sammeln von benötigten Rohmaterialien wie Bambus und anderem *Major Forest Produce* untersagt. Teilweise wird dieses Verbot durch illegales Fällen von Bäumen umgangen, um nötige Rohmaterialien aus dem Wald dennoch zu bekommen.<sup>234</sup>

Heute arbeiten Adivasi auch für das Forest Department als Waldarbeiter. Dazu gehören neben Holzfällen und dem Pflanzen neuer Bäume etwa auch der Bau von Brücken und Straßen sowie Schulen, Krankenhäusern, Kindertagesstätten und Offiziersquartieren. Die Entlohnung liegt gelegentlich unter dem Mindestlohn. Außerdem erhalten Frauen nach Upadhyay und Pandey im Vergleich zu Männern für dieselbe Arbeit weniger Gehalt.<sup>235</sup>

---

<sup>231</sup> Vgl.: ebda: 108f.

<sup>232</sup> Fünfjahrespläne: siehe Kapitel 4

<sup>233</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 110

<sup>234</sup> Vgl.: ebda: 124ff.

<sup>235</sup> Vgl.: ebda: 127

„Tribals, who were the lords of the forest, are now labourer of the forest,<sup>236</sup>“ stellen Upadhyay und Pandey fest.

### **3.1.2 Waldrechte**

Als markanter Moment in der Geschichte der Land- und Waldwirtschaft Indiens kann – neben der grünen Revolution der 1960er Jahre – die Forstgesetzgebung der britischen Kolonialregierung genannt werden. Mit dem *Indian Forest Act* von 1878 wurden Indiens Wälder in die Kategorien *Reserved Forests* (zur ausschließlichen Nutzung durch den Staat), *Protected Forests* (zur eingeschränkten Benutzung durch die lokale Bevölkerung) und *Village/ Communal Forests* (dörfliche Waldareale) geteilt.<sup>237</sup> Diese Einteilung gilt auch für den *Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act* von 2006.

Für Umweltflüchtlinge wurden nach der Unabhängigkeit Walddörfer geschaffen, deren Bewohner vom Forest Department als Waldarbeiter rekrutiert werden. Walddörfer der Umweltflüchtlinge liegen mitten in den *Reserved Forest Blocks*. In diesen Walddörfern haben Adivasi keine Rechte über den Wald, der sie umgibt – abgesehen vom Sammeln von Minor Forest Produce. Vom Forest Department werden jedoch vorzugsweise Bäume der Kategorie Major Forest Produce gepflanzt. Außerdem erhalten die Bewohner von Walddörfern in Reserved Forests keine Unterstützung durch Entwicklungsprogramme der Regierung, die über *Panchayati Raj Institutionen*<sup>238</sup> implementiert werden. Entwicklungsarbeit passiert hier teilweise über das Forest Department, wobei Adivasi auf der anderen Seite, Upadhyay und Pandey zufolge, aber auch von den zuständigen Beamten ausgebeutet werden.<sup>239</sup>

Der *Forest Rights Act* (2006) wird als wesentliches Instrument zur Korrektur der zuvor durch die Forstgesetzgebung verursachten Ungerechtigkeiten und zur Anerkennung der Rechte von Scheduled Tribes und anderer Gemeinschaften, die in Waldgebieten beheimatet

---

<sup>236</sup> Ebda: 127

<sup>237</sup> Vgl.: Mann (2005): 194

<sup>238</sup> Zu Panchayati Raj Institutionen siehe Kapitel 4

<sup>239</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003):128ff.

sind, gesehen, wie ich durch diverse Gespräche mit AktivistInnen des Forest Movement erfahre.<sup>240</sup> Einerseits wird Indigenen Verantwortung und Autorität im Bereich der nachhaltigen Nutzung und Erhaltung der Artenvielfalt zugesprochen, womit auch ihre Lebensqualität und Ernährungssicherheit zusammenhängen. Weiters nimmt die Präambel des Gesetzes auch auf historische Ungerechtigkeiten Bezug. „The forest rights on ancestral lands and habitat were not adequately recognised in the consolidation of State forests during colonial period as well as in independent India resulting in historical injustice to the forest dwelling Scheduled Tribes and other traditional forest dwellers who are integral to the very survival and sustainability of the forest ecosystem.<sup>241</sup>“ Durch dieses Gesetz werden Land- und Nutzungsrechte abgedeckt. Dabei gibt es erstmals auch Gemeinschaften das Recht, Wälder als Kommunalland zu schützen und zu verwalten. Diejenigen, die Land zur Sicherung ihres Lebensunterhalts kultivieren, aber kein Dokument dafür besitzen, können über den Forest Rights Act (2006) bis zu 4 Hektar Land beantragen. Diejenigen im Besitz eines Landtitels, die dennoch von ihrem Land vertrieben wurden, können ebenfalls über dieses Gesetz ihre Ansprüche geltend machen. Über den Forest Rights Act anerkannte Landtitel dürfen nicht verkauft werden und können nur durch Erbschaft weitergegeben werden. Nutzungsrechte beziehen sich auf Weidegründe, Gewässer, das Sammeln von Minor Forest Produce und Gebiete, die von Nomaden und Viehhirten genutzt werden – im Gegensatz zu sesshafter Agrarkultur.<sup>242</sup>

Aktuell gibt es Diskussionen über die mangelhafte Implementierung des Forest Rights Act, wie ich beispielsweise von MitarbeiterInnen des JJBA erfahre, die sich aktiv um die Implementierung bemühen, indem sie Betroffene über ihre Rechte aufklären und ihnen bei deren Einforderung behilflich sind.<sup>243</sup> Die Aktivistin Pushpa Toppo meint zur Implementierung des Forest Rights Act (2006) in einem Interview von 2009 für das Online Magazin *Civil Society*: „It is being done piecemeal and in a half-hearted way. Most people in gram sabhas<sup>244</sup> haven't got claim forms. But the biggest problem is lack of information.

---

<sup>240</sup> Pushpa Toppo, Xavier Kujur u.a.

<sup>241</sup> Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act, 2006: Präambel

<sup>242</sup> Siehe auch: <http://www.forestrightsact.com/what-is-this-act-about> (08.08.2012)

<sup>243</sup> Amber Minz, Cyprian Samad, Pushpa Toppo, Pradeep Bilung, Xavier Kujur, Sanjay Bosu Mullick u.a.;  
vgl. auch: [www.forestrightsact.com](http://www.forestrightsact.com)

<sup>244</sup> Gram Sabha: siehe Kapitel 4

Adivasis are unaware of the process and their rights. The government is not making any effort to tell them.<sup>245</sup>

Das *National Forest Rights Act Committee* (NFRAC)<sup>246</sup> kritisiert in einem Gutachten das Forest Department und das Ministerium für Tribal Affairs, die in der Implementierung des Forest Rights Act Verantwortung tragen. Die Mehrheit der Individualanträge auf Wohnräume und Farmen, sowie Rechte auf Kommunalland in Waldregionen nach dem Forest Rights Act (2006) würden in den meisten Bundesstaaten zurückgewiesen.<sup>247</sup> Auch das *National Advisory Council* (NAC)<sup>248</sup> ist unzufrieden mit der mangelhaften Implementierung und fordert mehr Autorität für die lokale Bevölkerung über *Gram Sabhas*.<sup>249</sup>

Das Gesetz sieht auch Bestimmungen für gemeinsame Landtitel von Ehemann und Ehefrau vor. Laut Pushpa Toppo vom JJBA haben aber nur wenige solche gemeinsamen Titel. Generell meint sie außerdem, dass nur die Form des kollektiven Eigentums die Landrechte auch für Frauen sicherstellen würde. Im Jänner 2012 wurde mit ihrer Hilfe nach über 10 Jahren der Bemühung den ersten Dörfern in Jharkhand Waldland als Kommunalland im Sinne des Forest Rights Act (2006) zugesprochen.<sup>250</sup>

### **3.2 Adivasi-Land**

Wald und Land sind für den Unterhalt ihrer Existenz von besonderer Bedeutung für Adivasi. Der Zustrom von Fremden, die von Adivasi auch als *Diku*<sup>251</sup> bezeichnet werden, brachte Vertreibungen und Landlosigkeit mit sich – vor allem im Zuge der Kolonialzeit und mit der Industrialisierung. Auch wenn das Leben in den von Adivasi bewohnten Gebieten oft mit verschiedenen Problemen verbunden ist, ist die emotionale Beziehung zu ihrem Land, welches ihre Ahnen fruchtbar machten und über das ihre Dorfgeister wachen, und

---

<sup>245</sup> <http://www.civilsocietyonline.com/Archive/dec09/dec094.asp> (08.08.2012)

<sup>246</sup> NFRAC ist ein Komitee des Ministry of Environment and Forests und des Ministry of Tribal Affairs; siehe: <http://fraccommittee.icfre.org> (08.08.2012)

<sup>247</sup> Vgl.: <http://www.downtoearth.org.in/content/forest-rights-act-under-scrutiny> (08.08.2012)

<sup>248</sup> Das NAC ist ein beratender Körper für die indische Regierung mit Experten aus verschiedenen Bereichen.

<sup>249</sup> Vgl.: <http://www.downtoearth.org.in/content/forest-rights-act-under-scrutiny> (08.08.2012); Gram Sabha: siehe Kapitel 4

<sup>250</sup> Zu der Zeit wohnte ich während meiner zweiten Feldforschung bei Pushpa Toppo.

<sup>251</sup> Zum Begriff Diku (pejorativ „Fremde“); siehe: Alam (1993): 17f.

dem Wald, in dem zahlreiche Spirits residieren, groß. Immer wieder führten Adivasi Rebellionen gegen äußere Eindringlinge, um ihre Rechte auf Land und Erhalt ihrer Kultur und letztendlich auf Selbstbestimmung zu verteidigen. Diese Bewegungen stehen nicht zuletzt im Zusammenhang mit Erfahrungen von Unterdrückung, Ausbeutung und schweren Eingriffen in selbstbestimmte kulturelle Lebenszusammenhänge. Trotz zahlreicher Rebellionen der Adivasi fanden Vertreibungen sowohl zur Zeit der Kolonialherrschaft der Briten als auch nach der Unabhängigkeit Indiens statt.<sup>252</sup>

Von Hindu Rajas, die in von Adivasi bewohnten Gebieten aufkamen, wurden Indigene nicht ihrer Landrechte beraubt. Sie bekamen allerdings teilweise als Schutzherren einen Teil der indigenen Erzeugnisse – anfänglich in Form von Geschenken, mit der Zeit dann verpflichtend.<sup>253</sup> Während der Herrschaft der Mogulen wurde eine Besteuerung von Adivasi-Land eingeführt. Doch Adivasi behielten ihre Rechte auf Land und Wald. In der britischen Kolonialzeit wurde dann das von den Mogulen übernommene *Zamindari-System* allgemein eingeführt.<sup>254</sup>

### **3.2.1 Landvertreibung zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft**

*Zamindars* waren selten Indigene. Sie fungierten als Steuereintreiber der Briten und bekamen das beste Land in einem Dorf. Daher werden sie auch als Großgrundbesitzer verstanden. Konnten Adivasi die von den Zamindars eingeforderten Steuern nicht bezahlen, so wurde ihr Land versteigert. Mit den Zamindars kamen deren Handlanger und Geschäftspartner mit ihren Familien und ließen sich in Adivasi-Gebieten nieder. Traditionelle Rechte indigener Völker über Wald und Land wurden missachtet.<sup>255</sup> Von den Briten wurden Länder etwa zum Bau von Bürogebäuden und Residenzen und zum Aufbau von Bezirksstädten und Eisenbahnverbindungen beschlagnahmt.<sup>256</sup>

Durch die Übergriffe der Briten auf Land und Wald wurden politische, soziale und ökonomische Systeme der Adivasi schwer geschädigt.<sup>257</sup> Ganze Dörfer wurden unter die

---

<sup>252</sup> Vgl.: Balakrishnan (2004): 5; Upadhyay & Pandey (2003): 60ff.

<sup>253</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010b): 31f.

<sup>254</sup> Siehe z.B.: Roy, S.C. (2010a); Upadhyay & Pandey (2003)

<sup>255</sup> Vgl.: Balakrishnan (2004): 5; Gupta (2002): 112; Roy, S.C. (2010a): 118; Upadhyay & Pandey (2003): 9

<sup>256</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): iv

<sup>257</sup> Vgl.: ebda: 9

Kontrolle von Zamindars der Briten gebracht, von denen indigene Völker in Indien ausgebeutet und unterdrückt wurden. Viele Adivasi wurden während der britischen Kolonialzeit ihres Landes enteignet und in die Schuldknechtschaft gedrängt. Die zahlreichen Rebellionen in den von indigenen Völkern bewohnten Gebieten wurden in der Regel mit Waffengewalt zurückgedrängt. Gleichzeitig waren die Briten gezwungen, die Probleme der Adivasi ernst zu nehmen und so gründeten sie eigene administrative Systeme in von Adivasi bewohnten Gebieten. Dabei entwickelten sich etwa Wege zum *Chotanagpur Tenancy Act* (1908) und dem *Santhal Parganas Tenancy Act* (1949).<sup>258</sup> Soweit möglich arbeiteten die Briten über „indirect rule“, indem traditionelle Autoritäten zu einem gewissen Grad Vollmachten erhielten.<sup>259</sup> Ein Beispiel dafür ist *Wilkinson Rule* in Kolhan (Singhbhum district in Jharkhand). In der 2. Hälfte des 19. Jahrhundert wurde Dorfland in die Kategorien *Bhuinhari*, *Rajhas* und *Manjihās* eingeteilt. Damit erlitten traditionelle indigene Landrechtssysteme wie das *Khuntkatti-System* schwere Eingriffe. Nur *Bhuinhari-Land* gilt nach dieser Einteilung als rechtmäßiges Land der ersten Siedler.<sup>260</sup> Im Chota Nagpur Tenancy Act, der den Transfer von Adivasi-Land an Nicht-Adivasi verhindern soll, werden *Khuntkatti-Rechte* berücksichtigt. Einige Länder und Aspekte des *Khuntkatti-Systems* gingen aber schon bei der administrativen Einteilung von *Bhuinhari-Land* verloren.<sup>261</sup>

Die Briten gewährten christlichen Missionaren den Zutritt in Adivasi-Gebiete, um das Christentum zu verbreiten. 1845 kamen die ersten christlichen Missionare in Adivasi-Gebiete. Sie gaben vor, die Indigenen vor der Ausbeutung und Unterdrückung durch *Zamindars* zu schützen. Viele Adivasi konvertierten durch den Einfluss der Missionare zum Christentum. Aber auch christliche Missionare besetzten Adivasi-Land, um Kirchen, Büros, Schulen, Krankenhäuser usw. zu errichten. So führten Landvertreibungen durch Missionare zu Widerstandsbewegungen gegen das Christentum.<sup>262</sup> Christliche Missionare stützten sich

---

<sup>258</sup> Vgl.: Gupta (2002): 109ff.; Prasad (2002)

<sup>259</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): i

<sup>260</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010a): 90ff; Roy, S.C. (2010b): 145ff.

<sup>261</sup> Zum Chota Nagpur Tenancy Act siehe: Roy, P.R.N. (2009). Zum *Khuntkatti-System* siehe auch: Roy, S. C. (2010a)

<sup>262</sup> Auch Hindu Zamindars setzten alles daran die Missionare zu stoppen und Konvertierungen zu verhindern. 1857 brach die Sepoy Mutiny aus, die sich stark gegen Christen richtete, und in der auch Indigene involviert waren. vgl.: Roy, S.C. (2010a): 127ff.

vor allem auf Entwicklungsprojekte im Rahmen der Bildung und Gesundheitsversorgung. Außerdem klärten sie Adivasi über ihre Rechte auf, weshalb sie dennoch einigen Zuspruch fanden.<sup>263</sup>

### **3.2.2 Landvertreibung nach der Unabhängigkeit Indiens**

Nach der Unabhängigkeit Indiens wurden allen im Land lebenden Menschen durch die Verfassung Staatsbürgerschaft und fundamentale Rechte gegeben. Verschiedene Schutzbestimmungen und Regelungen in Bezug auf Administration beziehen sich speziell auf Scheduled Tribes.<sup>264</sup> Doch der Transfer von Adivasi-Land ging nach der Unabhängigkeit zur Errichtung von Städten und Industrien weiter. Rohstoffausbeutung und die Errichtung von Staudämmen und Wasserkraftwerken gehören im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung zu den wesentlichen Faktoren, die im Zusammenhang mit Landenteignungen der Indigenen nach der Unabhängigkeit stehen.<sup>265</sup> Upadhyay und Pandey listen eine Reihe an entwicklungshemmenden Probleme auf, denen Adivasi nach der Unabhängigkeit Indiens gegenüberstehen. „land alienation, landlessness, poverty, indebtedness, unemployment, child labour, bonded labour, acculturation, detribalisation, drinking Mahua liquor, health problem, labour migration, collection in MFP<sup>266</sup>, shifting cultivation, etc. Urbanisation & industrialization have brought the problem of extravagancy, liquor consumption, and expenditure on fashion, sextrade, prostitution, beggary, diseases, ill health, displacement, exploitation and oppression of tribal.“<sup>267</sup>

Von der Regierung wurden verschiedene soziale Entwicklungsprogramme gestartet und in der Verfassung sind Regelungen und Maßnahmen festgehalten, um die Interessen der „Tribals“ zu schützen.<sup>268</sup> Gegen verschiedene Programme, die im Zeichen der Industrialisierung und Urbanisierung stehen, vor allem sogenannte „Entwicklungsprojekte“, die zum Schein dem Wohl der Allgemeinheit dienen, im Kern aber

---

<sup>263</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 63; Roy, S.C. (2010a): 126ff.

<sup>264</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 12f.

<sup>265</sup> Vgl.: ebda: 62

<sup>266</sup> MFP = Minor Forest Produce

<sup>267</sup> Upadhyay & Pandey (2003): vi

<sup>268</sup> Vgl.: ebda: 6

wirtschaftliche Unternehmungen sind, die mit infrastrukturellen Veränderungen einhergehen, lehnen sich Adivasi aber häufig auf.<sup>269</sup>

Verschiedene Prozesse des Wandels wie Urbanisierung und Industrialisierung gingen für Adivasi mit einer Reihe von Problemen einher. Dazu zählen Landvertreibung, Arbeitslosigkeit, Armut und Gesundheitsprobleme. Traditionelle ökonomische und politische Systeme der Adivasi wurden und werden durch äußere Eingriffe wie Industrieprojekte, aber auch administrative Maßnahmen und Gesetze beeinträchtigt. Upadhyay und Pandey halten fest, dass das Rechtssystem in Indien keine sichtbare Verbesserung in Hinsicht auf Armut und Ausbeutung indigener Völker bewirkte, weshalb Autonomiebestrebungen für Staaten wie Jharkhand laut wurden.<sup>270</sup>

Jharkhand ist einer der ärmsten Bundesstaaten des Landes, was offenbar eine Ursache für die anhaltend starke Migration in andere, wirtschaftlich besser gestellte Teile Indiens ist. 40,3% der Bevölkerung Jharkhands leben nach Angabe der *Planning Commission India* (2004)<sup>271</sup> unter der Armutsgrenze. Industriell ist die Region aufgrund ihrer hohen Vorkommen an Mineralien – vor allem Kohle, Kupfer, Kalkstein, Bauxit, Eisenerz und Asbest – äußerst bedeutsam.<sup>272</sup> In Jharkhand haben sich daher industrielle Großanlagen angesiedelt, die ganze Städte prägen, wie in Bokaro – auch bekannt als *Bokaro Steel City*. Hier wurde in den 1960ern mit russischer Unterstützung das landesweit größte Stahlwerk errichtet. Die Industrie- und Eisenstadt Jamshedpur, die ich während meiner Feldforschung besichtigte, macht nicht nur aufgrund der Stahlindustrie, sondern auch aufgrund zahlreicher infrastruktureller Einrichtungen den Eindruck, als sei sie im Besitz der *Tata Iron and Steel Company* (TISCO). Das Unternehmen zeigt in einem eigenen Museum stolz seine Geschichte und verweist auch auf diverse Corporate Social Responsibility Programme. Nach Aussage des Menschenrechtsaktivisten Gladson Dungdung war ursprünglich aber ganz Jamshedpur Adivasi-Land, und es sei fraglich, wo all die indigenen Völker heute hin verschwunden seien.

---

<sup>269</sup> Vgl.: ebda: vi; Vartak (2008); siehe auch: Aadivaasi Song: GAON CHHODAB NAHIN  
<http://www.youtube.com/watch?v=F2A6yGZ-QdA>

<sup>270</sup> Upadhyay & Pandey (2003): 7

<sup>271</sup> Siehe: <http://planningcommission.nic.in/news/prmar07.pdf> (08.08.2012)

<sup>272</sup> Vgl.: Claus & Hartig (2005): 21; Banerjee (2009): 8

Die primäre Einkommensquelle der Bevölkerung Jharkhands liegt in der Landwirtschaft. Die Landbevölkerung macht etwa 78% aus.<sup>273</sup> Auch Adivasi leben hauptsächlich von der Bewirtschaftung des Landes, auf dem sie wohnen. Agrarprodukte sind je nach Saison unter anderem Reis, Mais, Weizen, Kichererbsen, Senf, Erdnüsse, Hülsenfrüchte und verschiedene Gemüsesorten.<sup>274</sup> Daneben spielen Waldprodukte, die teilweise auch auf Märkten verkauft werden, in der Subsistenzwirtschaft der Adivasi eine große Rolle. Dazu gehören verschiedene Früchte wie Mangos, Jackfruit und Kendu, aber auch Blattgemüse, Honig, Mahua (*Madhuca longifolia*) und Sal (*Shorea robusta*).<sup>275</sup> Doch die Errichtung von Industriekomplexen, Bergbauanlagen und Staudämmen haben zu Entwaldung und – vor allem unter der indigenen Bevölkerung – zu zahlreichen Vertreibungen geführt.

Über 10 Millionen Adivasi leben heute in den Slums der indischen Metropolen, da sie von ihrem Land vertrieben wurden und ihre Existenzbasis zerstört wurde.<sup>276</sup> Betroffen von diesen regionalen ökonomischen Problemen sind allerdings nicht nur Adivasi, sondern auch nicht-indigene Gemeinschaften in diesen Gebieten, was nicht übersehen werden sollte, wie Sengupta betont. „They too have been uprooted in the course of industrial expansion and have been discriminated against in job opportunities.“<sup>277</sup>

### **3.2.3 Konzeptionen von Entwicklung in Indien**

Durch die kapitalintensive grüne Revolution wurde eine radikale Modernisierung der Agrarwirtschaft in Entwicklungsländern eingeleitet, die in Indien in den frühen 1960ern einsetzte. Dabei wurde neues ertragreiches Saatgut in Kombination mit Düngemitteln, Herbiziden, Pestiziden und Insektiziden und dem Ausbau von Bewässerungsanlagen eingesetzt. Die kaum marktorientierte traditionelle Landwirtschaft wird im Gegensatz dazu immer wieder als rückständig dargestellt, basiert allerdings auf nachhaltiger Bewirtschaftung. Die grüne Revolution führte zu einer enormen Ertragssteigerung, welche die Ernährung der wachsenden Bevölkerung sichern sollte. Doch sie führte auch zu einer

---

<sup>273</sup> Vgl.: Banerjee (2009): 9; <http://mchstar.org/pdf/whereWeWork/NHSRCJharkhandFactSheet.pdf> (08.08.2012)

<sup>274</sup> Vgl.: Banerjee (2009): 9; Claus & Hartig: (2005): 21

<sup>275</sup> Xavier Kujur, am 30.04.2011; Beobachtung eines Adivasi Marktes in Maranghada, am 01.05.2011, Gespräche mit Cyprian Samad, Pradeep Bilung, Amber Minz und Pushpa Toppo

<sup>276</sup> Vgl.: Claus & Hartig (2005): 12

<sup>277</sup> Sengupta (2003): 345

Abhängigkeit der Bauern von den großen Agrar- und Chemiekonzernen, von denen sie das Saatgut, Dünger und Pflanzenschutzmittel beziehen mussten. Kritisiert wird auch die einseitige Beanspruchung des Bodens durch Monokulturen, die sich negativ auf dessen Beschaffenheit auswirkt. So stellte sich eine zunehmende Resistenz gegen Schädlingspopulationen ein, die sich in den Monokulturen rasch verbreiten. Auch der ungeheure Wasserbedarf spricht nicht für Nachhaltigkeit. In der Subsistenzwirtschaft hingegen ist Wasser ein begrenzt vorhandenes, kostbares Gut, das gezielt und effizient eingesetzt wird. Die grüne Revolution war oft mit dem Aufbau von Staudämmen verbunden, was für die Ansässigen durch Überschwemmungen oder die Vernichtung von Fischgründen fatale Folgen hatte. Der unterschiedliche Zugang zu Land und Wasser und wachsende soziale Missstände stehen den wirtschaftlichen Erfolgswerten gegenüber.<sup>278</sup>

Zahlreiche Projekte, die dem Land zu wirtschaftlichem Aufschwung verhelfen sollen, haben zu Vertreibungen geführt. Mit Entwicklung werden in diesem Kontext z.B. die Errichtung von Staudämmen, aber auch von Minen und Kraftwerken verbunden. In diesem Zusammenhang schreibt Dharmadhikary, dass Mitte der 80er eine verbreitete Ansicht darüber geherrscht habe, dass das Land Entwicklung brauche, und dass für den Fortschritt auch Opfer gebracht werden müssten. Diese Einstellung wurde in der populären Phrase „one cannot make an omlette without breaking an egg“ zum Ausdruck gebracht. Die für die Ansässigen existenziellen Lebensräume und deren als rückständig betrachtete Wirtschaftsweise wurden durch solche Entwicklungsprojekte zerstört.<sup>279</sup>

Proteste der Betroffenen führten Dharmadhikary zufolge zu einem Richtungswechsel im Diskurs mit dem Gedanken, dass *Project Affected People* das erste Recht für die aus dem Projekt gezogenen Vorteile zustehe. Doch dieser Richtungswechsel im Diskurs habe bislang kaum Auswirkungen auf die Praxis. Dies hänge einerseits damit zusammen, dass der aus der Kolonialzeit stammende *Land Acquisition Act* (1894) noch nicht erneuert wurde, andererseits würde *Displacement* noch kaum umfassend verstanden, wodurch einige *Project Affected Persons* keine Berücksichtigung finden würden. Dharmadhikary beschreibt das, was unter Entwicklung verstanden wird, als blindes dem-Westen-Nacheifern. Die

---

<sup>278</sup> Vgl.: Mann (2005): 188ff.; Dharmadhikary (2008): 1-3

<sup>279</sup> Vgl.: Dharmadhikary (2008): 1-3

hohen Kosten des so eingeschlagenen Entwicklungsweges seien unter anderem Landvertreibungen und die Zerstörung ganzer Gemeinschaften und Kulturen.<sup>280</sup>

*Displacement* kann verschiedene Formen haben. So sehen sich etwa Personen, deren wirtschaftliche Lebensgrundlage durch ein Projekt zerstört wird, dazu gezwungen, ihr Land zu verlassen, auch wenn das Land nicht direkt enteignet wird – etwa, wenn Fischgründe aufgrund von Staudammprojekten nicht mehr als solche nutzbar sind. Auch wenn der Begriff *Displaced Persons* in den neuen Entwürfen zum Land Acquisition Act durch *Project Affected Persons* ersetzt wurde, werde *Displacement* in seiner vollen Breite noch kaum verstanden, was Dharmadhikary auf Machtbeziehungen zwischen denen, die Projekte umsetzen wollen und denen, deren Existenz dadurch bedroht wird, zurückführt. *Displacement* werde immer noch vielfach als notwendiges Übel für „höhere Ziele“ des Fortschritts und der Entwicklung gesehen. Um Missstände abzubauen, müsse der Diskurs in Richtung einer umfassenden Neukonzeption von Entwicklung geführt werden. Es sei dringend notwendig, dass das koloniale Landakquisitionsgesetz (1894) durch ein neues Gesetz ersetzt wird.<sup>281</sup>

Vijayan misst zivilgesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen eine wesentliche Rolle zu, um diesen Vorstellungen von erstrebenswerter Entwicklung zu kontern. Ihm zufolge gab es immer wieder unterschiedliche Ansätze, dem Problem in der Praxis zu begegnen. Während sich die einen gegen jede Art von *Displacement* wehrten, kritisierten andere die Vorgehensweise bei der Landaneignung. Für wieder andere stand die Frage im Vordergrund, wie Vorteile, die durch solche Entwicklungsprojekte entstehen sollen, gerecht verteilt werden könnten. Um den Ansprüchen der Betroffenen gerecht zu werden, brauche es ein umfassendes Gesetz. Dieses müsse nach Vijayan sicherstellen, dass *Displacement* nur nach einer umfassenden Bedarfsüberprüfung, unter unvermeidlichsten Umständen und nur nach Zustimmung der vorab informierten betroffenen Gemeinschaft erlaubt ist. Vorauszusetzen sei auch, dass *Displacement* ohne Ausnahme von gerechter und adäquater Entschädigung begleitet ist, für welche die aktive Einbeziehung aller Betroffenen

---

<sup>280</sup> Vgl.: ebda

<sup>281</sup> Vgl.: ebda

vorgesehen sein muss.<sup>282</sup> Gladson Dungdung kritisiert, dass für Rehabilitationsmaßnahmen im Grunde immer wieder Adivasi-Land hergenommen werden müsse.<sup>283</sup> Doch finanzielle Entschädigungen bieten keine Existenzsicherung, abgesehen davon, dass materielle Mittel keinen Ersatz für das Land der Ahnen bieten können. Der Land Acquisition Act (1894) aus der Kolonialzeit wurde bis heute nicht erneuert.<sup>284</sup>

### **3.2.4 Landakquisition – ein Gesetz aus der Kolonialzeit**

Der Transfer von Adivasi-Land zu Nicht-Adivasi durch Betrug und gewaltsame Landbesetzung ist weit verbreitet, wie Studien gezeigt haben. Bei der Akquisition von indigenem Land in Prozessen der Urbanisierung und Industrialisierung werden auch heilige Stätten der Adivasi nicht ausgelassen.<sup>285</sup> Trotz alter Versprechen, den kolonialen *Land Acquisition Act* von 1894 durch ein neues Gesetz zu ersetzen, wird er immer noch genutzt, um indigenes Land für den Corporate Sector anzueignen.<sup>286</sup> Proteste gegen die Aneignung von Land für Projekte, die der allgemeinen Öffentlichkeit zugute kommen sollen, gab es in mehreren Bundesstaaten Indiens.<sup>287</sup> Ein Projekt, das in Jharkhand zu heftigen Unruhen geführt hat, und heute noch diskutiert wird, ist beispielsweise das Koel Karo Staudammprojekt.<sup>288</sup>

Derzeit sorgt das Nagri Movement – benannt nach einem Dorf im Block Kanke –, das von Personen wie Dayamani Barla, Bandhu Tirki und Gladson Dungdung angeführt wird, mit Zivilklagen, Sitzstreiks und ökonomischen Blockaden (*bandhs*) für Aufruhr. Dorfbewohner protestieren hier gegen die Beschlagnahme von 227 acres (ca. 1 km<sup>2</sup>) fruchtbaren Adivasi-Landes durch die Regierung für den Bau universitärer Einrichtungen in Nagri. Die Bewegung wird auch von politischen Parteien und sogar von Shibu Soren (drei Mal Chief Minister in Jharkhand, JMM) unterstützt. Der Fall ging bis ans Supreme Court, das die Klage aber zurückwies und die Entscheidung des High Court in Ranchi im Sinne der Regierung

---

<sup>282</sup> Vgl.: Vijayan (2008): 4f.

<sup>283</sup> Gladson Dungdung, am: 01.05.2011

<sup>284</sup> Pressemitteilung der indischen Regierung vom 29. Juli 2011: „The draft Land Acquisition and Resettlement and Rehabilitation (LARR) Bill, 2011 is now in the public domain as part of the pre-legislative consultative process.“ <http://pib.nic.in/newsite/erelease.aspx?relid=73569> (20.06.2012)

<sup>285</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 56f.

<sup>286</sup> Vgl.: [http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa\\_act\\_1996.pdf](http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa_act_1996.pdf) (08.08.2012)

<sup>287</sup> Siehe: Vartak (2008)

<sup>288</sup> Siehe: Claus & Hartig (2005)

Jharkhands stehen ließ, da die Landaneignung rechtskräftig schon vor 50 Jahren stattgefunden habe. Die Dorfbewohner halten dem entgegen, dass die Akquisition damals nicht ordnungsgemäß abgeschlossen worden wäre, und nur einzelne Personen die angebotene Kompensation für Land angenommen hätten. Die Proteste gehen daher weiter. Bisher haben sich 35 Dörfer, denen zum Teil ähnliche Szenarien drohen, der Bewegung angeschlossen.<sup>289</sup>

Das Landakquisitionsgesetz von 1894 beruht auf einem Prinzip der Enteignung, da es dem Staat die Macht über allen Besitz innerhalb des Staatsgebietes zuspricht. So kann auch privates Eigentum für öffentliche Zwecke beschlagnahmt werden. Im Kontext des erbitterten Kampfes in mehreren Teilen Indiens gegen Landenteignungen und gewaltsame Akquisition von Land für sogenannte *Special Economic Zones* (SEZ) und andere Industrie- und Entwicklungsprojekte hat die UPA-Regierung (United Progressive Alliance) 2007 zwei Gesetzesentwürfe vorgestellt: den *Land Acquisition (Amendment) Bill* und den *Resettlement and Rehabilitation Bill*. Diese sollen eine Balance zwischen dem Bedürfnis an Land für Entwicklung im öffentlichen Interesse und den Schutzbedürfnissen der Personen, deren Land dafür akquiriert wird, schaffen.<sup>290</sup>

Die beiden Gesetze sollen Ausnahmefälle, in denen Landenteignung möglich ist, und die Bedingungen, unter denen sie stattfinden müssen, regeln. Auch diese Entwürfe wurden stark kritisiert – beispielsweise vom Delhi Forum – da die Bestimmungen vor allem unternehmerischen Projekten zugute kämen, während Angaben zu Rehabilitation und Umsiedlung mangelhaft seien. Nach den Analysen des Delhi Forum liegt der Schwerpunkt der Bestimmungen in den Gesetzesentwürfen auf infrastrukturellen Entwicklungen, von denen letztendlich – direkt oder indirekt – Unternehmen profitieren würden, die Land im Namen öffentlicher Zwecke zu nutzen vorgeben. In den Entwürfen wurden zwar Verweise auf Akquisition für Unternehmen entfernt, dafür fallen diese in die Kategorie *Public*

---

<sup>289</sup> Vgl.: <http://www.dailypioneer.com/state-editions/ranchi/83992-nagri-movement-split-wide-open-after-kanke-promise.html> (10.08.2012);  
<http://frontierweekly.com/reports/jul-12/28-7-12-Ant-Land%20Acquisition%20Movement%20in%20Nagri%20of%20Jharkhand.pdf> (10.08.2012);  
<http://intercontinentalcry.org/india-is-the-judiciary-biased-against-advocates/> (10.08.2012);  
[http://www.telegraphindia.com/1120629/jsp/frontpage/story\\_15669950.jsp#.UCUfjaDLsgY](http://www.telegraphindia.com/1120629/jsp/frontpage/story_15669950.jsp#.UCUfjaDLsgY) (10.08.2012)

<sup>290</sup> Vgl.: Vijayan & Panikkar In: Delhi Forum (2008): 5-7

*Purpose*.<sup>291</sup> „The amendment, by allowing acquisition on behalf of ‚persons‘, which essentially means companies and private investors, now brings private purpose into the definition of ‚public purpose‘.<sup>292</sup>“ Auch die Dringlichkeitsklausel, welche der Regierung erlaubt, in dringlichen Fällen binnen 15 Tagen Land zu akquirieren, und in einzelnen Fällen sogar schon nach 48 Stunden, ruft Kritik hervor. Die Dringlichkeitsklausel könne nahezu auf alle Infrastrukturprojekte angewandt werden. Des Weiteren gibt es keine Angaben über Prozesse zu Rehabilitation und Resettlement. Außerdem fehlen klare Zeitangaben zum Abschluss der Rehabilitations- und Resettlement-Maßnahmen. Und schließlich wird auch das Phänomen urbaner Zwangsräumungen, die in den letzten Jahren zugenommen haben, völlig ignoriert. „It is designed mainly bearing in mind rural displacement, especially for irrigation projects. It needs major additions, to reflect major forms of state induced displacement, such as for urban projects, national parks and sanctuaries, mining projects and so on.<sup>293</sup>“

Nachdem diese Gesetzesentwürfe 2009 verworfen wurden, wurde *The Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Bill, 2011* vom National Advisory Council dem Lok Sabha (Unterhaus des indischen Parlaments) vorgelegt, in dem zwei Gesetze vereint werden sollen. Bisher gibt es noch kein nationales Gesetz zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft der Menschen, die als Folge von Landaneignungen vertrieben oder geschädigt werden. Da Rehabilitation und Resettlement bei der Akquirierung von Land für die betroffenen Anrainer direkt gewährleistet sein sollen, wird im aktuellen Entwurf nicht von zwei separaten Gesetzen ausgegangen, um eine Balance zu schaffen zwischen staatlichen Entwicklungsinteressen und den Bedürfnissen ansässiger Bauern.

Chitra kritisiert die offenkundige Priorität des Staates, Land für Industrialisierung und Urbanisierung zu nutzen, anstatt für landwirtschaftliche Zwecke. Und er kritisiert, dass der Aspekt der Ernährungssicherheit nicht als öffentlicher Zweck berücksichtigt, sondern lediglich als soziales Anliegen der Bauern betrachtet werde, welches durch monetäre Entschädigungen abgegolten werden könne. Der Entwurf biete daher keine Balance

---

<sup>291</sup> Vgl.: Delhi Forum (2008): 10

<sup>292</sup> Ebda: 10

<sup>293</sup> Ebda: 28

zwischen Industrialisierung und ökologischer Sicherheit oder Ernährungssicherheit.<sup>294</sup> In einem Empfehlungsschreiben des Centre for Social Justice (Gujarat) wird darauf hingewiesen, dass lediglich industrielles Wachstum nicht Entwicklung bedeutet. Entwicklung müsse in einem holistischen Sinn und in Bezug auf Nachhaltigkeit verstanden werden. Auch hier wird eine mögliche Bedrohung für Ernährungssicherheit betont.<sup>295</sup>

### **3.3 Komplexität und Heterogenität der Entwicklungsprobleme von Adivasi**

Adivasi leben oft in abgelegenen und schwer zu erreichenden Gebieten. Ihr Lebensstil unterscheidet sich von dem der Mainstreamgesellschaft. Wie andere Gesellschaften sind aber auch die der Adivasi nicht statisch, sondern dynamisch. Doch im Vergleich zu anderen ethnischen Gruppen sind sie besonders ausgebeutet und ökonomisch schwach. Von der Regierung gab es daher immer wieder verschiedene Unternehmungen, um „Tribes“ in ihrer Entwicklung voranzutreiben.<sup>296</sup> Neben der indischen Regierung befassen sich verschiedene Akteure wie internationale Organisationen, NGOs und Hilfsorganisationen mit der Entwicklung der Adivasi. Bemühungen von Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen nahmen zwar positiven Einfluss auf die Entwicklung, doch vieles muss noch getan werden.<sup>297</sup>

Entwicklungsprobleme der Adivasi sind heterogen. In Bezug auf ihre Ökonomie sind Adivasi je nach ihrer Ertragsquelle vor verschiedene Probleme gestellt. „Hunter-gatherers have their own problems. Shifting cultivators have their own, while artisans and agriculturalist tribal have their own problems.“<sup>298</sup> Die Ökonomie der Adivasi ist subsistenzorientiert, und das Konzept des Sparens sei daher, Upadhyay und Pandey zufolge, kaum vorhanden.<sup>299</sup> Durch die Abgeschiedenheit der Gebiete, in denen Adivasi oft leben, entstehen Schwierigkeiten in der Kommunikation. Mangel an Trinkwasser und die Verwendung von unreinem Wasser führen zu Krankheiten. Die Forest Policies der

---

<sup>294</sup> Vgl.: <http://www.countercurrents.org/chitra300811.htm> (08.08.2012)

<sup>295</sup> Vgl.: <http://xa.yimg.com/kq/groups/8951350/901368362/name/Recommendations+on+the+LARR+Bill,+2011.pdf> (08.08.2012)

<sup>296</sup> Siehe: Upadhyay & Pandey (2003)

<sup>297</sup> Vgl.: ebda:iii

<sup>298</sup> Ebda: 8

<sup>299</sup> Vgl.: ebda: 8

Regierung führten bei Adivasi zu Hungersnöten. Armut und häufige Unterernährung sowie weit verbreiteter Analphabetismus stellen große Probleme der Entwicklung dar. Eine Hauptursache für die missliche Lage, in der sich viele Adivasi befinden, sind aber sicher die zahlreichen Landvertreibungen, die verschiedenen Ursprungs sein können und eine Kette an Auswirkungen nach sich ziehen.

### **3.3.1 Ökonomie und Behausung**

Abhängig von ihrer Umgebung und der praktizierten Ökonomie bestehen ihre Häuser beispielsweise aus Lehm, Holz, Bambus, Blättern und Stroh. Bei Unwettern werden solche Behausungen leicht beschädigt. Der Zugang zu benötigten Materialien aus den Wäldern wird durch die Forstgesetzgebung der Regierung erschwert. Adivasi leben oft ohne Strom in Häusern, in die wenig Licht gelangt, haben schlechten Zugang zu Trinkwasser und kaum Entwässerungssysteme. Kommunikationswege in den abgelegenen Gegenden sind oft schwierig.<sup>300</sup>

Adivasi leben teilweise vom Jagen und Sammeln, andere betreiben beispielsweise Wanderfeldbau, auch bekannt als *Jhum cultivation*. Diese Art der Kultivierung ist nicht profit-, sondern subsistenzorientiert. Von Jahr zu Jahr ziehen die Wanderfeldbauern in andere Gebiete, während sich die vorher bewirtschafteten Felder wieder regenerieren können. Da für den Wanderfeldbau Büsche und Bäume gefällt werden müssen, und die Gebiete, in denen Wanderfeldbau betrieben werden kann, mit der Zeit reduziert wurden, kann es zu Bodenerosion kommen. Daher versucht die Regierung, diese Art der Bewirtschaftung zu kontrollieren. Die kostspielige Rehabilitation von Wanderfeldbauern ist nach Upadhyay und Pandey ein noch nicht gänzlich gelöstes Problem der Regierung. Wanderfeldbauern ziehen so wie Jäger und Sammler von einem Ort zum anderen. Aufgrund ihrer Wanderökonomie leben sie nicht in befestigten Behausungen. Diese bieten minimalen Schutz vor Regen, Hitze, Kälte oder wilden Tieren wie wilden Elefanten. Größte Bedrohung für diese Wohnstätten stellt Feuer dar. Von der Regierung wurden einige Kolonien gebaut, um Jäger und Sammler dort unterzubringen. Diese Häuser erfüllten aber

---

<sup>300</sup> Vgl.: ebda: 74ff.

nicht die kulturellen Bedürfnisse der Jäger und Sammler, weshalb sie nicht dort bleiben konnten.<sup>301</sup>

Neben Jägern und Sammlern sowie Wanderfeldbauern gibt es unter Adivasi auch sesshafte Bauern und Handwerker, die in Dörfern angesiedelt sind. Sesshafte Bauern leben in befestigten Bauten wie beispielsweise Lehmhütten oder Gebäuden aus Ziegel und Beton. Adivasi, die einem Handwerk nachgehen, leben in Dörfern mit sesshaften Bauern in gleichen Behausungen. Sanitäreinrichtungen sind in den Dörfern kaum vorhanden. Da die Häuser oft nur kleine Fenster haben, dringt wenig Licht ins Innere und die Belüftung ist schlecht.<sup>302</sup>



(oben: Abb. 3 und 4: Häuser der Munda in Dassam/ Bundu; unten links: Abb. 5: Dorfplatz in Purio/ Ratu; unten rechts: Abb. 6: Häuser der Oraon in Purio/ Ratu)<sup>303</sup>



<sup>301</sup> Vgl.: ebda: 73ff.

<sup>302</sup> Vgl.: ebda: 74ff.

<sup>303</sup> Abb. 3-6: © Magdalena Scholz

Bedingt durch das Bevölkerungswachstum wird Kommunalland immer weiter aufgeteilt. Daher besteht auch für den Hausbau ein Mangel an Land. Viele sind gezwungen, ihre Wohnungen auf Regierungsland zu errichten, wo sie solange bleiben, bis sie von der Regierung gezwungen werden, wegzuziehen und die illegal errichteten Häuser schließlich abgerissen werden.<sup>304</sup> In der Stadt Ranchi gibt es einige solcher Häuser und etliche Shops, die unangemeldet gebaut wurden. Diese werden nicht nur von Adivasi errichtet. Am 05.04.2011 wurde das islamische Viertel Islam Nagar bis auf eine Schule und ein Health Care Centre vollständig abgerissen. Manche vermuten hierbei einen taktischen Schachzug der Regierung. Denn Adivasi hier in großem Stil abzusiedeln, würde vermutlich eine hitzige Diskussion darüber entfachen, dass ursprünglich ganz Ranchi Adivasi-Land war und einen breiteren Protest nach sich ziehen. So werden Adivasi und andere ethnische Gruppen gegeneinander ausgespielt. Auch gibt es Empörungen darüber, dass diese Nicht-Adivasi nun von der Regierung auf Adivasi-Land rehabilitiert werden müssten.<sup>305</sup>

### **3.3.2 Bildung**

Kämpfe um die Existenz führen oft dazu, dass Kinder nicht zur Schule gehen, weshalb Analphabetismus unter Adivasi immer noch weit verbreitet ist. Abgesehen davon mangelt es oft an Schulen in Reichweite. Der weit verbreitete Analphabetismus unter Adivasi führt zu schlechten Ausgangspositionen, an Entwicklungsprozessen teilzunehmen, sowie zu Ausbeutung und Unterdrückung.

Nach der Unabhängigkeit hat die indische Regierung begonnen, Schulen in Adivasi-Gebieten zu bauen. Auch Hilfsorganisationen und christliche Missionare förderten die moderne Bildung in Adivasi-Gebieten. Die Alphabetisierungsrate der indigenen Bevölkerung wurde dadurch angehoben, ist aber immer noch weit vom nationalen Durchschnitt entfernt. Nach dem Zensus 2001 beträgt diese für die gesamtindische Bevölkerung 64,8% und für Scheduled Tribes 47,1%. Die Bildung christlicher Adivasi ist auf einem verhältnismäßig höheren Stand als die nicht-christlicher. Wanderfeldbauern

---

<sup>304</sup> Vgl.: ebda: 74ff.

<sup>305</sup> Gladson Dungdung, am: 01.05.2011

sowie Jäger und Sammler haben zusätzliche Probleme, schulische Bildung zu erhalten, da für die Schulanmeldung ein fester Wohnsitz Voraussetzung ist.<sup>306</sup>

Mit den Prozessen der Urbanisierung gewinnt moderne schulische Bildung an Bedeutung und der Zugang zu Schulen verbessert sich. Gleichzeitig sind die traditionellen Jugendwohnheime der Adivasi, in denen kulturelles Wissen weitergegeben wurde, kaum mehr vorhanden. Auch dadurch geht vieles an traditionellem kulturellen Wissen verloren.<sup>307</sup>

### **3.3.3 Armut und Verschuldung**

Arbeitslosigkeit ist unter Adivasi weit verbreitet. In den neuen Bergbauunternehmen und Industrien machen Indigene nur einen geringen Prozentanteil, selbst der ungelerten Mitarbeiter, aus.<sup>308</sup> Aufgrund der Entwaldung und der Forstgesetzgebung finden Adivasi heute oft nicht mehr rund ums Jahr Beschäftigung. Einige suchen sich dann Saisonarbeiten und sind mit den Problemen der Arbeitsmigration konfrontiert. Der Arbeitsmarkt in Adivasi-Gebieten ist äußerst limitiert. Daher ziehen die meisten Adivasi auf der Suche nach Arbeit nach der Ernte in andere Gegenden und kehren vor dem Monsun wieder zurück. Oft werden Administratoren nicht über den Aufenthalt dieser ArbeitsmigrantInnen informiert.<sup>309</sup> „As a result, they have to depend upon the mercy of the contractors.“<sup>310</sup>

Da die Armutsgrenze unterschiedlich bemessen wird, sind zahlenmäßige Angaben diesbezüglich relativ schwierig. Nach derzeitiger Methode der Planning Commission leben nach Angaben für das Jahr 2004-05 37,2% der indischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze, nach der früheren Methode wären es im selben Jahr 27,5%. Anderen Berechnungen zufolge leben 50% (N.C. Saxena Committee) bzw. 77% (Arjun Sengupta Committee) der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.<sup>311</sup> Scheduled Tribes sind nach allen Berechnungen in besonderem Maß von Armut betroffen. Armut und Verschuldung greifen ineinander. Hohe Kreditzinsen führen oft in einen Teufelskreis, aus dem schwer

---

<sup>306</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 77ff.; P.C Oraon, am: 09.01.2012

<sup>307</sup> Upadhyay & Pandey (2003): 55; P.C. Oraon, am: 09.01.2012

<sup>308</sup> Vgl.: Balakrishnan (2004): 7ff.

<sup>309</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 97f.

<sup>310</sup> Ebda: 98

<sup>311</sup> Vgl.: [http://planningcommission.nic.in/reports/genrep/Press\\_pov\\_27Jan11.pdf](http://planningcommission.nic.in/reports/genrep/Press_pov_27Jan11.pdf) (08.08.2012)

auszuberechnen ist. Kredite werden häufig nicht bei Banken, sondern bei privaten Kreditgebern beispielsweise für unproduktive Zwecke wie Hochzeiten, Begräbnisse, Feste, Rituale, Versorgung von Kranken, Konsum etc. aufgenommen.<sup>312</sup> Die Unfähigkeit, Darlehen zu begleichen, führt zu Schuldknechtschaft bei Kreditgebern. „Bonded labour system is such a system in which a labourer takes loan from the Mahajan or landlord, and in turn, agrees to serve him till the principal amount and interest charged on it was not paid back. Thus, loan or indebtedness is the root cause behind the existence of this labour system.“<sup>313</sup> In diesem System geraten Arbeiter oftmals in eine Situation von Ausbeutung und Unterdrückung. Niedrige Löhne und fehlende Möglichkeit, eigene Felder zu bestellen, führen zur Wiederaufnahme von Krediten und andauernder Schuldknechtschaft.<sup>314</sup>

Mit dem *Bonded Labour System (Abolition) Act (1976)* sollte die Schuldknechtschaft in Indien abgeschafft werden. Erste Schwierigkeiten ergaben sich dabei aber schon bei der Identifikation der Schuldknechte, da es keine Aufzeichnungen darüber gab, und viele sich aus Angst vor ihren Kredit- und Arbeitgebern nicht selbst meldeten. Rehabilitationsprogramme der Regierung wurden verankert, um den Aufbau einer neuen Existenz zu sichern. Evaluationsstudien zeigen allerdings Upadhyay und Pandey zufolge, dass diese Rehabilitationsmaßnahmen mangelhaft und wenig erfolgreich waren. Außerdem gab es keine Nachfolgeprogramme. Daher gibt es die Schuldknechtschaft in Indien heute nach wie vor.<sup>315</sup>

### **3.3.4 Alkoholismus**

Zu all dem kommen oft Alkoholprobleme. Von Händlern verbreiteter *Mahua Liquor* bringt vielfach das Problem der Alkoholabhängigkeit mit sich. Adivasi kennen Alkohol auch aus ihrer eigenen Tradition. Das selbst erzeugte Reisbier (*Haria*), das nicht auf Märkten verkauft wird, hat kulturelle Tradition bei Adivasi und wird vor allem zu bestimmten Zeremonien und festlichen Anlässen produziert und getrunken. Der am Markt verkaufte Mahua Liquor bringt nicht nur Änderungen im Umgang mit Alkohol mit sich, sondern ist

---

<sup>312</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 66

<sup>313</sup> Ebda: 69

<sup>314</sup> Vgl.: ebda: 69

<sup>315</sup> Vgl.: ebda: 70ff.

außerdem von schlechter Qualität und gesundheitsschädlich, da dem Alkohol vielfach zusätzliche Suchtmittel beigefügt werden. Auch Alkoholabhängigkeit führt zu Schulden und schließlich auch zu Schuldknechtschaft. Des Weiteren steht der Alkoholismus in Verbindung mit einer Reihe an sozialen Problemen. Wird Alkohol auf Kredit gekauft, verharren die Zahlungsunfähigen nicht nur in Alkoholabhängigkeit, sondern werden auch in Abhängigkeit zu ihren Arbeitgebern gehalten.<sup>316</sup>

### **3.3.5 Information**

Radios und Fernsehgeräte, um Informationen von außen zu bekommen, sind aufgrund mangelnder finanzieller Mittel eine Seltenheit bei Adivasi und aufgrund fehlender Batterien und mangelhafter Stromversorgung oft nicht funktionsfähig. Elektronische Medien sind daher kaum zugänglich. Aufgrund mangelnder Schulbildung und verbreitetem Analphabetismus werden auch kaum Printmedien studiert. Daher entgehen Adivasi oft wichtige nationale und internationale Nachrichten sowie Informationen bezüglich Entwicklungsprogrammen.<sup>317</sup> Meiner Beobachtung nach spielen im Informationsverkehr Strukturen traditioneller politischer Systeme der Adivasi, soziale Netzwerke, Self Help Groups<sup>318</sup>, Bürgerbewegungen und NGOs eine wesentliche Rolle.

### **3.3.6 Gesundheit**

Die Abgelegenheit vieler Adivasi-Siedlungen und -Dörfer führt Upadhyay und Pandey zufolge auch zu Problemen bei gesundheitsfördernden Programmen. Health Care Centres sind oft schlecht zu erreichen, und Ärzte und Pflegepersonal seien kaum gewillt, sich lange in den abgelegenen Gebieten aufzuhalten. Daher würden oft nur für das Honorar notwendige Formalitäten erfüllt. Das System der Health Care Centres zur Versorgung mit Medikamenten sei außerdem mangelhaft, da Medikamente oft erst nach ihrem Ablaufdatum zu diesen Zentren gelangen und dann an Adivasi verkauft würden. Gute Medikamente würden auch unterschlagen und für ein Extra-Einkommen verkauft. Aufgrund der schlechten Versorgung in den Health Care Centres gehen viele erst gar nicht

---

<sup>316</sup> Vgl.: ebda: 80ff.

<sup>317</sup> Vgl.: ebda: 84

<sup>318</sup> Sogenannte SHGs sind, nach meiner Beobachtung in Ranchi und Umgebung, häufig reine Frauengruppen, die vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung und Fortbildung, aber auch dem Informationsaustausch dienen.

dort hin, sondern bedienen sich stattdessen lieber der traditionellen Medizin. Einige Krankheiten treten aufgrund unhygienischer Lebensbedingungen, unreinem Wasser und Unterernährung auf.<sup>319</sup>

Auswirkungen der Urbanisierung und Industrialisierung auf die Gesundheit sind etwa die Verbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten durch Prostitution und sexuelle Ausbeutung, Alkoholismus, Leiden aufgrund unhygienischer Lebensbedingungen in den Slums und von Industrieabfällen verunreinigten Trinkwassers, sowie Industrieabgase, die zu Lungenkrankheiten führen und Gehörschäden aufgrund von Lärmbelästigung.<sup>320</sup>

### **3.3.7 Veränderungen durch Urbanisierung und Industrialisierung**

Gebiete, die ursprünglich von Adivasi bewohnt werden, stehen heute vielfach unter dem Einfluss von Urbanisierung und Industrialisierung. Diese Prozesse des Wandels bringen verschiedene Herausforderungen mit sich. Während Urbanisierung auch ohne Industrialisierung entsteht, so kommt es durch Industrialisierung zur Gründung von Industriestädten, weshalb diese beiden Prozesse des Wandels in Verbindung stehen. In Adivasi-Gegenden gibt es einige urbane Gebiete. Städte wie Deoghar, Rajrappa und Tenughat wuchsen als religiös administrative Städte. Während der Kolonialzeit wurden zur Administration Commissioner-, District- und Sub-Divisional-Towns gegründet. Nach der Unabhängigkeit wurden einige Industrien in Adivasi-Gebieten erschaffen, wie HEC (Heavy Engineering Corporation Ltd.) in Hatia, Ranchi, Bokaro Steel Ltd. in Bokaro und TATA Steel in Jamshedpur.<sup>321</sup>

Urbanisierung und Industrialisierung nahmen Einfluss auf Kultur, Bildung, Religion, Ökonomie und traditionelle politische Systeme der Adivasi. Dabei gab es, Upadhyay und Pandey zufolge, sowohl positive als auch negative Beeinflussung. Mit der Urbanisierung steigen etwa schulische Bildung und politisches Bewusstsein, gleichzeitig wird ein Gefälle zwischen arm und reich deutlich.<sup>322</sup> Das urbane Leben beeinflusst auch die Dörfer rund um die Städte, und führt zu Veränderungen im Sozialgefüge der Adivasi. „From kinship-based

---

<sup>319</sup> Vgl: Upadhyay & Pandey (2003): 89 ff.

<sup>320</sup> Vgl.: ebda: 52ff.

<sup>321</sup> Vgl.: ebda: 40

<sup>322</sup> Vgl.: ebda: 41

society, they started living in friendship based society.<sup>323</sup>“ Entscheidungen werden, nach meinen Beobachtungen, in der Regel dennoch nicht ganz unabhängig vom Familienverband getroffen. In Bezug auf berufliche Wahl, Verwendung von Ersparnissen und Eheschließungen nimmt die Community oft starken Einfluss. Freunde und Nachbarn gewinnen dennoch im Zusammenleben immer mehr an Bedeutung. Mit ihnen werden auch traditionelle Feste in der Stadt gefeiert, wenn etwa das Heimatdorf weit entfernt ist.<sup>324</sup> Das Heiratsalter steigt mit der Urbanisierung. Der Bildungsstand wird relevant für die Wahl der Ehepartner. Eheschließungen zwischen Adivasi und Nicht-Adivasi und Eheschließungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen treten heute auf, die nach traditionellen indigenen Rechtsordnungen früher bestraft worden wären, wie mir Karma Oraon schildert, und in der Regel – vor allem bei Santhal, aber auch bei Oraon und Munda (angeblich in gemäßigter Form) – mit Exkommunikation endeten, indem etwa keiner mehr mit den betroffenen Familien kooperiert, wodurch sie gezwungen wären, fortzuziehen.<sup>325</sup>

Die Ökonomie der Adivasi ist stark durch Einflüsse der Industrialisierung betroffen. Marktwirtschaftlich orientierte Ökonomie löste die Subsistenzwirtschaft der Adivasi vielfach ab. Durch die Einführung der Lohnarbeit wurde die Landwirtschaft kostspielig. Länder wurden verpachtet und Abwanderung in die Städte auf der Suche nach Arbeit waren die Folge. Durch die Aufspaltung von Familienverbänden in Kleinfamilien kommt es zur Teilung von Land in kleine Parzellen. Und durch Auswanderung in die Städte fällt Land teilweise in die Hände anderer.<sup>326</sup>

Adivasi, die einem bestimmten Handwerk nachgingen, sind vor das Problem gestellt, dass die Produkte, die sie traditionell herstellten, jetzt von den Industrien in Adivasi-Gebieten hergestellt werden. Neue Arbeitsmöglichkeiten durch Urbanisierung und Industrialisierung brachten gleichzeitig Probleme der Unterdrückung und Ausbeutung mit

---

<sup>323</sup> Ebda: 42

<sup>324</sup> Teilnehmende Beobachtung während dem *Sarhul Festival* Anfang April 2011; Teilnahme an Hochzeiten und informelle Gespräche zum Thema Ehe - vor allem mit Unverheirateten; Gespräche mit Bewohnern in der Stadt Ranchi zu Überlegungen der wirtschaftlichen Absicherung der Familien im Dorf (u.a. Erwerb von Land nach dem Chota Nagpur Tenancy Act; Anschaffung eines Autos), Gespräche zu Motiven der Berufswahl mit Personen mit unterschiedlichen beruflichem Background, die sich für einen *Government Job* bewerben.

<sup>325</sup> Teilnehmende Beobachtung auf Hochzeitsfeiern; P.C.Oraon, am: 09.01.2012 und Karma Oraon, am: 05.01.2012

<sup>326</sup> Upadhyay & Pandey (2003): 43ff.

sich.<sup>327</sup> Das traditionelle System der Reziprozität wurde negativ beeinflusst, und das Phänomen der Verschuldung trat auf. In den Städten sind die immigrierten Adivasi oft gezwungen, in Slums zu leben, und ihr Leben als Bettler zu fristen. Mädchen und Frauen geraten in die Prostitution. Konfrontiert mit dem Lebensstil reicher Städter steigt auch die Kriminalitätsrate der Adivasi.<sup>328</sup>

Indigene Autoritäten verlieren mit den Prozessen der Urbanisierung und Industrialisierung an Bedeutung und werden vor allem in urbanen Zentren durch Parteipolitik und staatliche Institutionen wie Polizei und Gericht abgelöst. Adivasi nehmen an Wahlen teil und gründen politische Gesellschaften und Organisationen. Die staatliche Politik verdrängt gleichzeitig traditionelle politische und rechtliche Systeme nicht nur in urbanen Zentren, sondern auch in ländlichen Gebieten über die Einrichtung der Panchayati Raj Institutionen in *Scheduled Areas*<sup>329</sup> – mehrheitlich von Adivasi bewohnten Gebieten.

In der indigenen Rechtsordnung spielt Geld keine oder kaum eine Rolle. Durch den Kontakt mit Nicht-Adivasi und die Konfrontation mit rechtlichen Problemen – beispielsweise bezüglich Land –, die zwischen Adivasi und Nicht-Adivasi zu klären sind, müssen sich Indigene an das staatliche Rechtssystem wenden. Dessen Institutionen der Rechtsprechung sind kostspielig und erfordern nunmehr Zahlungsmittel und stellen Adivasi vor das Problem der Geldbeschaffung. „Inability to meet expenses and prevalence of bribe and corruption come in the way of tribals in getting justice.“<sup>330</sup>

---

<sup>327</sup> Ebda: 51

<sup>328</sup> Vgl.: ebda 52ff.

<sup>329</sup> Scheduled Areas und Panchayati Raj Institutionen siehe: Kapitel 4

<sup>330</sup> Upadhyay & Pandey (2003): 56

## **4 VERWALTUNG UND ENTWICKLUNG IN SCHEDULED AREAS AUS RECHTSPLURALISTISCHER PERSPEKTIVE**

Adivasi organisieren Gesellschaft, Land und Wald über eigene politische Systeme und Rechtsordnungen. Von Hindu Rajas und den Mogulen blieben diese relativ unberührt. Die Briten begannen, die Administration der indigenen Völker unter die Kontrolle der britischen Regierung zu bringen. Schließlich wurden in der indischen Verfassung Bestimmungen für die Administration in von Adivasi bewohnten Gebieten festgelegt.

Indien ist ein säkularer demokratischer Staat, geprägt von kultureller, sozialer, ökonomischer, religiöser, regionaler und ethnischer Diversität. Um Gruppen, die seit Jahrhunderten ihrer sozialen und ökonomischen Rechte beraubt wurden, zu schützen, wurden in der Verfassung eigene Regelungen und Schutzmechanismen festgelegt. Die indische Verfassung (1950) untersagt Diskriminierung aufgrund von Religion, Race, Kaste, Geschlecht oder Geburtsort (Artikel 15) und sieht etwa Gleichberechtigung (Artikel 14), Recht auf Religionsfreiheit (Artikel 25-28) und Rechte auf Kultur und Bildung (Artikel 29-30) vor.<sup>331</sup> Scheduled Tribes werden in etlichen Artikeln und zwei speziellen Schedules (5th und 6th Schedule) der Verfassung eigens berücksichtigt.

### **4.1 Scheduled Areas und Tribal Areas**

Die Begriffe *Scheduled Area* und *Tribal Area* (Artikel 244 der Indischen Verfassung) werden ausschließlich zur Administration von Scheduled Tribes verwendet. *Scheduled Areas* beziehen sich auf den *5th Schedule* und *Tribal Areas* beziehen sich auf den *6th Schedule* der Verfassung. Die administrativen Systeme dieser beiden Areas sind voneinander zu unterscheiden.

Durch den 6th Schedule geregelte Tribal Areas finden sich nur in den 4 Bundesstaaten Assam, Meghalaya, Mizoram und Tripura. Tribal Areas haben autonome *District Councils* und autonome *Regional Councils*. Gesetze des Parlaments oder des Landtags werden in diesen Gebieten nicht implementiert, außer der betreffende Gouverneur erlässt einen

---

<sup>331</sup> Siehe auch: <http://www.pucl.org/Topics/Dalit-tribal/2003/adivasi.htm>

diesbezüglichen Bescheid.<sup>332</sup> Da sich diese Arbeit speziell mit Adivasi in Jharkhand befasst, werde ich auf Tribal Areas nicht genauer eingehen, sondern mich im Folgenden mit Scheduled Areas beschäftigen.

Scheduled Areas gibt es derzeit in den 9 Bundesstaaten Andhra Pradesh, Chhattisgarh, Gujarat, Himachal Pradesh, Jharkhand, Madhya Pradesh, Maharashtra, Orissa und Rajasthan. Der betreffende Gouverneur eines Bundesstaates mit Scheduled Areas hat das Privileg, für diese eigene Gesetze und Regelungen zu formulieren. Er entscheidet, welche Gesetze des Parlaments und des Landtags in Scheduled Areas Geltung haben sollen und welche nicht. Er kann den Gesetzen Ergänzungen für Scheduled Areas hinzufügen, oder sie in diesen Gebieten für nicht gültig erklären. Wenn er jedoch keine spezifischen Bestimmungen bezüglich eines Gesetzes verordnet, gilt es in Scheduled Areas als implementiert. Spezielle Regelungen sollen beispielsweise Landvertreibung und Ausbeutung durch Kreditgeber verhindern. Als beratender Körper steht dem Gouverneur nach dem 5th Schedule ein *Tribal Advisory Council* zur Seite, dessen Mitglieder zu drei Viertel aus Scheduled Tribes der Legislative Assembly bestehen. Von den 24 Bezirken Jharkhands werden 11 als Scheduled Areas und 3 (Garhwa, Sahebganj und Godda) als teilweise Scheduled Areas behandelt.

#### Scheduled Areas in Jharkhand:<sup>333</sup>

1. Im Bezirk Ranchi die Blöcke: Burmu, Mandar, Chanho, Bero, Lapung, Ratu, Namkom, Kanke, Ormanjhi, Angara, Silli, Sonahatu, Tamar, Bundu, Arki, Khunti, Murhu, Karra, Torpa und Rania
2. Im Bezirk Lohardaga die Blöcke: Kisko, Kuru, Lohardaga, Bhandra und Senha
3. Im Bezirk Gumla die Blöcke: Bishunpur, Ghagra, Chainpur, Dumri, Raidih, Gumla, Sisai, Bharno, Kamdara, Basia und Palkot
4. Im Bezirk Simdega die Blöcke: Simdega, Kolebira, Bano, Jaldega, Thethaitangar, Kurdeg und Bolba
5. Im Bezirk Latehar die Blöcke: Barwadih, Manika, Balumath, Chandwa, Latehar, Garu und Mahuadarn
6. Im Bezirk Garhwa der Block: Bhandaria

---

<sup>332</sup> Siehe: [http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa\\_act\\_1996.pdf](http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa_act_1996.pdf) (08.08.2012)

<sup>333</sup> Vgl.: [http://www.jharkhand.gov.in/New\\_Depts/welfa/welfa\\_sarea.html](http://www.jharkhand.gov.in/New_Depts/welfa/welfa_sarea.html) (08.08.2012)

7. Im Bezirk West-Singbhum die Blöcke: Bandgaon, Chakradharpur, Sonua, Goelkera, Manoharpur, Noamundi, Jagannathpur, Manghgaon, Kumardungi, Manjhari, Tantanagar, Jhickpani, Tonto, Khutpani und Chaibasa
8. Im Bezirk Saraikela-Kharsawan die Blöcke: Govindpur (Rajnagar), Adityapur (Gamhariya), Saraikela, Kharsawan, Kuchai, Chandil, Ichagarh und Nimdih
9. Im Bezirk East-Singbhum die Blöcke: Golmuri-Jugsalai, Patamda, Potka, Dumaria, Musabani, Ghatsila, Dhalbhumgarh, Chakulia und Bahragora
10. Im Bezirk Dumka die Blöcke: Saraiyahat, Jarmundi, Jama, Ramgarh, Gopikandar, Kathikund, Dumka, Sikaripara, Ranewar und Masalia
11. Im Bezirk Jamtara die Blöcke: Kundhit, Nala, Jamtara und Narainpur
12. Im Bezirk Sahebganj die Blöcke: Sahebganj, Borio, Taljhari, Rajmahal, Barharwa, Pathna und Barhet
13. Im Bezirk Pakur die Blöcke: Littipara, Amrapara, Hiranpur, Pakur, Maheshpur, und Pakuria.
14. Im Bezirk Godda die Blöcke: Boarijore und Sunderpahari

## **4.2 Staatliche Entwicklungsplanung**

Um Ziele der Regierung voranzutreiben, wurde vom unabhängigen Indien 1950 die Planning Commission, mit Jawaharlal Nehru als erstem Vorsitzenden, gegründet, der auch schon im 1938 gebildeten National Planning Committee den Vorsitz inne hatte. Die Planning Commission in Indien formuliert die Zielvorgaben der Regierung in Fünfjahresplänen.<sup>334</sup> „Tribes“ wurden nach der Unabhängigkeit Indiens als sozial benachteiligte und ökonomisch beraubte Gruppen wahrgenommen. In den verschiedenen Planungsperioden der indischen Regierung gab es diverse Zugänge, Konzepte und Strategien, um die Entwicklung dieser Gruppen zu fördern.<sup>335</sup> Mit dem 5. Fünfjahresplan wurde der *Tribal Sub Plan* (TSP) eingeführt, ein regionsspezifischer Plan zur Entwicklung der „Tribals“. Im Jahr 1999 wurde ein eigenes Ministerium für Tribal Affairs<sup>336</sup> gegründet. Die Herausforderungen der Entwicklung erzielten aber oft nicht auf den erhofften Erfolg.<sup>337</sup> Upadhyay und Pandey betonen, dass in der indischen Entwicklungsplanung für „Tribes“

---

<sup>334</sup> Vgl.: Nayak (2004): 142f.; <http://planningcommission.nic.in/aboutus/history/index.php?about=aboutbdy.htm> (08.08.2012); Der 4. Fünfjahresplan wurde wegen des Indo-Pakistan-Konflikts nach 3 einjährigen Plänen 1969 gestartet. Auch 1990 und 1991 gab es aufgrund der politischen Situation nur einjährige Pläne. Der 8. Fünfjahresplan wurde schließlich 1992 gestartet.

<sup>335</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 14ff.

<sup>336</sup> Siehe: <http://tribal.nic.in/> (08.08.2012)

<sup>337</sup> Siehe: Nayak (2004)

größtenteils Armutsbekämpfung angestrebt werde, in der Vergangenheit jedoch kaum Fragen von Identität und Partizipation berücksichtigt worden seien.<sup>338</sup>

Verschiedene Programme der Planning Commission unter dem TSP beziehen sich auf Scheduled Areas. Für den 12. Fünfjahresplan (2012-2017) hat die Planning Commission eine Webpage eingerichtet, über welche die Ziele des Plans öffentlich diskutiert werden sollen. In dem dazugehörigen Approach Paper ist vermerkt, dass die Implementierung des TSP sowohl auf Ebene der Zentralregierung als auch auf bundesstaatlicher Ebene in der letzten Planungsperiode mangelhaft war. „A new system must be devised for the Twelfth Plan which can overcome the difficulties experienced in the past and ensure that the sub-Plans are implemented in letter and spirit.<sup>339</sup>“

Upadhyay und Pandey zufolge leben in Indien mehr als 80% der Bevölkerung in Dörfern („country of villages“). Nach Indiens Unabhängigkeit sollte das Leben in den Dörfern revolutioniert werden. Dazu startete die Planning Commission 1952 auf Blockebene das *Community Development Programme* (CDP). Im 2. Fünfjahresplan wurde dann in Adivasi-Gebieten auf Blockebene das Programm *Special Multipurpose Tribal Block* (SMPTB) initiiert. Mit der 3. Planungsperiode kamen anstelle der SMPTBs die sogenannten *Tribal Development Blocks* (TDB) in Gebieten mit einer Scheduled-Tribes-Bevölkerung von mindestens 25.000 oder einer zwei-Drittel-Mehrheit von Scheduled Tribals am Bevölkerungsanteil. Zur Verwaltung der Entwicklungsausgaben wurden dann in der 4. Planungsperiode *Tribal Development Agencies* (TDA) eingeführt.<sup>340</sup>

1971 richtete die Planning Commission zu Beginn der 5. Planungsperiode ein Task Force ein, um die Programme zur Entwicklung der Tribals zu begutachten und Empfehlungen für zukünftige Programme abzugeben. Das Task Force schuf Kategorien, um unterschiedliche Probleme der Entwicklung zu analysieren (*Area of Tribal Concentration, Scattered Tribals, Primitive Tribal Groups*). Die Empfehlungen des Task Force wurden während der 5. Planungsperiode mit dem *Area Development Approach*, dem *Family Level Approach* und dem *Group Oriented Approach* umgesetzt. So wurde der Tribal Sub Plan (TSP) als Strategie

---

<sup>338</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): ii

<sup>339</sup> [http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/12appdrft/approach\\_12plan.pdf](http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/12appdrft/approach_12plan.pdf) (08.08.2012)

<sup>340</sup> Siehe Upadhyay & Pandey (2003); Nayak (2004)

für die Entwicklung von Areas of Tribal Concentration eingeführt. Bei der Entwicklung des TSP wurde anhand sozio-ökonomischer Kriterien auch besonderes Augenmerk auf die Identifikation und Entwicklung der *Primitive Tribal Groups* (PTG) gelegt. Zur Identifikation der PTGs wurden folgende Kriterien herangezogen: „pre agricultural level technology, low literacy rate, isolated and disappearing population.“<sup>341</sup> Anhand dieser Kriterien wurden in 14 Bundesstaaten Indiens 74 PTGs identifiziert.<sup>342</sup> Unter den 32 Scheduled Tribes in Jharkhand wurden von der indischen Regierung neun als PTGs kategorisiert. Diese sind: Asur, Birhor, Birajia, Korba bzw. Korwa, Hill Kharia, Mal Paharia, Sauria Paharia, Parhaiya und Sabar bzw. Savar.<sup>343</sup> Um den Lebensstandard dieser Gruppen zu heben, werden von der Regierung spezielle Programme verabschiedet. Nach Angabe Karma Oraons, Institutsvorstand für Anthropologie an der Universität Ranchi, sind von den neun PGTs einige am Verschwinden. Das Institut arbeitet an einer umfassenden Studie zu allen derzeit in Jharkhand existierenden Scheduled Tribes.<sup>344</sup>

Der Tribal Sub Plan sollte etwa Analphabetismus, Ausbeutung und Verschuldung ein Ende setzen. Landlosigkeit und Vertreibungen sollten gestoppt werden. Das System der Schuldknechtschaft sollte eliminiert werden, indem beispielsweise Regelungen für den Kauf und Verkauf von Minor Forest Produce und verschiedenen Produkten der Adivasi getroffen wurden.<sup>345</sup> Langfristiges Ziel des TSP ist es, Ungleichheiten im Entwicklungsstand von „Tribes“ und „Nicht-Tribes“ zu beseitigen, und die Lebensqualität der Scheduled Tribes zu heben. Erste Ansätze zur Dezentralisierung der Planung gab es bereits in der 4. Planungsperiode. Im 5. Fünfjahresplan wurde Autoritäten auf Bezirksebene erstmals mehr Verantwortung in der Planung gegeben.<sup>346</sup> „Fifth Five Year Plan was a major shift in the history of Indian planning from centralized system to decentralized one.“<sup>347</sup>

Geldmittel für den TSP kommen aus folgenden Quellen: „State Plan Expenditure, Sectoral Expenditure for TSP by Central Ministries, Special Assistance by Centre to Tribal Areas und

---

<sup>341</sup> Upadhyay & Pandey (2003): 18

<sup>342</sup> Vgl.: ebda: 17f.

<sup>343</sup> Vgl.: [http://jharkhand.nic.in/schemes/direct\\_appointment.pdf](http://jharkhand.nic.in/schemes/direct_appointment.pdf) (08.08.2012); Die Art der Verschriftlichung einzelner Namen von Scheduled Tribes wird nicht einheitlich gehandhabt.

<sup>344</sup> Karma Oraon, am: 05.01.2012

<sup>345</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 20

<sup>346</sup> Vgl.: Nayak (2004): 144f.

<sup>347</sup> Ebda: 144

Institutional Financial facilities.<sup>348</sup>“ Unter dem TSP wurden Programme wie *Integrated Tribal Development Projects* (ITDP) und *Modified Area Development Approach* (MADA) geschaffen.<sup>349</sup>

Einzelne Entwicklungsprogramme und Projekte, die über den TSP laufen, haben in den verschiedenen Planungsperioden Schwerpunkte wie dörfliche Entwicklung in ländlichen Regionen, landwirtschaftliche Entwicklung, Bildung, Arbeit, Nahrung und Gesundheit. Doch der in der 5. Planungsperiode initiierte TSP habe, Upadhyay und Pandey zufolge, keine sichtbaren Veränderungen im Leben der Adivasi gebracht. Hauptursache dafür sei, dass es sich um einen branchenspezifischen Plan handle. Die Bedürfnisse indigener Völker hätten damit nicht befriedigt werden. Regionsspezifische Programme seien mangelhaft. Außerdem fehle es an Untersuchungen bezüglich Bildung, Trinkgewohnheiten, Gesundheit und Sanitäreinrichtungen, Kommunikation und landwirtschaftliche Gebiete. Beamte seien nicht in der Lage, die Rolle von Entwicklungskordinatoren zu übernehmen.<sup>350</sup> „They had no training of anthropological research techniques. There was no unity in the administrative pattern in the Tribal Sub-Plan area.<sup>351</sup>“

Nayak weist auf die wesentliche Bedeutung der Partizipation der Bevölkerung für eine erfolgreiche Planung hin. In seiner Feldstudie in Koraput/ Orissa stellt er fest, dass es bei den Indigenen wenig Bewusstsein für die Welfare Schemes der Regierung gebe, und da sie diesbezüglich kaum informiert oder bei der Auswahl der Nutznießer kaum kontaktiert würden, auch selten über die Prozesse der Implementierung bescheid wüssten.<sup>352</sup> Um Partizipation zu ermöglichen, fördert die indische Regierung schon seit der Unabhängigkeit die Einrichtung sogenannter *Panchayats*.<sup>353</sup> Mukta Horo, eine traditionelle Autorität der Munda in Bundu, weist etwa darauf hin, dass das Know How für eine nachhaltige Entwicklung der Adivasi innerhalb der traditionellen politischen Systeme liege, die von diesen *Panchayats* zu unterscheiden seien, und vom Staat nicht anerkannt werden.<sup>354</sup>

---

<sup>348</sup> Upadhyay & Pandey (2003): 21

<sup>349</sup> Siehe: ebda; Nayak (2004)

<sup>350</sup> Vgl.: Upadhyay & Pandey (2003): 22

<sup>351</sup> Ebda: 22

<sup>352</sup> Siehe: Nayak (2004)

<sup>353</sup> Zur weiterführenden Lektüre siehe: Sharma, S.P. (2006)

<sup>354</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

Gladson Dungdung zufolge würden Entwicklungsgelder zu einem nicht unerheblichen Teil zum Bau von Straßen genutzt, die darauf ausgelegt seien, dass sie auch von den großen LKWs von Unternehmen befahrbar seien, für die Fahrzeuge der Dorfbewohner aber oft übertrieben erscheinen. Daneben gebe es aber etwa auch Pläne zur Errichtung von Schulen, Gesundheitszentren und Trinkwasseranlagen. Er berichtet, dass er mit einem Monitoring Team beobachtet, ob die Entwicklungsgelder der Zentralregierung auch tatsächlich für die veranschlagten Zwecke genutzt werden, oder ob sie in anderen Taschen landen – was häufig der Fall sei.<sup>355</sup>

Nach der Unabhängigkeit Indiens wurden sogenannte *Village Panchayats* als „Units of Self-Government“ in die Verfassung aufgenommen. Diese waren betreffend ihrer Strukturen, Funktionen und Macht quer über das Land äußerst verschieden. Daher wurden unter anderem zur Vereinfachung der Administration 1992 in der Verfassung einheitliche Bestimmungen für sogenannte *Panchayati Raj Institutionen* festgelegt. Dabei geht die Planung über verschiedene Ebenen vom Dorf über Block und Bezirk zum State Government und weiter zur Zentralregierung und umgekehrt. Mit dem *Panchayat Extension to Scheduled Areas Act* (PESA) von 1996 wurden Panchayati Raj Institutionen auch auf Scheduled Areas ausgeweitet. Grundsätzlich funktioniert die Planung für die Entwicklung in Indien demnach sowohl Top-Down – etwa innerhalb der Fünfjahrespläne der Zentralregierung –, als auch Bottom-Up – über Beschlüsse und Empfehlungen von Dorfräten/ Dorfversammlungen, sogenannten *Gram Sabhas*.

Gram Sabhas müssen nach PESA für jedes Projekt vorab konsultiert werden, was in der Praxis allerdings oft nicht geschieht. So wurden beispielsweise im *Saranda Action Plan* keine Dorfbewohner in die Planungsprozesse involviert. Gladson Dungdung berichtet, dass im Oktober 2011 ein Team des Rural Development Department gemeinsam mit Vertretern der Weltbank für ein paar Tage nach Saranda kam. Obwohl die Panchayat-Wahlen – nach ca. 30 jähriger Unterbrechung in Jharkhand – bereits gemäß PESA stattgefunden haben, und dementsprechend Gram Sabhas konsultiert werden müssten, wäre kein Dorfbewohner in die Planung – und auch nicht in Implementierung und Monitoring – einbezogen worden. Zurecht fragt Gladson Dungdung, wofür diese Panchayat-Wahlen gut seien, wenn

---

<sup>355</sup> Gladson Dungdung, am 19.01.2012

Panchayats nicht in die Planung involviert würden. In Saranda gebe es etwa 56 Dörfer, was bedeutet, dass es – wie sich noch zeigen wird – mindestens ebenso viele Gram Sabhas gibt, welche auf Grassrootsebene für die Planung entsprechend ihren Bedürfnissen verantwortlich sein müssten.<sup>356</sup> Dieser Missstand kann auf Unstimmigkeiten zwischen dem nationalen PESA Act und dem *Jharkhand Panchayati Raj Act* (JPRA) (2001) zurückgeführt werden, beziehungsweise auch auf Widersprüche des JPRA in sich selbst, worauf etwa Prerna Sanga hinweist.<sup>357</sup>

### **4.3 Panchayats in Jharkhand**

Jawaharlal Nehru, erster Vorsitzender der Planning Commission, erkannte bereits das Bedürfnis nach Dezentralisierung der Verantwortung im Bereich der Entwicklung. „The time has come when responsibility for planning and executing development schemes should be entrusted to the people. I am fully confident that in every part of India where responsibility is entrusted to the people, it will yield happy results. (Jawaharlal Nehru, 2.Okt.1959, Rajasthan)<sup>358</sup>“

Unter Panchayat, was auf deutsch soviel wie „Rat der Fünf“ bedeutet, wurde ursprünglich eine Art Ältestenrat<sup>359</sup> verstanden. Das Modell des Panchayat, der für die Regelung der Dorfangelegenheiten zuständig ist, gab es schon vor seiner gesetzlichen Verankerung, sowohl bei Adivasi, als auch bei Nicht-Adivasi. Inwiefern *traditionelle Panchayats* der Hindus mit ihren diversen Ausprägungen und die verschiedenen, unterschiedlich bezeichneten politischen Organisationsformen der zahlreichen indigenen Völker in Indien als ein einheitliches Modell verstanden werden können, ist allerdings fraglich. Auch wenn strukturelle Parallelen erkannt werden können, ist hier meines Erachtens vor Pauschalisierungen abzuraten. In der wissenschaftlichen Literatur werden traditionelle Organisationsformen der Adivasi immer wieder als Panchayats oder „traditionelle Panchayats“ bezeichnet.<sup>360</sup> Wenn ich bei Interviews in Adivasi-Dörfern nach traditionellen

---

<sup>356</sup> Ebda

<sup>357</sup> Siehe: Sanga (2010)

<sup>358</sup> Zit. nach: Sharma, S.P.(2006): 6

<sup>359</sup> Wobei dieser Rat nicht immer notgedrungen aus fünf Personen bestehen muss. Es können auch mehr oder weniger sein. (vgl.: Girtler 1972: 14)

<sup>360</sup> Siehe: Girtler (1972); Oraon, P.C. (2003); Mohan (1982); Gupta (2002)

Panchayats fragte, hat dies in der Regel allerdings nur Verwirrung erzeugt, und ich bekam Antworten wie „Nein, bei uns gibt es keine Panchayats, wir haben unser eigenes Governing System!“, „Unser traditionelles System ist von Panchayats grundsätzlich zu unterscheiden.“ oder „Ich kann nur über *Manki-Munda* sprechen, mit Panchayats kenne ich mich nicht aus.“

Wesentlicher Unterschied zwischen traditionellen Formen von Panchayats und den neu erschaffenen staatlichen Panchayati Raj Institutionen ist, dass Erstere wie eigene „Regierungen“ funktionieren, während Letztere der Dezentralisierung von Funktionen der indischen Regierung – vorrangig in der Entwicklungsplanung – dienen. Panchayati Raj Institutionen werden auch als „Units of Self-Government“ bezeichnet, und ihre Rechtsprechung erstreckt sich jeweils auf ein bestimmtes Gebiet. Traditionelle politische Systeme der Adivasi, auf die an späterer Stelle genauer eingegangen wird, haben ihre eigenen Strukturen und Rechtsordnung basierend auf Gewohnheitsrechten und dementsprechend auch eigene Gerichte.

Um eine Demokratie von unten zu ermöglichen, wurden durch die Verfassung (Part IX) sogenannte Panchayati Raj Institutionen eingerichtet, was auf Mahatma Gandhi und seine Mitstreiter zurückgeht.<sup>361</sup> Diese gesetzlichen Panchayats können als künstliche Einrichtung verstanden werden. „Im Falle des ‚gesetzlichen‘ Panchayat handelt es sich eindeutig um eine künstliche Schaffung ‚von oben‘, während der ‚traditionelle‘ Panchayat aus dem Geist des Stammesdorfes bzw. der Kaste erwachsen ist.<sup>362</sup>“. Es wird angenommen, dass durch die einheitliche Administration Entwicklungspläne leichter und selbstbestimmter durchführbar seien. Letztlich stellt sich aber auch die Frage, ob Panchayati Raj Institutionen nicht vor allen Dingen zu einer Homogenisierung bzw. Eliminierung der verschiedenen politischen Systeme führt, und daher Rechte auf Selbstbestimmung und Erhalt der Kultur untergräbt. Den Aussagen meiner InformantInnen in Ranchi zufolge sind die verschiedenen traditionellen politischen Systeme der Adivasi von den staatlichen Panchayati Raj Institutionen jedenfalls grundsätzlich zu unterscheiden, was nicht nur auf strukturelle Unterschiede zurückzuführen sei. Betont werden vor allem die wichtige Rolle von Geld und die Wahlen mit Mehrheitsbeschluss bei Panchayati Raj Institutionen, die zu

---

<sup>361</sup> Vgl.: Girtler (1972); Sharma, S.P (2006); Oraon, P.C., am 09.01.2012

<sup>362</sup> Girtler (1972): 11

Parteienbildung führen, den Zusammenhalt im Dorf zerstören und nicht zuletzt Korruption mit sich bringen würden.<sup>363</sup>

#### **4.3.1 Entstehung der gesetzlichen Panchayats**

Als die Briten das englische Landlord- bzw. Zamindari-System in Indien einführten, wurden Steuereintreiber als Eigentümer des von ihnen besteuerten Landes registriert. Die Institution des Großgrundbesitzers wurde im *Permanent Settlement Act* von 1793 gesetzlich verankert.<sup>364</sup> „Der Bauer war dort zum Pächter degradiert, dessen rechtliche Beziehung zum Grundherrschaft keinesfalls geklärt war.“<sup>365</sup> Mit Einfluss des fremden europäischen Wirtschaftsdenkens kam es allmählich zu einem Verfall der „traditionellen Panchayats“ und zu einer Abhängigkeit der Bauern/ Pächter von Großgrundbesitzern.<sup>366</sup> Auch wenn „traditionelle Panchayats“ während der britischen Kolonialzeit an Bedeutung verloren, überlebten sie in den Dorfgemeinschaften dennoch und wurden von den Briten schließlich als „Little Republics“ betitelt. Ende des 19. Jahrhunderts begannen die Briten, Panchayats als Einheiten der Verwaltung anzuerkennen mit der Vollmacht, Steuern einzutreiben.<sup>367</sup>

Nachdem die Bedeutung von Panchayats als demokratische Institutionen auf Grassrootsebene in ihrem historischen Kontext vom unabhängigen Indien hoch eingeschätzt wurde, wurde in der Verfassung unter Abschnitt IV (Directive Principle of State Policy) in Artikel 40 die Bestimmung festgehalten: „The State shall take steps to organise village panchayats and endow them with such powers and authority as may be necessary to enable them to function as units of self-government.“ Als erste Phase der gesetzlichen Panchayati Raj Institutionen kann, Kumar Jha zufolge, die Ära Nehrus gelten – von 1959, als er Panchayati Raj Institutions einführte, bis zu seinem Tod 1964. Die zweite wesentliche Phase beginnt für Kumar Jha 1978, als Regierungen der Bundesstaaten begannen, den Panchayats, aufbauend auf die Empfehlungen des Ashoka Metha Committee,

---

<sup>363</sup> Gladson Dungdung, am 19.01.2012; Karma Oraon, am 05.01.2012; Mukta Horo, am 08.01.2012; Simon Minj, am 14.01.2012

<sup>364</sup> Vgl.: Girtler (1972): 18

<sup>365</sup> Ebda: 18

<sup>366</sup> Vgl.: ebda: 18f.

<sup>367</sup> Vgl.: Sharma, S.P. (2006): 2

neues Leben zu geben. „The vital difference between the first and the second generation of panchayats is the shift phasis from development per se to local government in its full meaning.<sup>368</sup>“ Durch den *73rd Amendment Act* (1992) wurden dann alle Bundesstaaten dazu angehalten, ihre Panchayati Raj Acts nach verfassungsrechtlichen Bestimmungen zu modifizieren. Davor waren Beschaffenheit und Kompetenzen der Panchayats – wie bereits erwähnt – quer über Indien in den einzelnen Bundesstaaten relativ verschieden.<sup>369</sup> Da sich die Bestimmungen des *73rd Amendment Act* (1992) jedoch nicht auf Scheduled Areas erstreckten, wurde also 1996 der *Panchayat Extension to Scheduled Areas Act* (PESA) eingeführt. Alle Bundesstaaten mit Scheduled Areas wurden aufgefordert, ihre existierenden Panchayat Raj Acts im Sinne des PESA Act innerhalb eines Jahres abzuändern. Dieses Gesetz mit seinen Bestimmungen zur Dezentralisierung der Entwicklungsprozesse kam jedoch vor der Gründung Jharkhands als separatem Bundesstaat in Bihar noch nicht zur Anwendung. Munda gibt dies als einen der Gründe an, der das Jharkhand Movement anheizte.<sup>370</sup>

In Jharkhand fanden vom 27. November bis 24. Dezember 2010 erstmals nach seiner Gründung als separatem Bundesstaat Wahlen zu lokalen Panchayati Raj Institutionen statt. Die letzten Panchayat-Wahlen – damals noch ohne Einbeziehung der Scheduled Areas – waren 1978, als Jharkhand noch Teil Bihars war. Obwohl bereits 2001 mit dem *The Jharkhand Panchayat Raj Act* (JPRA) ein entsprechendes Gesetz formuliert wurde, kam dieses erst knapp 10 Jahre später zur Anwendung, was etwa auf Proteste und die ablehnende Haltung der Regierung in Jharkhand zurückgeht, die mit politischen Unruhen argumentierte.<sup>371</sup> Auf Anordnung des höchsten Gerichts kam es schließlich doch zu den ersten Wahlen in Jharkhand nach dem *The Jharkhand Panchayat Raj Act* (2001), die im Sinne des PESA Act von 1996 auch in Scheduled Areas abgehalten wurden.<sup>372</sup>

---

<sup>368</sup> Kumar Jha (2004):17

<sup>369</sup> Siehe: Sharma, S.P. (2006)

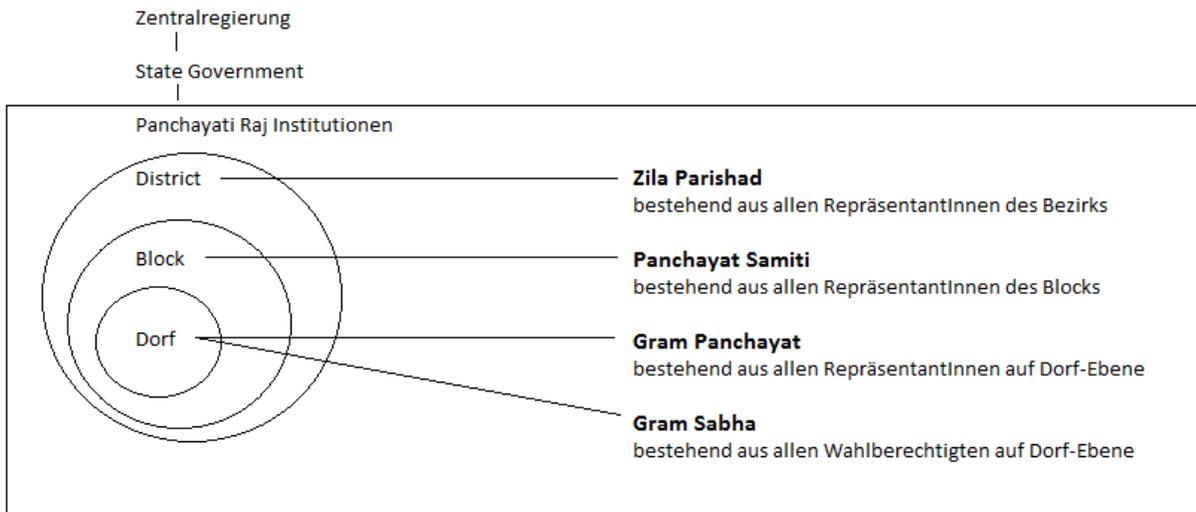
<sup>370</sup> Vgl.: Munda (2004): 209

<sup>371</sup> Siehe: Sundar (2005); Sanga (2010)

<sup>372</sup> Vgl.: [http://www.thaindian.com/newsportal/politics/nominations-for-jharkhand-panchayat-polls-begin\\_100451034.html](http://www.thaindian.com/newsportal/politics/nominations-for-jharkhand-panchayat-polls-begin_100451034.html) (08.08.2012)

### 4.3.2 Aufbau der Panchayati Raj Institutionen

Panchayati Raj Institutionen werden auf drei Ebenen festgelegt, die in den verschiedenen Bundesstaaten Indiens unterschiedliche Bezeichnungen haben. In Jharkhand gibt es auf Dorfebene den *Gram Panchayat*, auf Blockebene den *Panchayat Samiti* und auf Bezirksebene den *Zila Parishad*. Auf Dorfebene sind des weiteren die *Gram Sabhas* eine wesentliche Institution der *Panchayats*.



(Abb. 7: Schematische Darstellung der Panchayati Raj Institutionen)<sup>373</sup>

In Scheduled Areas gilt, dass Vorsitzposten in den Panchayats auf allen drei Ebenen nur Scheduled Tribes vorbehalten sind, und der Vorsitz des Gram Sabha an eine traditionelle Autorität gehen soll. Alle fünf Jahre werden die Panchayats neu gewählt. Dabei werden in Scheduled Areas entsprechend dem Bevölkerungsanteil Plätze für Scheduled Tribes (mindestens aber 50%) und Scheduled Castes, und außerdem generell ein Drittel der Plätze für Frauen reserviert.

Panchayati Raj Institutionen sind männlich dominiert, was meines Erachtens schon an den unzureichenden Quotenregelungen für Frauen erkennbar ist. Orissa hat kürzlich (mit den letzten Wahlen 2012) die Quote von einem Drittel auf 50% angehoben. Frauen sind in Panchayati Raj Institutionen generell verhältnismäßig unterrepräsentiert. Von DorfbewohnerInnen erfahre ich, dass teilweise Ehefrauen und Töchter vorgeschoben werden, um die Quote zu erzielen und Interessen der Ehemänner oder Väter zu vertreten.

<sup>373</sup> Abb.7: © Magdalena Scholz

Ashok Kumar Jha schreibt: „Despite reservation for women, effective participation in Panchayati Raj institutions have failed due to misuse and manipulation by local power brokers. Ignorance of women about their rights and procedures and about their potential and responsibilities have kept them far behind the men in the local bodies. It is doubtful that mere increase in number of reserved seats for women in local bodies is likely to increase participation of women.<sup>374</sup>“

#### **4.3.2.1 Gram Sabha**

In der indischen Verfassung ist ein *Gram Sabha* definiert als „a body consisting of persons registered in the electoral rolls relating to a village comprised within the area of Panchayat at the village level. (243A)“ Vom Bezirksmagistrat wird ein Dorf oder eine Gruppe von Dörfern als Gram Sabha spezifiziert. Gram Sabhas bestehen aus allen stimmberechtigten DorfbewohnerInnen (ab 18 Jahren) in Revenue Villages, die zu einem Gram Panchayat zählen. In Scheduled Areas können nach dem Jharkhand Panchayat Raj Act (JPRA) fallweise in einem Dorf mehr als ein Gram Sabha kreiert werden, sodass unterschiedliche Gemeinschaften ihre Angelegenheiten nach eigenem Brauchtum regeln können, wie es im Gesetz heißt. Diese Bestimmung ist in PESA nicht vorgesehen und kann Sanga zufolge auch Verwirrung erzeugen. Beispielsweise haben Gram Sabhas Autorität zur Kontrolle über Gram Panchayats. Wenn mehrere Gram Sabhas in einem Gram Panchayat-Gebiet gebildet werden, kann dies zu Konflikten in Fragen der Zuständigkeit führen.<sup>375</sup>

Gram Sabhas finden als Dorfversammlungen gesetzlich mindestens alle drei Monate statt.<sup>376</sup> Vorsitz bei diesen Versammlungen hält in der Regel der/ die *Mukhia* (Vorsitzende/r des *Gram Panchayat*). Diese Regelung gilt allerdings nicht für Scheduled Areas. Hier soll, nach PESA, der Vorsitz einer traditionellen Autorität überlassen werden, wie beispielsweise *Munda*, *Pahan* oder *Mahto*<sup>377</sup>, die im JPRA<sup>378</sup> namentlich erwähnt werden. Jede/r soll über Gram Sabhas die Gelegenheit haben, Probleme, Vorschläge oder Kritik in einem öffentlichen Treffen direkt an den gewählten Gram Panchayat zu richten.

---

<sup>374</sup> Kumar Jha (2004): vii

<sup>375</sup> Sanga (2010): 39f.

<sup>376</sup> JPRA (2001): Section 5

<sup>377</sup> Zu Munda, Pahan und Mahto siehe: Kapitel 4

<sup>378</sup> JPRA (2001): Section 8

„Many consider that Gram Sabha may be compared to the Legislature or Parliament and the Panchayat to the ministry.<sup>379</sup>“ Kritisiert wird jedoch, dass Empfehlungen des Gram Sabha für den Gram Panchayat oft nicht bindend sind, der dadurch auch eigene Interessen verfolgen kann, die nicht dem Willen des Volkes entsprechen.<sup>380</sup> Im PESA Act heißt es allerdings: „Every Gram Sabha shall be competent to safeguard and preserve the traditions and customs of the people, their cultural identity, community resources and the customary mode of dispute resolution.<sup>381</sup>“ Sanga weist darauf hin, dass nach PESA Gram Sabhas etwa zuständig sind für die Nennung der Begünstigten von Programmen zur Armutsbekämpfung. Programme und Projekte zur sozialen und ökonomischen Entwicklung müssen vor der Implementierung nach PESA vom Gram Sabha genehmigt werden. Nach JPRA sind allerdings Gram Panchayats für die Wahl der Begünstigten von Programmen zur Armutsbekämpfung verantwortlich, und Gram Sabhas kommt dabei eine assistierende Rolle zu, was wieder Verwirrung in Fragen der Zuständigkeit hervorrufen kann.<sup>382</sup> Gram Sabhas werden weitgehend als die eigentlich bedeutende demokratische Institution der Panchayats gesehen, deren Funktion es zu stärken gilt.

#### **4.3.2.2 Gram Panchayat**

Das Gebiet, für das ein *Gram Panchayat* zuständig ist, wird vom Bezirksmagistrat bestimmt und umfasst eine Bevölkerungsgröße von etwa 5000. Namensgebend für das Gram Panchayat ist das Dorf mit der größten Einwohnerzahl innerhalb seines Zuständigkeitsgebietes. Die Mitglieder des Gram Panchayat werden direkt gewählt. Vorsitz hält der/ die *Mukhia* oder in Vertretung der/ die *Up Mukhia*.

Nach PESA müssen in den einzelnen Bundesstaaten Vorkehrungen getroffen werden, die verhindern, dass Panchayats einer höheren Ebene nicht die Verantwortungsbereiche von Panchayats der unteren Ebenen oder der Gram Sabhas für sich beanspruchen. Dies wird durch JPRA kaum gewährleistet. Bezüglich der vergebenen Verantwortung an die Panchayati Raj Institutionen bestehen in Jharkhand diverse Überschneidungen. In

---

<sup>379</sup> Kumar Jha (2004): 37

<sup>380</sup> Vgl.: ebda: 37

<sup>381</sup> PESA: 4d

<sup>382</sup> Vgl.: Sanga (2010): 40

verschiedenen Bereichen wird allen drei Panchayat-Ebenen die gleiche Verantwortung im selben Tätigkeitsfeld zugeschrieben.<sup>383</sup>

#### **4.3.2.3 Panchayat Samiti**

Der Gouverneur teilt Bezirke in Blöcke ein und bestimmt deren Hauptsitze. Jeder Block hat ein *Panchayat Samiti*. Dieses setzt sich zusammen aus direkt gewählten Mitgliedern, Mitgliedern des Lok Sabha (Unterhaus des indischen Parlaments) und Mitgliedern der State Legislative Assembly, sowie Mitgliedern des Rajya Sabha (Oberhaus des indischen Parlaments), die auf den Wählerlisten in dem Panchayat Samiti-Gebiet stehen, und einem Fünftel der Mukhias aus dem Panchayat Samiti-Gebiet, die in Abständen von einem Jahr durch Rotation wechseln. Hinzu kommt noch eine von der Regierung zugewiesene Person außerhalb des Blocks, welche der Rechtsprechung des Panchayat Samiti nicht untersteht. Hierbei handelt es sich um eine außenstehende Person und keine/n AmtsinhaberIn des Panchayat Samiti.<sup>384</sup> Vorsitzende/r des Panchayat Samiti ist der/ die *Pramukh bzw. Up Pramukh* und wird von den Mitgliedern des Panchayat Samiti gewählt.

#### **4.3.2.4 Zila Parishad**

Die höchste Ebene der Panchayati Raj Institutionen ist der *Zila Parishad*. Sein Verwaltungsbereich erstreckt sich über einen Bezirk, schließt allerdings bestimmte Gebiete mit Kommunalverwaltung aus. „For every district there shall be a Zila Parishad having jurisdiction, save as otherwise provided in this Act, over the entire district excluding such portions of the district as are included in a Municipality or are under the authority of a Municipal Corporation, Cantonment Board or a Notified Area Committee constituted under any law for the time being in force.“<sup>385</sup>

Ein Zila Parishad besteht aus direkt gewählten Mitgliedern, den Pramukhs aller Panchayat Samitis im Bezirk, Mitgliedern des Lok Sabha und der State Legislative Assembly, Mitgliedern des Rajya Sabha und einer vom State Government bestimmten Person

---

<sup>383</sup> Vgl.: ebda: 38ff.

<sup>384</sup> Vgl.: JPRA (2001): Section 32-33

<sup>385</sup> Ebda: Section 47

innerhalb des Zila Parishad-Gebietes, die kein Amtsträger des Zila Parishad ist.<sup>386</sup> Die Vorsitzenden des Zila Parishad – *Adhyaksha* bzw. *Upadhyaksha* – werden von den gewählten Mitgliedern des Zila Parishad gewählt.

### **4.3.3 Funktionen und Aufgaben der Panchayats**

Um beschlussfähig zu sein, müssen in den Treffen bei Panchayat Samitis und Zila Parishads ein Drittel der Mitglieder anwesend sein, bei Gram Panchayats zumindest die Hälfte der Mitglieder. *Adhyaksha*, *Pramukh* und *Mukhia* haben mindestens einmal monatlich Panchayat-Treffen einzuberufen. Einnahmen und Ausgaben des Panchayat sollen in Gram Panchayats in jedem Treffen, auf Block- und Bezirksebene alle drei Monate besprochen werden.<sup>387</sup>

Verantwortungsbereiche und Funktionen der Panchayats werden im JPRA in zwei Kategorien geteilt. Diese sind auf der einen Seite generelle Funktionen und auf der anderen Seite zusätzliche Funktionen in Scheduled Areas. Sanga weist darauf hin, dass Verantwortungsbereiche und Funktionen, die den Gram Sabhas und Panchayats durch JPRA übertragen werden, sich innerhalb der Bestimmungen des JPRA überschneiden. Beispielsweise kommt die Aufgabe, Dorfmärkte zu steuern, allen drei Panchayat-Ebenen zu. Darüber hinaus dürfen keine anderen Gesetze und Bestimmungen der Regierung durch JPRA beeinträchtigt werden, woraus sich auch verschiedene Konflikte zwischen dem JPRA und anderen lokalen Gesetzen ergeben, wobei letztere bevorzugt werden.<sup>388</sup>

In den Gram Sabhas und Panchayats sollen nach JPRA Ausschüsse für verschiedene festgelegte Bereiche gebildet werden.<sup>389</sup> Über genaue Funktionen dieser Ausschüsse, sowie über die Prozesse der Planung finden sich in diesem Gesetz keine genauen Angaben.

---

<sup>386</sup> Vgl.: JPRA (2001): Section 49

<sup>387</sup> Vgl.: ebda: Section 69

<sup>388</sup> Vgl.: Sanga (2010): 38ff.

<sup>389</sup> Vgl.: JPRA (2001): Section 72

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, sollen Gram Sabhas folgende Ausschüsse bilden:

1. Village Development Committee
2. Government Estate Committee
3. Agriculture Committee
4. Health Committee
5. Village Defence Committee
6. Infrastructure Committee
7. Education Committee and Social Justice Committee
8. Vigilance Committee

In einem Gram Panchayat gibt es folgende 7 Ausschüsse:

1. General Administration Committee
2. Development Committee
3. Women, Children and Social Welfare Committee
4. Health, Education and Environment Committee
5. Village Defence Committee
6. Government Estate Committee
7. Infrastructure Committee

Im Panchayat Samiti und im Zila Parishad decken sich die Bezeichnungen der 8 aus den gewählten Panchayat-Mitgliedern zusammensetzenden Ausschüsse.

1. General Administration Committee
2. Agriculture and Industries Committee
3. Health and Education Committee
4. Finance, Audit and Planning and Development Committee
5. Cooperative Committee
6. Women, Children and Social Welfare Committee
7. Forest and Environment Committee
8. Communication and Works Committee

Mukhia, Pramukh und Adhyaksha haben Verantwortung als Vorsitzende in den jeweiligen Ebenen des Panchayat-Systems und sind für das Zustandekommen der regelmäßigen Panchayat-Treffen und für den sicheren Umgang der finanziellen Mittel verantwortlich. Ihnen obliegt die Supervision über die Implementierung von Beschlüssen. Einzelne Aufgaben können schriftlich ihren jeweiligen StellvertreterInnen übertragen werden. Pramukh und Adhyaksha können im Fall von Naturkatastrophen Gelder für die Betroffenen

bewilligen. Adhyaksha ist verantwortlich, die Direktiven des State Government umzusetzen.<sup>390</sup>

Sanga weist auf einige Diskrepanzen zwischen PESA und JPRA hin. PESA normiert etwa, dass den Gram Sabhas und Panchayats auf adäquater Ebene durch die Gesetzgebung der Bundesstaaten Verantwortung zu Kontrolle und Management lokaler Pläne einschließlich des TSP übertragen werden soll. JPRA jedoch gibt Gram Sabhas nur Verantwortung zum Management über Ressourcen und Entwicklungsgelder, während die Kontrolle darüber den drei Panchayat-Ebenen obliegt, ohne dabei allerdings die Rollen der einzelnen Panchayat-Ebenen klar zu machen. Während PESA Gram Sabhas und Panchayats „auf angemessener Ebene“ Rechte über den Besitz von Minor Forest Produce einräumt, sieht JPRA nur Rechte bezüglich Sammeln, Lagern und Vermarkten auf den drei Panchayat-Ebenen vor.<sup>391</sup>

Sanga macht darauf aufmerksam, dass JPRA besonderen Problemen wie Minor Minerals, Rauschmittel, Landakquisition, Money lending etc. keine oder im Vergleich zu PESA kaum eine Beachtung schenkt. Hier kommen nun lokale Gesetze ins Spiel, welche in Tätigkeitsfeldern, die nach zentralstaatlicher Gesetzgebung im Sinne einer partizipativen Governance über Panchayats dezentralisiert werden sollen, anderen staatlichen Funktionären oder dem Bundesstaat Monopolstellung einräumen.<sup>392</sup>

Nach PESA müssen etwa vor dem Abschluss von Pachten für die Bergbauindustrie für Minor Minerals die Bewilligung von Gram Sabhas oder Panchayats „auf angemessener Ebene“ eingeholt werden. JPRA sieht eine solche Bestimmung nicht vor. Zila Parishads sind darin lediglich ermächtigt, unrechtmäßig veräußertes Land der Adivasi zurückzuerstatten. Schutzmaßnahmen zur Prävention von Landenteignungen kommen dem Zila Parishad demnach nicht zu. Dieses Versäumnis ist angesichts der Geschichte Jharkhands, wie Sanga richtig feststellt, in der Tat verblüffend.<sup>393</sup> Unrechtmäßige Landakquisition kann des Weiteren nach dem Chota Nagpur Tenancy Act (1908) und dem Santhal Pargana Tenancy

---

<sup>390</sup> Vgl.: JPRA (2001): Section 72-73

<sup>391</sup> Vgl.: Sanga (2010): 36ff.

<sup>392</sup> Vgl.: ebda: 38

<sup>393</sup> Vgl.: ebda: 42f.

(Supplementary Provisions) Act (1949) vom Deputy Commissioner rückerstattet werden, während diese Aufgabe nach JPRA dem Zila Parishad zukommen soll.<sup>394</sup>

Während PESA Rechte zu Planung, Management und Kontrolle über Minor Water Bodies normiert, vergibt JPRA sogar Besitzrechte darüber, und zwar sowohl an Panchayat Samitis als auch an Zila Parishads, was Konflikte zwischen diesen beiden Ebenen in Bezug auf die tatsächlichen Besitzansprüche auslösen kann. Des Weiteren stehen die Bestimmungen in Widerspruch zu denen des *Bihar Irrigation Act (1997)*, der alle Rechte über natürliche Gewässer dem State Government zuschreibt, und eine mögliche Vergabe dieser Rechte etwa an *Water User Associations* einräumt. Sanga weist darauf hin, dass Letztere als neben den Panchayats parallel existierende Körperschaften Konfliktsituationen erzeugen könnten.<sup>395</sup>

Was Bestimmungen zu Minor Forest Produce betrifft, sieht das in der Zentralregierung angelegte Gesetz – anders als in der Gesetzgebung in Bezug auf Gewässer – Eigentumsrechte für Gram Sabhas und Panchayats „auf angemessener Ebene“ vor. In diesem Fall sieht das State Government wiederum durch sein Gesetz lediglich Verantwortungsmacht über Management, Sammeln, Lagern und Vermarkten von Minor Forest Produce auf den drei Panchayat-Ebenen vor. Der *Bihar Forest Produce (Regulation of Trade) Act (1984)* räumt dem State Government das Monopol über den Handel gewisser Walderzeugnisse ein. Dafür kann die Regierung Agenten bestimmen. Diese können zwar neben Kooperativen wie LAMPS auch Gram Panchayats sein. Nach JPRA kommt diese Rolle allerdings nur Gram Panchayats zu. Niemand außer der Regierung und den von ihr bestimmten Agenten ist zugelassen, spezifizierte Walderzeugnisse anzukaufen und zu exportieren. Alle Sammler sind daher gezwungen, diese Walderzeugnisse an den Staat und seine Agenten zu festgelegten Preisen zu verkaufen, obwohl ihnen nach PESA Eigentumsrechte über Minor Forest Produce zustehen.<sup>396</sup>

Nach PESA sollen Gram Sabhas und Panchayats „auf angemessener Ebene“ auch Verbote oder regelnde Maßnahmen für den Verkauf und Konsum von Rauschmitteln festlegen. JPRA

---

<sup>394</sup> Vgl.: ebda: 42

<sup>395</sup> Vgl.: ebda: 43

<sup>396</sup> Vgl.: ebda: 43f.

macht diesbezüglich allerdings keine Angaben. Mit den neben dem JPRA Act bestehenden Gesetzen in Jharkhand bezüglich Rauschmittel – *The Bihar and Orissa Opium Smoking Act* (1928) und *The Bihar and Orissa Excise Act* (1915) – wird auch in diesem Bereich dem Bundesstaat die Verantwortung übertragen, der demnach auch das Monopol für Bestimmungen über Verkauf und Konsum von Rauschmitteln für sich beansprucht.<sup>397</sup>

#### **4.3.4 Panchayats in Scheduled Areas**

Der *Panchayat Extension to Scheduled Areas Act* von 1996 bezieht sich nur auf Scheduled Areas des 5th Schedule, da für Tribal Areas im 6th Schedule – wie bereits erwähnt – eigene autonome Gremien vorgesehen sind. Tribals, die außerhalb von Scheduled Areas leben, werden durch PESA nicht berücksichtigt. Durch Panchayati Raj Institutionen werden nur Revenue Villages erfasst. Dies schließt beispielsweise Umweltflüchtlinge in Reserved Forests aus.

Der PESA Act überträgt den Gram Sabhas in Scheduled Areas spezifische Befugnisse, speziell im Management von natürlichen Ressourcen. Im Fall von Landaneignungen muss erst vom Gram Sabha eine Genehmigung eingeholt werden. Grundprinzip des Gesetzes ist es, durch aktive Einbeziehung von Gram Sabhas Adivasi vor Ausbeutung zu schützen. Gram Sabhas sollen als „Self-Government-Institutionen“ agieren, insbesondere „on matters of enforcing prohibition of sale and consumption of intoxicant; ownership of minor forest produce; power to prevent alienation of land and restoration of unlawfully alienated land, management of village markets, control over money lending, etc.“<sup>398</sup> In Jharkhand ist in Anbetracht der bisherigen Ausführungen nach derzeitiger Gesetzgebung von diesem Prinzip kaum etwas zu spüren.

Gram Sabhas werden als das wichtigste Instrument gesehen, um PESA effektiv zu implementieren, da über sie Indigenen bei der Regelung ihrer Angelegenheiten durch die Verfassung Eigenverantwortung übertragen und gewohnheitsrechtliche Konfliktlösung anerkannt wird. Welche Macht im Detail Gram Sabhas aber in der Praxis zukommt,

---

<sup>397</sup> Vgl.: ebda: 44

<sup>398</sup> [http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa\\_act\\_1996.pdf](http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa_act_1996.pdf) (08.08.2012)

entscheiden die einzelnen State Governments durch ihre Gesetze.<sup>399</sup> In der Praxis haben Gram Sabhas in den Panchayati Raj Institutionen in Jharkhand nur beratende Funktion und werden in einigen Fällen, wie beispielsweise im Saranda Action Plan, gar nicht konsultiert.<sup>400</sup>

State Governments können Bestimmungen des PESA Act außerdem umschiffen, um natürliche Ressourcen in Scheduled Areas auszubeuten. Denn die Bestimmungen gelten für ländliche Gebiete, während in Städten nach dem *74rd Amendment Act* der Verfassung die Dezentralisierung der Machtbereiche über *Municipalities* geht. Gebiete, die in Prozessen der Urbanisierung im Übergang von Land zu Stadt liegen, werden vom entsprechenden Gouverneur festgelegt. Hier werden urbane Panchayats (Nagar Panchayats) gebildet, für die keine Gram Sabhas vorgesehen sind.<sup>401</sup> State Governments nutzen dieses Versäumnis des Parlaments offenbar für sich aus „to give speedy clearance to mining and industries in tribal areas.“<sup>402</sup> Rural Panchayats in Scheduled Areas werden dazu zu urbanen Panchayats „aufgewertet“. Dadurch gelten die Bestimmungen des PESA Act nicht mehr, und es muss auch keine Zustimmung des Gram Sabha mehr eingeholt werden, um solche Projekte durchzuführen. Etliche Village Panchayats wurden auf diese Weise abgeändert. Kritisiert wird auch, dass es in der Zentralregierung zwei Ministerien – Ministry of Panchayati Raj und Ministry of Tribal Affairs – gibt, deren Einflussbereiche sich in der Implementierung des PESA Act überschneiden, die aber isoliert voneinander arbeiten.<sup>403</sup>

#### **4.4 Traditionelle politische Systeme der Adivasi**

Bevor im nächsten Abschnitt die Frage nach möglichen Auswirkungen der Einführung von Panchayati Raj Institutionen auf die Entwicklung der Adivasi diskutiert werden soll, erscheint es aus rechtspluralistischer Perspektive notwendig, zunächst traditionelle politische Systeme der Adivasi zu beleuchten. Wie sich aus vielen Gesprächen mit meinen InterviewpartnerInnen abzeichnet, besteht die Wahrnehmung, dass durch die von der indischen Regierung eingeleiteten Entwicklungsprozesse auch versucht werde,

---

<sup>399</sup> Vgl.: The Constitution of India: Part IX, 243A

<sup>400</sup> Vgl.: [http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa\\_act\\_1996.pdf](http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa_act_1996.pdf) (08.08.2012)

<sup>401</sup> Vgl.: The Constitution of India: Part IXA

<sup>402</sup> [http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa\\_act\\_1996.pdf](http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa_act_1996.pdf) (08.08.2012)

<sup>403</sup> Vgl.: ebda

traditionelle Institutionen aufzubrechen.<sup>404</sup> Die Verantwortungsbereiche gesetzlich gewählter Panchayats überschneiden sich mit denen traditioneller Autoritäten, die daher im Begriff seien, durch Erstere abgelöst zu werden. Daher soll an dieser Stelle ein Einblick in indigene Rechtsordnungen gegeben und beispielhaft die politischen Systeme der Munda und Oraon in Chotanagpur dargestellt werden, um anhand dessen mögliche Auswirkungen in der lokalen Governance in Scheduled Areas durch die Einführung der Panchayati Raj Institutionen zu diskutieren.

Patrick Glenn spricht in diesem Zusammenhang von *chthonic legal traditions*. *Chthonic* leitet sich wie *autochthon* von griech. *chthon* (Erde) ab. Damit soll bei Glenn die ökologische Lebensweise der Indigenen/ *Autochthonen* als wesentliches Identifikationsmerkmal hervorgehoben werden.<sup>405</sup> Ich bevorzuge den Begriff *indigen*, da dieser – wie bereits erwähnt – auch Eingang in internationale Rechtslegung gefunden hat.

Indigene Rechtsordnungen entstehen durch Erfahrung und werden mündlich weitergegeben. Die Rechtsordnungen drücken sich in Form weitergegebener Informationen und Praktiken entsprechend der Heterogenität von Indigenen weltweit unterschiedlich aus. Oralität ist ein wichtiges Element, das den unterschiedlichen Ausprägungen dieser Rechtsordnungen gemein ist. Formalität – wie sie sich in Gesetzen ausdrückt – wird dabei abgelehnt. Existierende Niederschriften indigener Rechtsordnungen stammen Glenn zufolge vorwiegend von europäischen Kolonialbeamten. Indigene selbst haben solche Aufzeichnungen nur selten geführt, etwa um ihre Gesetze Außenstehenden zu beschreiben.<sup>406</sup> „If no one is allowed to write down the law, no one can enjoy the privileged role of scribe, and no one can subsequently write large, ongoing commentaries and themselves become sources.<sup>407</sup>“ Oralität kann in diesem Sinn daher für Chancengleichheit sorgen. Dadurch, dass die Überlieferungen in mündlicher Form stattfinden und nicht schriftlich fixiert werden, ist Partizipation eher für alle möglich und die Rechtsordnung bleibt dem Diskurs unterworfen. „The orality and communal nature of the tradition (the tradition can never be read alone) are powerful inducements to

---

<sup>404</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012; Mukta Horo, am 08.01.2012; P. C. Oraon, am 09.01.2012; Simon Minj, am 14.01.2012; Informelle Gespräche u.a. mit Pushpa Toppo. Vgl. auch: Gupta (2002): 80ff.

<sup>405</sup> Vgl.: Glenn (2004): 59 ff.

<sup>406</sup> Vgl.: ebda: 62

<sup>407</sup> Ebda: 62f.

consensus. So ideally the important information is learned by all, with the help of many, and all become able to assist in the ongoing process.<sup>408</sup>“ In der Struktur der traditionellen politischen Systeme indigener Völker findet sich häufig eine Form von Ältestenräten oder Chiefs. In der Regel ist es für ihr Bestehen wesentlich, dass sie Konsens erzeugen können.<sup>409</sup>

#### **4.4.1 Munda und Oraon**

Ich habe mich in meiner Forschung vor allem mit zwei indigenen Völkern auseinandergesetzt: den Munda und den Oraon. Beide gelten im Bundesstaat Jharkhand, in dem die Feldforschungen zu dieser Arbeit stattgefunden haben, als Scheduled Tribes und zählen hier neben den Santhal zu den zahlenmäßig stärksten indigenen Völkern.<sup>410</sup>

Munda zählen nach gängiger Lehrmeinung zu den *Kolarian Tribes* oder *Kol Tribes* und gehören der *Mundari*-Sprachgruppe an.<sup>411</sup> Kolarian Tribes haben sich im Lauf der Geschichte in verschiedene Gruppen gespalten, zu denen neben den Munda unter anderem auch Santhal zählen. Aus dem Norden kommend haben sich die Munda – nach S.C. Roy etwa ab dem 6. Jahrhundert v.Chr. – in Chotanagpur niedergelassen, wo sie sich ausgebreitet haben und begannen, Dörfer zu bauen, in denen sich auch ihre politische Organisation entfalten konnte.<sup>412</sup> Munda bezeichnen sich S.C. Roy zufolge selbst auch als *Horo-ko*, was Mensch oder Mann bedeutet. Der Name *Munda* wurde ihnen vermutlich von ihren Hindu Nachbarn gegeben.<sup>413</sup> In ihrer Sprache bezeichnet *Munda* einen Posten in ihrer politischen Organisation, nämlich den des Dorfoberhauptes. Dieser Posten geht in der Regel nur an Nachfahren der Familie der ersten Siedler in einem Dorf weiter. Die Bezeichnung *Munda* impliziert für dieses indigene Volk daher auch so etwas wie Achtung und Respekt. Im Folgenden wird *Munda* nur im Sinne des Amtsträgers kursiv geschrieben.

Einige Jahrhunderte nach den Munda siedelten sich die Oraon, die erst in Südindien lebten, in Chotanagpur an. Oraon bezeichnen sich selbst auch als *Kurukhs*, wobei *Kurukh* auch die

---

<sup>408</sup> Ebda: 63

<sup>409</sup> Vgl.: ebda: 63

<sup>410</sup> Bevölkerungsangaben zu Scheduled Tribes in Jharkhand siehe: Kapitel 1

<sup>411</sup> Vgl.: Gupta (2002): 17; Roy, S.C. (2010a): 1-17; Verma (2002): 39

<sup>412</sup> Vgl. Balakrishnan (2004): 1; Munda & Bosu Mullick (2003): u.a. 250; Roy, S.C (2010a): xliiii; 1ff. u. 59; Verma (2002): 5f.

<sup>413</sup> Roy, S.C. (2010a): 195

Bezeichnung für ihre Sprache ist, die zur dravidischen Sprachgruppe gezählt wird.<sup>414</sup> Über die Herkunft der Bezeichnung Kurukh gibt es verschiedene Theorien, die etwa auf einen früheren König Karakh und eine frühere Heimat Karukh-desh hinweisen, oder auch mit dem Wort *krs* (Sanskrit: Pflug) in Verbindung gebracht werden.<sup>415</sup> Die Bezeichnung *Oraon* wurde vermutlich von Hindus eingeführt, die S.C. Roy zufolge, das sich schnell ausbreitende indigene Volk mit dem legendären König Rawana des Ramayana assoziierten. „For popular tradition represents King Rawana as having been blessed with one-hundred-thousand sons and one-hundred-twenty-five-thousand grandsons. [...] The name Rawan, pronounced, as it some people do, with an arrested ‚O‘ sound at the beginning gave us the present form ‚O-rawan‘ or Oraon.“<sup>416</sup>

Oraon haben sich schließlich, was die politische Organisation betrifft, S.C. Roy zufolge einiges von den Munda abgeschaut. Sie haben sich rasch verbreitet und die Munda teilweise abgedrängt. „The prolific Uraon (sic!) who had come to live amongst them, multiplied so fast, that the Mundas deemed it desirable to seek fresh fields and pastures new.“<sup>417</sup> Generell haben sie aber friedlich nebeneinander gelebt. Auf die Frage, ob er Oraon als Indigene in der Chotanagpur Region einordnet, antwortet der Munda T.M.C. Hans, dass die Oraon, obwohl sie erst ein paar Jahrhunderte nach den Munda in die Region kamen, dennoch als Adivasi gelten, da sie immer wie Adivasi mit den Munda koexistierten.

*„And then they settled around Munda villages. They are friendly. Coexistence was there, although their language is slight different. But they have coexisted since centuries, like Adivasis. So they are considered as Adivasis.“*<sup>418</sup>

Die Traditionsgeschichten der Chotanagpur Raj-Familie sowie die der Munda und Oraon stimmen darin überein, dass Munda und Oraon vor der Inthronisation des ersten Nagbanshi Raja, Phani Mukut Rai, im 2. Jahrtausend v.Chr. bereits in der Region Chotanagpur waren.<sup>419</sup> S.C. Roy zufolge hatten die politischen Organisationen dieser indigenen Völker bereits wesentliche Elemente von Staaten, doch ihre Weiterentwicklung

---

<sup>414</sup> Verma (2002): 37; Gupta (2002): 21

<sup>415</sup> Vgl.: Roy, S. C. (2010b): 10ff.

<sup>416</sup> Ebda: 16

<sup>417</sup> Roy, S.C. (2010a): 69

<sup>418</sup> T.M.C. Hans, am 28.03.2011

<sup>419</sup> Vgl.: Balakrishnan (2004): 4; Roy, S.C. (2010b): 25; Roy, S.C. (2010a): 74f.

wurde durch ungünstige Umstände eingedämmt. „These parhas, [...] possessed most of the essential elements of a state and might under favourable circumstances have developed into something better; but unforeseen circumstances [...] not only checked their normal evolution but made for their disintegration and degeneration.<sup>420</sup>“ S.C. Roy, dessen Werke zu den Traditionen der Munda und Oraon nicht nur von WissenschaftlerInnen rezipiert werden, sondern auch als Quelle vor staatlichen Gerichten dienen<sup>421</sup>, geht allerdings nicht auf alle Ebenen der politischen Organisation der Munda und Oraon ein, wie sich nachfolgend zeigen wird.

#### **4.4.2 Traditionelle politische Systeme der Munda und Oraon**

Die politischen Systeme der Munda und Oraon haben einige Parallelen. In beiden gibt es Zusammenschlüsse von Dörfern, die als *Parha* bezeichnet werden. Das System der Oraon wird daher oft als *Parha-System*<sup>422</sup> beschrieben, während das System der Munda als *Manki-Munda-System* bekannt ist. Säkulares Oberhaupt eines Dorfes ist ein *Munda*<sup>423</sup> und Oberhaupt des *Parha* ist bei den Munda ein *Manki*, woraus sich die Bezeichnung *Manki-Munda-System* ergibt. Anstelle des *Manki* wurde bei den Oraon die Bezeichnung *Parha Raja* eingeführt, die auch Munda als Synonym für *Manki* kennen.<sup>424</sup> Daher gilt die Bezeichnung *Parha Raja* in dieser Arbeit in weiterer Folge sowohl für Oraon als auch für Munda – außer ich verweise explizit auf die Oraon. Die Bezeichnung *Manki* bezieht sich immer nur auf die Munda. Im Unterschied zu den staatlichen Panchayati Raj Institutionen sind diese traditionellen Systeme auf natürliche Weise gewachsen. Simon Minj, Parha Raja der Oraon in Bero, beschreibt mir die Entstehungsgeschichte des traditionellen Parha-Systems, die ich an dieser Stelle kurz wiedergebe.

Das traditionelle System sei gewachsen, als alles Leben begonnen habe. Der Legende nach entstand es in Familien, sobald die Söhne eines Vaters, der sich an einem bestimmten Ort

---

<sup>420</sup> Roy, S.C. (2010b): 37

<sup>421</sup> Singh, K.S. (2004): „Sarat Chandra Roy, the father of Indian anthropology, was not a closet anthropologist. He was the first ideologue and active protagonist of the demand for tribal autonomy. He gave an eloquent expression to the tribals’ demand for separation; and his ideas and draftsmanship left their imprint on the memoranda submitted by tribal organizations before different government bodies.“

<sup>422</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012; Simon Minj, am 14.01.2012

<sup>423</sup> Bei den Oraon auch *Mahto*. Siehe dazu: Roy, S.C. (2010b)

<sup>424</sup> Im Interview mit Mukta Horo ist in Bezug auf das Manki-Munda-System immer von Parha Rajas die Rede. Die Übersetzung fand durch eine Oraon Frau statt.

niedergelassen hatte, nicht mehr mit ihm unter einem Dach wohnen wollten. Der Reihe nach nahm der Vater seine Söhne mit einem Blatt des Sal-Baumes und ging mit ihnen von seinem Haus weg, jeweils in verschiedene Richtungen, bis das Blatt ausgetrocknet war. Dort sollte sich der Sohn nun niederlassen. So siedelte er seine Söhne um sich herum an. Am Ende der Woche kamen sie alle beim Vater zusammen und überlegten, wie sie nun gemeinsam leben, arbeiten und kommunizieren könnten. Als die Familien wuchsen, trafen sie sich weiter beim Vater und besprachen in Folge auch Angelegenheiten der Siedlungen und schließlich der Dörfer. Auf diese Weise wurde der Vater zum *Maha Raja* („king of kings“). Je nachdem, wieviele Söhne der Vater um sich angesiedelt hatte, wurden unterschiedlich viele Dörfer zu einem Dorfbund (Parha) miteinander verbunden. Im Fall von fünf miteinander verbundenen Dörfern war das so entstandene Parha ein *Panch Parha*, im Fall von sieben Dörfern ein *Sath Parha* usw. Wenn die Söhne der Söhne usw. auch neue Siedlungen und Dörfer um ihre Väter gründeten, wurden Parhas modifiziert und geteilt.<sup>425</sup>

Im Vergleich zu Parhas bei den Munda sind Parha-Gebiete bei den Oraon, nach Gupta, in der Regel größer.<sup>426</sup> Dies bestätigt sich in meiner Feldforschung, in der allerdings nur zwei Parhas, eines der Munda und eines der Oraon, exemplarisch miteinander verglichen werden konnten. Der Oraon Simon Minj beispielsweise ist Parha Raja von 51 Dörfern in Bero. Mukta Horo, Manki in Dassam, gibt an, dass ein Parha bei den Munda in der Regel 12 Dörfer umfasst.

Simon Minj vergleicht den Parha-Zusammenschluss als System zur Herstellung sozialer Ordnung metaphorisch mit dem Meer. In Flüssen und Kanälen befinde sich viel Dreck, und dieser gehe weiter zum Meer. Doch das Meer sagt nicht: „Nein, ich fang dich nicht auf!“ Ähnlich funktioniere auch ein Parha. Auch in der Welt des Parha würden viele schmutzige Dinge passieren. Diese würden durch das Parha-System aufgefangen, das alle Bewohner wie in einer Familie zusammenhält. Wenn in einem Dorf ein Problem auftritt, versuche

---

<sup>425</sup> Simon Minj, am 14.01.2012

<sup>426</sup> Vgl.: Gupta (2002): 75

man, es zu lösen und den Frieden wieder herzustellen. Der Parha Raja ist, nach Simon Minj, wie ein Familienoberhaupt.<sup>427</sup>

S.C. Roy behauptet, dass sich die politische Organisation der Oraon und Munda über die Form des Parha nicht weiter entwickelt hätte.<sup>428</sup> Mukta Horo zufolge gestaltet sich das System der Munda allerdings so aus, dass – im Idealmodell – 12 Dörfer ein Parha ergeben, 12 Parhas wiederum ein *Pargana* und 12 *Pargana* ein *Disum* – was soviel bedeutet wie Land im Sinne von Country.<sup>429</sup> Gladson Dungdung gibt an, dass dieses System auch bei Oraon, Ho und Santhal existiere. Grundsätzlich hätten alle indigenen Völker eigene politische Systeme, aber in unterschiedlicher und heute oft in abgeschwächter Form. Doch es würde auch versucht, diese traditionellen politischen Systeme wieder zu stärken, was auch Karma Oraon bestätigt.<sup>430</sup>

Während es auf Dorfebene regelmäßige Treffen gibt, die für alle Dorfbewohner offen sind, finden auf Parha-Ebene Treffen statt, zu denen jeweils die *Mundas* mit ihrem Team als RepräsentantInnen des Parha kommen und denen ein Parha Raja vorsitzt. Auf Pargana-Ebene wiederum versammeln sich die Parha Rajas des Pargana. Nach Mukta Horo gibt es dementsprechend auch *Pargana Rajas* und *Disum Rajas*, die regelmäßige Treffen abhalten. Jedes Dorf treffe sich einmal in der Woche, jedes Parha einmal im Monat, jedes Pargana alle drei Monate und das Disum einmal im Jahr.<sup>431</sup> Von den letzten beiden administrativen Einheiten hört man verhältnismäßig wenig. Ein Grund dafür könnte sein, dass sie, beginnend mit den ersten Nagbanshi Rajas, teilweise von späteren Einwanderern übernommen und nach deren politischen Vorstellungen umgeformt wurden.<sup>432</sup> Von den Nagbanshi Rajas bekamen Mankis später auch den Namen *Bhuinhar*. Ein Parha wurde als *Patti* bezeichnet.<sup>433</sup> All die verschiedenen Ebenen im Manki-Munda-System sind aber heute in manchen Gegenden noch vorhanden, wie mir Mukta Horo – die an der Erhaltung des

---

<sup>427</sup> Simon Minj, am 14.01.2012

<sup>428</sup> Siehe: Roy, S.C. (2010a); Roy S.C. (2010b)

<sup>429</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>430</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012; E-Mail: Gladson Dungdung, am 01.06.2012

<sup>431</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012; Im Interview erzählt sie mir von einem Disum Raja, der zu seinen Lebzeiten noch Fortbildungstrainings gab, an denen sie als einzige Frau teilnahm.

<sup>432</sup> Die Bezeichnung Pargana ist für verschiedene geographische Gebiete in Jharkhand, wie dem Santhal Parganas-Gebiet, für das es auch eigene staatlich anerkannte gesetzliche Regelungen gibt, heute noch durchaus gebräuchlich.

<sup>433</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010a): 59ff.

Systems arbeitet und nach dem Aufbau ihres Parha die Entstehung drei weiterer Parhas in die Wege geleitet hat – deutlich macht.<sup>434</sup>

Die meisten Angelegenheiten werden ihr zufolge direkt im Dorf behandelt. Hier gibt es verschiedene wichtige Posten. Der *Munda* ist als säkulares Oberhaupt für die administrative Organisation, das friedliche Zusammenleben und den Zusammenhalt im Dorf verantwortlich. Er wird – wie bereits erwähnt – aus den Mitgliedern der Familie der ersten Siedler im Dorf gewählt. Dabei wird immer nur eine Person für den Posten vorgeschlagen, und nur wenn diese Person nicht auf einstimmigen Beschluss vom Dorf als *Munda* angenommen wird, wird eine andere Person aus der *Munda*-Familie (Familie der ersten Siedler im Dorf) vorgeschlagen.<sup>435</sup> Bei Oraon wird das säkulare Oberhaupt, nach S.C. Roy, als *Mahto* bezeichnet.<sup>436</sup> Mir gegenüber wurde aber immer der Begriff *Munda* verwendet. Beruhend auf meinen Interviewanalysen ist es als eine wesentliche Aufgabe des *Munda* zu betrachten, Konsens in der Dorfgemeinschaft zu erzeugen. Ist seine Autorität einmal etabliert, würden seine Vorschläge, Empfehlungen, seine Meinung kaum in Frage gestellt. Kollektive Entscheidungsfindung spielt meinen InformantInnen zufolge in diesen Systemen eine wesentliche Rolle. Dieses Prinzip habe ich auch in einer Oraon-Siedlung in einem Reserved Forest wiedergefunden, die nicht Teil eines Parha-Systems ist.<sup>437</sup>

Im Parha-System gibt es auf Dorfebene neben dem *Munda* eine Person, die die Aufgabe hat, das gesamte Dorf über aktuelle Entwicklungen zu informieren und beispielsweise allen Bescheid zu geben, wenn der *Munda* ein Dorftreffen plant, irgendeine Veranstaltung ansteht oder DorfbewohnerInnen über sonstige Nachrichten informiert werden sollen. Für diesen Posten finden sich verschiedene Bezeichnungen. Mukta Horo spricht vom *Dakua*<sup>438</sup>, während S.C. Roy beispielsweise bei den *Munda* die Bezeichnung *Mahto*<sup>439</sup> angibt. Bei den Oraon spricht er vom *Gorait*<sup>440</sup>, der die Dorfbewohner verständigt, wenn der *Munda* ein Treffen einberuft. Teils wird diese Person auch als eine Art Assistent des *Munda*

---

<sup>434</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>435</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012; Simon Minj, am 14.01.2012

<sup>436</sup> Vgl.: Gupta (2002): 64f.; Roy, S.C. (2010b): 71

<sup>437</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012; Simon Minj, am 14.01.2012; Gruppeninterview, am 26.05.2011

<sup>438</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>439</sup> Vgl.: Roy, S.C (2010a): 90

<sup>440</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010b): 241

beschrieben.<sup>441</sup> Sie ist jedoch ebenfalls eine Autoritätsperson im Dorf. Anzumerken ist hier auch, dass in den kommunikativen Entscheidungsfindungsprozessen alle gleiches Mitspracherecht haben. Daher wird der *Munda* auch als Anführer unter Gleichen verstanden. In den Dorftreffen werden dann verschiedene Anliegen bezüglich der Dorfsituation und Entwicklung diskutiert. Diese Treffen finden alle ein bis zwei Wochen statt. Sollten irgendwelche außertourlichen Probleme, Streitereien, Missverständnisse oder ernstere Angelegenheiten eintreten, kann jederzeit ein eigenes Treffen dafür einberufen werden, in dem dann Rechtsurteile generiert werden.<sup>442</sup>

Eine weitere bedeutende Rolle neben dem *Munda*, säkularem Oberhaupt im Dorf, hat der *Pahan*, der Dorfpriester. Vor der Einführung des *Munda* hatte der *Pahan*, Roy zufolge, sowohl spirituelle als auch administrative Funktionen inne. Heute schafft er vor allem im Dorf Harmonie zwischen den Dorfbewohnern, ihren Ahnen, den noch nicht Geborenen und den verschiedenen Spirits im *Sarna*<sup>443</sup>. Bei Oraon gibt es für den Dorfpriester auch die Bezeichnung *Baiga*.<sup>444</sup>

Eine Gruppe von Dörfern bildet nun ein Parha. Verbindungen zwischen verschiedenen Parhas können auch durch sogenannte *Dudh-bhaya* (Ziehsohn/ Pflegesohn) -Dörfer gestärkt werden. Fast jedes Parha der Oraon – Munda Parhas anscheinend eher selten – hat ein *Dudh-bhaya*-Dorf, das zu einem anderen Parha gehört, aber zeremoniell mit dem eigenen verbunden ist.<sup>445</sup> S.C. Roys Ansicht über ein Fortbestehen, geschweige denn eine Weiterentwicklung, der Parhas ist äußerst pessimistisch. „Such inter-parha alliances appear to mark the final stage in the process of social integration that Oraons attempted. But here all further progress in that direction was arrested. [...] And the Parhas of our days are only the debris of the old Parha federations. The association of the different Parhas during the tribal Jatras and hunts and the inter-tribal congress held on such occasions to discuss matters of common interest, are now mere formal gatherings which appear to lack

---

<sup>441</sup> Vgl.: Gupta (2002): 63f.; Roy, S.C. (2010a)

<sup>442</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>443</sup> *Sarna* ist die Religion der Munda, Oraon und vieler anderer indigener Völker in Jharkhand, benannt nach den heiligen Stätten im von den Adivasi beschützten Urwald, in welchem diverse Spirits residieren. Vgl.: Roy, S.C. (2010a): 60f., 210 und Roy, S.C. (2010b): 69f.

<sup>444</sup> Vgl.: Gupta (2002): 64

<sup>445</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010b): 253f.; Gupta (2002): 78f.

life and virility. At the present time the fullness of co-operation for the common good of the community may be seen only in the village-brotherhood which is indeed in most parts of the Oraon country a living organism to this day.<sup>446</sup> Der deutsche Priester John Baptist Hoffmann hinterlässt im Vorwort seiner 15 Bände umfassenden Encyclopedia Mundarica, die erstmals 1928 erschienen ist, unter anderem bezüglich der Munda eine noch pessimistischere Annahme, nämlich die, dass die Gruppe von Menschen, mit denen er sich in seinem Lebenswerk auseinandersetzt, die der Mundari Sprachgruppe, wohl nicht mehr lange existieren wird.<sup>447</sup> Angesichts der Geschichte der Region ist allerdings davon auszugehen, dass sich weder die einen noch die anderen so schnell vertreiben lassen, auch wenn sich Adivasi generell oft in prekären Situationen befinden. Des Weiteren ist zu beobachten, dass sich auch die dynamischen politischen Systeme dieser indigenen Völker weiterentwickeln. Beispielsweise wird die Rolle der Frauen in indigenen politischen Systemen heute immer mehr gefördert.<sup>448</sup>

#### **4.4.3 Totemistische Clans der Munda und Oraon**

Die politische Organisation beinhaltet teilweise Elemente einer totemistischen sozialen Ordnung, auf die ich hier kurz eingehe. Wie andere indigene Völker auch, unterteilen sich sowohl Munda als auch Oraon in Clans, die jeweils durch ein gemeinsames Totem gekennzeichnet sind. Bei den Munda werden diese als *Kili* und bei den Oraon als *Gotra* bezeichnet. Aus diesen totemistischen Clans ergeben sich auch die Nachnamen dieser Adivasi, die patrilinear weitergegeben werden. Zu den einzelnen Clans gibt es in der Regel Geschichten, welche vom Ursprung des jeweiligen Totems berichten. Munda und Oraon beziehen sich dabei in der Regel auf historische Ereignisse, die mit dem Clan verbunden sind und bei denen oft ein bestimmtes Tier oder eine bestimmte Pflanze einem Ahnen auf irgendeine Art behilflich war. Mit dem Totem gehen oft verschiedene Tabus einher, wie Essensvorschriften oder etwa dem Verbot, bestimmte Bäume zu fällen. Heute sind sie

---

<sup>446</sup> Roy, S.C. (2010b): 254f.

<sup>447</sup> In der Bishop's Lodge in Ranchi konnte ich dank A.U. Hans Einblick in die angeblich einzige Ausgabe dieser Enzyklopädie (1950) nehmen, die auch einen Teil enthält, in dem nur Zeichnungen, Skizzen und Fotos abgebildet sind. Nach A.U. Hans soll der Verfasser, John Baptist Hoffmann, gegen Ende zu schwach gewesen sein, um sein Werk fertig abzutippen, und habe für den letzten Teil ein Hämmerchen benutzt, um die Tasten der Schreibmaschine bedienen zu können.

<sup>448</sup> Siehe: Sanga (2010); Mukta Horo, am 08.01.2012; Karma Oraon, am 05.01.2012; siehe auch: Aadivaasi Song: <http://www.youtube.com/watch?v=F2A6yGZ-QdA>

hauptsächlich im Zusammenhang mit Eheschließungen relevant. Geheiratet werden darf nur außerhalb des eigenen Clans. Personen mit gleichem Nachnamen dürfen daher keine Ehe eingehen.<sup>449</sup> Ursprünge der einzelnen Totems sind heute aber vielfach nicht mehr bekannt, wie ich in Ranchi und Umgebung feststellte. Ursprünglich sind Munda und Oraon exogam in Bezug auf den Clan und endogam in Bezug auf den „Tribe“. S.C. Roy beschreibt Verletzungen von Tabus in Bezug auf sexuelle Verbindungen etwa zwischen Oraon und Nicht-Oraon als besonders schwerwiegend.<sup>450</sup> Heute werden solche Verbindungen allerdings vermehrt akzeptiert. Ich war anwesend bei einer Hochzeit zwischen Santhal und Oraon. Häufig finden mittlerweile auch Ehen zwischen christlichen und nicht-christlichen Adivasi statt. Sogar Verbindungen zwischen Adivasi und Nicht-Adivasi werden teilweise akzeptiert, scheinen allerdings nicht sehr verbreitet zu sein.

Bei den Oraon tauchen einige Totems auch in der politischen Organisation in Form von Symbolen auf, die jeweils für ein bestimmtes Dorf stehen. Einige Oraon-Dörfer haben aus Holz geschnitzte Embleme (z.B. Fisch, Schildkröte, Ochse, Elefant, Pferd), die zu besonderen Anlässen des Parha auf Planken über den Schultern getragen werden. In manchen Parhas werden dann auch Personen, insbesondere ehrenhafte Bürger wie Dorfoberhäupter auf diesen Figuren sitzend getragen.<sup>451</sup> Roy zufolge repräsentieren diese Figuren in einigen Dörfern die Totems der *Bhuinhars* (erste Siedler) des Oraon-Dorfes.<sup>452</sup>

Neben diesen Holzfiguren, die weniger verbreitet sind, haben Oraon in der Regel auch eigene Flaggen, sogenannte *Bairakhis*. S.C. Roy misst diesen wie auch den Dorf-Emblemen spirituelle Kräfte zu. Ich sehe darin – basierend auf meinen Feldforschungen und bezogen auf den heutigen Kontext – vorrangig Symbole, die für die Gemeinschaft stehen und Zusammenhalt und Zugehörigkeit repräsentieren. *Bairakhis* bestehen oft aus mehreren bunten zusammengenähten Streifen, deren Anzahl oft die Anzahl der Dörfer des Parha widerspiegelt. So wie die verschiedenen Parhas ihre eigenen Flaggen haben, gibt es des Weiteren auch unterschiedliche Arten, Trommeln zu spielen.<sup>453</sup> Vermutlich gab oder gibt es auch Flaggen in Munda Dörfern. Dies konnte ich während der beschränkten Zeit meiner

---

<sup>449</sup> Vgl.: Roy S.C. (2010b): 193ff.; Roy S.C. (2010a): 217ff.; informelle Gespräche mit Adivasi

<sup>450</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010b): 249

<sup>451</sup> Vgl.: ebda: 201ff.; Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>452</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010b): 202f.

<sup>453</sup> Vgl.: ebda: 204 u. 248

Feldforschungen nicht feststellen. Bei S.C. Roy gibt es dazu ein Zitat eines Dr. Davidson aus dem Jahr 1839, das sich auf die „Coles“ bezieht, womit Munda, Oraon und Kharia gleichermaßen gemeint sind. „Each purha, in general, has its distinguishing flag or ensign, any attempt to make use of which by the Coles of another purha, at their festivals, immediately leads to serious quarrels.“<sup>454</sup> Gupta geht ebenfalls davon aus, dass dies sowohl auf Munda als auch auf Oraon zutrifft. Während meiner Feldforschung konnte ich dies nur bei Oraon beobachten.



(Abb. 8: Parha-Treffen bei Oraon im Chotanagpur Plateau)<sup>455</sup>

<sup>454</sup> Roy, S.C. (2010a): 105

<sup>455</sup> Karma Oraon, Institutsvorstand des Department of Anthropology an der Ranchi University, hier auf dem Pferd sitzend, war so freundlich, mir dieses Privatfoto eines Parha von Oraon in Chotanagpur zur Verfügung zu stellen.

Als Nachbardörfer entstanden, wurden die Verstorbenen eines Clans bei den Munda, S.C. Roy zufolge, vermutlich ursprünglich in einer gemeinsamen Grabstätte (*Sasan*) im elterlichen Dorf beerdigt, die sich so wie etwa *Sarnas* (heilige Stätten im Wald für Spirits) erst im Lauf der Zeit in jedem Dorf gebildet hätten. In sozialen und administrativen Angelegenheiten bildeten die Dörfer eines Clans aber nach wie vor eine Einheit. Das sogenannte Parha umfasst schließlich nicht mehr nur Angehörige eines Clans, und es fungiert als Einheit der sozialen und politischen Organisation. Diese Organisation basiere nicht auf einem Verwandtschaftsprinzip, sondern auf lokaler Nähe.<sup>456</sup> Generell gilt vermutlich sowohl für Munda als auch für Oraon, dass sich das System aus den Clans heraus gebildet hat, ein Parha aber heute Dörfer verschiedener Clans umfasst, sowie auch einzelne Dörfer sich aus verschiedenen Clans zusammensetzen.

#### **4.4.4 Funktionen und Aufgaben traditioneller Autoritäten der Oraon und Munda**

Dörfer kooperieren zum Schutz der Gemeinschaft. Abgesehen von alltäglichen Fragen, die das Leben in den Dörfern betreffen – wie beispielsweise Fragen der dörflichen Entwicklung und Stärkung des politischen Systems werden auch rechtliche Angelegenheiten innerhalb der Parha-Systeme in eigenen Gerichten geregelt.<sup>457</sup>

Um den *Munda* gibt es im Dorf meist ein Team von fünf Personen, den sogenannten Dorf-*Panch* (Hatu-Panch bei den Munda und Padda-Panch bei den Oraon<sup>458</sup>). Laut Mukta Horo werden die meisten Probleme, die in einem Dorf entstehen, auch innerhalb eines Dorfes besprochen und geklärt. In ihrem Parha wird in den Dörfern um einen *Munda* jeweils ein Team von zwei Frauen und drei Männern gebildet, die jeweils gemeinsam auch zu Treffen des *Parha-Panch* erscheinen.<sup>459</sup> Treffen des Dorf-Panch finden an einem öffentlichen Platz statt und sind grundsätzlich für alle Dorfbewohner offen. Dieser Panch kümmert sich einerseits in regelmäßigen Treffen um Fragen der dörflichen Entwicklung und fungiert außerdem wie ein Dorfgericht. „Disputes about partition of family property, certain

---

<sup>456</sup> Vgl.: Roy, S.C (2010a): 211, 224f.; Roy, S.C. (2010b): 244ff.

<sup>457</sup> A.U. Hans, am 04.04.2011; Karma Oraon, am 05.01.2012; Mukta Horo, am 08.01.2012; P.C. Oraon, am 09.01.2012; Simon Minj, am 14.01.2012; T.M.C. Hans, am 28.03.2011

<sup>458</sup> Vgl.: Gupta (2002): 66

<sup>459</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

offences against marriage, suspected cases of witchcraft, and sometimes even cases of assault and theft are still submitted to the Panch for its decision.<sup>460</sup>“

Zur Beilegung verschiedener Fälle, die sich im Dorf abspielen, wird dazu der *Munda* gerufen, um ein Treffen des Panch zu organisieren. Dazu ruft jede Partei eine Zahl von SympathisantInnen und ZeugInnen auf. Unter den Anwesenden werden je drei Personen ausgewählt, die unter sich einen Vorsitzenden<sup>461</sup> wählen, der als *Sir Panch* bezeichnet wird. Danach entfernen sich die restlichen Personen in verschiedenen Richtungen aus der Hörweite des gewählten Panch. Jede Partei wählt außerdem eine Person aus dem Panch, die mit ihnen kommt. Zwei oder drei Personen werden dann vom Panch gewählt, welche in der Folge vom Sir Panch befragt werden und die Vorfälle aus Sicht der jeweiligen Partei dem Panch erklären. Der Panch zieht sich nun – jede Person für sich – zurück, um zu einem Urteil zu kommen. Der Sir Panch ruft jedes Panch-Mitglied nach der Reihe zu sich, um sich deren Meinung anzuhören. Nachdem er auch die anderen Mitglieder der jeweiligen Parteien um deren Meinung befragt hat, wird er sein Urteil mit Begründung verkünden. Der Panch bekommt, nach S.C. Roy, in der Regel keine Bezahlung, wird aber von der Partei, die ihn ruft, mit Speis und Trank versorgt.<sup>462</sup> Mukta Horo berichtet, dass der Panch von den Parteien, die ihn rufen, mit einer kleinen Spende bezahlt wird. Einnahmen des Panch werden etwa für Entwicklungsmaßnahmen oder andere Aktivitäten auf Dorfebene aufgewendet.

Für größere Entwicklungsprojekte oder Fälle, die nicht auf Dorfebene geklärt werden können, ist das Parha zuständig. „The Parha, as it now exists, is a confederacy of neighbouring villages with a central organization known as the Parha Panch.<sup>463</sup>“ Karma Oraon beschreibt ein Parha als eine der frühesten Regierungsformen. Diese „Regierung“ inkludiert Legislative, Exekutive und Judikative. Alle Arten sozialer Angelegenheiten und Vergehen werden in traditionellen Gerichten entschieden. Diese bezeichnet man auf Ebene des Parha, je nach Anzahl der Dörfer des betreffenden Parha, etwa als *Parha-Panch* (*Parha-*

---

<sup>460</sup> Roy, S.C. (2010b): 241

<sup>461</sup> In der Regel dürften dies Männer sein, auch wenn die Rolle von Frauen im politischen System immer mehr an Bedeutung zu gewinnen scheint.

<sup>462</sup> Vgl.: Roy, S.C (2010a): 230f. Diese Quelle bezieht sich auf die Munda. In informellen Gesprächen mit Oraon erfahre ich, dass auch sie lieber zum Sir Panch gehen als zur Polizei, um einen etwaigen Streit zu schlichten.

<sup>463</sup> Roy, S.C. (2010b): 245

Fünf) oder *Parha-Sath* (*Parha*-Sieben). Während auf Dorfebene Individuen Mitglieder des Panch sind, sind die Mitglieder auf Parha-Ebene die Dörfer des Parha. Grundsätzlich sind auch die regelmäßigen Treffen und fallweise einberufenen Gerichte des Parha offene Treffen. In der Regel kommen aber nur die *Mundas* mit ihrem Team als RepräsentantInnen der Dörfer zu den Parha-Treffen. Sollte ein Fall im eigenen Parha nicht beigelegt werden können, wird, laut Karma Oraon, bei den Oraon das Gericht eines anderen Parha (*Pachora Parha*) konsultiert.<sup>464</sup>

Kann eine Angelegenheit nicht im Dorf-Panch geklärt werden, geht sie weiter an den Parha-Panch.<sup>465</sup> Der *Munda* vermittelt einen Vorfall dem Parha Raja/ Manki. S.C. Roy beschreibt bei den Oraon den Posten des *Kotwar*, der vom Parha Raja beauftragt wird, alle Dörfer des Parha zu informieren, dass an einem bestimmten Tag in dem betreffenden Dorf, in dem sich der Vorfall ereignet hat, ein Parha-Panch bezüglich des Vorfalls stattfindet. RepräsentantInnen aller Dörfer finden sich dazu in der Regel in der Nähe eines *Sarna* ein. Der Parha-Panch – bestehend aus allen anwesenden RepräsentantInnen – hört nun die Aussagen von Kläger, Verteidiger und Zeugen an. „The Kotwar of the Parha has to execute the ‚decrees‘ of the Parha-Panch.“<sup>466</sup> Wenn ein Fall vor den Parha-Panch gebracht wird, müssen beide Parteien, Kläger und Verteidiger, den Parha-Panch bezahlen, oder – je nach Dorf – ein Essen ausrichten.<sup>467</sup> Der Parha-Panch hat unter anderem die Macht, Personen aus der Gemeinschaft zu exkommunizieren, aber auch, sie wieder einzugliedern.<sup>468</sup> Karma Oraon zufolge sei Exkommunikation die höchste Strafe. Die Rechtsprechung der *Munda* und Oraon sei aber liberaler als beispielsweise im strengeren *Betlaha*-System der Santhal. Es gebe nach Gewohnheitsrecht verschiedene Formen der Bestrafung, die je nach Schwere des Verbrechens in kommunikativen Entscheidungsfindungsprozessen beim Treffen festgelegt werden.<sup>469</sup>

Traditionellerweise würden die Entscheidungen im Parha-Panch nur von Männern getroffen. Dies wird, etwa Karma Oraon zufolge, von der jungen Generation allerdings

---

<sup>464</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>465</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>466</sup> Roy, S.C. (2010b): 249

<sup>467</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>468</sup> Vgl.: Roy, S.C. (2010b): 251

<sup>469</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

immer mehr in Frage gestellt, die dafür eintritt, dass sowohl Männer als auch Frauen Teil des Parha-Panch sind. Ansonsten wurden Frauen nur konsultiert, wenn spezifische Informationen benötigt wurden.<sup>470</sup> Im Manki-Munda-System gab es diesbezüglich zumindest im Bezirk Bundu einen Wandel. Hier wurde die Frau Mukta Horo von den zuvor ausschließlich männlichen Repräsentanten des Pargana als Manki eingesetzt. Sie beschreibt mir auch – wie bereits erwähnt –, dass in jedem Dorf-Panch je zwei Frauen vertreten sind. Eine wachsende Bedeutung der Rolle von Frauen in der Governance sieht auch Sanga in ihrer Feldstudie in Maranghada/ Khunti kurz vor den ersten Panchayat-Wahlen in Jharkhand.<sup>471</sup> Nach den Ausführungen Mukta Horos gehen bei den Munda Fälle, die weder im Dorf-Panch noch im Parha-Panch geklärt werden können, weiter ans Pargana bzw. ans Disum.<sup>472</sup>

Abgesehen von Rechtsfragen spielen die traditionellen politischen Systeme eine bedeutende Rolle in Fragen der Entwicklung. Nach meiner Observation geht es dabei auf Disum- und Pargana-Ebene vor allem um Stärkung des politischen Systems, aber auch beispielsweise um die Organisation von Bildungsinitiativen. Größte Rolle in Fragen der dörflichen Entwicklung hat vermutlich das Parha. Nachdem die einzelnen Dörfer in ihren Treffen beschließen, welche Maßnahmen notwendig wären, entscheidet der Parha-Panch je nach Maßgabe seiner Möglichkeiten, welche Initiativen in den Dörfern des Parha umgesetzt werden.

---

<sup>470</sup> Ebda

<sup>471</sup> Vgl.: Sanga (2010): 31f.

<sup>472</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

## **5 MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN DER STAATLICHEN PANCHAYATS AUF DIE ENTWICKLUNG DER ADIVASI IM ZUSAMMENHANG MIT TRADITIONELLEN AUTORITÄTEN**

Rechtspluralistische Konstellationen sind Teil des sozialen und politischen Geschehens, in dem sich Governance-Aktivitäten abspielen, egal ob sie von staatlichen Regierungen anerkannt werden oder nicht.<sup>473</sup> Grundidee Mahatma Gandhis war es, durch die konstitutionelle Verankerung von Panchayats eine „Demokratie von unten“ zu schaffen und damit Partizipation und Selbstbestimmung zu fördern. Da Panchayats in Indien schon lange vor der Unabhängigkeit als lokale Einrichtungen der Governance existierten, sollten sie nun in ganz Indien über die einzelnen Staaten als lokale Regierungsapparate organisiert werden. Panchayati Raj Institutionen sollen über partizipative Planung und Implementierung verschiedener Entwicklungsprogramme auf Grassrootsebene politische, ökonomische und soziale Entwicklung in den Dörfern vorantreiben.<sup>474</sup> Um dies zu gewährleisten, sollen Entscheidungen in Gram Sabhas unter Partizipation aller ansässigen Wahlberechtigten herbeigeführt werden. Muchkund Dubey beispielsweise sieht in der Implementierung von Panchayati Raj Institutionen in Jharkhand ein wesentliches Potenzial für Verbesserungen in der Entwicklung.<sup>475</sup>

Die Homogenisierung von Panchayats durch die verschiedenen Gesetze und die Implementierung von Panchayats in Scheduled Areas stellen allerdings keine Anerkennung existierender indigener politischer Systeme oder sogenannter „traditioneller Panchayats“ dar. Während die traditionellen Systeme in der Gesellschaft gewachsen sind und bereits lange bestehen, werden staatliche Panchayats als künstliche Neuschaffung wahrgenommen, die traditionelle politische Systeme ersetzen sollen. *„They are trying to kill*

---

<sup>473</sup> Vgl.: Benda-Beckmann & Benda-Beckmann & Eckert (2009): 11

<sup>474</sup> Vgl.: Sharma, S.P. (2006): 1ff.

<sup>475</sup> Siehe: Dubey (2004)

*the traditional system.*<sup>476</sup>“ In der Realität bestehen einige traditionelle Systeme neben Panchayati Raj Institutionen weiter.

Die Implementierung von Panchayati Raj Institutionen führt nun zu einer Neuordnung in der Governance. P.C. Oraon meint, auch wenn es nach der Einführung der Panchayati Raj Institutionen in Jharkhand Konflikte zwischen diesen und den traditionellen Systemen gebe, so könne ohne die Aufdeckung eines Problems auch keine Lösung gefunden werden. Heutige Panchayati Raj Institutionen könnten in diesem Sinn als eine Zwischenstation auf dem Weg zu einer besseren Situation der Governance verstanden werden. Die Regierung habe seit der Unabhängigkeit Indiens schon einige Schritte nach vorne getan.<sup>477</sup>

Gandhi ging in die abgelegensten Gebiete, um Informationen zur Situation der Entwicklung in Indien zu sammeln, und entwickelte seine *Village Swaraj Vision*. Demnach verstand er Panchayats folgendermaßen: „It is a complete republic independent of its neighbours or its own vital wants and yet inter-dependent for many others in which dependence is necessary [...] the panchayat will be the legislature and executive combined to operate for its year of office. Here there is a perfect democracy based upon individual freedom. Individual is the architect of its own government.“<sup>478</sup> Nach seiner Beobachtung stellte Gandhi, wie P.C. Oraon behauptet, fest, dass von den Ausgaben für Entwicklung nur 15% bei den Armen ankämen.<sup>479</sup> Um dieser Situation entgegenzuwirken, kamen die beiden Kategorien *Community Development Block* und *Tribal Development Block* auf, und im TSP wurden von der Regierung Gelder für die Entwicklung der Scheduled Tribes zur Verfügung gestellt.

Seit der Unabhängigkeit Indiens seien viele Gelder zur Armutsbekämpfung geflossen, doch die Armen seien immer noch arm. Die Frage sei daher, so P.C. Oraon, wo diese Gelder hingegangen sind. Er meint, das Problem dabei läge einzig im Regierungssystem. „*Here you will find the corruption.*“ Wenn die Regierung Entwicklungsgelder bewilligt, gingen diese erst an den Bezirk, dann an den Block und dann erst an die Dörfer, wobei diesen nicht mehr

---

<sup>476</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>477</sup> P.C. Oraon, am 09.01.2012

<sup>478</sup> Zit. Nach: Sharma, S.P. (2006): 4

<sup>479</sup> P.C. Oraon, am 09.01.2012

viel bliebe, da auf allen Ebenen des Systems Gelder abgezweigt würden.<sup>480</sup> Auch Gladson Dungdung meint, dass die Idee Mahatma Gandhis gut war, dass die Umsetzung heute aber aufgrund der gestiegenen und weiter wachsenden Korruption nicht machbar sei. Als generelle Auslöser der Korruption in Indien sieht er Marktwirtschaft und die großen Unterschiede zwischen Arm und Reich.<sup>481</sup>

## **5.1 Überschneidungen und Unterschiede in der Struktur der Systeme**

Grundidee der Einführung von Panchayati Raj Institutionen in Scheduled Areas war es, wie Sundar meint, eine Form der staatlich anerkannten Regierung zu gewährleisten, die auf lokalen Traditionen und demokratischen Prinzipien beruht. Gewohnheitsrechtliche Strukturen werden beispielsweise im Chotanagpur Tenancy Act und im Santhal Parganas Tenancy Act anerkannt. Mögliche Widersprüche dieser Gesetze werden jedoch vom JPRA nicht extra berücksichtigt, wie Sundar bemängelt.<sup>482</sup>

Im Gram Sabha hält in Scheduled Areas nach den Bestimmungen des PESA Act eine traditionelle Autorität, wie etwa der *Munda*, den Vorsitz. Mukta Horo weist auf den Aspekt hin, dass sich damit das indigene und das staatliche System in einer Weise überschneiden, durch die gewisse Personen in zwei konfligierenden Institutionen Autoritätspositionen beziehen.<sup>483</sup> Die Verwaltungsgebiete der Panchayats werden allerdings nicht mit denen der traditionellen Systeme abgestimmt und sind daher auch nicht notwendigerweise deckungsgleich. Allein der geografische Verwaltungsbereich von Panchayati Raj Institutionen deckt sich in der Regel nicht mit dem traditioneller Systeme. Auch wenn der Vorsitz in einem Gram Sabha einer Autorität des traditionellen Systems zukommen soll, so ist im Grunde nicht klar, wer in der Praxis damit angesprochen ist. Namentlich werden im JPRA *Munda*, *Pahan* und *Mahto* genannt. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Wahl auf das säkulare Dorfoberhaupt zu fallen hat – Pahan war etwa nach S.C. Roy ursprünglich sowohl spirituelles als auch säkulares Dorfoberhaupt –, können in einem Gram Sabha aufgrund unterschiedlicher Einteilung der Verwaltungsgebiete von Panchayats und

---

<sup>480</sup> Ebda

<sup>481</sup> Gladson Dungdung, am 19.01.2012

<sup>482</sup> Vgl.: Sundar (2005): 4430ff.

<sup>483</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

traditionellen Systemen z.B. auch zwei *Mundas* vertreten sein. Diesem Umstand versucht der JPRA zu begegnen, indem innerhalb eines Gram Panchayat auch zwei oder mehr Gram Sabhas gebildet werden können. In einem Gram Sabha ist daher die Wahrung gewohnheitsrechtlicher Prinzipien zu einem gewissen Grad möglich. Letzte Entscheidungen werden aber nach JPRA – in dem im Gegensatz zu PESA Gram Sabhas eher eine assistierende Rolle zukommt – schließlich von den RepräsentantInnen der Gram Panchayats getroffen, was gewohnheitsrechtlichen Prinzipien der Munda und Oraon widerspricht. Über die Verwaltung auf Dorfebene hinaus werden weitere Ebenen dieser traditionellen Systeme schließlich gar nicht mehr berücksichtigt. So wird etwa die wesentliche Rolle der Parha Rajas im staatlichen Panchayat-System völlig außer Acht gelassen.

Auch wenn es sowohl in den Panchayati Raj Institutionen wie auch in traditionellen politischen Systemen der Adivasi aufeinander aufgebaute Verwaltungseinheiten gibt (Dorf-Block-Bezirk bzw. Dorf-Parha etc.), so decken sich diese geografisch keineswegs. Durch die halbherzige teilweise Anerkennung traditioneller Autoritäten auf Dorfebene entsteht eine Überschneidung dieser beiden Systeme. Da indigene politische Systeme aber nicht als solche anerkannt werden, arbeiten die beiden Systeme parallel in einander überschneidenden Gebieten – sowohl geografisch als auch inhaltlich –, was als Quelle verschiedener Konflikte gesehen wird. Für weiterführende Arbeiten wird es noch interessant sein, die Rolle der *Mundas* zwischen den beiden Systemen genauer zu beleuchten, was im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich war.

Auch wenn der Aufbau der beiden Systeme – abgesehen von geografischen Abweichungen und Unterschieden in der Größe der Verwaltungsgebiete – auf den ersten Blick Parallelen in der Struktur aufweist, sind Panchayati Raj Institutionen und traditionelle politische Systeme der Adivasi grundsätzlich voneinander zu unterscheiden, wie mir meine InformantInnen klar machen. Panchayati Raj Institutionen verfolgen das Prinzip der demokratischen Wahlen mit Mehrheitsabstimmung zur Ernennung seiner RepräsentantInnen, während traditionelle Systeme nach Gesetzen der Erbfolge gehen. Dabei darf die Form der traditionellen politischen Systeme – etwa der *Munda* und *Oraon* – aber nicht mit Monarchie verwechselt werden, denn Entscheidungen werden an

öffentlichen Plätzen im Kollektiv getroffen.<sup>484</sup> Traditionelle Autoritäten stammen zwar in der Regel aus dem Clan der ersten Siedler, das bedeutet aber nicht, dass sich die Nachfolge automatisch auf eine bestimmte Person bezieht, und auch nicht, dass diese auf Lebenszeit AmtsträgerIn sein muss. Es stellen sich in diesen Systemen – neben den Munda und Oraon ähnlich auch bei anderen indigenen Völkern in Jharkhand – keine KandidatInnen zur Wahl. Potenzielle Anwärter waren früher männliche Nachkommen in patrilinear ererbter Erbfolge. Heute werden – wie bereits erwähnt – auch Frauen als Nachfolgerinnen anerkannt. Wer von den potenziellen AnwärterInnen als geeignet befunden wird, ein Amt anzutreten, wird in kollektiven Entscheidungsfindungsprozessen bestimmt.<sup>485</sup> Dabei können, wie Sanga in Kunthi beobachtet, Nachfolger etwa der *Mundas* auch relativ jung (Anfang 20) sein.<sup>486</sup> Es wird demzufolge heute nicht unbedingt, wie weitgehend beschrieben, ein Ältestenrat gebildet. Erweisen sich AmtsträgerInnen als nicht kompetent oder korrupt, oder werden sie aus einem anderen Grund nicht mehr anerkannt, wird nach anderen möglichen NachfolgerInnen gesucht.<sup>487</sup>

Als RepräsentantInnen der Gemeinschaft, erhalten *Mundas/ Parha Rajas* kein fixes Einkommen, von dem sie leben können. Wenn der Einsatz der *Mundas/ Parha Rajas* gefordert wird, bekommen sie eine kleine Aufwandsentschädigung.<sup>488</sup> Für diese AmtsträgerInnen ist es daher, wie für alle anderen DorfbewohnerInnen bei den Munda und Oraon, in der Regel notwendig, auf ihren Feldern oder in Erwerbsjobs zu arbeiten, um die eigene Familie ernähren zu können. Das Potenzial, Zeit und Engagement aufbringen zu können, gehört daher neben der nötigen Anerkennung durch die Dorfgemeinschaft zu wesentlichen Kapitaleinsätzen, die AmtsträgerInnen in diesen traditionellen Systemen mitbringen müssen. Aus diesem Grund nimmt vermutlich auch nicht jede/r, der/ die darum gebeten wird, einen solchen Posten sofort an.<sup>489</sup> Mukta Horo etwa sollte Manki werden, nachdem ihr Mann die Position aus Zeitmangel ablehnte, und auch sie bei allen politischen Treffen des Parha anwesend war und mit ihrem Engagement und ihren Ideen

---

<sup>484</sup> Zur weiterführenden Lektüre siehe Ausführungen zu Prozeduraler Gerechtigkeit bei: Zips (2002): 177-234

<sup>485</sup> Simon Minj, am 14.01.2012; Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>486</sup> Vgl.: Sanga (2010): 56

<sup>487</sup> Informelle Gespräche mit Pushpa Toppo u.a.

<sup>488</sup> Simon Minj, am 14.01.2012; Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>489</sup> Ebda

überzeugte. Simon Minj meint, er sei schon lange im Amt und bald zu alt dafür, weshalb er es bereits abgeben wollte. Doch die Leute wollen ihn, seinen Ausführungen zufolge, nicht gehen lassen. Dieser Zuspruch bestärke ihn darin, seine Arbeit als Parha Raja noch weiter zu führen. Da er dies gewissenhaft mache, würde ihn auch niemand in Frage stellen.<sup>490</sup>

Adivasi glauben meinen Beobachtungen zufolge sehr an Stärke und Vorzüge ihrer traditionellen Systeme und sehen in ihren säkularen Führungskräften fähige Personen, denen von allen MitbürgerInnen der Gemeinschaft zugetraut wird, die Herausforderungen ihres Amtes zu meistern. Wohl und Zusammenhalt der Gemeinschaft müssen diesen Personen am Herzen liegen, sonst würden sie nicht bestimmt bzw. im Zweifelsfall wieder abgesetzt.<sup>491</sup> In Panchayati Raj Institutionen hingegen werden RepräsentantInnen nach Mehrheitsabstimmungen immer jeweils auf 5 Jahre gewählt. Im Zweifelsfall kann der Gouverneur Mitglieder der Panchayats ihres Amtes entheben.

Im Gegensatz zu den traditionellen politischen Systemen der Munda und Oraon können sich für Panchayati Raj Institutionen „alle“, ob aus dem Clan der ersten Siedler oder nicht, zur Wahl aufstellen lassen – allerdings mit der Einschränkung, dass in Scheduled Areas Vorsitzpositionen nur an Scheduled Tribes vergeben werden. In den traditionellen Systemen der Oraon und Munda etwa liegt die Verantwortung der Verwaltung beim Clan der ersten Siedler, was dadurch legitimiert wird, dass dieser das Dorf und das politische System aufgebaut hat und Zugereisten – sogenannten *Rayats* – Nutzungsrechte über Teile des kommunalen Landes vergibt. Die Legitimation, in staatlichen Panchayats in Scheduled Areas Vorsitzpositionen den Scheduled Tribes vorzubehalten, ist allerdings umstritten.

Bei der Unterscheidung der Wahlen für Panchayati Raj Institutionen und von indigenen Autoritäten hebt Simon Minj den Aspekt der Parteienbildung hervor. Dieses Phänomen sei in den traditionellen Systemen der Adivasi nicht vorhanden, in denen die Gemeinschaft an einem Strang ziehe. Bezüglich der Panchayat-Wahlen meint Simon Minj zynisch: Man stelle 10 Personen zur Wahl auf, um so die Dorfgemeinschaft aufzuspalten. Für seine Position als Parha Raja habe sich niemand kandidiert, auch er nicht. Die Gemeinschaft hat darüber gesprochen, wer für das Amt geeignet wäre, und ihn gebeten, es zu übernehmen. Die

---

<sup>490</sup> Ebda

<sup>491</sup> Ebda

Panchayat-Wahlen seien seiner Ansicht nach nicht dazu da, um die Dorfgemeinschaft zu stärken, sondern um sie zu zerstören.<sup>492</sup> Simon Minj, der seine Position als Parha Raja wie die eines Familienoberhauptes sieht, meint, dass die Institutionen der staatlichen Panchayats Personen an Machtpositionen brächte, die dafür höchst ungeeignet seien, weder Erfahrung noch ehrenhafte Visionen mitbrächten und ihre Aufgaben nicht erkennen würden. Die Möglichkeit, dass sich mehrere KandidatInnen aufstellen lassen können, führe daher zu nichts Gutem. Denn durch die so verursachte Parteienbildung würde der Zusammenhalt im Dorf geschädigt und die Dorfgemeinschaft auseinandergerissen. Im Parha-System würden RepräsentantInnen aufgrund ihrer Fähigkeiten gewählt und nicht in Wahlen mit Mehrheitsabstimmung, bei denen jeder kandidieren könne.<sup>493</sup> Doch auch Simon Minj hat sein Glück in den ersten Panchayat-Wahlen in Jharkhand versucht, wodurch er vermutlich hauptsächlich das traditionelle System schützen wollte. Er wurde allerdings nicht gewählt.<sup>494</sup> Seine Chancen sind in diesem System, das nach anderen Spielregeln als das Parha-System läuft, vermutlich auch nicht besonders hoch einzuschätzen. Wie sich noch zeigen wird, sind die Panchayat-Wahlen nicht zuletzt auch mit Geld und Korruption verbunden.

## **5.2 Traditionelle politische Systeme der Adivasi vor einem Wendepunkt?**

Schon vor den ersten Panchayat-Wahlen im Bundesstaat Jharkhand gab es Kontroversen bezüglich deren Einführung und der Art der Umsetzung von Panchayati Raj Institutionen. Die Regierung in Jharkhand argumentierte, dass Gewohnheitsrechte nicht mehr praktiziert würden und daher keine speziellen Bestimmungen für Scheduled Areas veranschlagt werden müssten. Gleichzeitig wurden, Sundar zufolge, Rundschreiben an Beamte ausgehändigt, in denen Strukturen im Gewohnheitsrecht beschrieben werden, die bei der Konsultation von Gram Sabhas berücksichtigt werden sollten. Generell Gegner der Einführung von Panchayats in Scheduled Areas waren auch Adivasi, die an ihren traditionellen politischen Systemen festhalten wollen, welche mit den Strukturen und Prozessen der Panchayati Raj Institutionen nicht vereinbar seien. Einige Nicht-Adivasi

---

<sup>492</sup> Simon Minj, am 14.01.2012

<sup>493</sup> Ebda

<sup>494</sup> Ebda

protestierten wiederum, dass durch das Reservieren von Vorsitzpositionen in Scheduled Areas für Scheduled Tribes und für traditionelle Autoritäten in Gram Sabhas ihre Bürgerrechte verletzt würden. Proteste führten schließlich dazu, dass manche der früheren Scheduled Areas heute nicht mehr als solche gelten, da Adivasi dort nicht in der Mehrheit seien. Naxaliten stellten sich ebenfalls gegen die Einführung von Panchayats und gründeten, laut Sundar, eigene Dorfräte.<sup>495</sup>

Gladson Dungdung meint, dass von Naxaliten einerseits deklariert werde, dass sie die Wahlen boykottieren, dass sie andererseits in der Praxis aber auch ihre eigenen KandidatInnen aufstellen würden.<sup>496</sup> Die Zentralregierung und einige NGOs forderten Panchayat-Wahlen nach bestehenden Gesetzen. Spekuliert wird auch, dass es seitens der Regierung in Jharkhand eine Verzögerungstaktik zur Implementierung der Panchayati Raj Institutionen gab, da im Zuge von Landaneignungen erst Gram Sabhas konsultiert werden müssen, die aber aufgrund fehlender Panchayat-Wahlen noch nicht bestünden. Das Ziel dabei sei, nach Sundar, Bestimmungen von PESA zu umschiffen, die eine Einwilligung von Gram Sabhas vor Landakquisitionen normieren.<sup>497</sup> Auf Anordnung des Supreme Court, die Wahlen nach bestehenden Gesetzen durchzuführen, fanden schließlich Ende 2010 erstmals Panchayat-Wahlen im Bundesstaat Jharkhand statt.

Mukta Horo berichtet, dass sich auch einige *Munda* zur Wahl stellten und manche davon die Wahl für sich entschieden haben. Die Panchayat-Funktionäre seien alle gewählt, doch das System würde meinen InterviewpartnerInnen zufolge noch nicht funktionieren. Sowohl Mukta Horo als auch Simon Minj meinen, dass bis jetzt von irgendwelchen Tätigkeiten der Panchayats noch nichts zu bemerken sei. Simon Minj betont, dass die VertreterInnen der gewählten Panchayats nicht gewissenhaft arbeiten würden, und anstatt Probleme zu lösen oder Fälle aufzuklären, würden sie nur mehr Probleme erzeugen und auch untereinander streiten. „*So our purpose is not that to make gap in between, but it is to join all the groups and make like a good rapport and a good situation, like peaceful situation. So, that they have never done.*“<sup>498</sup> Simon Minj glaubt auch nicht, dass sich das ändern wird, da VertreterInnen

---

<sup>495</sup> Vgl.: Sundar 2005: 4430f.

<sup>496</sup> Gladson Dungdung, am 19.01.2012

<sup>497</sup> Vgl.: Sundar 2005: 4430f.

<sup>498</sup> Simon Minj (Übersetzung: Pushpa Toppo), am 14.01.2012

der Panchayats nur hinter Geld her seien.<sup>499</sup> Das traditionelle System funktioniere hingegen nach wie vor. Auch *Mundas* seien durch die neue Rechtslage verunsichert, hielten sie sich aber, Mukta Horo zufolge, vorwiegend nach wie vor an das vertraute traditionelle System.<sup>500</sup>

Durch die Einführung der Panchayati Raj Institutionen wurden neue rechtspluralistische Strukturen geschaffen. Auch wenn Panchayati Raj Institutionen in Jharkhand heute noch nicht richtig funktionieren und arbeiten würden, wird die Stärke der traditionellen Systeme im heutigen Kontext unterschiedlich eingeschätzt. Karma Oraon zufolge sind die traditionellen Systeme in Jharkhand vielerorts am Verschwinden und haben zum Teil nur mehr symbolische Funktion. Gleichzeitig stellt er fest, dass heute einige – seine Person eingeschlossen – dafür eintreten, dass diese traditionellen Systeme wiederbelebt, gestärkt und nicht zuletzt vom Staat anerkannt werden sollen. Viele der BefürworterInnen der traditionellen Systeme wüssten allerdings leider nicht besonders gut über den Aufbau der Parha-Systeme bescheid. Karma Oraon geht davon aus, dass die Menschen zweifelsohne ihre Entscheidungen in Parha-Systemen fällen würden, wenn diese wiederbelebt würden. Momentan herrschen ihm zufolge Konflikte und Widersprüche zwischen den Systemen vor. Karma Oraon spricht auf der einen Seite vom „state sponsored panchayat system“ und auf der anderen – bezogen auf traditionelle politische Systeme der Adivasi – vom „peoples sponsored panchayat system“.<sup>501</sup> Adivasi haben ein reiches Kulturerbe. Laut Karma Oraon, wollen sie ihre traditionellen Systeme nicht aufgeben, da sie unter anderem auch oft nicht gut genug lesen und schreiben können, sodass für sie eine faire Partizipation im fremden staatlichen Regierungssystem kaum möglich wäre.<sup>502</sup>

Mukta Horo und Simon Minj sehen in den Panchayati Raj Institutionen keine Anerkennung gewohnheitsrechtlicher Strukturen. Stattdessen werde nach ihrer Einschätzung versucht, ihre traditionellen Systeme abzulösen. In der gesellschaftlichen Realität bestehen diese neben staatlichen Panchayati Raj Institutionen in einem neu strukturierten rechtspluralistischen Kontext bzw. einer Neuordnung der Governance weiter. Und

---

<sup>499</sup> Ebda

<sup>500</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012; Simon Minj, am 14.01.2012

<sup>501</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>502</sup> Ebda

während traditionelle Systeme zwar in einigen Gegenden Jharkhands heute nicht mehr existieren, so wurden auf der anderen Seite in Bundu in den letzten Jahren 4 Parhas neu gegründet. Mukta Horo wurde in der neu erschlossenen Region des Pargana als erste zeremoniell als Manki geehrt. Sie selbst hat in der Folge drei weitere Parhas in Bundu ins Leben gerufen.<sup>503</sup>

Als grundsätzlicher Unterschied zwischen dem traditionellen und dem staatlichen System wird immer wieder hervorgehoben, dass das Erstere, soweit die Menschen zurückdenken können, immer schon existiert habe, während das Letztere eine künstliche Schaffung der Regierung sei. Heute herrsche durch diese Neuordnung Anarchie und Verwirrung in den Dörfern.<sup>504</sup> Kollektive Entscheidungen, die im Parha-System getroffen werden, seien in der Regel andere als die, die im staatlichen Panchayat-System – meist durch ein Individuum, etwa Mukhia – gefällt würden.<sup>505</sup> Wenn ein Dorf beispielsweise einen Brunnen möchte, wird das in traditionellen Systemen auf Parha-Ebene diskutiert, so wie dies auch auf Blockebene im Panchayat-System funktioniert. Doch während im Parha-System jeder an Prozessen der Entscheidungsfindung teilnehmen könne, würde im Panchayat Samiti über die Leute hinweg entschieden, wer was bekommt.<sup>506</sup>

Die politische Organisation stünde Karma Oraon zufolge vor einem Wendepunkt. Gelegentlich würden heute Angelegenheiten, die bereits etwa im Dorf-Panch oder Parha-Panch entschieden sind, im Nachhinein dem Gram Panchayat vorgebracht. Wenn Personen das Parha-System oder das staatliche Panchayat-System konsultieren, würden definitiv unterschiedliche Entscheidungen getroffen werden, was zwangsläufig Konflikte erzeuge.<sup>507</sup> Simon Minj betont, dass die beiden Systeme grundverschieden und nicht miteinander vereinbar sind, und hebt dabei hervor, dass das Panchayat-System neu und unausgereift sei, während das traditionelle System gewachsen sei, als alles Leben begonnen habe, und sich daher schon lange bewährt habe.<sup>508</sup>

---

<sup>503</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>504</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012; Munkta Horo, am 08.01.2012; Simon Minj am 14.01.2012

<sup>505</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>506</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>507</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>508</sup> Simon Minj, am 14.01.2012

### **5.2.1 Berücksichtigung von Gewohnheitsrechten in Panchayats**

Das Panchayat-System ist durch die Regierung rechtlich verankert. Das Parha-System auf der anderen Seite, das traditionell in der Gesellschaft verankert ist, wurde nicht rechtlich abgesichert, was nach Karma Oraon zu Konflikten führt. Es werde behauptet, dass das Parha-System in Scheduled Areas zu einem gewissen Grad mit der Institution des Gram Sabha durch die Verfassung geschützt sei. In der Praxis sei das aber nicht zu bemerken. Die Entscheidung des Gram Sabha soll nach PESA die Basis für alle Entscheidungen des Gram Panchayat, Panchayat Samiti und des Zila Parishad sein.<sup>509</sup> In der Realität werden in Jharkhand Entscheidungen aber auch – wie bereits erwähnt – gegen den Willen von Gram Sabhas beschlossen, bzw. diese teilweise erst gar nicht konsultiert.

Karma Oraon zufolge ist ein Hauptmerkmal der gesetzlichen Panchayats in Scheduled Areas, dass sie einige der Aspekte des Gewohnheitsrechts von den traditionellen Systemen übernehmen, wobei behauptet werde, dass gewohnheitsrechtliche Prinzipien auf Ebene des Gram Sabha weiterbestehen würden.<sup>510</sup> Tatsächlich fungieren Gram Sabhas in Jharkhand allerdings nur – wenn überhaupt – als beratender Körper in Fragen bezüglich Entwicklungsprojekten und -programmen. Kommt es zu Rechtsstreitigkeiten, werden diese nach den Vorgaben der indischen Regierung in staatlichen Gerichten verhandelt. Diese bräuchten oft einige Zeit – und damit wesentlich länger als traditionelle indigene Gerichte –, um rechtskräftige Urteile zu fällen. Die Gesetze der Indigenen hätten sich unabhängig von der staatlichen Gesetzgebung entwickelt. Im Endeffekt dürften sich aber auch staatliche Gerichte nicht gegen Gewohnheitsrechte der Adivasi stellen. ExpertInnen für Gewohnheitsrecht sind allerdings vornehmlich in den traditionellen Systemen vertreten.<sup>511</sup>

Staatliche Panchayati Raj Institutionen in Scheduled Areas sollen Gewohnheitsrechte anerkennen und Partizipation in allen Entscheidungen, die die jeweiligen Dörfer betreffen, ermöglichen.<sup>512</sup> Planungsprozesse für den Beschluss spezifischer Entwicklungsprogramme können – wie bereits erwähnt – sowohl Top-Down, als auch Bottom-Up verlaufen.

---

<sup>509</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>510</sup> Ebda

<sup>511</sup> Ebda

<sup>512</sup> P.C. Oraon, am 09.01.2012

Grundsätzlich sollen aber vor jeder Planumsetzung die betreffenden Gram Sabhas konsultiert werden. Gladson Dungdung erklärt, dass Panchayats nicht funktionieren, da ihnen oft gar nicht die Möglichkeit dazu gegeben werde, Entscheidungen zu treffen oder Beschlüsse umzusetzen. Und er meint, selbst wenn jemand im Panchayat Entwicklungspläne und -programme verfasse und weitergebe, ende die Planung oft dann, wenn auf einer höheren Ebene im System keiner mehr diesen Plan beachte.<sup>513</sup>

Auch wenn es heißt, dass Panchayats mit allen nötigen Befugnissen ausgestattet sein sollen, um als Körper der lokalen Regierung agieren zu können, so sind einzelne Funktionen auf den verschiedenen Panchayat-Ebenen anhand des JPRA nicht ganz klar. Die Rollen der verschiedenen Ebenen können einander überschneiden, da Einzelheiten der Verantwortungsbereiche nicht definiert werden. In rechtlichen Fällen gibt es keine einheitlichen Vorgehensweisen. Akteure können hier zwischen verschiedenen Foren wählen. Fälle werden zur Polizei bzw. vor Gericht gebracht oder durch einen Panch geklärt. Urteile können dabei Karma Oraon zufolge äußerst unterschiedlich ausfallen. Allerdings müssten staatliche Gerichte – wie bereits erwähnt – Gewohnheitsrechte berücksichtigen. Kommt der Panch zu einem Urteil, müsse dieses daher auch vor staatlichen Gerichten gültig sein.<sup>514</sup>

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass neue rechtspluralistische Strukturen für die einen neue Zwänge und für andere aber neue Möglichkeiten schaffen können, was folglich zu Chancenungleichheiten innerhalb rechtspluralistischer Situationen führen kann. Auf der einen Seite können plurale Rechtskonstellationen den Akteuren Raum eröffnen, Foren der Entscheidungsfindung und Rechtsordnungen zu wählen, die erwartungsgemäß von Vorteil sind. Andererseits ist dieser Raum in der Regel ungleich strukturiert. Die Strategien der Akteure hängen von vielen Faktoren ab. Ökonomische und politische Ziele spielen dabei eine wesentliche Rolle, sowie auch Umstände wie soziale Netzwerke etc., die es ermöglichen, Interessen in einer bestimmten Rechtsordnung oder über einen bestimmten Entscheidungsträger erfolgreich durchzubringen.<sup>515</sup> „Frequently, it tends to be the stronger parties, that are those which can bring to bear their accumulated

---

<sup>513</sup> Gladson Dungdung, am 19.01.2012

<sup>514</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>515</sup> Vgl.: Benda-Beckmann & Benda-Beckmann & Eckert (2009): 11f.

social, political and financial capital, who determine which forum and which set of rules are to govern a particular situation.<sup>516</sup>“

Mukta Horo ist stolz darauf, dass es bis heute nicht nötig war, irgendwelche Fälle, die sich in ihrem Parha zugetragen haben, zur Polizei oder vor staatliche Gerichte zu bringen. Im Gegenteil: Gemeinsam mit der Unterstützung von Mankis aus ihrem Pargana hat sie der Polizei sogar einen Fall entzogen, als diese Jugendliche aus ihrem Dorf als mutmaßliche Banditen festgenommen hatte. Aufgrund fehlender Beweislage wurde die Polizei von den Mankis angeblich davon überzeugt, keine Fälle mehr aus dieser Gegend eigenmächtig zu übernehmen, da Verbrecher, falls es notwendig sei, von den traditionellen Autoritäten selbst zur Polizei gebracht würden. Mukta Horo meint, selbst wenn es gröbere Auseinandersetzungen oder Vergehen gäbe, würde erst im Dorfrat über diese Fälle verhandelt, dann bei Bedarf im Parha und eventuell im Pargana. Erst wenn der Fall gar nicht selbst gelöst werden könne, würde man überlegen, ihn der Polizei zu übermitteln, wozu es aber – wie bereits erwähnt – bis dato nicht gekommen sei. Ob sich das nun mit den Panchayats ändern würde, sei unklar.<sup>517</sup>

### **5.2.2 Korruption in Strukturen der Entwicklungsplanung**

Simon Minj<sup>518</sup> unterscheidet die Institutionen des Panchayat und des Parha mit seinen eigenen Worten. Bezogen auf die Panchayati Raj Institutionen meint er: Die Menschen plündern, teilen und essen. Für das Parha-System hingegen gelte: Du siehst etwas, du tust etwas, du lehrst etwas, du isst etwas (im Sinne von: Du kümmerst dich um deine Familie) und du bekommst etwas. Simon Minj erzählte mir gleich zu Beginn unseres Treffens von einer Aktion, die für sein Parha hier als Beispiel gelten kann. Er sah, dass einige Leute in einer Gegend des Parha nicht gewissenhaft ihrer Arbeit nachgingen. Er wusste, dass die Menschen in dieser Gegend Anhänger des Adivasi-Helden Tana Bhagat sind. Als Interventionsmaßnahme ließ er daher von ihnen eine Tana Bhagat Statue bauen, und meinte, sie sollen sich an ihrem Helden wieder ein Vorbild nehmen. Die Arbeiten an der Statue motivierten die Dorfbewohner, ihr Leben wieder aktiver in die Hand zu nehmen.

---

<sup>516</sup> Ebda: 12

<sup>517</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>518</sup> Simon Minj, am 14.01.2012

Und sie hätten sich so auch einen Ort geschaffen, an dem sie immer Kraft tanken können. Aus Dankbarkeit für diese Intervention bauten sie ihrem christlichen Parha Raja Simon Minj eine Marienstatue.<sup>519</sup>

Entwicklungsprojekte, die im Rahmen der Panchayat-Struktur geplant werden, werden von der Zentralregierung und den State Governments finanziert. Entwicklungsgelder, die von der indischen Regierung etwa für Programme zur Bekämpfung von Armut veranschlagt werden, dienen jedoch selten den DorfbewohnerInnen. Diese Gelder gehen nicht direkt an die ausgewählten Dörfer, sondern fließen über alle Ebenen des Panchayat-Systems, von der Regierung über den Bezirk zum Block und dann weiter zum Dorf. Auf jeder Ebene werden dabei offenbar von korrupten Beamten Gelder abgezweigt.<sup>520</sup> „*All the people are being bribed. They are going to involve themselves in the corruption making process.*“<sup>521</sup> Minj geht davon aus, dass Mukhias das Geld, das sie für die Wahlen ausgegeben haben, über Förderprogramme der Regierung wieder herein zu bekommen versuchen, um es dann in die eigene Tasche zu stecken.<sup>522</sup>

Korruption beginne, so meinen VertreterInnen der lokalen Bevölkerung und traditioneller Autoritäten, schon mit den sogenannten „demokratischen“ Wahlen. Gladson Dungdung stellt fest, dass vor allem rund um die Wahlen Korruption zu beobachten sei. Von den KandidatInnen, die sich zur Wahl aufstellen lassen, würden Gelder ausgegeben, Alkohol ausgeschenkt und diverse unlautere Versprechungen gemacht, um Stimmen zu gewinnen. Unternehmen gäben Gelder für KandidatInnen aus, um ihre Interessen durchzubringen. Bestechung sei keine Seltenheit. Das Panchayat-System bringe daher mit seinen „demokratischen“ Wahlen Korruption in die Dörfer.<sup>523</sup> Während in den traditionellen Systemen der Adivasi kein Geld benötigt werde, um Führungspersönlichkeiten zu ermitteln, werde für die Panchayat-Wahlen Geld ausgegeben, um die Stimmen der Wähler zu erkaufen.<sup>524</sup>

---

<sup>519</sup> Ebda

<sup>520</sup> Gladson Dungdung, am 19.01.2012; P.C. Oraon, am 09.01.2012

<sup>521</sup> Karma Oraon, am 05.01.2012

<sup>522</sup> Simon Minj, am 14.01.2012

<sup>523</sup> Gladson Dungdung, am 19.01.2012

<sup>524</sup> Karma Oraon am 05.01.2012; Simon Minj am 14.01.2012

### **5.2.3 Die veränderte Situation für die Arbeit traditioneller Autoritäten**

Auch wenn die staatlichen Panchayats in Jharkhand offenbar noch kaum funktionieren, wirken sie sich auf die Arbeit traditioneller Autoritäten aus. Mukta Horo meint, dass sie viel mehr machen könnte. Sie habe einige Ideen für die Entwicklung. Heute seien aber viele ihrer früheren UnterstützerInnen in die staatliche Parteipolitik gegangen und helfen ihr nicht mehr im Manki-Munda-System, was die Organisation in einigen Bereichen erschwere. Dennoch fehle es ihr nicht an Ideen oder an der Fähigkeit, Menschen zum Mitziehen zu überzeugen. Wenn sie eine Aussendung an die *Mundas* mache, würden sie alle so schnell wie möglich kommen, ohne sie in Frage zu stellen. Auch fürchte sie keine Konfrontation. Doch was sie brauche, um mehr bewirken zu können, sei finanzielle Unterstützung. Auch FotografInnen und JournalistInnen, die bezahlt werden müssten, seien notwendig, um verschiedene Tätigkeiten des Parha zu dokumentieren. Eine der größten Herausforderungen in der Entwicklung der Adivasi sei nach ihrer Einschätzung, dass die Menschen, die Geld haben, um Projekte umzusetzen, nicht das richtige Know How dafür haben, und diejenigen, die das Know How haben, auf der anderen Seite kein Geld. Denn Menschen, die gebildet sind, lesen und schreiben können und Geld haben, kennen die indigenen Sprachen, kulturelle Aspekte und Systeme der Adivasi in der Regel nicht, und haben damit nicht das richtige Hintergrundwissen für Entwicklungsfragen der Adivasi. Diejenigen, die zwar vielleicht schulisch ungebildet sind, doch dieses kulturelle Know How haben und etwas bewirken möchten, haben kaum die nötigen finanziellen Mittel.<sup>525</sup>

Geld für die Entwicklung des Systems und der Dörfer würde im Parha-System nur innerhalb der Dörfer generiert. Auf die Frage, ob sie nicht Fonds von der Regierung erhalten könnten, oder das offenbar noch nicht funktionierende Panchayat-System für sich nutzen könnten, um Gelder für Entwicklungsprogramme zu erlangen, meint meine Übersetzerin Pushpa Toppo<sup>526</sup>, die Mukta Horo darin bestärkt, das Manki-Munda-System aufrecht zu erhalten: Wenn sie das Geld von der Regierung nähme, würde sie zum Diener der Regierung. Das Parha-System sei das eigene System und gebe damit die Möglichkeit, Entwicklung so zu gestalten, wie man es selbst möchte. Daher wollen sich traditionelle

---

<sup>525</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>526</sup> Aktivistin im Forest Movement

Autoritäten, um unabhängig agieren zu können, nicht an die staatliche Regierung wenden.<sup>527</sup>

Simon Minj hingegen nutzt gewisse Programme der indischen Regierung. So organisiert er etwa den Verkauf von Überschussproduktion in der Agrarwirtschaft. Da auf den Märkten oft nicht korrekte Preise erzielt werden, kauft die Regierung Erzeugnisse zu festgelegten Preisen ab. Solange die staatlichen Entwicklungsprojekte sinnvoll seien, habe er kein Problem damit, doch seiner Ansicht nach sei die indische Regierung auch oft blind. Der schulisch ungebildete Parha Raja Simon Minj, der weder lesen noch schreiben kann, stellt die indische Regierung in folgendem Beispiel in Frage. Als er einen von der Regierung bezahlten Ingenieur fragt, wieviele Ziegel für eine Hauswand benötigt würden, musste er feststellen, dass der Ingenieur weder ohne Papier und Stift die Berechnung durchführen konnte, noch, dass er in der Lage gewesen wäre, ein paar Ziegel zusammenzumauern, geschweige denn selbst eine Mauer zu bauen. Simon Minj, der schon einige bauliche Projekte innerhalb des Parha – wie Gebäude, Brunnen und Kanalsysteme – umgesetzt hat, führe solche Kalkulationen im Kopf durch. Der Parha Raja meint, die indische Regierung sei blind. Denn Simon Minj zufolge erhalte besagter Ingenieur von der Regierung, „ohne irgendetwas zu leisten“ mehr als das 300fache seiner Männer, die die ganze Arbeit machen würden und vier oder fünfstöckige Häuser bauen. Aus diesem Grund heuert Simon Minj keine Ingenieure mehr an. Seine Brunnen beispielsweise seien außerdem kostengünstiger und effektiver als die üblicherweise bei Ingenieuren in Auftrag gegebenen. Er betont z.B., dass er Brunnenwände nicht zuzementiere, sodass auch Grundwasser ins Innere des Brunnens dringen könne.<sup>528</sup>

Interessant ist auch die Tatsache, dass von der Regierung in Auftrag gegebene Einrichtungen wie Schulen und Health Care Centres o.äh. von Adivasi in Jharkhand regelmäßig als fremde Einrichtungen aufgefasst werden, die nicht der Bevölkerung, sondern der Regierung gehören, was darauf hinweist, dass Entwicklungsprojekte in dieser Region häufig eher Top-Down als Bottom-Up entstehen und kaum im Sinne einer selbstbestimmten Planung verstanden werden können. Inwiefern sich diese Situation

---

<sup>527</sup> Mukta Horo, am 08.01.2012

<sup>528</sup> Simon Minj, am 14.01.2012

durch die Einführung der Panchayati Raj Institutionen in Jharkhand verändert, bleibt abzuwarten. Um Selbstbestimmung zu fördern, gibt es in der Bevölkerung unterschiedliche Ansichten bezüglich anzustrebender Vorgehensweisen. Einerseits werden in der Stärkung des staatlichen Panchayat-Systems Potenziale zur Beseitigung von Diskriminierung und Chancenungleichheiten gesehen. Andererseits besteht der Wunsch, dass traditionelle Autoritäten gestärkt werden. Letztere werden sich in Zukunft aber voraussichtlich zunehmend mit dem Einfluss der Panchayati Raj Institutionen auseinandersetzen müssen, auch wenn diese derzeit noch relativ schwach erscheinen mögen.

## **CONCLUSIO**

Im Rahmen dieser Arbeit wurde versucht, die Entwicklung der Adivasi in Jharkhand aus ethnohistorischer Sicht mittels der analytischen Konzepte Governance und Rechtspluralismus zu beschreiben. Damit ist per se kein Maßstab zur Beurteilung oder Bevorzugung einer bestimmten Konstellation in den einander überschneidenden Feldern von Politik und Recht gegeben. Die Analyse möglicher Auswirkungen der staatlichen Panchayats auf die Entwicklung der Adivasi in Zusammenhang mit deren traditionellen politischen Systemen bezieht sich daher vorwiegend auf Fakten im Zusammenhang mit Gesetzgebung sowie Erfahrungen und Einschätzungen meiner InterviewpartnerInnen. An dieser Stelle sei noch einmal angemerkt, dass gewählte Panchayats in Jharkhand noch nicht lange bestehen. Weitere Analysen zur Entwicklung der Adivasi durch die Einführung von Panchayats in Jharkhand zu einem späteren Zeitpunkt werden daher noch wesentlich zum Verständnis der Situation beitragen können. Ich hoffe, dazu mit meiner Arbeit, welche die Situation aus derzeitiger Sicht in ihrer historischen Tiefe zu beschreiben versucht, einen Beitrag zu leisten.

In der Gesetzgebung bezüglich der Panchayats in Scheduled Areas für Jharkhand ergeben sich diverse Unstimmigkeiten und Widersprüche – sowohl innerhalb des Jharkhand Panchayat Raj Act (JPRA) als auch zwischen dem nationalstaatlichen Panchayat Extension to Scheduled Areas Act (PESA) und dem bundesstaatlichen JPRA, und darüber hinaus zwischen JPRA und anderen in Jharkhand gültigen Gesetzen. Hinzu kommt, dass neben dem indischen Staat auch andere Akteure in der Governance zu berücksichtigen sind. Wohnheitsrechte der Adivasi sind innerhalb der Panchayats in Scheduled Areas zu berücksichtigen, was aber durch die derzeitige Gesetzgebung nicht umfassend garantiert zu sein scheint, wenn Bestimmungen für Panchayats mit Strukturen traditioneller politischer Systeme der Adivasi verglichen werden.

Auch international gelten einige in Erklärungen, Konventionen und Richtlinien normierte Prinzipien, die indigene Völker betreffen, in Anlehnung an Zips-Mairitsch bereits als Wohnheitsrecht. Wesentlich dabei erscheinen Rechte auf Selbstbestimmung und auf Erhalt der Kultur. Inwiefern diese Rechte durch Panchayats Berücksichtigung finden oder

finden könnten, werden RechtswissenschaftlerInnen besser einschätzen können. Allerdings wurde in dieser Arbeit darauf hingewiesen, dass es diesbezüglich bei den derzeitig vorgesehenen Strukturen der Panchayati Raj Institutionen offenbar Mängel gibt. Und historische Erfahrungen der Adivasi mit Diskriminierung und Unterdrückung stehen weiter auf der Tagesordnung. Aufgrund von Widersprüchen in der Gesetzgebung, aber auch aufgrund des sich ausbreitenden Phänomens der Korruption werden Adivasi weiterhin ausgebeutet und im Namen der Entwicklung von ihrem Land vertrieben.

In der Governance spielen abgesehen von internationalen Foren, dem Staat und indigenen politischen Systemen auch weitere Akteure wesentliche Rollen. Dazu gehören in Jharkhand NGOs, Kirchen, Bürgerinitiativen wie die sogenannten Forest Movements, Industrieunternehmen aber auch Naxaliten und Paramilitärs. Aus historischer Sicht muss auch das britische Kolonialregime genannt werden, welches in Jharkhand starke Spuren hinterlassen hat – unter anderem durch Gesetze, die weiterhin gültig sind. So formen Akteure mit verschiedensten Interessen die Entwicklung der Adivasi in Jharkhand mit.

## **Abkürzungsverzeichnis**

AIPP	Asia Indigenous Peoples Pact
AJSU	All Jharkhand Students Union
BJP	Bharatiya Janata Party
CDP	Community Development Programme
CERD	(UN) Committee on the Elimination of Racial Discrimination
COJM	Committee on Jharkhand Matters
CPI	Communist Party of India
CRZ	Compact Revolutionary Zone
ECOSOC	(UN) Economic and Social Council
ILO	International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)
ITDP	Integrated Tribal Development Projects
IWGIA	International Work Group for Indigenous Affairs
JCC	Jharkhand Coordination Committee
JHRM	Jharkhand Human Rights Movement
JJBA	Jharkhand Jangal Bachao Andolan (Jharkhand-schütze-den-Wald-Bewegung)
JMM	Jharkhand Mukti Morcha
JPRA	Jharkhand Panchayati Raj Act
LAMPS	Large Area Multipurpose Cooperative Societies
MADA	Modified Area Development Approach
MOU	Memorandum of Understanding
NAC	National Advisory Council
NFFPFW	National Forum of Forest People and Forest Workers
NFRAC	National Forest Rights Act Committee

NGO	Non-Governmental Organisation (Nicht-Regierungs-Organisation)
PESA	Panchayat Extension to Scheduled Areas Act
PTG	Primitive Tribal Groups
SEZ	Special Economic Zones
SMPTB	Special Multipurpose Tribal Block
TDA	Tribal Development Agencies
TDB	Tribal Development Blocks
TISCO	Tata Iron and Steel Company
TSP	Tribal Sub Plan
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples
UNO	United Nations Organisation
UPA	United Progressive Alliance
WCIP	World Council of Indigenous Peoples
WGIP	(UN) Working Group on Indigenous Populations

## **Literaturverzeichnis**

- Alam, Javeed (1993): Fragmented Culture and Strangulated Existence: Jharkhand's Culture Encounter with the Modern. In: Mrinal Miri (Ed.): Continuity and Change in Tribal Society. Indian Institute of Advanced Study, New Delhi.
- Areeparampil, Mathew (2003): Historical Basis of the Name of Jharkhand. In: Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (Ed.): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa, 349-351.
- Balakrishnan, Rajiv (2004): Jharkhand: Past, Present and Future. In: Balakrishnan, Rajiv (Ed.): Jharkhand Matters. Essays on Ethnicity, Regionalism and Development. Konark Publishers PVT Ltd., Delhi, 3-26.
- Banerjee, Krishna Gopal (2009): Jharkhand an Outline. Jharkhand The 28<sup>th</sup> State of the Union of India. Kailash Paper Conversion (P) Ltd., Ranchi.
- Barnard, Alan (2000): History and Theory in Anthropology. University Press, Cambridge.
- Benda-Beckmann, Franz von, Keebet Benda-Beckmann und Julia Eckert (2009): Rules of Law and Laws of Ruling: Law and Governance between Past and Future. In: Benda-Beckmann, Franz von, Keebet Benda-Beckmann und Julia Eckert (Ed.): Rules of Law and Laws of Ruling. On the Governance of Law. Farnham and Burlington, Ashgate, 1-30.
- Bosu Mullick, S. (2003): Jharkhand Movement: A Historical Analysis. In: Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (Ed.): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa, 244-271.
- Claus, Martina und Sebastian Hartig (2005): Das Koel Karo Staudammprojekt – Eine empirische Studie zum Widerstand der Adivasi in Jharkhand/ Indien. Diplomarbeit. Universität Kassel.
- Corntassel, Jeff J. (2008): Who is Indigenous? "Peoplehood" and Ethnonationalist Approaches to Rearticulating Indigenous Identity. In: Erni, Christian (Hg.): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, aipp; Kopenhagen, Chiang Mai, 51-74.
- Deas, Erica-Irene A. (2008): Standard-setting Activities: Evolution of Standards Concerning Rights of Indigenous Peoples: On the Concept of "indigenous peoples". In: Erni, Christian (Hg.): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, aipp; Kopenhagen, Chiang Mai, 29-48.
- Delhi Forum (2008): Critical Assessment & Recommendations: Lands Acquisition (Amendment) Bill And Rehabilitation and Resettlement Bill 2007. Delhi Forum, Akhil Art Printers, Privatdruck, New Delhi.

- Dharmadhikary, Shripad (2008): Foreword. In: Vartak, Malavika (Ed.): Displacement Juggernaut – Case Studies from States. Delhi Forum, Privatdruck, New Delhi, 1-3.
- Draft Convener's Report: 3rd National Conference, NFFPFW (2011), Ranchi (unveröffentlichter Konferenzbericht).
- Dubey, Muchkund (2004): A Development Strategy for Jharkhand. In: Balakrishnan, Rajiv (Ed.): Jharkhand Matters. Essays on Ethnicity, Regionalism and Development. Konark Publishers PVT Ltd. Delhi, 285-309.
- Erni, Christian (2008): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, aipp; Kopenhagen, Chiang Mai.
- Fuchs, Stephen (1977): The Aboriginal Tribes of India. The Macmillan Press Ltd., London.
- Glenn, H. Patrick (2004): Legal Traditions of the World. Sustainable Diversity in Law. Oxford University Press, Hampshire.
- Girtler, Roland (1972): Die „demokratische“ Institution des Panchayat in Indien. Ein Vergleich des „gesetzlichen“ und des „traditionellen“ Panchayat. Acta Ethnologica et Linguistica Nr. 28, Series Indica 5, Wien.
- Gupta, Jai Prakash (2002): The Customary Laws of the Munda & the Oraon. Jharkhand Tribal Welfare Research Institute, New Bihar Paper Industries, Ranchi.
- Heine-Geldern, Robert von (1937): Die Wanderung der Arier nach Indien in archäologischer Betrachtung. In: Forschungen und Fortschritte. Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik. Nr. 26/27, Berlin.
- Hoffmann, John Baptist, Arthur van Emelen und Peter Hipp (1950): Encyclopedia Mundarica. Superintendent Government Printing, Bihar.
- Kulke, Hermann und Dietmar Rothermund (2010): Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute. Verlag C.H.Beck, München.
- Kumar Jha, Ashok (2004): Women in Panchayati Raj Institutions. Institute for Sustainable Development, Anmol Publications, Delhi.
- Mann, Michael (2005): Geschichte Indiens. Vom 18. Bis zum 21. Jahrhundert. UTB, Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Keshari, B.P. und Ram Dayal Munda (2003): Recent Developments in the Jharkhand Movement. In: Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (Ed.): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa, 216-231.
- Mohan, Hari (1982): Customary Laws of the Korwa tribe. In: Gupta, S.P. (Ed.): Bulletin of The Bihar Tribal Welfare Research Institute Ranchi. Varma's Union Press, Ranchi, 39-44.

- Munda, Ram Dayal (2004): The Jharkhand Movement: A View from Within. In: Balakrishnan, Rajiv (Ed.): Jharkhand Matters. Essays on Ethnicity, Regionalism and Development. Konark PVT Ltd., Delhi, 182-221.
- Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (2003): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa.
- Nayak, Ramanath (2004): Tribal Planning Process. People's Participation in Tribal Sub-Plan. Gagan Deep Publications, Delhi.
- Oraon, Prakash Chandra (2003): A Report on Wilkinsons Rule in the Kolhan Area. Government of India, Welfare Department, Jharkhand Tribal Welfare Research Institute, Ranchi.
- Prasad, Mohan Binod (2002): Santal Parganas Tenancy Manual. Malhota Bros, Patna.
- Roy, A.K. (2003): Jharkhand: Internal Colonialism. In: Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (Ed.): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa, 78-85.
- Roy, Arundhati (2010): Aus der Werkstatt der Demokratie. Fischer, Frankfurt am Main.
- Roy, Pandey R.N. (2009): Handbook on Chota Nagpur Tenancy Laws. Along with Customary Laws in Chota Nagpur. Rajpal & Company, Allahabad.
- Roy, Sarat Chandra (2010a): The Mundas and their Country. Crown Publications. Ranchi.
- Roy, Sarat Chandra (2010b): The Oraons of Chota Nagpur. Their History, Economic Life and Social Organisation. Crown Publications, Ranchi.
- Sanga, Prerna (2010): Negotiating local governance and tribal development. A Study of the Munda Tribe in Jharkhand. Dissertation, Centre for Media and Cultural Studies, Tata Institute of Social Sciences, Mumbai.
- Schlehe, Judith (2003): Formen qualitative ethnografischer Interviews. In: Beer, Bettina (Hg.): Methoden und Techniken der Feldforschung. Dietrich Reimer Verlag, Berlin.
- Scott, James C. (1990): Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance. Oxford University Press, Delhi.
- Sengupta, Nirmal (2003): Jharkhand Movement and Tribal Identity. In: Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (Ed.): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa, 333-347.
- Sharma, Sanjay Prakash (2006): Rural Development and Panchayati Raj. Vista International Publishing House, Delhi.

- Sharma, K.L. (2003): The Question of Identity and Sub-nationality. In: Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (Ed.): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa, 232-242.
- Sieder, Reinhard (2001): Erzählungen analysieren – Analysen erzählen. Narrativ-biographisches Interview, Textanalyse und Falldarstellung. In: Wernhart, Karl R. und Werner Zips (Hg.): Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung. Promedia, Wien.
- Singh, Amar Kumar (2003): Jharkhander Katha: Swadeshi Colonialisation. In: Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (Ed.): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa, 274-317.
- Singh, K.S. (2002): People of India. Oxford University Press, New Delhi.
- Singh, K.S. (2003): Tribal Autonomy Movements in Chotanagpur. In: Munda, Ram Dayal und S. Bosu Mullick (Ed.): The Jharkhand Movement. Indigenous Peoples' Struggle for Autonomy in India. IWGIA u. BIRSA, Kopenhagen u. Chaibasa, 88-109.
- Singh, K.S. (2004): Ecology, Ethnicity, Regionalism and State Formation: An Exploration of the Jharkhand Movement. In: Balakrishnan, Rajiv (Ed.): Jharkhand Matters. Essays on Ethnicity, Regionalism and Development. Konark Publishers PVT Ltd., 116-142.
- Sundar, Nandini (2005): 'Custom' and 'Democracy' in Jharkhand. Economic and Political Weekly, 8. Oktober, 4430-4431, JSTOR.
- Upadhyay, Vijay Shankar und Gaya Pandey (2003): Tribal Development in India. A Critical Appraisal. Crown Publications, Ranchi.
- Vartak, Malavika (2008): Displacement Juggernaut – Case Studies from States. Delhi Forum, Privatdruck, New Delhi.
- Verma, R.C. (2002): Indian Tribes through the Ages. Publications Division, Ministry of Information and Broadcasting, Government of India, New Delhi.
- Vijayan, M.J. (2008): Introduction. In: Vartak, Malavika (Ed.): Displacement Juggernaut – Case Studies from States. DelhiForum, Privatdruck, New Delhi, 4-5.
- Wolf, R. Eric (2010): Europe and the People Without History. University of California Press, London.
- Xaxa, Virginius (2008): The Concept of Indigenous Peoples in India. In: Erni, Christian (Ed.): The Concept of Indigenous Peoples in Asia. A Resource Book. IWGIA, aipp; Kopenhagen, Chiang Mai, 223-239.
- Zips-Mairitsch, Manuela (2009): Verlorenes Land? Indigene (Land)Rechte der San in Botswana. Reimer, Berlin.

Zips, Werner (2002): Theorie einer gerechten Praxis oder: Die Macht ist wie ein Ei. WUV-Universitätsverlag, Wien.

Zips, Werner und Markus Weilemann (2011): The Governance of Legal Pluralism. Empirical Studies from Africa and Beyond. LIT Verlag, Berlin.

## **Internetquellen**

Bmeia:

<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/reiseinformation/a-z-laender/indien-de.html> (11.04.2012)

Censusindia:

<http://censusindia.gov.in/Census Data 2001/India at glance/scst.aspx>  
(08.08.2012)

<http://censusindia.gov.in/Tables Published/SCST/ST%20Lists.pdf> (08.08.2012)

CivilSocietyOnline:

<http://www.civilsocietyonline.com/Archive/dec09/dec094.asp> (08.08.2012)

Countercurrents:

<http://www.countercurrents.org/chitra300811.htm> (08.08.2012)

<http://www.countercurrents.org/dungdung300811.htm> (08.08.2012)

Dailypioneer:

<http://www.dailypioneer.com/state-editions/ranchi/83992-nagri-movement-split-wide-open-after-kanke-promise.html> (10.08.2012);

DownToEarth:

<http://www.downtoearth.org.in/content/forest-rights-act-under-scrutiny>  
(08.08.2012)

Forestmovement:

<http://forestmovement.com/> (08.08.2012)

FRA:

<http://www.forestrightsact.com/what-is-this-act-about> (08.08.2012)

FRACommittee:

<http://fracommittee.icfre.org> (08.08.2012)

Frontierweekly:

<http://frontierweekly.com/reports/jul-12/28-7-12-Ant-Land%20Acquisition%20Movement%20in%20Nagri%20of%20Jharkhand.pdf>  
(10.08.2012)

IndianEmbassy

<http://www.indianembassy.org/dydemo/political.htm> (14.08.2012)

India.gov

<http://india.gov.in/> (14.08.2012)

IntercontinentalCry:

<http://intercontinentalcry.org/india-is-the-judiciary-biased-against-ativasis/>  
(10.08.2012)

Jharkhand.gov:

[http://jharkhand.gov.in/all\\_depts.html](http://jharkhand.gov.in/all_depts.html) (14.08.2012)

[http://www.jharkhand.gov.in/New\\_Depts/welfa/welfa\\_sarea.html](http://www.jharkhand.gov.in/New_Depts/welfa/welfa_sarea.html) (08.08.2012)

Jharkhand.nic:

[http://jharkhand.nic.in/schemes/direct\\_appointment.pdf](http://jharkhand.nic.in/schemes/direct_appointment.pdf) (08.08.2012)

LARR2011:

<http://xa.yimg.com/kq/groups/8951350/901368362/name/Recommendations+on+the+LARR+Bill,+2011.pdf> (08.08.2012)

LegislativeBodiesinIndia

<http://legislativebodiesinindia.nic.in/> (14.08.2012)

Mchstar:

<http://mchstar.org/pdf/whereWeWork/NHSRCJharkhandFactSheet.pdf>  
(08.08.2012)

NewstrackIndia

<http://www.newstrackindia.com/newsdetails/2012/07/22/292-Pranab-Mukherjee-passes-the-presidential-test-with-69-votes-Sangma-manages-31-.html>  
(14.08.2012)

ParliamentofIndia

<http://www.parliamentofindia.nic.in/> (14.08.2012)

PESA.SocialIssuesIndia:

[http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa\\_act\\_1996.pdf](http://socialissuesindia.files.wordpress.com/2011/08/pesa_act_1996.pdf)  
(08.08.2012)

Pib.nic:

<http://pib.nic.in/newsite/erelease.aspx?relid=73569> (20.06.2012)

PlanningCommission:

[http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/12appdrft/approach\\_12plan.pdf](http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/12appdrft/approach_12plan.pdf)  
(08.08.2012)

<http://planningcommission.nic.in/aboutus/history/index.php?about=aboutbdy.ht>

[m](#) (08.08.2012)

<http://planningcommission.nic.in/news/prmar07.pdf> (08.08.2012)

[http://planningcommission.nic.in/reports/genrep/Press\\_pov\\_27Jan11.pdf](http://planningcommission.nic.in/reports/genrep/Press_pov_27Jan11.pdf)  
(08.08.2012)

PresidentofIndia

<http://presidentofindia.nic.in/> (14.08.2012);

Pucl:

<http://www.pucl.org/Topics/Dalit-tribal/2003/ativasi.htm> (08.08.2012)

Subramanian, K.S. (2010): The adivasi voice. Infochange News & Features,

<http://infochangeindia.org/governance/features/the-ativasi-voice.html>  
(08.08.2012)

Telegraphindia:

[http://www.telegraphindia.com/1120629/jsp/frontpage/story\\_15669950.jsp#.UCUfjaDLSgY](http://www.telegraphindia.com/1120629/jsp/frontpage/story_15669950.jsp#.UCUfjaDLSgY) (10.08.2012)

Thaindian:

[http://www.thaindian.com/newsportal/politics/nominations-for-jharkhand-panchayat-polls-begin\\_100451034.html](http://www.thaindian.com/newsportal/politics/nominations-for-jharkhand-panchayat-polls-begin_100451034.html) (08.08.2012)

TimesofIndia

[http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-07-22/india/32787751\\_1\\_mukherjee-and-sangma-vote-value-india-s-13th-president](http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-07-22/india/32787751_1_mukherjee-and-sangma-vote-value-india-s-13th-president)  
(14.08.2012)

[http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-06-20/india/32334868\\_1\\_contest-presidential-polls-pa-sangma-purno-sangma](http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2012-06-20/india/32334868_1_contest-presidential-polls-pa-sangma-purno-sangma)  
(14.08.2012)

Tribal.nic:

<http://tribal.nic.in/> (08.08.2012)

Tribalzone:

<http://www.tribalzone.net/geography/geography.htm> (03.08.2012)

Wikipedia:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Jharkhand> (03.08.2012)

[http://en.wikipedia.org/wiki/Chipko\\_movement](http://en.wikipedia.org/wiki/Chipko_movement) (12.08.2012)

[http://en.wikipedia.org/wiki/List\\_of\\_Chief\\_Ministers\\_of\\_Jharkhand](http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_Chief_Ministers_of_Jharkhand) (14.08.2012)

[http://en.wikipedia.org/wiki/White-collar\\_worker](http://en.wikipedia.org/wiki/White-collar_worker) (08.08.2012)

## **E-Mail**

Gladson Dungdung, am 31.08.2011

Gladson Dungdung, am 01.06.2012

Verteilermail von: Jharkhand Human Rights Movement und Jharkhand Indigenous Peoples Forum, am 15.10.2011

## **Video**

Aadivaasi Song: GAON CHHODAB NAHIN. Directed by Sasi, K.P., Produktion: visual search and actionaid: <http://www.youtube.com/watch?v=F2A6yGZ-QdA>

Victor, Jean-Christophe (2011): Mit offenen Karten. ARTE. Frankreich. (Erstausstrahlung: 20.08.2011, 19:15)

## **Rechtsquellen**

1957 The Indigenous and Tribal Populations Convention, 1957 (ILO No. 107)

1989 The Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 (ILO No. 169)

1996 Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act, 1996, 24.Dezember 1996

2001 Draft of The Jharkhand Panchayat Raj Act, 2001. Jharkhand Act 6, 2001, 10. Mai 2001

2006 The Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act, 2006. New Delhi, 2. Jänner 2007

2006 United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, 29. Juni 2006

2007 Land Acquisition (Amendment) Bill, 2007

2007 Rehabilitation and Resettlement Bill, 2007

2007 The Constitution of India, as modified up to the 1<sup>st</sup> December, 2007, Government of India, Ministry of Law and Justice

2011 The Land Acquisition Rehabilitation and Resettlement Bill, 2011

## Interviews

Bis auf Sanjay Bosu Mullick zählen alle Interviewpartner zu Scheduled Tribes in Jharkhand.

A.U. Hans: Pensionierter Psychologieprofessor

am: 04.04.2011, Ort: Ranchi, Bishop's Lodge; Englisch.

Gladson Dungdung: Menschenrechtsaktivist, Mitglied der Planning Commission

Interview 1, am: 01.05.2011; in seinem Haus in Ranchi; Englisch.

Interview 2, am: 19.01.2012; in seinem Haus in Ranchi, Englisch.

Karma Oraon: Institutsvorstand des Department of Anthropology an der Ranchi University

am: 05.01.2012, Ort: Ranchi University, Department of Anthropology, Office Karma Oraon; Englisch.

Mukta Horo: Manki in Bundu

am: 08.01.2012, Ort: in ihrem Haus in Dassam/ Bundu; Übersetzung von Hindi auf Englisch: Pushpa Toppo (JJBA).

T.M.C. Hans: röm. kath. Priester in Ranchi

am: 28.03.2011, Ort: Privatwohnung von Rev. T.M.C.Hans in Ranchi; Englisch.

P.C. Oraon: ehemaliger Direktor des Tribal Institute, Ranchi

am: 09.01.2012, Ort: Raj Bhavan, Agra House; Englisch.

Sanjay Bosu Mullick: Gründungsmitglied des JJBA, ehemaliger Professor am Xavier Institute for Social Services

am: 01.04.2011, Ort: B.I.R.S.A. –Bindrai Institute for Research Study and Action (kein Tonband); Englisch.

Simon Minj: Parha Raja in Bero

am: 14.01.2012, Ort: vor seinem Haus in Bero; Übersetzung von Hindi auf Englisch: Pushpa Toppo (JJBA).

Xavier Kujur: Mitglied des JJBA

am: 30.4.2011, Ort: B.I.R.S.A. –Bindrai Institute for Research Study and Action (kein Tonband); Englisch.

Gruppeninterview in einer Siedlung in einem Reserved Forest (Oraon)

am: 26.05.2011; Ort: Hütte für öffentliche Versammlungen in der Siedlung; Übersetzung von Sadri auf Englisch: Pradeep Bilung (JJBA).

## **Abbildungsverzeichnis**

Abb. 1: Lage von Jharkhand (S. 34)

Abb. 2: Chotanagpur Plateau (S. 34)

Abb. 3: Häuser der Munda in Dassam/ Bundu (S. 85)

Abb. 4: Häuser der Munda in Dassam/ Bundu (S. 85)

Abb. 5: Dorfplatz in Purio/ Ratu (S. 85)

Abb. 6: Häuser der Oraon in Purio/ Ratu (S. 85)

Abb. 7: Schematische Darstellung der Panchayati Raj Institutionen (S. 105)

Abb. 8: Parha-Treffen bei Oraon im Chotanagpur Plateau (S. 124)

## **Zusammenfassung**

Traditionelle politische Systeme indigener Völker haben sich unabhängig von staatlichen Regierungen entwickelt und spielen eine wesentliche Rolle in der lokalen Governance. Am Beispiel des im Jahr 2000 gegründeten jüngsten indischen Bundesstaates Jharkhand werden aus ethnohistorischer Perspektive Phänomene von Rechtspluralismus und Governance in Bezug auf die Entwicklung der Adivasi (indigene Völker in Indien) untersucht. International übliche Konzepte von Indigenität, wie sie etwa in Konventionen und Erklärungen der UNO angelegt sind, die unter anderem mit Selbstidentifikation, Selbstbestimmung und Erhalt der Kultur einhergehen, finden in Indien kaum Anwendung. Kategorien der indischen Regierung, wie Scheduled Tribes, Scheduled Castes und Other Backward Castes beziehen sich vornehmlich auf sozio-ökonomische Faktoren, die es im Sinne einer integrativen Entwicklung anzuheben gilt. Gleichzeitig wurden und werden indigene Völker in Indien immer wieder ihrer Rechte – nicht zuletzt auf Land und Ressourcen – beraubt, was im Lauf der Geschichte zu zahlreichen Aufständen, sogenannten Tribal Rebellions, und Autonomiebestrebungen, wie etwa dem Jharkhand Movement (zur Gründung eines separaten Bundesstaates) geführt hat.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Veränderungen in der Governance bezüglich der Entwicklung von Adivasi, geht dabei insbesondere auf die Einführung der sogenannten Panchayati Raj Institutionen in Jharkhand (2010) als Institutionen der lokalen Governance ein, und behandelt die Frage, wie diese von indigenen Völkern aufgenommen werden. Beispielhaft werden die traditionellen politischen Systeme zweier indigener Völker in Jharkhand – der Munda und Oraon – dargestellt, und mögliche Auswirkungen der staatlichen Institutionen auf die lokale Governance diskutiert. Um die forschungsleitende Frage „Fördern Panchayati Raj Institutionen in Jharkhand eine selbstbestimmte Entwicklung der Adivasi?“ zu untersuchen, wurden zwei Feldforschungsreisen in Jharkhand – von 18.03.2011 bis 04.06.2011 und von 22.12.2011 bis 27.01.2012 – unternommen. Informationen wurden neben Literatur- und Internetrecherche und der Auseinandersetzung mit ausgewählten Gesetzestexten über teilnehmende Beobachtung, informelle Gespräche und narrative Interviews gesammelt.

Konzeptionen von Entwicklung, die vor allem mit wirtschaftlichem Aufschwung in Verbindung stehen, werden hinterfragt, und Auswirkungen der Gesetzgebung auf die Entwicklung der Adivasi in Jharkhand erörtert. Dabei wird insbesondere auf die Forstgesetzgebung und das aus der Kolonialzeit geerbte Landakquisitionsgesetz eingegangen und auf Widersprüche gesetzlicher Bestimmungen in Bezug auf Panchayati Raj Institutionen in Scheduled Areas aufmerksam gemacht. Daneben spielen in der Governance etwa Naxalismus und Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus sowie Industrieunternehmen und Bürgerinitiativen eine Rolle in der Entwicklung der Adivasi. Strukturen der lokalen Governance werden beleuchtet, wobei sowohl auf Möglichkeiten als auch auf Hindernisse für eine selbstbestimmte Entwicklung indigener Völker, wie auch auf das Problem der verbreiteten Korruption hingewiesen wird.

## **Abstract**

Traditional political systems of indigenous peoples have developed independently from national state governments and their structures and traditional authorities play a vital role in local governance. This paper draws attention to legal pluralism and governance in development issues among Adivasis (indigenous peoples in India). It focuses on the situation in the recently formed Indian State Jharkhand (2000) in its ethno historical depth. Internationally common concepts of indigeneity as seen in conventions and declarations of the United Nations are aiming on self-identification, self-determination and value cultural diversity, but are merely found in India. Categories like Scheduled Tribes, Scheduled Castes and Other Backward Casts focus more on the socio-economic status of a people than ethnic distinctiveness. With an integrative approach in India, they are trying to bring the more „backward classes“ into the mainstream fold of society. Historical discrimination and deprivation of the rights of indigenous peoples – like access to their land and resources – led to a series of rebellions and autonomy movements in India. One of its results was the formation of the state of Jharkhand.

Changes in governance in terms of the development of Adivasis are discussed in this paper that draws a special focus on the implementation of so-called Panchayati Raj Institutions in Jharkhand (2010) and the question on how these local bodies of governance are incorporated by indigenous peoples. Possible outcomes for local governance are discussed using the example of the traditional political systems of two indigenous peoples in Jharkhand – Munda and Oraon. To study the main research question „Do Panchayati Raj Institutions in Jharkhand promote self-determined development for Adivasis?“, two field research studies have been undertaken in Jharkhand – from 03-18-2011 to 06-04-2011 and from 12-22-2011 to 01-27-2012. Informations have been gathered from literature, internet resources and legal texts and by participant observation, informal conversations and narrative interviews.

Concepts of development that go along with economic progress are being questioned and impacts of legislation on the development of Adivasis are being discussed. Here a special focus is given on forest rights issues, the colonial land acquisition act and inconsistencies in

the legislation for Panchayati Raj Institutions in Scheduled Areas. In development politics Naxalism and anti-terror initiatives as well as corporate industries and social movements also play a part in governance. Structures of local governance and opportunities as well as hindrances to self-determined development of Adivasis are being discussed, not to mention the impact of widespread corruption.

## **Lebenslauf**

Magdalena Scholz

### **Persönliche Daten**

Geboren am 30.09.1982 in Graz

Staatsbürgerschaft: Österreich

Familienstand: ledig

E-Mail: [m\\_scholz@gmx.at](mailto:m_scholz@gmx.at)

### **Bildungsweg**

2002-2012	Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien
Sept.-Nov. 2008	Lehrgang Personalcontrolling, am Österreichischen Controller-Institut, Wien
2004 u. 2005	Teilnahme an der Sommerakademie des österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Schlaining
2004	Teilnahme am 15-stündigen Workshop „Die Kunst der Konflikttransformation mit friedlichen Mitteln“, Schlaining
2001-2002	Italienischstudium an der Università per Stranieri di Perugia
11.06.2001	Reifeprüfung
1993-2001	Gymnasium BG Seebachergasse, Graz
1989-1993	Volksschule Nestelbach bei Graz

### **Berufliche Erfahrungen/ Praktika**

Aug. 2003	Praktikum bei Danaida, Beratungsstelle für Migrantinnen, Graz
Jul.-Aug. 2004	Sozial- und Lernbetreuung beim Pflegeelternverein Steiermark in einem Notquartier für Flüchtlinge aus Tschetschenien
2004-2007	Lernhilfe beim Romano Centro, Wien
2006-2007	Praktikum im Bruno-Kreisky Haus, Wien, organisierte Unterkunft für Personen in Grundversorgung
2007-2010	Seminarbetreuung beim Österreichischen Controller Institut für die Contrast GesmbH. Wien

- 2010 Künstlerische Leitung der Theater-Workshops im Rahmen von „10 Jahre STUTHE“, 10 Jahres Feier des Theatervereins STUTHE.Studierende.Theater, im Oktober 2010, Organisation und Koordination von 10 Workshops, Wien
- Seit 2010 Vorstand/ Kassierin im Theaterverein STUTHE.Studierende.Theater  
In dieser Funktion Betreuung mehrerer Theaterprojekte.
- 2011 u. 2012 Feldforschungen in Jharkhand (im Nordosten Indiens) zur Entwicklung indigener Völker im Kontext mit Veränderungen in der Governance (Diplomarbeit)
- Mai 2012 Kuratorin einer Fotoausstellung mit Fotografien indigener Künstler in der AAI Galerie des Café Afro, Wien